

# WIRTSCHAFT UND STATISTIK

- Modernisierung der Fehlerbeseitigung • Erwerbs- und Arbeitslosigkeit
- Zeitbudgeterhebung • Mikrozensus • Insolvenzen • Gastgewerbe
- Inlandstourismus • Luftverkehr • Bachelor und Master • Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung • Öffentliche Finanzen • Laufende Wirtschaftsrechnungen • Automatisierte Zusammenführung von Daten



**4/2005**

**Statistisches Bundesamt**

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung: Johann Hahlen  
Präsident des Statistischen Bundesamtes  
Verantwortlich für den Inhalt:  
Brigitte Reimann,  
65180 Wiesbaden

- Telefon: + 49 (0) 6 11/75-20 86
- E-Mail: [wirtschaft-und-statistik@destatis.de](mailto:wirtschaft-und-statistik@destatis.de)

Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage  
Part of the Elsevier Group  
Postfach 43 43  
72774 Reutlingen  
Telefon: + 49 (0) 70 71/93-53 50  
Telefax: + 49 (0) 70 71/93-53 35  
E-Mail: [destatis@s-f-g.com](mailto:destatis@s-f-g.com)  
[www.destatis.de/shop](http://www.destatis.de/shop)

Druck: Werbedruck GmbH Horst Schreckhase, Spangenberg

Erscheinungsfolge: monatlich

Erschienen im Mai 2005

Einzelpreis: EUR 13,75 [D]

Jahresbezugspreis: EUR 121,- [D]

zuzüglich Versandkosten

Bestellnummer: 1010200-05104-1 – ISSN 1619-2907

Die Kündigung des Abonnements ist nur zum Jahresende unter Einhaltung einer vierteljährlichen Kündigungsfrist möglich.



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

oder bei unserem Informationsservice  
65180 Wiesbaden

- Telefon: + 49 (0) 6 11/75-24 05
- Telefax: + 49 (0) 6 11/75-33 30
- [www.destatis.de/kontakt](http://www.destatis.de/kontakt)

#### Abkürzungen

WiSta	=	Wirtschaft und Statistik
MD	=	Monatsdurchschnitt
VjD	=	Vierteljahresdurchschnitt
HjD	=	Halbjahresdurchschnitt
JD	=	Jahresdurchschnitt
D	=	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	=	Vierteljahr
Hj	=	Halbjahr
a. n. g.	=	anderweitig nicht genannt
o. a. S.	=	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St	=	Stück
Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde

#### Zeichenerklärung

p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
–	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
...	=	Angabe fällt später an
X	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
I oder —	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2005

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

<b>Inhalt</b>		<b>Seite</b>
	Kurznachrichten	281
<b>Textteil</b>		
<i>Elmar Wein</i>	Modernisierung der Fehlerbeseitigung	293
<i>Michael Hartmann, Thomas Riede</i>	Erwerbslosigkeit nach dem Labour-Force-Konzept – Arbeitslosigkeit nach dem Sozialgesetzbuch: Gemeinsamkeiten und Unterschiede	303
<i>Dr. Irene Kahle, Dieter Schäfer</i>	Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement	311
<i>Christian Wingerter</i>	Zeitaufwand der Bevölkerung in Deutschland für kulturelle Aktivitäten	318
<i>Holger Breiholz</i>	Ergebnisse des Mikrozensus 2004	327
<i>Jürgen Angele</i>	Insolvenzen 2004	338
<i>Erwin Wartenberg</i>	Entwicklung im Gastgewerbe im Jahr 2004: Abgeschwächter Umsatzrückgang	347
<i>Ulrich Spörel</i>	Inlandstourismus 2004: Mehr Gäste bei stagnierenden Übernachtungszahlen	354
<i>Roland Fischer</i>	Gewerblicher Luftverkehr 2004	365
<i>Ilka Willand</i>	Bachelor und Master: Aktuelle Entwicklungen an deutschen Hochschulen	372
<i>Tim Weber</i>	Erste Ergebnisse der Statistiken über die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	382
<i>Hans Rehm</i>	Öffentliche Finanzen im Jahr 2004	388
<i>Carola Kühnen</i>	Die Umgestaltung der Laufenden Wirtschaftsrechnungen ab dem Jahr 2005	395
<i>Gudrun Eckert</i>	Preise im März 2005	400
<i>Dr. Josef Schürle</i>	Automatisierte Zusammenführung von Daten – Das Modell von Fellegi und Sunter	406
	Übersicht über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge	411
<b>Tabellenteil</b>		
	Inhalt	1*
	Statistische Monatszahlen	2*

Für die Zeit vor dem 1. Januar 2002 ermittelte DM-Beträge wurden zum amtlich festgelegten Umrechnungskurs 1 Euro = 1,95583 DM in Euro umgerechnet. Aufgrund der kaufmännischen Rundung kann es bei der Summenbildung zu geringfügigen Abweichungen kommen. Auch vor dem 1. Januar 2002 aus DM-Werten errechnete Zuwachsraten und Anteile können aus diesem Grund geringfügig von den in Euro dargestellten Werten abweichen.

Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990. Die Angaben für das „frühere Bundesgebiet“ beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3. 10. 1990; sie schließen Berlin-West ein. Die Angaben für die „neuen Länder und Berlin-Ost“ beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost.

<b>Contents</b>		<b>Page</b>
	News in brief	281
<b>Texts</b>		
<i>Elmar Wein</i>	Modernising error correction	293
<i>Michael Hartmann,</i> <i>Thomas Riede</i>	Unemployment according to the labour force concept – Registered unemployment according to the Social Security Code: Common features and differences	303
<i>Dr. Irene Kahle, Dieter Schäfer</i>	Voluntary and community work and civil commitment	311
<i>Christian Wingerter</i>	Time spent by the population in Germany on cultural activities	318
<i>Holger Breiholz</i>	Results of the microcensus, 2004	327
<i>Jürgen Angele</i>	Insolvencies, 2004	338
<i>Erwin Wartenberg</i>	Development of the hotel and restaurant industry, 2004: Slower decline in turnover	347
<i>Ulrich Spörel</i>	Internal tourism, 2004: More guests and stagnant overnight figures	354
<i>Roland Fischer</i>	Commercial air transport, 2004	365
<i>Ilka Willand</i>	Bachelor and Master: Current developments at German institutions of higher education	372
<i>Tim Weber</i>	First results of the statistics on basic security at old age and in cases of reduced earning capacity	382
<i>Hans Rehm</i>	Public finance in 2004	388
<i>Carola Kühnen</i>	Rearranging continuous household budget surveys from the year 2005	395
<i>Gudrun Eckert</i>	Prices in March 2005	400
<i>Dr. Josef Schürle</i>	Automated matching of data – the model of Fellegi and Sunter	406
	List of the contributions published in the current year	411
<b>Tables</b>		
	Summary	1*
	Monthly statistical figures	2*

The data for the Federal Republic of Germany relate to its territory since 3 October 1990. The data for the “former territory of the Federal Republic” relate to the territory of the Federal Republic of Germany before 3 October 1990; they include Berlin-West. The data for the “new Länder and Berlin-East” relate to the Länder of Brandenburg, Mecklenburg-Western Pomerania, Saxony, Saxony-Anhalt, Thuringia as well as to Berlin-East.

Données pour la République fédérale d'Allemagne selon le territoire depuis le 3 octobre 1990. Les données pour «l'ancien territoire fédéral» se réfèrent à la République fédérale d'Allemagne, territoire jusqu'au 3 octobre 1990; Berlin-Ouest y est inclus. Les données pour les «nouveaux Länder et Berlin-Est» se réfèrent aux Länder Brandebourg, Mecklembourg-Poméranie occidentale, Saxe, Saxe-Anhalt, Thuringe ainsi qu'à Berlin-Est.

# Kurznachrichten

## In eigener Sache

### Strategie- und Programmplan des Statistischen Bundesamtes für die Jahre 2005 und 2006 erschienen

Die amtliche Statistik in Deutschland steht vor großen Herausforderungen. Wenn sie die von der Europäischen Union und vom deutschen Gesetzgeber in letzter Zeit zusätzlich vorgeschriebenen und mittelfristig absehbaren statistischen Aufgaben bei gleichzeitig sinkenden finanziellen und personellen Ressourcen in brauchbarer Qualität bewältigen will, braucht es effizientere Arbeitsorganisationen und vor allem Prioritätensetzungen. Beides geht nur mit einer klaren strategischen Ausrichtung.

Aus diesem Grund hat sich das Statistische Bundesamt im vergangenen Jahr mit dem strategischen Programm „fit 2008“ einige wenige wichtige Ziele gesetzt, die es bis zum Jahr 2008 erreichen will. Die strategischen Ziele aus „fit 2008“ bilden die Grundlage für eine vom Statistischen Bundesamt im Jahr 2004 erstmals systematisch durchgeführte mehrjährige Programm- und Ressourcenplanung (siehe auch Brugger, P./Burg, F.: „Strategie- und Programmplanung“ in WiSta 3/2005, S. 191 ff.). Unter Berücksichtigung der dem Statistischen Bundesamt zur Verfügung stehenden Ressourcen werden solche Maßnahmen priorisiert, die den vergleichsweise größten Beitrag zur Erreichung der strategischen Ziele liefern. Das Prinzip ist einfach: Die knappen Ressourcen sollen da eingesetzt werden, wo sie den größten Nutzen stiften.

Der jetzt vorgelegte erste Strategie- und Programmplan enthält neben der Strategie „fit 2008“ das Arbeitsprogramm des Statistischen Bundesamtes für die Jahre 2005 und 2006. Dieses Arbeitsprogramm ist auch die Basis für die Verhandlungen über den Haushalt des Statistischen Bundesamtes für die entsprechenden Jahre.

Der Strategie- und Programmplan soll zugleich einen Überblick über die laufenden Arbeiten und die geplanten Entwicklungen im Statistischen Bundesamt für die Jahre 2005 und 2006 geben. Dabei sind nicht nur die von außen sichtbaren Leistungen der Statistikproduktion und -verbreitung, sondern auch die internen Leistungen, wie Verwaltung und Informationstechnik, dargestellt. Der Strategie- und Programmplan sowie weitere Informationen hierzu sind erhältlich bei

Pia Brugger, Telefon 06 11/75-41 68,  
E-Mail: [pia.brugger@destatis.de](mailto:pia.brugger@destatis.de).

## Aus Europa

### Fortschrittsbericht zum europäischen Arbeitsprogramm „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“

Am 22. März 2005 hat die Europäische Kommission den so genannten zweiten Fortschrittsbericht zu Indikatoren und Benchmarks im Rahmen des europäischen Arbeitsprogramms „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“ veröffentlicht. Dieser Bericht ist eine Aktualisierung und Erwei-

terung des im Januar 2004 veröffentlichten ersten Fortschrittsberichts. Beide Berichte sind (in englischer Sprache) auf den Internetseiten der Europäischen Kommission, Generaldirektion Bildung und Kultur, verfügbar ([http://europa.eu.int/comm/education/policies/2010/back\\_indi\\_en.html](http://europa.eu.int/comm/education/policies/2010/back_indi_en.html)).

Das so genannte „Detaillierte Arbeitsprogramm zur Umsetzung der Ziele der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung in Europa“, inzwischen kurz Arbeitsprogramm „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“ genannt, formuliert Ziele, die bis zum Jahr 2010 als Beitrag zur Lissabonner Strategie der Europäischen Union (EU) erreicht werden sollen. Ziel der im Jahr 2000 festgelegten Lissabonner Strategie ist es, die EU bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Vom Europäischen Rat wurde im Jahr 2002 in Barcelona speziell das Ziel festgelegt, die europäischen Bildungssysteme bis 2010 zu einer weltweiten Qualitätsreferenz zu machen. Die drei strategischen Ziele des Arbeitsprogramms sind erstens die Erhöhung der Qualität und Wirksamkeit der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung, zweitens ein leichter Zugang zu diesen Systemen und drittens ihre Öffnung gegenüber der Welt.

Die Umsetzung des Arbeitsprogramms erfolgt im Rahmen der so genannten offenen Methode der Koordinierung, die unter anderem auf der Verwendung von Indikatoren und Benchmarks beruht. Der Fortschrittsbericht bezieht sich im Wesentlichen auf eine Liste von 29 Indikatoren. Für fünf dieser Indikatoren hat der Europäische Rat im Mai 2003 Ziele für den bis 2010 zu erreichenden EU-Durchschnittswert (so genannte Benchmarks) beschlossen [“Council Conclusions on Reference Levels of European Average Performance in Education and Training (Benchmarks)” (8981/03 EDUC 83)]. Die Europäische Kommission analysiert im Fortschrittsbericht die Entwicklungen hinsichtlich der Benchmarks:

- In der Mehrzahl der Mitgliedstaaten müssen die Anstrengungen verstärkt werden, die Zahl der frühzeitigen Schulabgänger zu senken, um zum Erreichen der EU-Benchmark in diesem Bereich (höchstens 10% frühzeitige Schulabgänger, d.h. 18- bis 24-Jährige, die an keiner Aus- oder Weiterbildungsmaßnahme teilnehmen und keinen Abschluss des Sekundarbereichs II erreicht haben) beizutragen.
- Die Zahl der Absolventen des Tertiärbereichs in den Bereichen Mathematik, Naturwissenschaften und Technik steigt weiter, und der Frauenanteil bei diesen Absolventen nimmt zu. Somit erscheint die entsprechende EU-Benchmark (Steigerung der Absolventenzahl um mindestens 15% und gleichzeitige Abnahme des Geschlechterungleichgewichts) erreichbar.
- Der Anteil der 20- bis 24-Jährigen, die mindestens einen Abschluss der Sekundarstufe II erreicht haben, ist in den letzten Jahren im EU-Durchschnitt konstant geblieben, sodass verstärkte Initiativen zur Erreichung der EU-Benchmark von mindestens 85% notwendig sind.
- Die Fortschritte bei der Beteiligung von Erwachsenen an Bildungsaktivitäten sind relativ gering im Hinblick auf

die EU-Benchmark einer Beteiligungsquote der 25- bis 64-Jährigen von mindestens 12,5%. Es ist daher erforderlich, dass die Mitgliedstaaten integrierte Strategien für lebenslanges Lernen entwickeln.

- Eine weitere EU-Benchmark bezieht sich auf eine Verringerung des Anteils der 15-Jährigen, die im Bereich der Lesekompetenz schlechte Leistungen erzielen, um mindestens 20% gegenüber dem Wert von 2000. Hier ist kein Fortschritt festzustellen.

Weiterhin hebt die Europäische Kommission im Fortschrittsbericht folgende Erkenntnisse besonders hervor:

- Die Höhe der öffentlichen Investitionen in Bildung bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt ist in der EU vergleichbar mit dem Niveau der Vereinigten Staaten, allerdings sind die privaten Investitionen deutlich niedriger, insbesondere im Hochschulbereich.
- Im Zeitraum 2005 bis 2015 müssen in der EU aufgrund des hohen Anteils älterer Lehrkräfte mehr als eine Million Lehrkräfte ersetzt werden.
- Im Durchschnitt erreichen die Schülerinnen und Schüler in der EU bei weitem nicht das Ziel, zwei Fremdsprachen zu lernen.
- Fast die Hälfte der Mitgliedstaaten gehört bei mindestens einer der fünf Benchmarks zu den drei Ländern mit den besten Ergebnissen, sodass sich gute Praktiken nicht auf wenige Länder beschränken. (Deutschland gehört allerdings nicht zu diesen Ländern.)

Es ist vorgesehen, den Fortschrittsbericht jährlich zu aktualisieren und gegebenenfalls auch neue Indikatoren aufzunehmen.

Weitere Auskünfte erteilt

Melanie Leidel, Telefon 06 11/75-46 11,

E-Mail: [melanie.leidel@destatis.de](mailto:melanie.leidel@destatis.de).

## Aus dem Inland

### Mikrodaten über Unternehmen und Betriebe – neue Datenangebote für die Wissenschaft

Die Statistischen Ämter von Bund und Ländern haben – gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung – gemeinsam mit der Wissenschaft das Projekt „Faktische Anonymisierung wirtschaftsstatistischer Einzeldaten“ durchgeführt. Im Zuge der Projektbearbeitung wurde immer wieder deutlich, wie groß die Nachfrage der Wissenschaft nach anonymisierten Einzeldaten ist.

Aufgabe des Projektes war es, Möglichkeiten der faktischen Anonymisierung von Mikrodaten über Unternehmen und Betriebe zu untersuchen, zu beschreiben und so aufzubereiten, dass die entwickelten Anonymisierungsverfahren künftig auf verschiedene Datensätze angewendet werden können. Damit wurde Grundlagenforschung zur Verbesserung

der Arbeitsbedingungen der empirischen Wirtschaftsforschung geleistet. Die statistischen Ämter – und möglicherweise auch andere Datenhalter – können nunmehr mit vertretbarem Aufwand der Wissenschaft den bevorzugten Weg der Forschung mit Mikrodaten auch für Unternehmens- und Betriebsdaten eröffnen.

Erste Datenangebote konnten bereits während der Laufzeit des Projektes geschaffen werden. Seit dem Frühjahr 2005 stehen der Forschung faktisch anonymisierte Daten der Kostenstrukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe, der Einzelhandelsstatistik und der Umsatzsteuerstatistik zur Verfügung, nachdem Haushalts- und Personendaten bereits seit Anfang der 1990er-Jahre von der Wissenschaft rege genutzt werden.

Auf einem abschließenden Workshop, der am 22. und 23. September 2005 in Wiesbaden stattfinden wird, wird das Projektteam seine Ergebnisse der Öffentlichkeit vorstellen und dabei die Auswirkungen von Anonymisierung auf Vertraulichkeit und Analysepotenzial beleuchten, Empfehlungen zur Anonymisierung von Unternehmensdaten geben sowie erste anonymisierte Unternehmensdaten für die Wissenschaft präsentieren.

## Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung des Bundes mit neu gestalteter Nutzeroberfläche

Kurz nach der Vorstellung des Informationssystems der Gesundheitsberichterstattung des Bundes IS-GBE ([www.gbe-bund.de](http://www.gbe-bund.de)) im Jahr 1999 hieß es in dieser Zeitschrift:

„Die große Dynamik und die wachsende gesellschaftliche und ökonomische Bedeutung haben das Gesundheitswesen in den letzten Jahren zunehmend in den Brennpunkt von Politik, Wissenschaft und interessierter Öffentlichkeit gerückt. Diese Rahmenbedingungen führten zur Etablierung der GBE des Bundes. Ziel der GBE des Bundes ist es, schrittweise ein Berichtssystem aufzubauen, das seinen Nutzern an zentraler Stelle einen umfassenden Überblick über das Gesundheitswesen in Deutschland bietet.“ (Eberhardt, W./Cordes, M.: „Das neue Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung des Bundes“ in *WiSta* 10/2000, S. 739). Bei unveränderten Rahmenbedingungen hat sich das IS-GBE inzwischen als unverzichtbare Informationsquelle etabliert, was sich u. a. an den stetig steigenden Nutzerzahlen zeigt.

Nach der phasenweisen Weiterentwicklung umfasst das Informationssystem heute Zahlen und Hintergrundinformationen aus mehr als 100 gesundheitsbezogenen statistischen Quellen. Rund 60% der Erhebungen, die im GBE-System abrufbar sind, stammen von Institutionen außerhalb der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Unter ihnen befinden sich auch Daten internationaler Institutionen wie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Als neuer Datenbereich wurden ausgewählte Indikatoren der GBE der Bundesländer aufgenommen.

Da sich seit 1999 die Internetgewohnheiten und die Zugangsmöglichkeiten der Nutzer erheblich verändert haben, wurde die Entwicklung einer modernen, noch einfacher zu bedienenden Oberfläche notwendig, die sich derzeit in der ersten Testphase befindet. Neben Änderungen bei der Navigation (u. a. ständige Erreichbarkeit der Stichwort- und Themensuche) und der optischen Gestaltung sind ein einfacherer Download, erweiterte Möglichkeiten zur Gestaltung dynamischer Datentabellen und die verbesserte Positionierung der Seiten des IS-GBE in Internetsuchmaschinen in Arbeit.

Zur weiteren Verbesserung der Stichwortsuche werden derzeit neuere linguistische Verfahren getestet. Hier wird vor allem die Frage geklärt, ob diese Verfahren die speziellen Anforderungen erfüllen, die die Stichwortsuche in dynamischen Tabellen stellt. Ferner müssen umfangreiche Anpassungen des Informationssystems erfolgen, um den Ansprüchen der Barrierefreiheit gemäß der Verordnung zur Schaffung barrierefreier Informationstechnik (BITV) gerecht zu werden. Hier seien beispielhaft die Hinterlegung aller Grafiken und Tabellen mit erklärenden Texten und die vom Ein- oder Ausgabegerät unabhängige Gestaltung der Seiten (z. B. bei Nutzung von Screen-Readern oder bei Navigation ohne Maus) genannt.

Für die Nutzer nicht unmittelbar sichtbar wird zudem ein großer Teil der gespeicherten Informationen auf eine neue technische Grundlage gestellt. Das IS-GBE macht einen großen Teil seiner Daten in einem webbasierten OLAP-System (OLAP = Online Analytical Processing) verfügbar. Dadurch werden eine flexible, redundanzfreie Speicherung und eine nutzerfreundliche Aufbereitung der Tabellendaten möglich. Diese multidimensionale Datenbank kann jetzt mittels neuer Softwareprodukte in die Gesamtdatenbank integriert werden. Dadurch werden eine bessere Abstimmung der Daten und ein Zugewinn an Performance erreicht.

Schließlich werden zurzeit auch Arbeiten durchgeführt zur Integration der Datenbestände des IS-GBE in die Stichwortrecherche des Informations- und Wissensmanagement-Systems (IWMS) des Statistischen Bundesamtes, das sich derzeit in Entwicklung befindet.

Nach Abschluss der Arbeiten soll im Herbst 2005 eine externe Evaluation sowohl der inhaltlichen Ausrichtung als auch der Datenpräsentation des IS-GBE erfolgen.

## Statistiken über die öffentlichen Finanzen in Deutschland sind zukunftsorientiert

Die Berichterstattung über die öffentlichen Finanzen hat im Statistikprogramm der Europäischen Union (EU) höchste Priorität. Gemeinsamer methodischer Rahmen, der den Vergleich der Daten über die öffentliche Finanzwirtschaft der Mitgliedstaaten der EU sicherstellt, ist das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). In Deutschland sind die hoch entwickelten Statistiken über die öffentlichen Finanzen (Finanzstatistiken) die Grundlage, auf der die nationalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

nungen (Einnahmen und Ausgaben des Staates, Staatsdefizit) und die Deutsche Bundesbank (Staatsverschuldung) nach den Regeln des ESVG 1995 arbeitsteilig die Daten für die EU errechnen. Aufeinander abgestimmte Systematiken für die Haushalte des Bundes, der Länder und der Kommunen ermöglichen eine direkte, zeitnahe und ausreichend gegliederte Ermittlung der finanzstatistischen Daten unmittelbar aus dem öffentlichen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen. Dies schafft optimale Voraussetzungen für eine gute Qualitätssicherung und hält den Aufwand der öffentlichen Verwaltungen für die Finanzstatistiken in Grenzen.

Die *vierteljährliche Kassenstatistik* bildet die öffentlichen Einnahmen und Ausgaben in der Gliederung nach ökonomischen und finanzwirtschaftlichen Arten ab. Sie gibt aktuell einen detaillierten Einblick in die finanzwirtschaftliche Lage jedes öffentlichen Haushalts und lässt die Auswirkungen der öffentlichen Finanzen auf die Gesamtwirtschaft (Defizit, Kreditnachfrage, Investitionen, Steuern, Transfers, Subventionen) erkennen. Unter den Finanzstatistiken ist die vierteljährliche Kassenstatistik die wichtigste Entscheidungsgrundlage für Haushalts-, Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik; für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist sie unerlässliche Basis für die aktuelle Darstellung des Sektors Staat sowie wichtiger Aggregate der Verteilungsrechnung.

Die *Rechnungsstatistiken* bilden alle öffentlichen Einnahmen und Ausgaben auf Basis der jährlichen Rechnungslegung nach Ablauf eines Haushaltsjahres ab. Durch eine zweite Gliederungsdimension geben sie Aufschluss, in welchen Aufgabenfeldern die öffentlichen Verwaltungen ihre Einnahmen erwirtschaften und für welche Aufgaben sie die eingenommenen Mittel verausgabt haben. Aufgrund dieser funktionalen Gliederung sind die Daten Entscheidungsgrundlage für zentrale nationale fachpolitische Aufgaben (Bildung, Wissenschaft, Kultur, Soziale Sicherung, Gesundheitswesen, Verkehr, Nachrichtenwesen, Umwelt). Auch seitens der EU besteht zunehmend Interesse, die öffentlichen Ausgaben der Mitgliedstaaten detailliert nach Aufgabenfeldern zu vergleichen.

Vom Vermögen des Staates werden statistisch regelmäßig die öffentlichen Schulden (Passivseite) erfasst. Die *Schuldenstatistik* erfragt bei allen öffentlichen Haushalten jährlich den Stand der Schulden zum 31. Dezember, die liquiditätswirksame Veränderung des Schuldenstandes durch Schuldenaufnahme und Schuldentilgung sowie die sonstigen Veränderungen des Schuldenstandes im Laufe des Jahres nach 30 Schuldarten (Wertpapiersschulden nach Art der Schuldpapiere, direkte Darlehen nach Gläubigergruppen). Für den Schuldenstand insgesamt wird auch das Jahr der Fälligkeit, bei der Schuldenaufnahme am Kreditmarkt die Laufzeit der Kredite (kurz-, mittel-, langfristig) erfasst. Vierteljährlich statistisch ermittelt wird der Stand aller öffentlichen Schulden zum Quartalsende nach Hauptschuldarten (Wertpapiersschulden, direkte Darlehen). Die Deutsche Bundesbank berechnet aufgrund dieser Daten für die Stabilitätsberichterstattung der EU den Schuldenstand im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt.

Mit der aktuellen Änderung des Finanz- und Personalstatistikgesetzes (FPStatG) wird – infolge einer Verordnung der

Europäischen Union vom 10. März 2004 – auch in Deutschland die rechtliche Grundlage für eine regelmäßige statistische Erfassung des *Aktivfinanzvermögens* des Staates ab dem Jahr 2005 geschaffen. Bei der aktuellen Reform zu einem neuen ressourcenorientierten Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen der Gemeinden ist der Bedarf dieser neuen Vermögensstatistik bereits in den Kontenrahmen integriert worden, damit die benötigten Daten von den öffentlichen Verwaltungen ohne Zusatzaufwand unmittelbar aus dem Rechnungswesen für die Finanzstatistik bereitgestellt werden können. Die aktuelle Reform des öffentlichen Haushalts- und Rechnungswesens eröffnet erstmals die Chance, auf der Basis jährlicher Vermögensbilanzen ohne Zusatzaufwand auch ein verlässliches statistisches Bild über das Sachvermögen der öffentlichen Hand zu gewinnen.

Rechnung trägt die aktuelle Änderung des FPStatG auch der verstärkten Tendenz, öffentliche Einrichtungen aus den Kernhaushalten von Bund, Ländern und Gemeinden auszugliedern und mit eigenem Rechnungswesen, doppischem Rechnungswesen oder in rechtlich selbstständiger Form zu führen. Sofern diese Einrichtungen nach den Regeln des ESVG 1995 dem Sektor Staat zuzurechnen sind, wird die Finanzstatistik künftig ihre Finanzen (Aufwand, Ertrag, Investitionen, Finanzvermögen) zeitnah erfassen und mit den Daten der Kernhaushalte zu einem Gesamtergebnis aller öffentlichen Finanzen integrieren. Diese Daten sind wichtige Basis für eine vollständige aktuelle Darstellung des Sektors Staat in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

### Die Mikrodaten der Zeitbudgeterhebung 2001/2002 als Scientific- und Public-Use-Files

Eine Dekade nach der ersten Erhebung im Jahr 1991/1992 führte das Statistische Bundesamt in den Jahren 2001 und 2002 erneut eine Zeitbudgeterhebung durch. Auch diese Studie wurde mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gemeinsam mit den Statistischen Ämtern der Länder repräsentativ für Deutschland erhoben. Die Zeitbudgeterhebung 2001/2002 basiert auf den Empfehlungen des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) zur Harmonisierung der europäischen Zeitbudgetstudien.

Wie bereits für die Erhebung 1991/1992 wird das Statistische Bundesamt Mikrodaten zur Zeitverwendung 2001/2002 in zwei unterschiedlichen Datensätzen anbieten. Zum einen wird in Kürze für wissenschaftliche Forschungseinrichtungen in Deutschland ein faktisch anonymisiertes Scientific-Use-File zum Preis von 65,- Euro zur Verfügung stehen. Mit dessen Hilfe können Wissenschaftler Auswertungen der Einzeldaten in eigener Regie, zugeschnitten auf die Belange des jeweiligen Forschungsprojektes, durchführen. Zum anderen wird ein Public-Use-File angeboten werden, dessen absolute Anonymisierung es erlauben wird, die Einzeldaten jedem Interessierten in Deutschland und im Ausland – also auch der ausländischen Wissenschaft – zugänglich zu machen.



Beispiele zur Bandbreite an Forschungsthemen mit Zeitbudgetdaten enthält der Band 43 der Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“ des Statistischen Bundesamtes, „Alltag in Deutschland“, in dem die Ergebnisse der Arbeiten des Wissenschaftlichen Auswertungsbeirats, der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem Statistischen Bundesamt berufen wurde, präsentiert werden (erhältlich unter <http://www.destatis.de/shop>). Auch in den kürzlich erschienenen 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung haben die Daten Eingang gefunden [siehe auch Kettschau, I./Hufnagel, R./Holz, E.: „Lebensgestaltung auf Haushaltsebene – Verknüpfung zwischen Armutsforschung und Zeitbudgetdaten“ in Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): „Lebenslagen von Familien und Kindern. Überschuldung privater Haushalte“, Materialien zur Familienpolitik, Nr. 19/2004].

Rund 5 400 Haushalte beteiligten sich an der Zeitbudgeterhebung 2001/2002; von diesen liegen Eintragungen für rund 37 700 Tagebuchtage der Haushaltsmitglieder ab 10 Jahren vor. Insgesamt wurden etwa 270 Einzelaktivitäten erfasst. Um ein komplexes Bild der täglichen Zeitgestaltung zu erhalten, wurden in den Tagebüchern, die in 10-Minuten-Intervallen an zwei Tagen zwischen Montag und Freitag und an einem Tag am Wochenende ausgefüllt wurden, neben den Hauptaktivitäten auch gleichzeitig stattfindende Tätigkeiten sowie Aufenthaltsort, benutzte Verkehrsmittel und anwesende Personen erfragt. Außerdem stehen die Variablen aus den Haushalts- und Personenfragebogen zur Verfügung. Ergänzend kann ebenfalls zum Preis von 65,- Euro ein speziell aufbereiteter Vergleichsdatensatz der Erhebung von 1991/1992 bestellt werden. Sowohl das Scientific- als auch das Public-Use-File werden im SPSS-Datenformat angeboten.

Informationen zu den Bestell- und Vertragsmodalitäten enthält das Internetangebot des Statistischen Bundesamtes auf den Seiten des Forschungsdatenzentrums (<http://www.destatis.de/fdz/>) oder der Gruppe Wirtschaftsrechnungen und Zeitbudgets ([http://www.destatis.de/themen/d/thm\\_haushalt.php](http://www.destatis.de/themen/d/thm_haushalt.php)).

Weitergehende Auskünfte sowie eine umfassende Veröffentlichungs- und Link-Liste zur Zeitbudgeterhebung sind erhältlich bei

Erlend Holz, Telefon 0 1888/6 44-88 02,  
E-Mail: [erlend.holz@destatis.de](mailto:erlend.holz@destatis.de).

## Bund/Länder-Veröffentlichungen

### Online-Atlas zur Regionalstatistik

Ein Großteil der Daten, die von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder in Deutschland erhoben werden, besitzt einen regionalen Bezug zu Verwaltungseinheiten wie zum Beispiel zu Landkreisen und kreisfreien Städ-

ten oder Regierungsbezirken. Werden diese Informationen auf Landkarten dargestellt, können auch komplexe Sachverhalte leicht verständlich gemacht werden.

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder bieten unter der Adresse [www.statistikportal.de](http://www.statistikportal.de) im Internet eine interaktive Online-Version des Atlases zur Regionalstatistik als Gemeinschaftsprodukt an. Der Online-Atlas ermöglicht in der ersten Version die Darstellung von über 80 thematischen Karten für unterschiedliche Zeiträume zu ausgewählten Ergebnissen der amtlichen Statistik für 439 Landkreise und kreisfreie Städte in Deutschland.

Es werden neueste Technologien für die Darstellung von interaktiven Karten im Internet genutzt und dem Anwender ein großes Spektrum an Interaktionsmöglichkeiten für die Visualisierung und Abfrage der Informationen geboten.

Diese Online-Dienstleistung ist Teil der „BundOnline 2005“-Initiative der Bundesregierung sowie der gemeinsamen eGovernment-Partnerschaft „Deutschland online“ von Bund, Ländern und Gemeinden.

Weitere Informationen zum Online-Atlas sind per E-Mail erhältlich: [svg@destatis.de](mailto:svg@destatis.de).

## Gemeinschaftsveröffentlichung „Museumsbericht 2004“

101,2 Mill. Besuche registrierten die deutschen Museen im Jahr 2002. Nach einem Rückgang Mitte der 1990er-Jahre lag die Zahl der Museumsbesuche damit um 4,3% über dem Niveau von 1990.

Die Museen in Bayern (20,5 Mill.), Nordrhein-Westfalen (14,3 Mill.) und Baden-Württemberg (14,1 Mill.) wurden am häufigsten besucht. Nach ausgewählten Städten liegen München (4,2 Mill. Besuche), Köln (2,2 Mill.), Dresden und Heidelberg (je 1,8 Mill.) hier an der Spitze (ohne Stadtstaaten).

Diese und weitere Ergebnisse bietet der neu erschienene Museumsbericht 2004. Er ist der erste Ergänzungsband zum Kulturfinanzbericht 2003, der – ebenfalls als Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder – regelmäßig Finanzdaten aus allen Kulturbereichen bereitstellt. In Ergänzungsbänden werden wichtige Bereiche der deutschen Kulturlandschaft näher beleuchtet. Der vorliegende Bericht zeigt die Entwicklung der Museen seit 1990 auf und enthält umfassende statistische Angaben zu Anzahl, Art, Besuchen und weiteren Aspekten der deutschen Museumslandschaft. Neben Bundes- und Landesergebnissen werden auch Angaben zu Museen und Museumsbesuchen in ausgewählten Städten dargestellt.

Der Museumsbericht 2004 wurde in Zusammenarbeit mit den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder vom Institut für Museumskunde der Staatlichen Museen zu Berlin, Stiftung Preußischer Kulturbesitz auf Basis der Ergebnisse der Museumsstatistik erstellt.

Der Museumsbericht 2004 ist als elektronische und gedruckte Fassung über den Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes unter <http://www.destatis.de/shop> zu beziehen.

## Neuerscheinungen

### Neues Faltblatt „Deutschland im internationalen Vergleich“ erschienen

Mit der Veröffentlichung „Deutschland im internationalen Vergleich“ präsentiert das Statistische Bundesamt erstmals ein Faltblatt, das unser Land nicht nur im Rahmen der Europäischen Union darstellt, sondern über die europäischen Grenzen hinaus eine weltweite Betrachtung zulässt.

Deutschland wird anhand statistischer Daten mit einer Reihe von Staaten verglichen, die zur so genannten „Gruppe der Zwanzig“ (G 20) gehören. In ihrem Konzept folgt die neue Faltblatt-Ausgabe dem seit vielen Jahren bestehenden Faltblatt „Europäische Union“ und soll dieses ergänzen.

Bei der „Gruppe der Zwanzig“ handelt es sich um einen erweiterten Kreis der bekannteren G 7- bzw. G 8-Staaten (die sieben führenden Wirtschaftsnationen der westlichen Welt zuzüglich der Russischen Föderation). 1999 als ein informelles Dialogforum der Finanzminister und Notenbankgouverneure aus Industrie- und Schwellenländern geschaffen, werden auf den jährlichen Treffen der „Gruppe der Zwanzig“ bedeutsame Fragen der Stabilität des internationalen Finanz- und Währungssystems erörtert.

G 20-Mitgliedsländer sind neben den G 8-Staaten (Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, Vereinigte Staaten, Vereinigtes Königreich, Russische Föderation) noch Argentinien, Australien, Brasilien, China, Indien, Indonesien, die Republik Korea, Mexiko, Saudi-Arabien, die Republik Südafrika, die Türkei und die Europäische Union (vertreten durch die jeweilige EU-Präsidentschaft und die Europäische Zentralbank).

Zusammengenommen repräsentieren die G 20-Staaten etwa zwei Drittel der Weltbevölkerung sowie über 90% der Weltwirtschaftsleistung und den Hauptanteil des globalen Warenhandels.

Im neuen Faltblatt werden alle wichtigen und aktuellen Strukturdaten für die „Gruppe der Zwanzig“ aufgezeigt, mit besonderer Hervorhebung Deutschlands. Verschiedene Farbdigramme und eine Weltkarte runden das Bild ab.

Bei Interesse können Druckexemplare über die Pressestelle des Statistischen Bundesamtes (Telefon 0 18 88/6 44-34 44) bezogen werden. Die elektronische Ausgabe ist im PDF-Format von den Internetseiten [www.destatis.de](http://www.destatis.de) unter dem Menüpunkt „Internationales – Publikationen“ abrufbar.

## Statistische Zeitreihen von 1950 bis 2003

Alle Zeitreihen des Statistischen Informationssystems STATIS-BUND sind auf der STATIS-Archiv-CD gespeichert. STATIS-BUND, die erste Datenbank des Statistischen Bundesamtes, wurde nach 25-jähriger Betriebszeit am 1. Januar 2004 durch GENESIS abgelöst und am 30. Juni 2004 abgeschaltet. Die Zeitreihen decken in einigen Fällen einen Zeitraum von 50 Jahren ab. Die statistischen Nachweisungen enden mit dem Berichtsjahr 2003.

Insgesamt enthält die STATIS-Archiv-CD etwa 1 200 000 Zeitreihen mit über 1 290 Megabyte Zahlenmaterial auf drei CD-ROMs. Die Zeitreihen sind als Datenbank organisiert und können mit Hilfe der auf den CDs enthaltenen STATIS-Software recherchiert und zum Beispiel als Excel-Tabellen exportiert werden. Die CDs können ohne Aufpreis in internen Netzwerken betrieben werden.

Die STATIS-Archiv-CD enthält Zeitreihen zu folgenden Sachgebieten:

CD 1: Bevölkerung, Wahlen, Erwerbstätigkeit, Land-, Forstwirtschaft und Fischerei, Verkehr, Geld und Kredit (keine Daten der Deutschen Bundesbank), Bildung und Kultur, Gesundheitswesen, Sozialleistungen, Wirtschaftsrechnungen, Löhne und Gehälter, Preise

CD 2: Produzierendes Gewerbe (ohne Produktionserhebung)

CD 3: Unternehmen und Arbeitsstätten, Produktionserhebung, Bautätigkeit und Wohnen, Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus, Außenhandel, Finanzen und Steuern, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Die STATIS-Archiv-CD ist zum Preis von 195,- Euro über den Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes erhältlich (<http://www.destatis.de/shop>).

## Verkehr und Umwelt

Mobilität ist ein Schwerpunktthema der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung und auf europäischer Ebene. Darüber hinaus strebt die Europäische Union eine Integration von Umweltbelangen in die einzelnen Sektorpolitiken an. Dies gilt auch für den Sektor Verkehr. Die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (UGR) begegnen diesen Anforderungen mit dem Aufbau eines Berichtsmoduls Verkehr und Umwelt, das durch Integration technischer Verkehrsstatistiken und ökonomischer Daten eine detaillierte Datenbasis im konsistenten Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bereitstellen soll. In dem nun vorliegenden Band 14 der Schriftenreihe „Beiträge zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen“ werden die Ergebnisse dreier von Eurostat unterstützter Projekte zur Vorbereitung dieses Berichtsmoduls gebündelt und dabei neben physischen und monetären Daten beispielhaft weiterführende Analysen vorgestellt. Es werden Merkmale sowohl der Verkehrsinfrastruktur als auch der laufen-

den Verkehrsaktivitäten berücksichtigt. Die hier vorgestellte Datenbasis war bereits Grundlage eines Modellierungsprojekts zur Abschätzung der Wirkungen umweltpolitischer Maßnahmen und wurde zusammen mit Ergebnissen dieses Projekts auf einer gemeinsamen Pressekonferenz des Statistischen Bundesamtes und des Umweltbundesamtes im Herbst 2004 präsentiert. (Der zugehörige Bericht ist kostenlos erhältlich unter <http://www.destatis.de/download/d/ugr/ugr2004.pdf>.)

Die Darstellungen belegen für die zweite Hälfte der 1990er-Jahre trotz gebremster Wirtschaftsentwicklung eine Intensivierung insbesondere des Luft- und des Straßenverkehrs und ihres Energieverbrauchs bei gleichzeitiger Reduktion der toxischen Emissionen: So stiegen zum Beispiel zwischen 1995 und 2001 der Pkw-Bestand um 8%, die Personenbeförderungsleistungen der Luftfahrt um 12% und die gesamten Güterbeförderungsleistungen um 16%. Die Mineralölsteuereinnahmen stiegen um 28% und damit deutlich stärker als alle physischen Verkehrsmessgrößen. Die (hypothetische) Umweltsteuerbelastung je Tonne CO<sub>2</sub> für den Straßenverkehr lag im Jahr 2001 bei 280 Euro je Tonne. Dagegen geriet der Eisenbahnverkehr weiter ins Hintertreffen: Auf dem um 9% kürzeren Schienennetz stagnierten die Personenbeförderungsleistungen und der Anteil der Eisenbahn am Gütertransport ging von 19% auf gut 17% zurück. Aktuellere Daten werden gegen Ende dieses Jahres verfügbar sein.

Neben Daten und Analysen erläutert der vorliegende Bericht die angewandte Methodik und konzeptionelle Überlegungen zur weiteren Ausgestaltung des Berichtsmoduls Verkehr und Umwelt vor dem Hintergrund der Datensituation und des Nutzerbedarfs. Der vollständige Bericht kann entgeltlich über den Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes bezogen werden. Eine Kurzfassung auf älterem Datenstand steht als kostenloser Download unter <http://www.destatis.de/shop> bereit.

## Kompakt

### Trend zur Teilzeitarbeit auch bei Selbstständigen

In Deutschland wächst nicht nur die Zahl der Teilzeitbeschäftigten insgesamt, auch Selbstständige arbeiten vermehrt Teilzeit. Im März 2004 übte gut eine halbe Million der 3,8 Mill. Selbstständigen ihre Tätigkeit nach eigener Einstufung in Teilzeit aus. Damit war die Zahl der Teilzeit arbeitenden Selbstständigen gegenüber April 1996 (395 000) um knapp 36% gestiegen, die der Teilzeitbeschäftigten insgesamt stieg im gleichen Zeitraum um gut 33%. Auch die Zahl der selbstständigen Gründerpersonen in Teilzeit – also der Selbstständigen, die innerhalb der letzten zwölf Monate den Schritt in die Selbstständigkeit getan hatten und Teilzeit arbeiteten – war deutlich gestiegen, nämlich um 38% auf 78 000 im März 2004. Vor allem persönliche und familiäre Verpflichtungen sowie die Tatsache, dass eine Vollzeitä-

tigkeit nicht gewünscht wurde, führten bei den betrachteten Personengruppen zur Ausübung einer Teilzeittätigkeit.

Dies zeigen die Ergebnisse des Mikrozensus, der mit rund 830 000 befragten Personen in gut 390 000 Haushalten (1% der Bevölkerung Deutschlands) größten jährlichen Haushaltsbefragung in Europa.

Die Teilzeitquote unter den Selbstständigen hat sich gegenüber 1996 erhöht, und zwar um zwei Prozentpunkte auf 14%. Demgegenüber lag der Anteil der Teilzeit Arbeitenden an allen Erwerbstätigen im März 2004 mit 22% deutlich höher (April 1996: 17%). Anders sieht es bei den Gründerpersonen aus. Hier erreichte die Teilzeitquote im März 2004 mit 20% nahezu den Anteilswert aller Teilzeiterwerbstätigen. Während 7% der erwerbstätigen Männer einer Teilzeittätigkeit nachgingen, arbeiteten 12% der Gründer Teilzeit. Bei Frauen war es umgekehrt: Teilzeit-Gründerinnen waren mit einem Anteil von 34% im Vergleich zu 42% der Teilzeit tätigen Frauen insgesamt relativ seltener.

Weitere Auskünfte erteilt

Esther Hansch, Telefon 06 11/75-86 53,

E-Mail: [mikrozensus@destatis.de](mailto:mikrozensus@destatis.de).

### 45% der Forstpflanzen in Baumschulen waren Fichten und Rotbuchen

Für den Forst ziehen deutsche Baumschulen nach wie vor größtenteils Fichten und Rotbuchen heran. 221 Mill. Stück dieser beiden Baumarten wuchsen 2004 in Baumschulen heran, sie machten zusammen 45% der für den Forst bestimmten Pflanzen in den Baumschulen aus. Nach der Baumschulerhebung 2004 hatten Fichten an den Forstpflanzen in Baumschulen einen Anteil von 30%, Rotbuchen 15%, Waldkiefern 7%, Douglasien, Trauben- und Stieleichen je 6%. Den Rest bildeten weitere Baumarten.

524 der insgesamt 3 398 Baumschulen in Deutschland zogen auf einer Fläche von 2 519 ha Nadel- und Laubbäume als Forstpflanzen heran. Das Ziehen für Weihnachtsbaumkulturen zählt nicht dazu, nahm aber mit 2 537 ha eine ebenso große Fläche ein. Weiter abnehmende Bedeutung hat die Anzucht von Obstgehölzen, zu denen auch das Beerenobst zählt. 673 Betriebe mit rund 1 049 ha beschäftigten sich damit. Die größten Flächen verwenden Baumschulen jedoch für die Anzucht von Ziergehölzen: 11 310 ha der insgesamt 25 520 ha umfassenden Baumschulfläche wurden 2004 hierfür genutzt.

Die meisten Baumschulen gab es mit 972 Betrieben und einer Fläche von 6 333 ha in Niedersachsen, sehr viele außerdem in Nordrhein-Westfalen (581 Betriebe mit 5 541 ha) und Schleswig-Holstein (442 Betriebe mit 4 339 ha). Eine deutsche Baumschule bewirtschaftet durchschnittlich 7,5 ha Baumschulfläche.

Weitere Auskünfte erteilt

Sascha Bäsch, Telefon 0 18 88/6 44-86 17,

E-Mail: [ernte@destatis.de](mailto:ernte@destatis.de).

### Hersteller von Prozesssteuerungseinrichtungen auf Wachstumskurs

Der Wirtschaftszweig „Herstellung von industriellen Prozesssteuerungseinrichtungen“ umfasst die Planung, Montage, Reparatur und Instandhaltung von industriellen Dauerbetrieb-Steuerungseinrichtungen, auch für automatische Fertigungsanlagen, die aus verschiedenen Maschinen, Fördermitteln und zentralen Steuerungsgeräten bestehen.

Die Hersteller von industriellen Prozesssteuerungseinrichtungen verzeichneten im Jahr 2004 eine überdurchschnittlich gute Entwicklung. So stieg die Zahl der Beschäftigten in diesem Wirtschaftszweig gegenüber dem Vorjahr um 5,5% auf rund 10700 und der Gesamtumsatz um 6,1% auf 1,8 Mrd. Euro. Zum Vergleich: Im gesamten Verarbeitenden Gewerbe verringerte sich die Zahl der Beschäftigten um 1,9%, während der Umsatz um 5,6% gegenüber 2003 zunahm.

Der im Gesamtumsatz des Wirtschaftszweigs „Herstellung von industriellen Prozesssteuerungseinrichtungen“ enthaltene Inlandsumsatz erhöhte sich um 4,1% auf 1,3 Mrd. Euro, während der Auslandsumsatz um 11,3% auf 521 Mill. Euro zunahm. Damit wurde im Jahr 2004 eine Exportquote (Prozentanteil der Auslandsumsätze am Gesamtumsatz) von 28,8% erreicht. In den 139 Betrieben, die sich schwerpunktmäßig mit der Herstellung von Prozesssteuerungseinrichtungen befassen, wurden im Jahr 2004 18,1 Mill. Arbeitsstunden geleistet, das waren 6,2% mehr als 2003. Gleichzeitig stieg die Bruttolohn- und -gehaltssumme um 6,3% auf 458 Mill. Euro.

Weitere Auskünfte erteilt  
Dr. Vladislav Bajaja, Telefon 06 11/75-25 04,  
E-Mail: [monatsbericht-verarbeitendes-gewerbe@destatis.de](mailto:monatsbericht-verarbeitendes-gewerbe@destatis.de).

### Räumliche Nähe zum Dienstleister für Unternehmen entscheidend

Beim Kauf von Dienstleistungen ist die räumliche Entfernung zum Anbieter für die Unternehmen in Deutschland von großer Bedeutung. Daher suchen diese Unternehmen ihre wichtigsten Dienstleister auch nur selten im Ausland. Der Hauptlieferant einer Dienstleistung kommt überwiegend aus derselben Region wie das Unternehmen.

Dies sind erste hochgerechnete Ergebnisse einer freiwilligen Befragung von 10000 Unternehmen in ausgewählten Branchen der Industrie und des Dienstleistungssektors. Die Dienstleistungskäufe der befragten Wirtschaftsbereiche erreichten im Jahr 2003 ein Volumen von 423 Mrd. Euro. Dies entspricht 14% der Umsätze der Unternehmen in Höhe von insgesamt 2974 Mrd. Euro. Nur 4% der nachgefragten Dienstleistungen dienen den Unternehmen als Investition (z. B. Lizenzen). Der weitaus größte Teil (96%) wird zur Herstellung von Waren und Dienstleistungen im Unternehmen selbst benötigt oder weiterverkauft.

Die Nachfrage der Unternehmen nach Dienstleistungen wird von Transport- und Logistikleistungen geprägt, die einen Anteil von 25% der Dienstleistungskäufe insgesamt ausmachen. Daneben spielen Miete, Pacht und operatives Leasing mit 16% sowie Marktforschungsleistungen mit 13% ebenfalls eine bedeutende Rolle. IT-Dienstleistungen erreichen einen Anteil von 8%.

Die Ergebnisse zeigen auch, dass die meisten Unternehmen benötigte Dienstleistungen nicht selbst erstellen, sondern sie von einem geeigneten Anbieter einkaufen. Die Geschäftsbeziehungen zu diesem Anbieter sind dann meist längerfristig angelegt, das heißt sie bestehen bereits seit mindestens einem Jahr.

Erste Ergebnisse der Befragung stellt das Statistische Bundesamt im Internet unter <http://www.destatis.de/download/d/geld/kurzbericht.pdf> kostenlos als Download zur Verfügung.

Weitere Auskünfte erteilt  
Thorsten Tümmeler, Telefon 06 11/75-33 83,  
E-Mail: [thorsten.tuemmler@destatis.de](mailto:thorsten.tuemmler@destatis.de).

### Erstmals seit 1999 wieder mehr neue Ausbildungsverträge

Nach vorläufigen Ergebnissen haben im Jahr 2004 rund 572900 Jugendliche einen neuen Ausbildungsvertrag im Rahmen des dualen Systems (Betrieb/Berufsschule) abgeschlossen, 1,5% (+8400) mehr als im Vorjahr. Damit war erstmals seit 1999 wieder eine steigende Zahl neuer Ausbildungsverträge zu verzeichnen; bezogen auf 1999 waren dies allerdings rund 10% weniger Ausbildungsverträge. Im Jahr 2004 haben jedoch rund 4% mehr Jugendliche als 1999 die allgemein bildenden Schulen verlassen. Von ihnen strebt der überwiegende Teil eine Ausbildung im dualen System an.

Die Entwicklung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge verlief in Ost und West weiterhin unterschiedlich: Während im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) 2,2% (+9600) mehr Ausbildungsverträge als im Vorjahr abgeschlossen wurden, waren es in den neuen Ländern und Berlin 0,9% (-1200) weniger, obwohl im Osten ein großer Teil der Ausbildungsanfänger staatlich gefördert oder außerbetrieblich ausgebildet wird. Deutliche Unterschiede gab es auch zwischen den einzelnen Ländern: Die Spanne reichte in den neuen Ländern von -5,0% in Mecklenburg-Vorpommern bis +1,4% in Berlin und in den alten Ländern von -0,4% in Hessen bis +7,3% in Bremen.

Im größten Ausbildungsbereich „Industrie und Handel“ (zu dem u.a. Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe gehören) wurden im Jahr 2004 rund 3,4% (+10500) mehr Ausbildungsverträge abgeschlossen als im Vorjahr, während die Zahl im Bereich „Handwerk“ in etwa auf dem Stand des Vorjahres blieb (-0,2%; -400). Deutliche Zuwächse gab es in den Ausbildungsbereichen „Öffentlicher Dienst“ (+9,1%; +1300) und „Landwirtschaft“ (+3,5%; +500). Dagegen sank die Zahl der Ausbildungsan-

fänger im Bereich „Freie Berufe“ mit 7,2% (– 3 500) fast in demselben Umfang wie im Vorjahr.

Im Jahr 2004 schlossen 237 700 junge Frauen einen neuen Ausbildungsvertrag ab, das waren 0,5% (+ 1 200) mehr als im Vorjahr. Dagegen stieg die Zahl der jungen Männer mit einem neuen Ausbildungsvertrag um 2,2% (+ 7 300). Damit verminderte sich der Anteil der von Frauen abgeschlossenen an den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen um 0,4 Prozentpunkte auf 41,5%. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Frauen häufiger als Männer eine rein schulische Berufsausbildung, zum Beispiel in Sozial- oder Gesundheitsdienstberufen, durchlaufen.

Insgesamt befanden sich am 31. Dezember 2004 rund 1,56 Mill. Jugendliche in einer Ausbildung im dualen System. Das sind 1,1% (– 17 300) weniger als im Vorjahr.

Weitere Auskünfte erteilt

Marianne Renz, Telefon 06 11/75-41 41,

E-Mail: [berufsbildungsstatistik@destatis.de](mailto:berufsbildungsstatistik@destatis.de).

## Ausgaben für die außeruniversitäre Forschung 2003 leicht rückläufig

Die außeruniversitären Forschungseinrichtungen gaben im Jahr 2003 7,3 Mrd. Euro für Forschung und Entwicklung aus. Das waren 0,4% weniger als im Vorjahr. Der leichte Rückgang ist in erster Linie auf die geringere Investitionstätigkeit der Forschungseinrichtungen zurückzuführen. Während die Investitionsausgaben 9,7% unter dem Vorjahresniveau lagen, erhöhten die Einrichtungen die Ausgaben für Personal- und Sachaufwand gegenüber dem Vorjahr um 1,5%.

Die außeruniversitären Forschungseinrichtungen sind neben den Unternehmen und den Hochschulen die dritte Säule im deutschen Forschungssystem. Zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen gehören neben den Einrichtungen von Bund, Ländern und Gemeinden auch öffentlich geförderte, private Einrichtungen ohne Erwerbszweck. Auf private Forschungseinrichtungen, die von Bund und Ländern gemeinsam gefördert werden, entfielen im Jahr 2003 rund drei Viertel der Forschungsausgaben (73,1%) dieses Bereichs. Hier gaben die Helmholtz-Zentren 2,3 Mrd. Euro, die Institute der Max-Planck-Gesellschaft 1,1 Mrd. Euro, die Einrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft 1,0 Mrd. Euro und die Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft 0,8 Mrd. Euro aus. Auf die Akademien der Wissenschaften entfielen 0,1 Mrd. Euro.

Die öffentlichen Forschungseinrichtungen von Bund, Ländern und Gemeinden hatten mit 0,8 Mrd. Euro einen Anteil von 11,2% an den gesamten Ausgaben der außeruniversitären Einrichtungen für Forschung und Entwicklung. Die sonstigen öffentlich geförderten Forschungseinrichtungen, einschließlich der wissenschaftlichen Bibliotheken und Museen, gaben 2003 1,2 Mrd. Euro (15,7%) für Forschung und Entwicklung aus.

Die Ausgaben der außeruniversitären Forschungseinrichtungen machen zusammen mit den Forschungsausgaben

der Hochschulen rund ein Drittel der gesamten Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Deutschland aus. Gut zwei Drittel der Forschungstätigkeiten finden im Unternehmenssektor statt. Der Europäische Rat hat 2002 in Barcelona als Ziel für das Jahr 2010 einen Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt von 3% formuliert. Der Anteil der gesamten Ausgaben für Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt betrug im Jahr 2003 in Deutschland 2,55%.

Weitere Auskünfte erteilt

Frank Schüller, Telefon 06 11/75-41 31,

E-Mail: [forschungsausgaben@destatis.de](mailto:forschungsausgaben@destatis.de).

## Internetnutzung nimmt bei älteren Menschen überdurchschnittlich zu

Die Internetbeteiligung in der deutschen Bevölkerung, sei es für berufliche oder private Zwecke, nimmt weiter zu. Dies gilt nicht nur für junge Menschen, sondern – wengleich auf erheblich niedrigerem Niveau – auch für die ältere Bevölkerung: 22% der über 54-Jährigen gingen im ersten Vierteljahr 2004 online, 2002 waren es erst 16%. Zum Vergleich: Von der Gesamtbevölkerung ab 10 Jahren waren 58% im Internet. Die Zunahme bei den Älteren liegt mit 38% deutlich über dem Zuwachs in der Bevölkerung ab 10 Jahren (+ 26% gegenüber 2002).

Die ältere Bevölkerung geht also nicht auf Technikdistanz. So lag die Internetbeteiligung bei den 55- bis unter 64-Jährigen im ersten Quartal 2004 bei 36%. Von den über 64-Jährigen, die in der Regel auch über das Berufsfeld nicht (mehr) in Kontakt mit dem Internet kommen, nutzt hingegen nur gut jede(r) Zehnte (11%) das Internet.

Männer in den höheren Altersgruppen sind dabei dem Internet gegenüber aufgeschlossener als die gleichaltrigen Frauen. Im ersten Quartal 2004 gingen 44% der 55- bis 64-jährigen Männer gegenüber 29% der Frauen dieser Altersgruppe online. Bei den über 64-Jährigen öffnet sich die Schere noch weiter: In diesem Alter fällt der Anteil der das Internet nutzenden Männer mit 19% dreimal so hoch aus wie der der Frauen (6%). In jüngerem und mittlerem Alter ist die Internetnutzung von Männern und Frauen dagegen annähernd gleich.

Das Internet wird mit zunehmendem Alter weniger intensiv genutzt. Weit über die Hälfte der das Internet nutzenden Personen im Alter von 15 bis 34 Jahren ist täglich oder fast täglich online; bei den Internetnutzern über 54 Jahren sind es nur noch 43%. Auch die wöchentliche Nutzungsdauer nimmt in den höheren Altersgruppen insgesamt ab: 28% der 15- bis 34-Jährigen, aber nur 12% der über 54-Jährigen verbringen mehr als fünf Stunden pro Woche im Internet. Weder bei der Nutzungshäufigkeit noch bei der Nutzungsdauer zeigen sich nennenswerte Unterschiede zwischen den 55- bis 64-Jährigen und den über 64-Jährigen. Wenn also ältere Personen die Hürde ins Internet einmal genommen haben, weisen die beiden Altersgruppen über 54 Jahren ein sehr ähnliches Nutzungsverhalten auf.

Insgesamt betrachtet schöpfen Ältere, die das Internet nutzen, in den Bereichen Information, Kommunikation, E-Commerce oder E-Government eine breite Palette der Möglichkeiten aus. Auch dabei zeichnen sich hohe Übereinstimmungen in den beiden höchsten Altersgruppen ab. Im Vergleich zu den jüngeren werden Unterschiede am ehesten in Einzelaspekten deutlich: So zum Beispiel beim Chaten über das Internet, das für 60% der 15- bis 24-Jährigen, aber nur für 12% der über 64-Jährigen Internetnutzerinnen und -nutzer attraktiv ist. Oder umgekehrt in Bezug auf Reiseleistungen im Internet, die von 59% der über 64-Jährigen, aber lediglich von 36% der 15- bis 34-jährigen Internetnutzerinnen und -nutzer in Anspruch genommen werden.

Weitere interessante Ergebnisse der IKT-Erhebungen enthält die Pressebroschüre „Informationstechnologie in Unternehmen und Haushalten 2004“, die zusammen mit umfangreichen Tabellen kostenlos im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes zur Verfügung steht (<http://www.destatis.de/informationsgesellschaft>).

Weitere Auskünfte erteilt  
Dr. Irene Kahle, Telefon 06 11/75-2099,  
E-Mail: [irene.kahle@destatis.de](mailto:irene.kahle@destatis.de).

### Drei Viertel der privaten Haushalte haben ein Auto

76% der privaten Haushalte in Deutschland besaßen zum Jahresanfang 2004 mindestens ein Auto. Der Anteil der Haushalte mit gebrauchten Pkw lag bei 45% und damit höher als der von Haushalten mit Neuwagen (35%). Diese Tendenz zum Gebrauchtwagen besteht seit längerem. Im Jahr 2000 besaßen noch 36% der Haushalte einen Neuwagen, während der Anteil der Haushalte mit Gebrauchtwagen bei 43% lag. Neben diesen Ergebnissen liefern die Daten der Laufenden Wirtschaftsrechnungen für das Jahr 2004 auch interessante regionale Aspekte zur Pkw-Ausstattung der privaten Haushalte (ohne die Haushalte von Selbstständigen und Landwirten).

Haushalte in den Stadtstaaten besitzen deutlich seltener ein Auto als Haushalte in den Flächenländern: In Berlin bzw. Hamburg hatte nur etwa jeder zweite Haushalt (49 bzw. 56%) einen Pkw; in Bremen waren es weniger als 64% der Haushalte. Bei guter Infrastruktur, insbesondere einem gut ausgebauten Netz an öffentlichen Verkehrsmitteln, verzichten viele Haushalte in diesen Bundesländern auf ein Auto. Haushalte in den Flächenländern hatten zu 70% und mehr ein Auto. Aufgrund weiterer Entfernungen ist der Pkw-Besitz hier zum Teil unumgänglich, allein um den täglichen Weg zum Arbeitsplatz zurücklegen zu können.

Im Vergleich der Flächenstaaten zueinander wird ein Süd-Nord-Gefälle deutlich. Während über 80% der Haushalte in den süddeutschen Bundesländern ein Auto hatten (u. a. in Rheinland-Pfalz 85%, in Hessen 84%, in Bayern und in Baden-Württemberg je 80%), lagen Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein mit 73 bzw. 70% deutlich unter dem Durchschnitt. Die neuen Bundesländer bewegten

sich im Mittelfeld: Ihre Anteile reichten von 77% in Brandenburg bis zu 71% in Sachsen.

Auch bei den Ausstattungsbeständen zeigte sich ein großes regionales Gefälle. Auf 100 deutsche Privathaushalte kamen durchschnittlich rund 98 Pkw. Die Spanne reichte dabei von 55 Pkw in den Berliner Privathaushalten bis zu rund doppelt so hohen Werten in Baden-Württemberg und im Saarland.

Weitere Auskünfte erteilt der  
Auskunftsdienst Wirtschaftsrechnungen und Zeitbudgets,  
Telefon 0 18 88/6 44-88 80,  
E-Mail: [viiid-info@destatis.de](mailto:viiid-info@destatis.de).

### 6 240 Menschen kamen im Jahr 2003 bei Haushaltsunfällen ums Leben

6 240 Menschen (3 558 Frauen und 2 682 Männer) starben im Jahr 2003 bei häuslichen Unfällen. Damit hat sich die Zahl der tödlichen Unfälle im Haushalt gegenüber dem Vorjahr sowohl absolut als auch altersstandardisiert, das heißt bei Berücksichtigung der jeweiligen Altersstruktur, um rund 5% erhöht.

Insbesondere alte Menschen sind durch Unfälle im Haushalt gefährdet. Von den Verunglückten waren 81% oder 5 075 Menschen im Alter von 65 Jahren und älter, das sind gut dreimal so viele wie bei Verkehrsunfällen in diesem Alter. 121 Kinder und Jugendliche (im Alter unter 15 Jahren) verletzten sich bei häuslichen Unfällen tödlich.

Während bei alten Menschen der Tod überwiegend durch Stürze verursacht wird (87% der tödlichen Haushaltsunfälle), sind Kinder und Jugendliche insbesondere durch Brände und Erstickten (jeweils 25%) sowie Ertrinken (15%) gefährdet.

Weitere Auskünfte erteilt  
Stefan Rübenaach, Telefon 0 18 88/6 44-81 12,  
E-Mail: [gesundheitsstatistiken@destatis.de](mailto:gesundheitsstatistiken@destatis.de).

### Trend zur Pflege in Heimen und durch ambulante Dienste

Im Dezember 2003 waren 2,08 Mill. Menschen in Deutschland pflegebedürftig im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes (SGB XI). Das waren rund 37 000 oder 1,8% mehr als 2001. Die Mehrheit (81%) der Pflegebedürftigen war 65 Jahre und älter; ein knappes Drittel (32%) 85 Jahre und älter. 68% der Pflegebedürftigen waren Frauen.

Mehr als zwei Drittel (69% oder 1,44 Mill.) der Pflegebedürftigen wurden zu Hause versorgt. Davon erhielten 987 000 Pflegebedürftige ausschließlich Pflegegeld, das bedeutet, sie wurden in der Regel zu Hause allein durch Angehörige gepflegt. Weitere 450 000 Pflegebedürftige lebten ebenfalls in Privathaushalten. Bei ihnen erfolgte die Pflege jedoch zum Teil oder vollständig durch ambulante Pflegedienste. 640 000 (31%) Pflegebedürftige wurden in Pflegeheimen betreut.

Im Vergleich zu 2001 zeigt sich ein Trend hin zur „professionellen“ Pflege in Pflegeheimen und durch ambulante Pflegedienste: So ist die Zahl der in Heimen betreuten Pflegebedürftigen um 5,9% (+36 000) und die durch ambulante Dienste Versorgten um 3,6% (+15 000) gestiegen, während die Pflege durch Angehörige bzw. die „reinen“ Pflegegeldempfänger um 1,4% (-14 000) abnahm. Somit sank auch der Anteil der zu Hause Versorgten von 70,4 auf 69,2%.

Diese und weitere Angaben – insbesondere auch über die Pflegeheime und die ambulanten Pflegedienste einschließlich des Personals – enthält der „Bericht: Pflegestatistik 2003 – Deutschlandergebnisse“. Der Bericht ist kostenlos im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes ([http://www.destatis.de/allg/d/veroe/d\\_pflege99.htm](http://www.destatis.de/allg/d/veroe/d_pflege99.htm)) abrufbar.

Weitere Auskünfte erteilt  
Heiko Pfaff, Telefon 0 1888/6 44-81 06,  
E-Mail: [pflege@destatis.de](mailto:pflege@destatis.de).

## Rekultivierungsmaßnahmen der öffentlichen Hand im Jahr 2003

Rund 32,8 Mill. t Bauabfälle wurden im Jahr 2003 bei Bau- und Rekultivierungsmaßnahmen der öffentlichen Hand wieder eingesetzt, ohne vorher einem Verfahren zum Recycling oder zur Aufbereitung zugeführt worden zu sein. Das sind rund 8,5 Mill. t oder 21% weniger als 2001. Der größte Teil der eingesetzten Menge bestand dabei aus Bodenaushub (86%), gefolgt von Bauschutt (12%) und Straßenaufbruch (2%).

Die Bauabfälle wurden überwiegend im Straßen- und Wegebau (38%), beim Bau neuer Deponien bzw. der Rekultivierung von stillgelegten öffentlichen Deponien (24%) und beim Bau von Lärmschutzwällen (11%) verwendet. Weitere Einsatzbereiche waren die Rekultivierung von ehemals industriell, gewerblich und militärisch genutzten Flächen und Altablagerungen, der Landschaftsbau bzw. die Landschaftsgestaltung, der Deichbau und der Freizeit- und Sportanlagenbau.

Neben dem Einsatz von unaufbereiteten Bauabfällen gibt es weitere Verwertungs- sowie Beseitigungsverfahren, so zum Beispiel in Bauschuttaufbereitungsanlagen und in Deponien, durch die Bau- und Abbruchabfälle aus unterschiedlichen Herkunftsbereichen entsorgt werden. Bei Betrachtung aller Entsorgungsverfahren ist das vorläufige Gesamtaufkommen an entsorgten Bau- und Abbruchabfällen 2003 gegenüber dem Jahr 2002 um 8% auf rund 222 Mill. t gesunken. Der Rückgang ist vor allem auf die sinkende Bautätigkeit zurückzuführen. Der unaufbereitete Anteil ist mit rund 10% des Gesamtaufkommens ungefähr gleich geblieben.

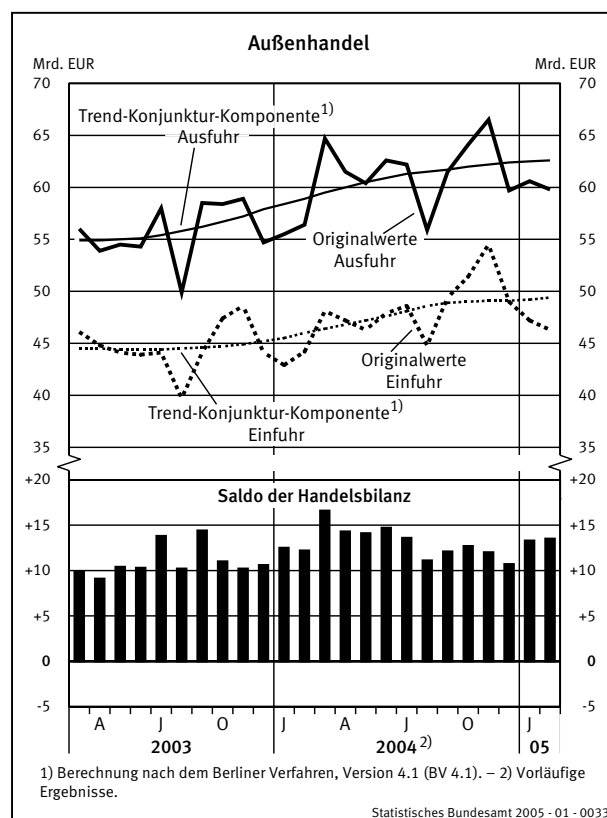
Weitere Auskünfte erteilt  
Andrea Sandner, Telefon 0 1888/6 44-82 23,  
E-Mail: [umwelt@destatis.de](mailto:umwelt@destatis.de).

## Weitere wichtige Monatszahlen

### Außenhandel

Im Februar 2005 wurden von Deutschland Waren im Wert von 59,8 Mrd. Euro ausgeführt und Waren im Wert von 46,3 Mrd. Euro eingeführt. Die Ausfuhren stiegen somit um 6,0% und die Einfuhren um 4,6% gegenüber Februar 2004. Die kumulierten Ausfuhren von Januar bis Februar 2005 lagen nominal um 7,6%, die Einfuhren um 7,3% über den Vorjahreswerten des gleichen Zeitraums. Der Index der Ausfuhrpreise lag im Februar um 1,5% (Januar 2005: +1,3%), der Index der Einfuhrpreise um 3,7% (Januar 2005: +2,9%) über Vorjahresniveau. Der Einfuhrpreisindex ohne Erdöl und Mineralölzeugnisse lag im Februar 2005 um 1,5% über dem Vorjahreswert.

Saisonbereinigt haben die Ausfuhren gegenüber Januar 2005 um 2,8%, die Einfuhren um 3,7% abgenommen.



Der Außenhandelsüberschuss betrug im Februar 13,5 Mrd. Euro. Dies bedeutet eine Zunahme gegenüber dem Vormonat um 0,2 Mrd. Euro (Januar 2005: 13,3 Mrd. Euro). Im Vergleich zum Vorjahresmonat nahm der Überschuss der Außenhandelsbilanz um 1,3 Mrd. Euro (Februar 2004: 12,2 Mrd. Euro) zu. Nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank konnten die Überschüsse der Außenhandelsbilanz (+13,5 Mrd. Euro) und der Erwerbs- und Ver-

mögenseinkommen (+0,1 Mrd. Euro) die negativen Salden der übrigen Teilbilanzen der Leistungsbilanz (Ergänzungen zum Warenverkehr: –0,8 Mrd. Euro, Dienstleistungen: –2,0 Mrd. Euro, Unentgeltliche Leistungen: –2,4 Mrd. Euro) mehr als ausgleichen, sodass die Leistungsbilanz im Februar 2005 einen Überschuss von 8,4 Mrd. Euro verzeichnen konnte. Im Februar 2004 hatte die Leistungsbilanz einen Aktivsaldo in Höhe von 6,8 Mrd. Euro. [u](#)



Dipl.-Kaufmann Elmar Wein

# Modernisierung der Fehlerbeseitigung

*Steigende Anforderungen der Nutzer an die Aktualität und Genauigkeit statistischer Ergebnisse erfordern neue Methoden und Verfahren bei der Statistikerstellung. Dazu zählt insbesondere die Fehlerbeseitigung bzw. Plausibilisierung (PL). Sie verbessert die Genauigkeit statistischer Ergebnisse, andererseits erfordert sie Zeit und verschlechtert dadurch deren Aktualität. Untersuchungen haben ergeben, dass die Fehlerbeseitigung bis zu 40% der Ressourcen für eine Statistik verbrauchen kann.<sup>1)</sup>*

*Eine Projektgruppe aus Vertretern der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder<sup>2)</sup> hat ein umfassendes Fachkonzept zur Modernisierung der Fehlerbeseitigung, das „PL-Fachkonzept“, erstellt. Mit ihm sollen die Aktualität statistischer Ergebnisse verbessert und die Effizienz der Fehlerbeseitigung gesteigert werden.*

*Das Statistische Bundesamt hat die Vorgaben des PL-Fachkonzepts für die Plausibilisierung von Daten in neue Datenverarbeitungsprogramme (DV-Programme) implementiert. Weiterhin wurden mathematisch-statistische Plausibilisierungsmethoden im Jahr 2004 erfolgreich getestet. Das PL-Fachkonzept wird in diesem Jahr in allen Statistischen Landesämtern eingeführt.*

*Der folgende Aufsatz behandelt zuerst die Erstellung von Bundesstatistiken einschließlich wesentlicher Veränderungen, die wichtige Rahmenbedingungen für eine*

*Fehlerbeseitigung darstellen. Nach der Vorstellung grundsätzlicher Überlegungen des PL-Fachkonzepts folgt die Darstellung der Neuerungen bei der Planung und Durchführung einer Fehlerbeseitigung. Ein Ausblick auf die weiteren Aufbauarbeiten und zukünftige Entwicklungen im Bereich der Fehlerbeseitigung schließen den Beitrag ab.*

## Fehlerbeseitigung im Rahmen der Statistikerstellung

Die statistischen Ämter haben die Erstellung von Statistiken in den letzten Jahren erheblich modernisiert und damit die Rahmenbedingungen der Plausibilisierung entscheidend verändert. Im Folgenden sollen die wichtigsten Aktivitäten zur Erstellung einer Statistik beschrieben, die Fehlerbeseitigung einzelnen Prozessen zugeordnet und relevante Modernisierungsaktivitäten vorgestellt werden.

Damit Nutzern zuverlässige statistische Ergebnisse zur Verfügung stehen, müssen zuvor eine Reihe von Prozessen durchgeführt werden. Einen geeigneten Ansatz zur Beschreibung der Statistikerstellung stellt die Wertschöpfungskette dar (siehe Schaubild 1), weil damit die Betrachtungen auf notwendige Aktivitäten reduziert werden.<sup>3)</sup>

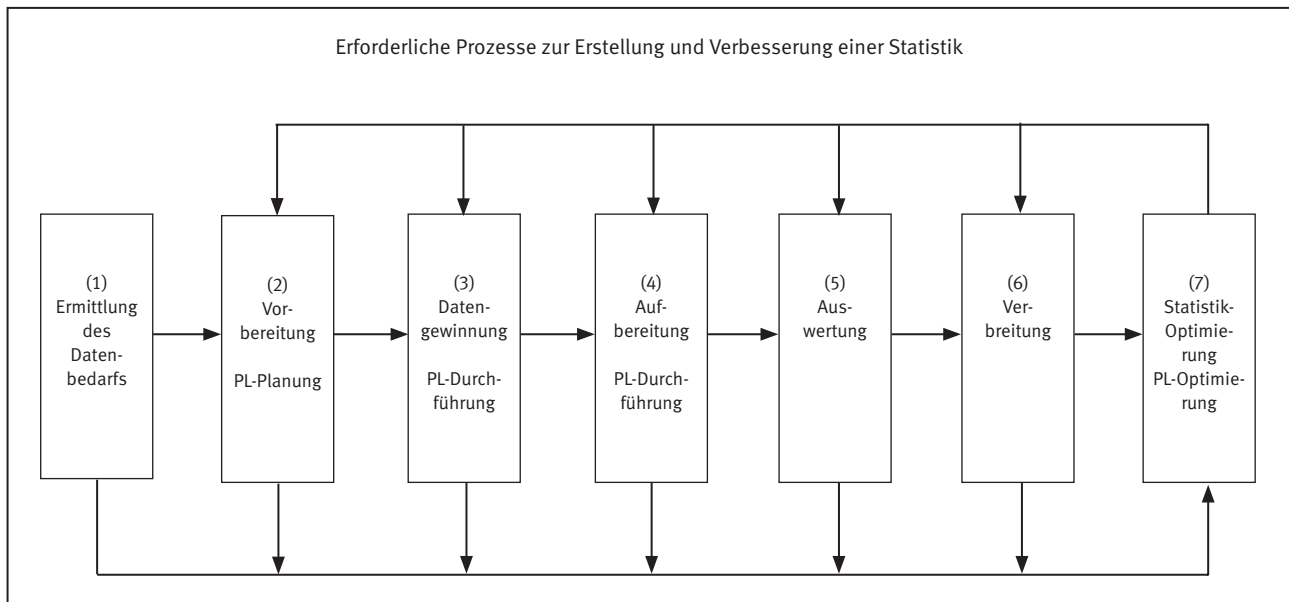
Die Statistikerstellung beginnt mit der Anmeldung eines Datenbedarfs. Am Ende dieses Prozesses liegen konkrete

1) Siehe Federal Committee on Statistical Methodology: "Data Editing in Federal Statistical Agencies", Statistical Policy Working Paper No. 18, Washington D.C. 1990.

2) An der Konzeptentwicklung beteiligten sich neben dem Statistischen Bundesamt die Statistischen Ämter der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Thüringen.

3) Siehe Schulte-Zurhausen, M.: „Organisation“, München 1995.

Schaubild 1



Vorstellungen hinsichtlich der benötigten Daten und ihrer Qualität vor, die wesentliche Vorgaben für die Fehlerbeseitigung darstellen.<sup>4)</sup> Durch den Pfeil zum Prozess „Statistik-Optimierung“ soll, wie auch bei den nachfolgenden Prozessen, angedeutet werden, dass geeignete Prozessdokumentationen bei Bedarf für eine Optimierung bereit-zustellen sind.

Auf der Grundlage des konkretisierten Datenbedarfs werden die Erhebungsunterlagen entwickelt, das Auswertungsprogramm erstellt und die Fehlerbeseitigung geplant (PL-Planung).

Um möglichst plausible Daten zu erhalten, setzen die statistischen Ämter neben gedruckten Fragebogen zunehmend elektronische Erhebungsinstrumente ein, die Angaben der Befragten „vor Ort“ prüfen, damit diese sofort korrigiert werden können. Im Verlauf der Aufbereitung werden Fehler korrigiert, die nicht im Zuge der Datengewinnung beseitigt werden konnten (PL-Durchführung).

Sich verändernde Nutzerwünsche und die Einführung neuer Methoden und DV-Programme erfordern eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Aufbereitung und Veröffentlichung von Statistiken. Typische Aktivitäten zielen auf eine Verbesserung eingesetzter Erhebungsinstrumente und die Weiterentwicklung der Fehlerbeseitigung, was durch die Pfeile zu den entsprechenden vorangegangenen Prozessen angedeutet wird. Bei der PL-Optimierung werden zum Beispiel die Korrekturen analysiert, um die Fehlerursachen zu erkennen und Maßnahmen zur Vermeidung vorzuschlagen.

Zwischen den Prozessen der Fehlerbeseitigung und den übrigen Prozessen der Statistikerstellung bestehen viel-

fältige Verbindungen: Die PL-Planung setzt die Festlegung der Erhebungsinhalte voraus. Die PL-Durchführung liefert wichtige Informationen für die Interpretation statistischer Ergebnisse. Die PL-Optimierung initiiert Veränderungen bei vorliegenden Fragebogen.

Immer schnellere Entwicklungen und eine sich in verschiedene Interessengruppen ausdifferenzierende Gesellschaft führen zu steigenden und heterogenen Anforderungen der Nutzer an amtliche Statistiken. Bei vielen Statistiken werden neben den früher üblichen Standardergebnissen in Fachserien zunehmend auch vorläufige Ergebnisse veröffentlicht und anonymisierte Mikrodaten bereitgestellt, die Nutzer mit verfügbarer statistischer Standardsoftware nach spezifischen Gesichtspunkten analysieren. Diese Entwicklung stellt sehr große Anforderungen an die Plausibilität statistischer Daten. Durch die Bereitstellung verschiedener Ergebnistypen ist die Statistikerstellung im Bereich der Aufbereitung komplexer geworden.

In den letzten Jahren konzentrierten sich viele Modernisierungsaktivitäten der amtlichen Statistik auf den Prozess der Datengewinnung, um plausible Angaben zu erhalten, die schneller veröffentlicht werden können. Neben der zunehmenden Bereitstellung von Internetfragebogen<sup>5)</sup> hat die deutsche amtliche Statistik im März 2005 das ausgezeichnete System eSTATISTIK.core<sup>6)</sup> in Betrieb genommen, mit dem Unternehmen erstmals die Möglichkeit haben, mit einer besonderen Softwarekomponente statistische Rohdaten aus dem betrieblichen Rechnungswesen automatisch zu gewinnen und diese über das Internet an eine zentrale Statistikannahmestelle zu übermitteln.<sup>7)</sup> Weiterhin standardisiert die deutsche amtliche Statistik seit 2003 ihre

4) Siehe Blanc, M./Radermacher, W./Körner, T.: „Qualität und Nutzer“ in WiSta 10/2001, S. 799 ff.

5) Informationen über vorliegende Internetfragebogen enthält die Seite <http://www.destatis.de/buerokratieabbau/datenerhebung.htm>.

6) eSTATISTIK.core hat im März 2005 den ersten Preis der internationalen Beratungsgesellschaft BearingPoint und Cisco Systems im Politikfeld „Wirtschaft und Arbeit“ des 5. eGovernment-Wettbewerbs gewonnen (siehe auch WiSta 3/2005, S. 173).

7) Siehe hierzu <http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/datenOnline.asp>.

Papierfragebogen durch die Einführung eines einheitlichen Designs.

Bedingt durch die Modernisierung der Statistikerstellung ergeben sich mehr Möglichkeiten zur Gewinnung plausiblerer Angaben. Sie stellen wichtige Rahmenbedingungen für eine moderne Fehlerbeseitigung dar, induzieren aber gleichzeitig einen größeren Planungsbedarf und Empfehlungen zum Einsatz moderner Aufbereitungsmethoden, die mit dem PL-Fachkonzept erfüllt werden.

## Grundsätzliche Überlegungen des PL-Fachkonzepts

Wie eingangs erwähnt, stellen die Verbesserung der Aktualität und die Steigerung der Effizienz wesentliche Ziele des PL-Fachkonzepts dar. Unterschiedliche Abläufe der Fehlerbeseitigungen bei den Statistiken haben zu einem umfassenden Ansatz geführt, der folgende grundsätzliche Überlegungen enthält:

### – Fehlervermeidung durch vermehrte Prüfungen bei der Entstehung von Daten

Angaben sollen schon bei ihrer Entstehung stärker als bisher auf ihre Plausibilität geprüft werden, um aufwändige Rückfragen zu reduzieren, die Auskunftgebende belasten und zusätzliche Kosten in den statistischen Ämtern verursachen. Dieses Ziel soll durch die Nutzung geprüfter Angaben aus den Berichtswesen der Unternehmen erreicht werden. Eine Alternative stellt die zunehmende Bereitstellung von Internetfragebogen mit integrierten üblichen Plausibilitätsprüfungen dar, wie sie zum Beispiel auch in Homebanking-Anwendungen oder Internet-Shops üblich sind. Das PL-Fachkonzept enthält Empfehlungen zur Integration von Plausibilitätsprüfungen in den Prozess der Datenentstehung.

### – Intensivere Ausrichtung einer Fehlerbeseitigung auf statistische Ergebnisse

Die Frage „Was wird wann mit welchem Plausibilitätsgrad veröffentlicht?“ soll stärker als bisher die Planung und Durchführung einer Fehlerbeseitigung bestimmen.<sup>8)</sup> Sie trägt den steigenden Nutzeranforderungen und den knapperen Ressourcen der statistischen Ämter gleichermaßen Rechnung. Mit Hilfe leistungsfähigerer PL-Methoden können Anforderungen an die Aktualität und Genauigkeit statistischer Daten viel besser als bisher umgesetzt werden.

### – Verstärkter Einsatz leistungsfähigerer Methoden für die Fehlerbeseitigung

Die statistischen Ämter werden in den nächsten Jahren einen Mix an Erhebungsinstrumenten einsetzen

müssen. Dies bedeutet, dass nicht alle Fehler bei der Datengewinnung erkannt und beseitigt werden können. Im Zuge der Aufbereitung sollen daher mit Hilfe selektiver Plausibilisierungsmethoden gravierende Fehler mit erheblichem Einfluss auf statistische Ergebnisse erkannt und vorrangig manuell korrigiert werden. Marginale Fehler sollen stärker als bisher durch maschinelle Fehlerbestimmungsmethoden entdeckt und mit Hilfe von Imputationsmethoden DV-gestützt korrigiert werden.<sup>9)</sup> Diese Maßnahmen steigern die Effizienz einer Fehlerbeseitigung erheblich.

### – Standardisierung der PL-Methoden

Den PL-Aktivitäten wurden wieder verwendbare Plausibilisierungsmethoden zugeordnet. Dazu gehören zum Beispiel Streudiagramme, mit denen Ausreißer erkannt werden können. Ein Teil der für die Fehlerbeseitigung benötigten PL-Methoden wurde inzwischen in Softwaremodule umgesetzt und ist für eine Vielzahl von Statistiken einsetzbar. Durch die Wiederverwendung vorhandener DV-Module rechnet sich die aufwändige DV-technische Umsetzung leistungsfähigerer Plausibilisierungsmethoden. Dieser Standardisierungsansatz entspricht dem „Plattform-Prinzip“ der Automobilindustrie, bei dem verschiedene Pkw-Typen auf identischen Bodengruppen erstellt werden. Er wird auch von anderen nationalen statistischen Ämtern präferiert<sup>10)</sup> und bietet die notwendige Flexibilität, um die sehr heterogenen Anforderungen der einzelnen Bundesstatistiken zu erfüllen.

### – Einführung eines Prozessmanagements

Der zunehmende Methodenmix im Bereich der Fehlerbeseitigung erfordert eine bessere Planung und Steuerung. Eine Fehlerbeseitigung besteht aus mehreren Arbeitspaketen, in denen zum Beispiel Angaben aus Papierfragebogen zuerst in weiterverarbeitbare Daten umgewandelt werden müssen, um anschließend mit Hilfe von Plausibilitätsprüfungen unvollständige und fehlerhafte Angaben zu erkennen und zu beseitigen. Diese vielfältigen Aktivitäten sind aufeinander abzustimmen. Sie wurden unter Nutzung moderner DV-technischer Möglichkeiten und Plausibilisierungsmethoden in idealtypische PL-Prozesse restrukturiert (Prozessmanagement). Für die Feinplanung von PL-Prozessen stehen zukünftig moderne Methoden der Arbeits-, Zeit- und Personalplanung zur Verfügung, die auch für die Leitung einer laufenden Fehlerbeseitigung genutzt werden sollen.

### – Mehrfache Wiederverwendung vorliegender Metadaten

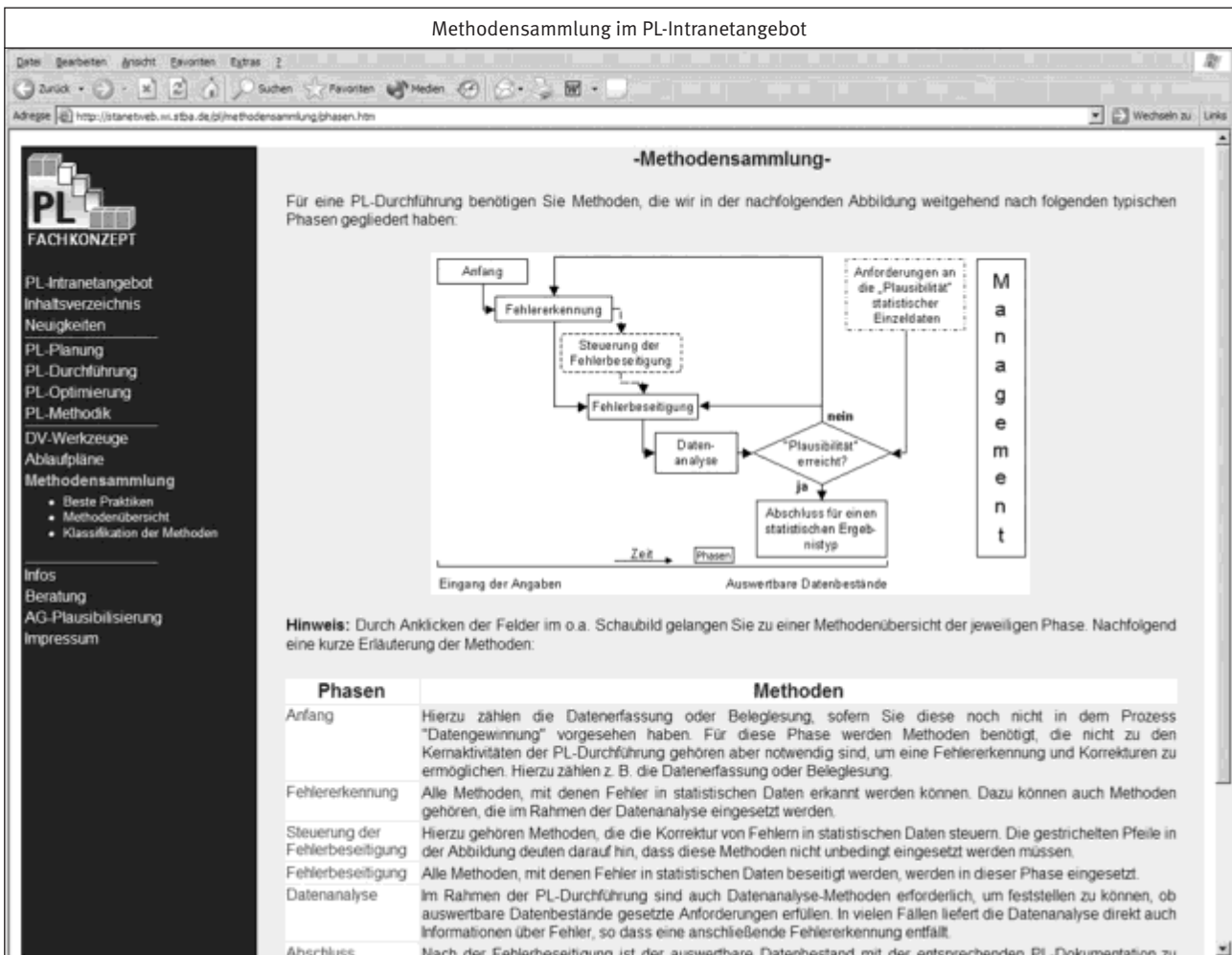
Statistiken sind ohne Beschreibungen der entsprechenden Erhebungsmerkmale nicht zu verstehen. Zur Planung einer Fehlerbeseitigung gehört daher auch die Beschrei-

8) Siehe Kopsch, G./Chlumsky, J. u. a.: „Von der Input- zur Outputsteuerung“, Statistisches Bundesamt, interne Unterlage, Wiesbaden 1998.

9) Siehe Latouche, M./Bureau, M./Croal, J.: „Development of a Cost-Effective Edit and Follow Up Process: The Canadian Survey of Employment Experience“, Statistical Data Editing, Methods and Techniques, Volume 2, Genf 1997; Hedlin, D.: „Score Functions to Reduce Business Survey Editing at the ONS“, <http://www.unece.org/stats/documents/2002/05/sde/14.e.pdf>; Rubin, D. B.: „Basic Ideas of Multiple Imputation for Nonresponse“, Survey Methodology, Vol. 12, No. 1; Fellegi, I.P./Holt, D.: „A Systematic Approach to Automatic Edit and Imputation“, Journal of the American Statistical Association, Vol. 71, Nr. 353, S. 17 ff.

10) Siehe Béguin, C./Hulliger, B. (Bundesamt für Statistik, Schweiz): „Robust Multivariate Outlier Detection and Imputation with Incomplete Survey Data“, EUREEDIT Deliverable D4/5.2.1/2 Part C, Neuchâtel 2003, S. 14.

Schaubild 2



bung von Erhebungsmerkmalen und Plausibilitätsprüfungen (Metadaten). Seit Juli 2004 ist eine Software im Einsatz, mit der Erhebungsmerkmale und fachliche PL-Prüfungen beschrieben werden können. Vorliegende Beschreibungen können direkt für die Erstellung einer Statistik und für andere Fachstatistiken verwendet werden. Fachstatistiker und IT-Fachpersonal werden dadurch erheblich entlastet, und der Vorbereitungsaufwand für eine Statistik reduziert sich. Die Software wird im nachfolgenden Kapitel ausführlicher beschrieben.

Die grundsätzlichen Überlegungen des PL-Fachkonzepts wurden in neue Software und Materialien implementiert, die typische Aktivitäten der Fachstatistiker unterstützen. Über die Nutzung der Software wird das PL-Fachkonzept quasi „automatisch“ umgesetzt. Die Software ist für geübte PC-Nutzer weitgehend selbsterklärend, sodass der Schulungsaufwand begrenzt werden kann. Neben der Software sind die Überlegungen des PL-Fachkonzepts in einem PL-Intranetangebot dokumentiert. Es steht allen statistischen Ämtern zur Verfügung und ermöglicht eine kostengünstige Verbrei-

ung aktueller methodischer Entwicklungen. Weiterhin ist von jeder neuen PL-spezifischen Software ein Zugriff auf das PL-Intranetangebot möglich, um weitere Informationen zu erhalten. Das Schaubild 2 zeigt die Startseite der Sammlung mit den wieder verwendbaren PL-Methoden.

### Neuerungen bei der Planung einer Fehlerbeseitigung<sup>11)</sup>

Die Planung einer Fehlerbeseitigung wird zukünftig mit Hilfe von Projektmanagementmethoden<sup>12)</sup> erfolgen und ist durch den im Schaubild 3 dargestellten Ablauf gekennzeichnet.

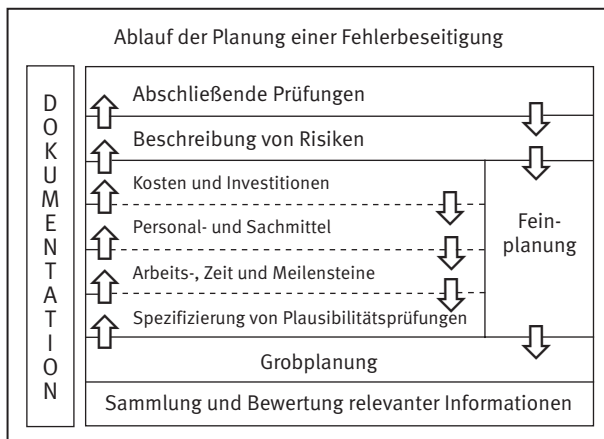
Die Planung sieht ein zweistufiges Vorgehen vor, das im ersten Schritt aus einer Umsetzung der Nutzeranforderungen unter Beachtung interner Rahmenbedingungen in einen PL-Ablauf (Grobplanung) besteht, der in einem zweiten Schritt, das heißt im Rahmen einer Feinplanung, ausgestaltet wird.

Zu Beginn der PL-Planung werden die Nutzeranforderungen an statistische Ergebnisse erfasst. Das PL-Fachkonzept

11) Im Einzelnen bearbeiteten folgende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes die in diesem Kapitel dargestellten Neuerungen: Der elektronische Leitfaden wurde von Volker Stutzer und Tatjana Theis erstellt, Corina Teichmann leitet die Entwicklung des PL-Editors, und die PL-Prozessmanager sowie das PL-Intranetangebot (siehe das Kapitel „Grundsätzliche Überlegungen des PL-Fachkonzepts“) wurden von Tatjana Theis entwickelt.

12) Siehe Klose, B.: „Projektabwicklung“, Wien 1996; Winkelhofer, G. A.: „Methoden für Management und Projekte“, Berlin 1997; Boy, J./Dudek, C./Kuschel, S.: „Projektmanagement“, Offenbach 1994.

Schaubild 3



unterstellt, dass die statistischen Ämter auch zukünftig entsprechend der bestehenden Praxis statistische Ergebnisse als „Eckzahlen“ (Tendenzen), „Vorläufige Ergebnisse“, „Standardergebnisse“ und „Anonymisierte Mikrodaten“ verbreiten. Die Ergebnistypen unterscheiden sich hinsichtlich der Aktualität und Genauigkeit: Tendenzen stellen zum Beispiel hochaktuelle statistische Ergebnisse (mit Genauigkeitseinbußen) dar, die lediglich erste Entwicklungen aufzeigen sollen. Im Vergleich dazu handelt es sich bei den „Anonymisierten Mikrodaten“ um hoch plausible Einzeldaten mit einem schlechteren Aktualitätsgrad. Das PL-Fachkonzept sieht vor, dass die Nutzer ihre Anforderungen an Statistiken über die statistischen Ergebnistypen formulieren.

Neben den Nutzeranforderungen sind bei der Planung einer Fehlerbeseitigung organisatorische und DV-technische Rahmenbedingungen sowie spezifische Besonderheiten einer Statistik zu berücksichtigen. Dazu zählen das vorhandene Personal sowie verfügbare Hard- und Software. Spezifische Besonderheiten einer Statistik, wie zum Beispiel die Überprüfbarkeit der Erhebungsinhalte, Teilnahmehäufigkeiten der Auskunftgebenden und zu prüfende Sonderkonstellationen, beeinflussen erheblich den Umfang einer Fehlerbeseitigung.

Für die Erfassung der Nutzeranforderungen und Rahmenbedingungen einer Fehlerbeseitigung steht den Fachstatistikern zukünftig ein elektronischer Leitfaden zur Verfügung. Mit Hilfe von Fragen sollen alle wesentlichen Aspekte zusammengetragen, ihre Einflüsse auf eine Fehlerbeseitigung bewertet und Schlussfolgerungen im Hinblick auf eine zu planende Fehlerbeseitigung gezogen werden. Das Schaubild 4 zeigt einen Ausschnitt aus dem Leitfaden.

Mit Hilfe des Leitfadens können Fachstatistiker ihre Planungsannahmen und Einschätzungen systematisiert darlegen, untereinander austauschen und dadurch objektivieren.

Es wird erwartet, dass Fachstatistiker und die für die Aufbereitung zuständigen IT-Fachkräfte nach der Sammlung und Bewertung von relevanten Informationen Vorstellungen über den Ablauf einer Fehlerbeseitigung entwickeln. Unterstützt stehen idealtypische Abläufe einer Fehlerbeseitigung (PL-Abläufe) zur Verfügung, die beste Praktiken darstellen und an spezielle Anforderungen der Fachstatistiken angepasst werden können.

Schaubild 4

Erfassung des Datenbedarfs mit Hilfe des Leitfadens für die Informationssammlung und -bewertung

Leitfaden für die Informationssammlung und -bewertung

Amt: Statistisches Bundesamt

Statistik: (Bitte wählen Sie Ihre Statistik aus, indem Sie auf den Drop-Down-Plot klicken.)

Berichtszeitraum: 01.05.2006

001 Sonstige Bundesstatistiken

- Satz enthält noch mindestens einen Mussfeld.

Datensatz: 1 von 1

Weiterführende Informationen über die PL-Planung finden Sie im [PL-Intranetangebot](#) unter dem Menüpunkt "PL-Planung".

markierten Datensatz löschen

Fehlerprüfung durchführen

Hinweis: Das Mausrad hat keine Funktion. Wenn Sie es betätigen, wird ein leerer Satz angezeigt. Drehen Sie dann bitte so lange, bis der richtige Satz wieder erscheint oder betätigen Sie die Navigationschaltfläche.

Aspekte der Informationssammlung und -bewertung

- I Nutzung von Vorabinformationen für die PL-Planung
- II PL-Aufwand
- III Ressourcen (Personal, Material, DV)
- IV Vorlage der Daten für die PL-Durchführung
- V Datenbedarf nach Ergebnistyp
- VI Zielplanung nach Ergebnistyp
- VII Besondere Aspekte bei Primärstatistiken
- VIII Besondere Aspekte bei Sekundärstatistiken
- IX Analyse Ihrer Einschätzungen (Positiv)
- X Analyse Ihrer Einschätzungen (Negativ)
- XI Gesamteindruck der Rahmenbedingungen
- XII Interne Ziele

Berichte generieren

Einstellungen ändern

Mit der Auswahl eines PL-Ablaufs im Zuge der PL-Grobplanung liegt der Rahmen für die Feinplanung vor. Einen wesentlichen Bestandteil stellt die Beschreibung der Erhebungsmerkmale und Formulierung von Plausibilitätsprüfungen dar. Inzwischen verfügen alle statistischen Ämter mit dem PL-Editor über eine neue, moderne Software, die diese Schritte unterstützt und die Beschreibungen in einer zentralen Datenbank ablegt, sodass sie auch für andere Statistiken verfügbar sind. Ein wesentliches Merkmal des PL-Editors ist, dass die Fachstatistiker Merkmale und zugehörige Plausibilitätsprüfungen entsprechend dem Prinzip der Objektorientierung in Themenbereichen zusammenfassen können. Ein Themenbereich entspricht dem Abschnitt eines Fragebogens, der zusammenhängende Merkmale – beispielsweise zur Wohnsituation – enthält. Zusätzlich enthält er alle PL-Prüfungen, um fehlerhafte Angaben bei den jeweiligen Merkmalen zu erkennen. Die modulare Zusammenstellung der Erhebungsinhalte und ihre Kombination mit den entsprechenden PL-Prüfungen erleichtert erheblich deren Wiederverwendung.

Die Benutzeroberfläche des PL-Editors enthält links oben eine Sicht auf die Datenbank mit den Beschreibungen anderer Erhebungen, die Fachstatistiker in ihre eigenen Erhebungen einbinden können (siehe Schaubild 5). Dar-

unter werden alle vorliegenden Beschreibungen einer bearbeiteten Erhebung in einer Baumstruktur übersichtlich angeordnet. In der Mitte der Oberfläche befindet sich der Editierbereich, in dem zum Beispiel die Merkmale und PL-Prüfungen einer Erhebung formuliert werden. Die kontextorientierte Onlinehilfe rechts enthält Empfehlungen zum Formulieren und Anmerkungen zum Ausfüllen einzelner Felder im Editierbereich. Der untere Teil der Oberfläche informiert über syntaktische Prüfungen der vorliegenden Merkmalsbeschreibungen.

Neben der üblichen Syntaxprüfung verfügt der PL-Editor über eine leistungsfähige Analysefunktion, um Inkonsistenzen in vorliegenden Formulierungen zu erkennen, wie zum Beispiel syntaktisch korrekte Formulierungen, die aber für eine Fehlerbeseitigung nicht weiter verwendet werden.

Die mit dem PL-Editor formulierten Plausibilitätsprüfungen werden in ausführbare Codes umgesetzt und können direkt in Internetfragebogen und in amtsinterne Software für die Fehlerbeseitigung eingebunden werden. Dadurch reduziert sich der Vorbereitungsaufwand für Statistiken. Neben der oben genannten Wiederverwendung der Beschreibungen bei ähnlichen Statistiken werden diese auch für die Tabellierung verwendet. Weiterhin generiert der PL-Editor aus den

Schaubild 5

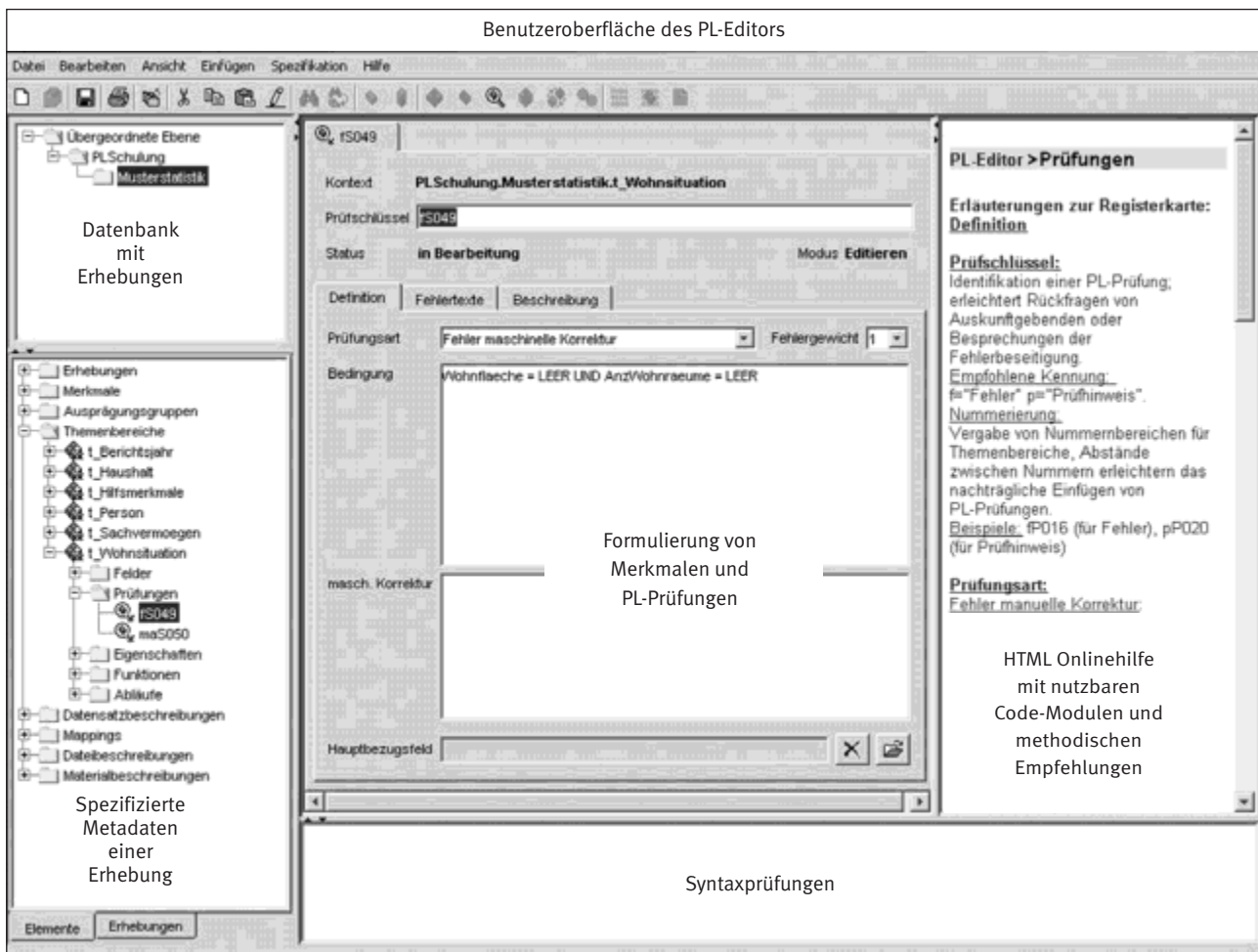
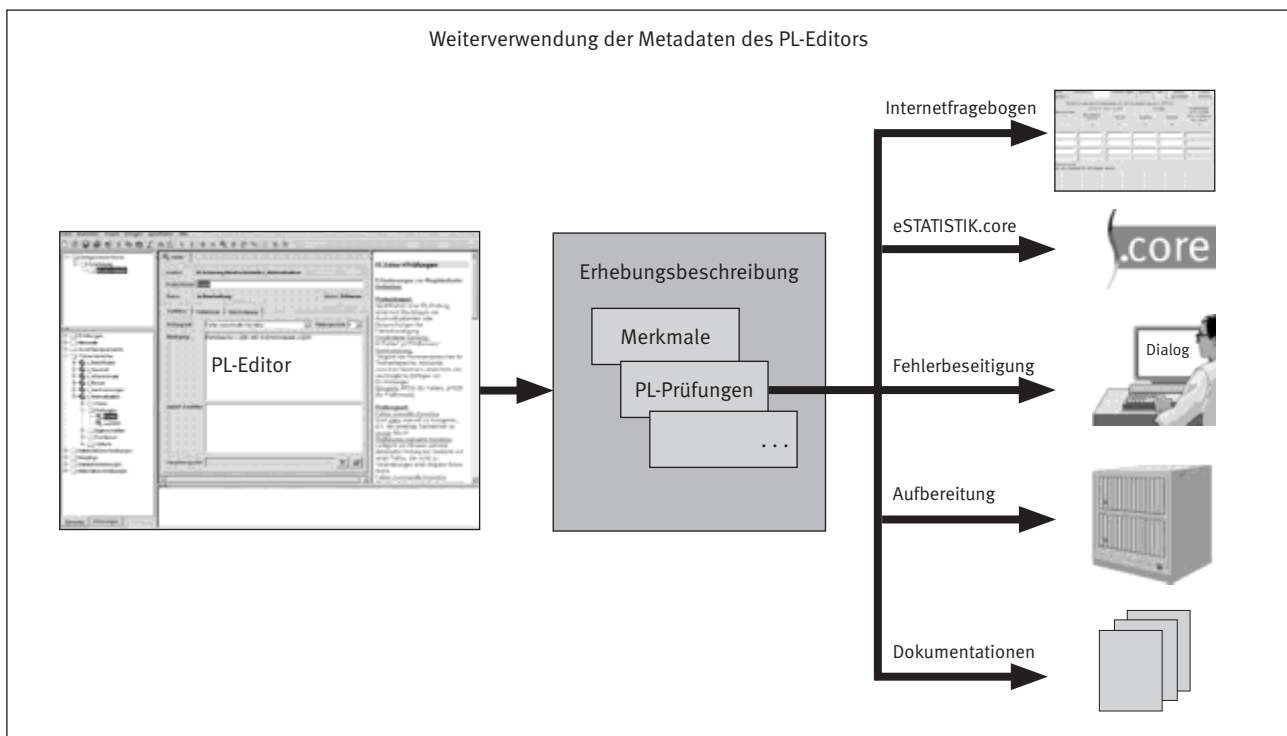


Schaubild 6



Metadaten verschiedene Dokumentationen, die mit gängiger Standardsoftware angepasst werden können. Zukünftige Versionen des PL-Editors sollen über einen Dokumentationseditor und eine Umgebung für den Test spezifizierter Plausibilitätsprüfungen verfügen.

Durch die vielfache Nutzung der vorliegenden Metadaten können erhebliche Synergieeffekte erzielt werden: Ändern sich Merkmalsbeschreibungen, werden automatisch aktualisierte DV-Module für Internetfragebogen und für amtsinterne Software für die Fehlerbeseitigung bereitgestellt. Darüber hinaus werden auch die Metadaten für die Tabellierung und vorhandene Dokumentationen aktualisiert. Der PL-Editor ist eine modular aufgebaute Software, die erweitert werden kann, um verschiedene IT-Plattformen für die Fehlerbeseitigung zu unterstützen. Momentan liegt ein Generator vor, der einen ausführbaren JAVA-Code erstellt.

Der PL-Editor erfährt inzwischen einen regen Zuspruch in allen statistischen Ämtern. Es ist geplant, ihn in den kommenden Jahren als Standardwerkzeug bei allen Statistiken einzusetzen, sodass letztlich alle Merkmalsbeschreibungen und PL-Prüfungen in einer Datenbank vorliegen werden, auf die alle statistischen Ämter Zugriff haben werden. Der PL-Editor wird mit seiner angeschlossenen Datenbank zu einem wichtigen „Zulieferer“ für ein Metadaten-System der amtlichen Statistik.

Mit den beschriebenen PL-Prüfungen ist die wesentliche Voraussetzung für die weitere Feinplanung erfüllt. Es können nun der Zeitbedarf für eine Fehlerbeseitigung geschätzt

(Zeitbedarfsschätzungen), Personal einer Fehlerbeseitigung zugeordnet (Personaleinsatzplanung) und eine Terminierung (Zeitplanung) vorgenommen werden. Die genannten Planungsschritte werden unter dem Begriff „PL-Prozessplanung“ zusammengefasst und bestimmen wesentlich die Feinplanung eines gewählten PL-Ablaufs. Die Personaleinsatz- und Zeitplanung greift auf übliche Methoden der Netzplantechnik und Personalbedarfsermittlung zurück, die an die spezifischen Anforderungen einer Fehlerbeseitigung angepasst wurden.<sup>13)</sup> Die innovativen Überlegungen wurden in Form der „PL-Prozessmanager“ realisiert (siehe Schaubild 7 auf S. 300).

Die Planungen basieren auf Annahmen über die Anzahl an fehlerhaften Datensätzen, den durchschnittlichen Zeitbedarf für Korrekturen, das verfügbare Personal und zu geschätzten Startterminen. Neben den geplanten Daten können die Fachstatistiker auch Ist-Daten in die PL-Prozessmanager eingeben und über Soll-Ist-Vergleiche frühzeitig im Rahmen einer Fehlerbeseitigung feststellen, wie sich unterschiedliche Entwicklungen bei den Ist-Daten auf die Bereitstellungstermine auswirken. Dies erleichtert wesentlich die Leitung einer Fehlerbeseitigung.

## Leistungsfähigere PL-Methoden für die Fehlerbeseitigung im Überblick

Eine gute PL-Planung stellt eine wesentliche Voraussetzung für den reibungslosen Ablauf einer Fehlerbeseitigung dar.

<sup>13)</sup> Siehe Wittlage, H.: „Personalbedarfsermittlung“, München 1995; Röthig, P.: „Handbuch für die Personalbedarfsermittlung in der Bundesverwaltung“, Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Bonn 1995; Aggteleky, B./Bajna, N.: „Projektplanung: ein Handbuch für Führungskräfte“, Wien 1992.

Schaubild 7

Personaleinsatzplanung mit dem PL-Prozessmanager

**Personaleinsatzplanung mit dem PL-Prozessmanager**

1.) Falls noch nicht geschehen, überprüfen Sie bitte zuerst die Vollständigkeit ihrer Prozesse über das Menü "PL-Prozesse - Vollständigkeitsprüfung".  
 2.) Die aktuellen Daten aus "Dat\_Zeitbedarf" übernehmen (s. Menü "Personal").  
 3.) Füllen Sie bitte die Zellen in den Spalten 5 bis 7 aus, für die Sie Grundzeiten im Blatt "Dat\_Zeitbedarf" geschätzt haben.  
 4.) In den Spalten 10 und 11 können Sie die zeitliche Verfügbarkeit des Personals eintragen.

Die Zellen für die PL-Prozesssteuerung (ist) folgen im Anschluss an die PL-Prozessplanung (Soll).  
**Bitte löschen Sie PL-Prozesse bzw. Arbeitskräfte mit anderer Wochenarbeitszeit immer über die dafür vorgesehenen Schaltflächen in der Symbolleiste ("PL-Prozesse - Löschen" oder "Personal - Löschen - Arbeitskraft mit anderer Wochenarbeitszeit")!**

Infos zum Einfügen von Zellen  
 Überlegungen zur Personalplanung

Zeitraum zwischen Beginn und dem geplanten Ende der PL-Durchführung: 86 Tage

Lin. Nr.	Soll/Ist	PL-(Teil-) Prozess	Kurzbeschreibung	Anzahl der Arbeitskräfte	Arbeitszeit/ Woche (Std.)	Verteilzeit-zuschlag (%)	Grundzeit für PL-Prozess (Arbeits-tage) g(a)	Prozessdauer mit allen Arbeitskräften (Arbeits-tage) g(a)	Verfügbarkeit von Arbeitskräften: von 10	Verfügbarkeit von Arbeitskräften: bis einschlt. 11	Verfügbarkeit (Arbeits-tage) 12(a)	Personalkosten/ Stunde (in Euro) 13	Personalkosten insgesamt (in Euro) 14
5	Soll	Dat_P10.5	Materialbearbeitung	4	40,00	16	72,9	22,2				30,65	17879,17
10	Soll	Dat_P20.5	Rücklaufkontrolle - Vollständigkeitskontrolle										
15	Soll	Dat_P20.10	Rücklaufkontrolle - Vollständigkeitskontrolle										
20	Soll	Dat_P20.30	Rücklaufkontrolle - Nachfassaktionen										
25	Soll	Dat_P30.5	Materialbearbeitung										
30	Soll	Dat_P40.5	Umwandlung per Belegung										
35	Soll	Dat_P40.10	Umwandlung per Datenerfassung	4	40,00	16	295,3	90,0				30,65	72410,63
40	Soll	Dat_P40.15	Korrekturen während der Umwandlung										
45	Soll	Dat_P40.30	Vollständigkeit/vollständigkeit nach Umwandlung										
50	Soll	Dat_P50.5	Materialbearbeitung										
55	Soll	Dat_P60.5	Zusammenführung v. Mat-vollständigkeitsprüfung										
60	Soll	Dat_P60.10	Zusammenführung v. Mat-vollständigkeitsprüfung										
65	Soll	Dat_P80.5	Weiterleitung an PL-Durchführung-Aufbereitung										
70	Soll	Dat_P80.10	Weiterleitung an ein stat. Amt										

Die Verbesserung der Aktualität statistischer Ergebnisse und die Steigerung der Effizienz einer Fehlerbeseitigung erfordern aber zusätzliche Änderungen bei der PL-Durchführung. Neben der Nutzung vorgeprüfter Angaben bildet der Einsatz leistungsfähigerer Plausibilisierungsmethoden den Schwerpunkt der Änderungen.

Bis zu 80% aller Korrekturen haben im Einzelfall keinen signifikanten Einfluss auf die statistischen Ergebnisse.<sup>14)</sup> Dies bedeutet, dass zum Beispiel für hochaktuelle Ergebnisse, mit denen lediglich erste allgemeine Entwicklungen aufgezeigt werden sollen, nur die gravierenden Fehler mit erheblichem Einfluss beseitigt werden müssen. Mit Hilfe selektiver PL- und Makro-Editiermethoden können diese Fehler zukünftig besser erkannt werden. Diese vergleichen zum Beispiel geschätzte plausible Daten mit vorliegenden Rohdaten und interpretieren Differenzen als Hinweise auf gravierende Fehler. Makro-Editiermethoden setzen Prioritäten unter den Schichten einer Erhebungsgesamtheit und selektive PL-Methoden legen fest, welche Angaben von Auskunftgebenden innerhalb einer Schicht vorrangig zu korrigieren sind.<sup>15)</sup> Beide Methoden verbessern entweder die Aktualität oder die Plausibilität hoch aktueller Ergebnisse.

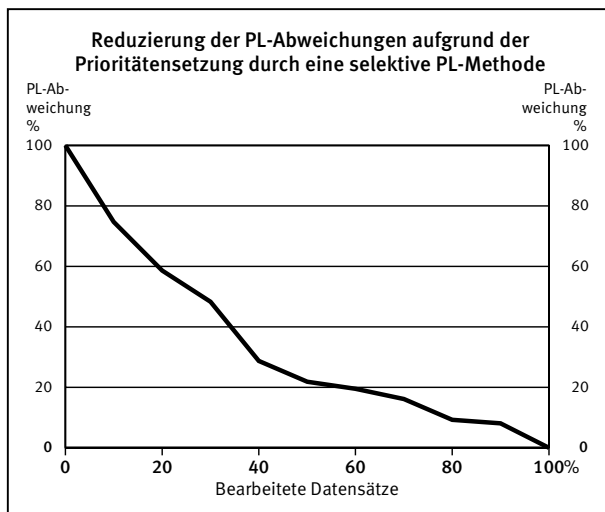
Das Statistische Bundesamt hat im Jahr 2004 eine Kombination aus einer selektiven PL- und einer Makro-Editiermethode bei der Kostenstrukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe erfolgreich getestet.<sup>16)</sup> Das Schaubild 8 zeigt anhand erster Testergebnisse die zielgerichtete Beseitigung der Plausibilitätsabweichungen bei allen Merkmalen durch die Nutzung einer selektiven manuellen PL-Methode. Eine Kennzahl von 100% bei der PL-Abweichung bedeutet im Schaubild 8, dass keinerlei Korrekturen vorliegen.

Anhand des Schaubildes 8 wird deutlich, dass bereits bei 50% der geprüften und im Einzelfall korrigierten Datensätze

14) Siehe Lindell, K. (Statistisches Amt Schweden, Statistics Sweden): "Impact of Editing on the Salary Statistics for Employees in County Council" in "Statistical Data Editing", Vol. 2, UNECE (Hrsg.), Genf 1997.  
 15) Siehe Hidiroglou, M. A./Berthelot, J.-M.: "Statistical Editing and Imputation for Periodic Business Survey", Survey Methodology, Vol. 12, No. 1; Granquist, L.: "Macro-Editing – The Aggregate Method", Statistical Data Editing, Methods and Techniques, Volume No. 1, Methods and Techniques, New York 1994, S. 41 ff.  
 16) Das Statistische Bundesamt führte die methodischen Vorarbeiten im Jahr 2003 durch; siehe hierzu: „Projektbericht zur Entwicklung einer selektiven PL-Methode für die KSE Verarbeitendes Gewerbe“, interne Unterlage, Wiesbaden 2003.



Schaubild 8



fast 80% der Plausibilitätsabweichung beseitigt wurden. Andererseits wurden bei den letzten 20% der geprüften Datensätze nur noch knapp 10% der ursprünglichen Plausibilitätsabweichung beseitigt.

Nach wie vor müssen alle erkennbaren Fehler beseitigt werden, da die Nutzer zunehmend mit Hilfe bereitgestellter anonymisierter Mikrodaten ihre eigenen spezifischen Analysen durchführen, die hohe Anforderungen an die Plausibilität bereitgestellter Daten stellen. Angesichts steigender Aktualitätsanforderungen und zunehmend knapper Ressourcen der statistischen Ämter ist eine langwierige manuelle Fehlerbeseitigung marginaler Fehler nicht mehr vertretbar. Das Statistische Bundesamt entwickelt daher zurzeit eine Software, mit deren Hilfe fehlerhafte Angaben zuverlässig erkannt werden können. Dieser Sachverhalt hört sich zunächst trivial an – er ist es aber nicht. Eine noch relativ leicht zu realisierende Möglichkeit zur Erkennung von fehlerhaften Daten ist das Finden von so genannten Ausreißern, das heißt von Werten, die sich erheblich von den übrigen unterscheiden. Es erfordert eine geeignete Metrik zur Messung der Verschiedenartigkeit eines Datums. Einen klassischen Weg stellt der Vergleich eines Rohdatums zu den übrigen mit Hilfe der Mahalanobis-Distanz dar, die sowohl die Lage als auch Streuung eines Merkmals berücksichtigt.<sup>17)</sup> Ein Nachteil dieses Vorgehens ist die Tatsache, dass nicht jeder Ausreißer unbedingt ein fehlerhafter Wert sein muss. Ein zweiter Ansatz ist daher die maschinelle Bestimmung von fehlerhaften Angaben mit Hilfe fachlicher Plausibilitätsprüfungen. Sie decken Kombinationen von fehlerhaften Angaben auf, die es zum Beispiel aufgrund bestehender Rechtsgrundlagen nicht geben darf, wie zum Beispiel ein 10 Jahre altes Mädchen, das schon verheiratet ist. Es stellt sich nun die Frage, ob das Alter (10 Jahre), der

Familienstand (hier: verheiratet) oder beide Merkmale falsch sind. Würde man zum Beispiel das Alter erhöhen, kann dies dazu führen, dass die betreffende Plausibilitätsprüfung passiert, aber eine andere zur Prüfung des Schulabschlusses ausgelöst wird. Anhand dieses einfachen Beispiels wird die Komplexität einer maschinellen Fehlererkennung mit Hilfe fachlicher PL-Prüfungen deutlich. Das Statistische Bundesamt greift daher auf international anerkannte Methoden zurück, die fachliche Plausibilitätsprüfungen und vorliegende Erfahrungen über die Vertrauenswürdigkeit von Angaben gleichermaßen berücksichtigen, eine minimale Anzahl an fehlerhaften Angaben bestimmen und fehlerhafte Merkmale stets auf die gleiche Art und Weise erkennen.<sup>18)</sup> Angaben, die maschinell als fehlerhaft erkannt wurden, werden anschließend auf der Grundlage mathematisch-statistischer Modelle durch Schätzungen von plausiblen Werten ersetzt. Für diesen Schritt ist inzwischen eine Fülle von Software verfügbar, die Informationen über bestehende plausible Angaben nutzt und fehlerhafte Angaben nach konsistenten Regeln so ersetzt, dass bestehende Merkmalsverteilungen in ihrem Verlauf nicht verzerrt werden („schonende Korrekturen“).<sup>19)</sup>

## Ausblick

Die Einführung des PL-Fachkonzepts in allen statistischen Ämtern im Verlauf des Jahres 2005 ist ein erster Schritt, um das Konzept in den kommenden Jahren bei allen Bundesstatistiken umzusetzen. Einen wesentlichen Beitrag werden hierzu die vorgestellten DV-Programme leisten müssen, die in den nächsten Monaten weiter zu testen sind.

Die mit dem PL-Fachkonzept verfolgte Standardisierung funktioniert nur durch die Bereitstellung wieder verwendbarer Software, wobei methodische Weiterentwicklung und Programmierung maschineller Plausibilisierungsmethoden aufwändig sind. Der eingeschlagene Weg der Standardisierung über wieder verwendbare DV-Module hat inzwischen zu Synergieeffekten bei der DV-technischen Umsetzung geführt. Vorliegende Erfahrungen bei der Erstellung von etwa 50 DV-Modulen für selektive PL- und Makro-Editiermethoden zeigen auch, dass diese Aufbauarbeiten wegen ihres Aufwands – trotz der Verwendung einer statistischen Standardsoftware – eine nachhaltige Unterstützung erfordern und erst mittelfristig zu vorzeigbaren Erfolgen führen werden.

Neben den methodischen und DV-technischen Entwicklungsarbeiten stellen Ex-post-Analysen der Korrekturen im Rahmen der PL-Optimierung eine wesentliche Maßnahme zur kontinuierlichen Verbesserung genutzter Erhebungsinstrumente und bestehender Fehlererkennungs- und -beseitigungsmethoden dar („Lernende Organisation“ im Bereich der Fehlerbeseitigung).<sup>20)</sup> Nach der Einführung des

17) Siehe Béguin, C./Hulliger, B., a. a. O. (Fußnote 10), S. 11 ff.

18) Siehe De Waal, T./Quere, R.: „A Fast and Simple Algorithm for Automatic Data Editing of Mixed Data“, Journal of Official Statistics, Vol. 19, Nr. 4, 2003, S. 383 ff.

19) Siehe Raghunathan, T. E./Lepkowski, J. M./Van Hoewyck, J.: „A multivariate technique for multiply imputing missing values using a sequence of regression models“ in Survey Methodology, Vol. 29, Nr. 1, 2001, S. 85 ff.; Bankier, M./Lachance, M./Poirier, P.: „2001 Canadian Census Minimum Change Donor Imputation Methodology“, UNECE Work Session on Statistical Data Editing, WP 17, <http://www.unec.org/stats/documents/2000.10.sde.htm>.

20) Siehe Paulk, M. C.: „The capability maturity model: guidelines for improving the software process“, Boston 1995; Fortini, M./Scanu, M./Signore, M.: „Use of Indicators from data editing for monitoring the quality of the survey process: the Italian information system for survey documentation (SIDI)“, Statistical Journal of the United Nations ECE, 17 (2000).

PL-Fachkonzepts und dem Abschluss der Aufbauarbeiten werden die genannten Tätigkeiten zu den Hauptaufgaben im Bereich der Fehlerbeseitigung zählen.

Anhaltende Forderungen nach einer Entlastung der Auskunftgebenden und nach einem effizienteren Ressourceneinsatz werden zu einer steigenden Nutzung verfügbarer Daten über wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenhänge durch die amtliche Statistik führen und die Erhebung statistikspezifischer Merkmale in den kommenden Jahren mehr und mehr verdrängen. Statt der Beseitigung von Fehlern in erhobenen Daten wird das Schließen von Lücken in sekundärstatistisch genutzten Datenbeständen durch geeignete Imputations- und Schätzverfahren vermehrt den Schwerpunkt der zukünftigen Plausibilisierung bilden. [u](#)

Dipl.-Volkswirt Michael Hartmann (Bundesagentur für Arbeit),  
Dipl.-Soziologe Thomas Riede (Statistisches Bundesamt)

# Erwerbslosigkeit nach dem Labour-Force-Konzept – Arbeitslosigkeit nach dem Sozialgesetzbuch: Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Mit der ILO-Arbeitsmarktstatistik des Statistischen Bundesamtes stehen dem Nutzer neben der gewohnten Berichterstattung der Bundesagentur für Arbeit monatlich auch international vergleichbare Angaben zur Arbeitsmarktentwicklung zur Verfügung. Die statistischen Informationen aus beiden Berichtssystemen ergänzen sich und werden zunehmend einen neuen, verbesserten Erkenntnisstand zum deutschen Arbeitsmarkt gewährleisten. Der vorliegende Beitrag beleuchtet Gemeinsamkeiten und Unterschiede beider Statistiken.

## Vorbemerkung

Seit März 2005 stellt das Statistische Bundesamt im Rahmen seiner neuen ILO-Arbeitsmarktstatistik monatlich gleichzeitig aktuelle Ergebnisse für Erwerbstätige und Erwerbslose nach dem Labour-Force-Konzept der International Labour Organization (Internationale Arbeitsorganisation – ILO) zur Verfügung.<sup>1)</sup> Die statistische Arbeitsmarktberichterstattung in Deutschland erfährt damit eine wesentliche Erweiterung. Ziel ist es dabei nicht, die bisher im Vordergrund der monatlichen Berichterstattung über den Arbeitsmarkt in Deutschland stehende und auf dem Sozialgesetzbuch (SGB) basierende Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) zu ersetzen. Die ILO-Arbeitsmarktstatistik stellt vielmehr eine substanzielle Verbesserung und Ergänzung der bisherigen Arbeitsmarktberichterstattung dar. Zum einen werden die bisher schon mit monatlicher Periodizität ver-

fügbaren Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zukünftig mit einer um mehr als einen Monat erhöhten Aktualität angeboten.<sup>2)</sup> Zum anderen werden nun auch international vergleichbare und aktuelle Ergebnisse für die Arbeitsangebotsseite monatlich bereitgestellt.<sup>3)</sup>

Wie in vielen anderen Staaten stehen damit der Öffentlichkeit in Deutschland zukünftig mit Blick auf das Arbeitskräfteangebot neben den statistischen Ergebnissen der nationalen SGB-Statistik der registrierten Arbeitslosen auch monatliche Ergebnisse der ILO-Statistik für Erwerbslose nach dem international akzeptierten Labour-Force-Konzept zur Verfügung. Beide Statistiken werden dabei nicht das gleiche Niveau und in manchen Monaten auch nicht die gleiche Entwicklungsrichtung von Erwerbslosigkeit und Arbeitslosigkeit aufweisen.

Vor diesem Hintergrund will der vorliegende Beitrag die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der ILO-Arbeitsmarktstatistik einerseits und der SGB-Arbeitsmarktstatistik andererseits aufzeigen. Die empirischen Analysen stützen sich auf die Ergebnisse der vom Statistischen Bundesamt in den Jahren 2003 und 2004 auf der Grundlage von § 7 Abs. 2 Bundesstatistikgesetz (BStatG) durchgeführten Piloterhebung. Mit dieser Telefonerhebung (im Folgenden ILO-Piloterhebung) wurden in erster Linie die organisatorisch-technischen und methodischen Vorbereitungen zur Einführung der ILO-Arbeitsmarktstatistik getroffen. Aufgrund des auf

1) Zum Labour-Force-Konzept und seiner Anwendung in der ILO-Arbeitsmarktstatistik siehe Rengers, M.: „Das international vereinbarte Labour-Force-Konzept“ in WiSta 12/2004, S. 1369 ff.

2) Zur Erwerbstätigenrechnung siehe Fritsch, S./Lüken, S.: „Erwerbstätigkeit in Deutschland“ in WiSta 2/2004, S. 139 ff.

3) Zu Konzeption und Zielsetzung der ILO-Arbeitsmarktstatistik siehe Riede, T./Sacher, M.: „Arbeitsmarkt in Deutschland – erster Baustein der neuen ILO-Statistik“ in WiSta 2/2004, S. 148 ff.

10 000 Personen begrenzten Erhebungsumfangs ist eine fachlich-inhaltliche Berichterstattung aus der ILO-Piloterhebung nur eingeschränkt möglich.<sup>4)</sup>

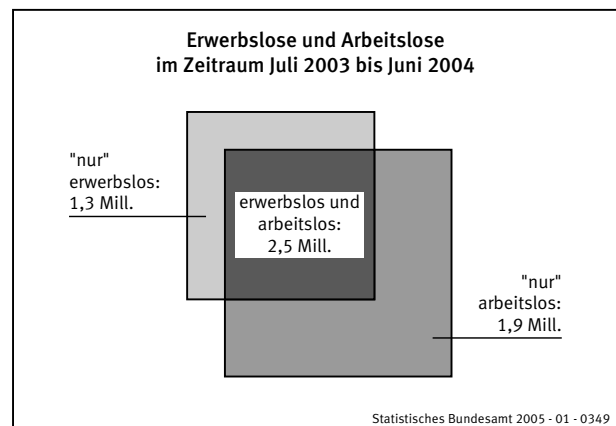
## 1 Definition der Erwerbs-/Arbeitslosigkeit

Die Unterschiedlichkeit beider Konzepte wird im deutschen Sprachgebrauch häufig auch durch die Verwendung unterschiedlicher Begriffe wie „Erwerbslosigkeit“ und „Erwerbslosenquote“ für die ILO-Statistik und „Arbeitslosigkeit“ und „Arbeitslosenquote“ für die SGB-Statistik zum Ausdruck gebracht. In einer ersten Annäherung an den Wortlaut beider Begriffspaare ist arbeits- oder erwerbslos, wer keine bezahlte Arbeit hat. Aber nicht alle erwachsenen Menschen, die keiner Erwerbsarbeit nachgehen, gelten als arbeits- bzw. erwerbslos. So werden Schülerinnen und Schüler sowie Studierende, die ohne Nebenjob studieren wollen, Frauen und Männer, die sich der Erziehung ihrer Kinder widmen, sowie Rentner/-innen und Pensionäre/Pensionärinnen nicht als Erwerbs- bzw. Arbeitslose angesehen. Von Arbeitslosigkeit bzw. Erwerbslosigkeit spricht man erst dann, wenn sie unfreiwillig ist. Arbeitslose bzw. Erwerbslose müssen entsprechend bereit sein, Arbeit aufzunehmen bzw. ihre Arbeitskraft anbieten. In ökonomischen Begriffen resultiert Arbeits- bzw. Erwerbslosigkeit letztlich immer daraus, dass dem Arbeitskräfteangebot nicht genügend Nachfrage gegenübersteht. Arbeitslosigkeit bzw. Erwerbslosigkeit ist damit in volkswirtschaftlicher Betrachtung ein Indikator für die Unterauslastung des Produktionsfaktors Arbeit und den damit verbundenen Ausfall an Wertschöpfung. Für sozialpolitische Fragestellungen stehen dagegen mehr die sozialen Belastungen der Arbeitslosigkeit vor allem durch den Einkommensausfall im Vordergrund. Für beide Fragestellungen ist eine einzelne, globale Kennziffer nicht ausreichend, vielmehr sind für eine umfassende Beurteilung weitere Differenzierungen nötig.<sup>5)</sup>

Dem Labour-Force-Konzept wie auch der SGB-Arbeitsmarktstatistik liegen folgende Definitionselemente von Erwerbs-/Arbeitslosigkeit gemeinsam zugrunde: Es gelten jene Personen als arbeitslos bzw. erwerbslos, die während einer bestimmten Periode ohne Arbeitsplatz sind, dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und Arbeit suchen. Personen, die einen Arbeitsplatz gefunden haben, werden bis zur Arbeitsaufnahme als Arbeitslose gezählt. Diese Definition findet sich in Resolutionen der ILO und in Verordnungen der Europäischen Gemeinschaften einerseits, im Sozialgesetzbuch III andererseits.

Trotz der weitgehend scheinbar gleichen Definition kommt es jedoch zu abweichenden Messergebnissen: Bezogen auf den Zeitraum Juli 2003 bis Juni 2004 war die Arbeitslosigkeit nach SGB mit durchschnittlich 4,4 Mill. Personen um etwa 500 000 Personen größer als die Erwerbslosigkeit nach der ILO-Piloterhebung mit 3,8 Mill. Personen. Hier gab es nur 2,5 Mill. Personen, die sowohl erwerbslos als auch – nach eigener Auskunft – arbeitslos waren. Bezogen auf alle Personen, die sich in der ILO-Piloterhebung als Arbeitslose bezeichnet hatten, waren das 57%, bezogen auf alle Erwerbslosen 66%. Dabei waren 1,3 Mill. Personen erwerbslos, aber nicht arbeitslos, und 1,9 Mill. Personen arbeitslos, aber nicht erwerbslos (siehe Schaubild 1).

Schaubild 1



Der Grund für diese abweichenden Messergebnisse ist vor allem darin zu sehen, dass unterschiedliche Erhebungsmethoden verwendet und die Begriffe verschieden operationalisiert werden (siehe Übersicht 1). Zu berücksichtigen ist gleichzeitig, dass die Selbsteinstufung als „arbeitslos“ durch die Befragten in der ILO-Piloterhebung nicht in allen Fällen mit der „Registrierung“ als arbeitslos in der SGB-Statistik übereinstimmen muss.<sup>6)</sup>

## 2 Registerauszählung gegenüber Stichprobenbefragung

Es können zwei Methoden zur Erhebung von Arbeitslosigkeit bzw. Erwerbslosigkeit unterschieden werden: Registrierung bei den Agenturen für Arbeit oder seit Januar 2005 bei einem Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II einerseits<sup>7)</sup>, Stichprobenbefragung der Bevöl-

4) Zur methodischen Ausgestaltung der Piloterhebung siehe Riede, T./Sacher, M., a. a. O., S. 153 ff. Auf den Nachweis von (hochgerechneten) Absolutzahlen wird im vorliegenden Aufsatz bis auf wenige Ausnahmen verzichtet, um nicht den Eindruck einer vorhandenen Genauigkeit zu erwecken, die schon allein aufgrund des Charakters einer Piloterhebung nicht gegeben sein kann. Auch bei den dargestellten Strukturergebnissen muss die beschränkte Aussagefähigkeit berücksichtigt werden.

5) Aufgrund unterschiedlicher Nutzerbedürfnisse veröffentlicht das US-amerikanische Bureau of Labor Statistics bereits seit 1976 regelmäßig Ergebnisse für sieben unterschiedliche Maßzahlen zur Erwerbslosigkeit, darunter auch die dem ILO-Konzept folgende "official unemployment rate"; siehe Bregger, J. E./Haugen, S. E.: "BLS introduces new range of alternative unemployment measures" in Monthly Labor Review, October 1995, S. 29 ff.

6) Tendenziell dürfte dies zu einer Unterschätzung der oben dargestellten Schnittmenge von Arbeitslosigkeit und Erwerbslosigkeit führen.

7) Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe haben sich die Grundlagen der Arbeitsmarktstatistik nach dem SGB in Deutschland verändert. Bis Ende 2004 basierten die Statistiken allein auf den Geschäftsdaten der Agenturen für Arbeit, nach der Einführung des SGB II sind die Agenturen nur noch für einen Teil der Arbeitslosen zuständig. Als Träger der neuen Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II treten mit den Arbeitsgemeinschaften von Arbeitsagenturen und Kommunen und den zugelassenen kommunalen Trägern (optimierende Kommunen) weitere Akteure auf den Arbeitsmarkt. Die Bundesagentur für Arbeit wurde im SGB II beauftragt, die bisherige Arbeitsmarktstatistik unter Einbeziehung der Grundsicherung für Arbeitsuchende weiter zu führen. Dabei wird die Definition der Arbeitslosigkeit aus dem SGB III beibehalten. Mit den kommunalen Trägern wurden Datenstandards und Datenlieferungen vereinbart, um deren Daten in die Arbeitsmarktstatistik nach dem SGB einbinden zu können.

Übersicht 1: Erhebungsmethoden und Operationalisierung von ILO- und SGB-Arbeitsmarktstatistik

	ILO-Arbeitsmarktstatistik	SGB-Arbeitsmarktstatistik
Erhebung	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Telefonische Bevölkerungserhebung mit sechsmaliger Wiederholungsbefragung</li> <li>- Stichprobe</li> <li>- Monatsdurchschnitte</li> <li>- Plausibilitätsprüfung im Statistischen Bundesamt</li> <li>- Zeitnahe Befragung durch Interviewer/-in</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Meldung und Angaben bei einer Agentur für Arbeit, einer Arbeitsgemeinschaft oder einer optierenden Kommune</li> <li>- Totalerhebung</li> <li>- Stichtagswerte</li> <li>- Angaben werden von einem Vermittler geprüft und beurteilt</li> <li>- Gespräch mit Vermittler kann länger zurückliegen</li> </ul>
Aktive Suche, wenn ...	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Beschäftigung von mindestens einer Wochenstunde gesucht wird und</li> <li>- der Arbeitsuchende in den letzten vier Wochen spezifische Suchschritte unternommen hat</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- eine Beschäftigung von mindestens 15 Wochenstunden gesucht wird und</li> <li>- der Vermittler zu dem Ergebnis kommt, dass der Arbeitsuchende alle Möglichkeiten nutzt, die Beschäftigungslosigkeit zu beenden</li> </ul>
Verfügbarkeit, wenn ...	<ul style="list-style-type: none"> <li>- der Arbeitsuchende in den nächsten zwei Wochen eine neue Tätigkeit aufnehmen kann</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- der Arbeitsuchende arbeitsbereit und arbeitsfähig ist, insbesondere Vermittlungsvorschlägen zeit- und ortsnahe Folge leisten kann</li> </ul>
Beschäftigungslosigkeit, wenn ...	<ul style="list-style-type: none"> <li>- keine Beschäftigung ausgeübt wird (bzw. eine Beschäftigung von weniger als einer Wochenstunde)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- eine Beschäftigung von weniger als 15 Wochenstunden ausgeübt wird</li> </ul>

kerung andererseits. Bei der Registrationsmethode wird die Arbeitslosigkeit als Totalerhebung aus den Geschäftsdaten der Arbeitsagenturen bzw. der kommunalen Träger gewonnen. Es können naturgemäß nur solche Personen erfasst werden, die sich bei diesen Einrichtungen melden. Andererseits sind die Zahlen um die Personen überhöht, die sich aus Gründen des Sozialleistungsrechts registrieren lassen, ohne ernsthaft an Arbeit interessiert zu sein. Bei Stichprobenbefragungen wird ein zufällig ausgewählter Teil der Bevölkerung nach seinem Erwerbsstatus befragt, die Ergebnisse werden hochgerechnet. In der Befragung werden auch die Personen erfasst, die die Kriterien der Erwerbslosigkeit erfüllen, aber nicht bei den Arbeitsagenturen registriert sind. Die Befragungsergebnisse beruhen auf Selbsteinschätzungen der Betroffenen.

## 2.1 Registrationsmethode

Die Registrierung hat gegenüber der Stichprobenbefragung den bedeutenden Vorzug, dass die Ergebnisse einer Totalerhebung sich beliebig nach regionalen, soziodemografischen, berufs- und wirtschaftsfachlichen Kriterien aufgliedern lassen. Bei den Stichprobenerhebungen stößt eine tiefere Gliederung durch das Anwachsen des Stichprobenfehlers dagegen schnell an Grenzen. Darüber hinaus liefert die Registrationsmethode über die Bestandsgrößen hinaus differenzierte Angaben zu Zu- und Abgängen (Bewegungsgrößen) und zu Verweildauern. Wenn auch in etwas eingeschränktem Maße gilt dies jedoch auch für solche Stichprobenerhebungen, die als Panel (mit wiederholter Befragung derselben Personen) angelegt sind.

Ein entscheidender Unterschied besteht zudem darin, dass aus Geschäftsdaten gewonnene Arbeitslosenzahlen von den in der Sozialgesetzgebung geregelten Leistungsvoraussetzungen (u. a. Anspruchsberechtigung, Verfügbarkeit), der Registerführung (u. a. Meldepflichten, Aktivitätsnachweis, IT-Systeme), den Aktivitäten (z. B. Vermittlungsoffensiven, flächendeckende Meldekontrollen), der Organisation und dem Image der Agenturen für Arbeit bzw. künftig auch der Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende abhängen. Da diese Parameter von Staat zu Staat verschieden sind, liegt hierin der entscheidende Grund, warum die mittels

der Registrationsmethode gewonnenen Arbeitslosenzahlen international kaum vergleichbar sind.

In der jüngsten Zeit wurden zum Beispiel in Deutschland folgende rechtliche Änderungen durchgeführt, die die statistische Erfassung der Arbeitslosigkeit betreffen und ihre Höhe beeinflusst haben:

- Nach § 32 Abs. 4 Einkommensteuergesetz genügt seit Januar 2003 eine Meldung bei der Agentur für Arbeit als Arbeitsuchender, um einen Anspruch auf Kindergeld geltend machen zu können. Zuvor war eine Arbeitslosmeldung erforderlich.
- In § 252 Abs. 8 SGB VI wurde ab Mai 2003 geregelt, dass Anrechnungszeiten für die Rente auch dann anerkannt werden, wenn Versicherte nach Vollendung des 58. Lebensjahres den Vermittlungsbemühungen der Agenturen für Arbeit nicht mehr voll zur Verfügung stehen und deshalb nicht als arbeitslos gezählt werden. Damit wurde für ältere Arbeitslose ohne Anspruch auf Lohnersatzleistungen eine analoge Regelung wie für Arbeitslosengeld- oder Arbeitslosenhilfeempfänger im § 428 SGB III geschaffen.
- Mit Wirkung ab Januar 2004 wurde in § 16 SGB III ausdrücklich festgestellt, dass Teilnehmende an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik nicht als arbeitslos gelten. Damit wurden – anders als zuvor – auch Teilnehmende an Trainings- und Eingliederungsmaßnahmen nicht mehr als arbeitslos gezählt.

Mit den gesetzlichen Änderungen sollten Anreize beseitigt werden, sich allein deshalb arbeitslos zu melden, um Kindergeld zu erhalten oder Anrechnungszeiten für die Rente zu sichern, ohne dass ein Erwerbwunsch besteht (so genannte sozialrechtsinduzierte Arbeitslosigkeit; siehe unten). Die klarstellende Regelung im Sozialgesetzbuch III hinsichtlich der Erfassung von Teilnehmenden an Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik führt zu einer einheitlichen Registrierung dieser Teilnehmenden als nicht arbeitslos, da der Gesetzgeber davon ausgeht, dass eine sofortige Verfügbarkeit zur Arbeitsaufnahme während der Maßnahme nicht gegeben ist.

Darüber hinaus wurden von den Agenturen für Arbeit die Anforderungen an Mitwirkung und Eigeninitiative der Arbeitslosen in den letzten Jahren erhöht („Fördern und Fordern“). Die Bewerber wurden systematisch aktiviert und die Bewerberbestände aktualisiert. Durch mehr Personal im Vermittlungsbereich und die Einschaltung Dritter wurde die Kontaktdichte zu den Arbeitslosen enger. Personen, die nicht nach Arbeit suchen oder nicht verfügbar sind, konnten besser erkannt werden und wurden – wie es das Gesetz vorsieht – nicht mehr als Arbeitslose gezählt. Ältere Arbeitslose ab 58 Jahren wurden gezielt auf die vorruhestandsähnliche Regelung des § 428 SGB III hingewiesen, die es ermöglicht, weiterhin Arbeitslosengeld oder -hilfe zu beziehen, ohne den Vermittlungsbemühungen der Agenturen für Arbeit weiter zur Verfügung stehen zu müssen.

Aufgrund der Aktualisierung der Bewerberbestände gab es im Jahr 2003 erheblich mehr Abmeldungen in Nichterwerbstätigkeit, und zwar insbesondere wegen Nichterneuerung der Meldung oder fehlender Verfügbarkeit bzw. Mitwirkung und Inanspruchnahme vorruhestandsähnlicher Regelungen (u. a. § 428 SGB III und § 252 Abs. 8 SGB VI). Eine Quantifizierung der Wirkungen der gesetzlichen Änderungen und des „Förderns und Forderns“ auf den Bestand an Arbeitslosen kann insgesamt nur näherungsweise erfolgen. Nach Einschätzung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung haben die Bemühungen der Agenturen für Arbeit um Aktivierung der Arbeitslosen und Aktualisierung der Bewerberbestände die jahresdurchschnittliche Arbeitslosigkeit 2003 in einer Größenordnung von etwa 120 000 Personen reduziert.

## 2.2 Stichprobenbefragung

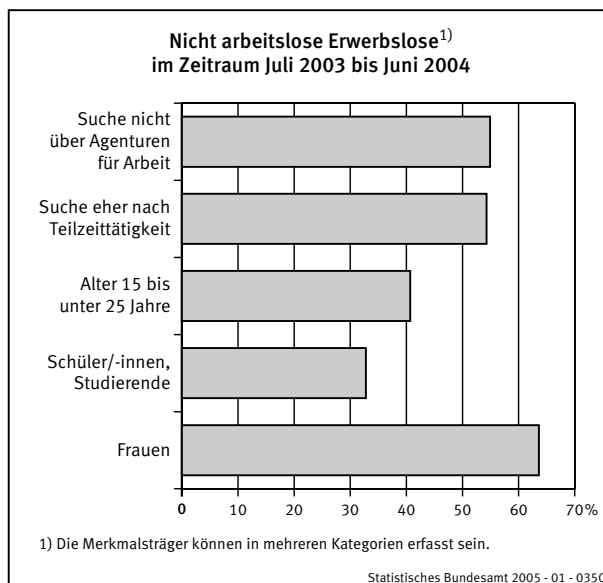
Eine Stichprobenbefragung der Bevölkerung hat im Hinblick auf die Ermittlung des Erwerbsstatus den großen Vorteil, dass auch Personen als Erwerbslose erfasst werden können, die sich nicht bei den Agenturen für Arbeit arbeitslos melden. Damit wird ein erschöpfenderes Bild von Arbeitslosigkeit gezeichnet als in der Registerstatistik. Durch ein inhaltlich weiter gefasstes Erwerbskonzept werden zudem auch Personen als Erwerbslose gezählt, die nach Klein- und Kleinstbeschäftigungen suchen (siehe unten). Zusätzlich werden Informationen zu Erwerbstätigen und Nichterwerbspersonen erhoben und damit ein umfassenderes Bild über Arbeitskräfte und Arbeitsuche gewonnen.

Neben anderen Einschränkungen unterliegen Stichprobenbefragungen einem auswahlbedingten Stichprobenfehler, dessen Größe vor allem durch den Stichprobenumfang bestimmt wird. Die ILO-Arbeitsmarktstatistik stützt sich für die Berichterstattung zur Arbeitslosigkeit auf eine Telefonerhebung mit einem monatlichen Stichprobenumfang von 30 000 Befragten. Zur Verringerung des Stichprobenfehlers und um Verzerrungen durch Antwortausfälle<sup>8)</sup> auszugleichen, wird ein gebundenes Hochrechnungsverfahren verwendet, das Zusatzinformationen über bekannte soziodemografische Strukturen in das Schätzverfahren inte-

griert.<sup>9)</sup> Wie jede Stichprobe ermöglicht auch die ILO-Telefonerhebung nur eine Aussage darüber, in welchem Bereich ein nach den Ergebnissen der Stichprobe geschätzter Wert in der Grundgesamtheit mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit liegt (typischerweise mit einer mittleren Wahrscheinlichkeit von 90%). Für die monatliche Arbeitslosenzahl wird mit einem einfachen relativen Standardfehler von 2,5% gerechnet. Wird in einem Monat die Arbeitslosigkeit im Bundesgebiet zum Beispiel auf 4 Mill. Personen geschätzt, liegt die Zahl der Arbeitslosen mit einer Wahrscheinlichkeit von 90% im Intervall zwischen 3,84 Mill. und 4,16 Mill. Personen. Wird die absolute Veränderung der Arbeitslosenzahl zum Vormonat nach den Ergebnissen der Stichprobe auf 100 000 geschätzt, ergibt sich ein Intervall von ± 157 000 Personen.

Die ILO-Piloterhebung weist 1,3 Mill. Arbeitslose aus, die nach ihren Angaben im Interview nicht bei den Agenturen für Arbeit arbeitslos gemeldet sind. Etwa 45% nutzen trotzdem die Angebote der Agenturen für ihre Arbeitsuche, 55% suchen ganz ohne die Arbeitsagenturen. Mehr als die Hälfte sucht eher nach einer Teilzeitbeschäftigung. Gut zwei Fünftel der nicht arbeitslos gemeldeten Arbeitslosen sind zwischen 15 und 25 Jahren alt, rund ein Drittel sind Schüler/-innen und Studierende, die wohl überwiegend eine Nebenbeschäftigung suchen. Mehr als drei Fünftel sind Frauen (siehe Schaubild 2).

Schaubild 2



## 3 Operationalisierung von Begriffen

Angaben, die den Agenturen für Arbeit oder dem Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende gemacht werden, haben Auswirkungen auf den Anspruch und die Höhe von Sozialleistungen. Die Arbeitslosenzahlen der Registersta-

8) Siehe hierzu Fritz, J./Hartmann, J./Sacher, M.: „Arbeitsmarkt in Deutschland – Analysen zu Ausfallprozessen in der Piloterhebung zum ILO-Erwerbsstatus“ in WiSta 6/2004, S. 649 ff.

9) Zu dem in der Piloterhebung entwickelten und in den berichteten Ergebnissen wie auch der zukünftigen ILO-Arbeitsmarktstatistik zugrunde gelegten Hochrechnungsverfahren siehe Bihler, W./Kiesl, H.: „Das Hochrechnungsverfahren der monatlichen Telefonerhebung zum ILO-Erwerbsstatus“ im Informationsdienst „Methoden – Verfahren – Entwicklungen“ des Statistischen Bundesamtes, Ausgabe 2/2004, S. 10 ff. Der Informationsdienst steht als kostenfreier Download unter [http://www.destatis.de/allg/d/veroe/proser42\\_d.htm](http://www.destatis.de/allg/d/veroe/proser42_d.htm) zur Verfügung.

tistik sind deshalb durch Personen überhöht, die nicht ernsthaft an Arbeit interessiert sind und sich nur deshalb arbeitslos melden, weil sie Sozialleistungen beziehen wollen (so genannte sozialrechtsinduzierte Arbeitslosigkeit). Das Spektrum der sozialrechtsinduzierten Arbeitslosigkeit reicht vom Bezug von Arbeitslosengeld, während gleichzeitig schwarz gearbeitet wird, bis zur Sicherung von Anrechnungszeiten für die Rente, obwohl kein Erwerbswunsch besteht. In diesen Fällen werden in den Arbeitsagenturen falsche Angaben zu Beschäftigung, Verfügbarkeit und Arbeitsuche gemacht. Es ist aber davon auszugehen, dass auch bei einer Bevölkerungsbefragung die Antworten dann häufig nicht wahrheitsgemäß ausfallen.

Vor einem häufig anzutreffenden Missverständnis sei gewarnt: Die 1,9 Mill. nach eigenen Angaben registrierten Arbeitslosen, die nach den Ergebnissen der ILO-Piloterhebung gemäß dem Labour-Force-Konzept nicht erwerbslos sind, können nicht gleichgesetzt werden mit „unechten“ Arbeitslosen, die nicht arbeiten wollen; dies mag in Einzelfällen zutreffen, kann aber nicht durchweg abgeleitet werden. Im Folgenden wird erläutert, warum insbesondere die Ausübung einer Beschäftigung oder fehlende aktive Suchschritte nicht automatisch auf eine sozialrechtsinduzierte Arbeitslosigkeit hinweisen. Bei den Befragungsergebnissen ist außerdem zu beachten, dass die Angabe über den Arbeitslosenstatus auf der subjektiven Einschätzung des Befragten beruht. In vielen Fällen wird die von der befragten Person genannte Selbsteinschätzung „bei einer Agentur arbeitslos gemeldet“ nicht mit der tatsächlichen Registerführung übereinstimmen, da die Regeln der Statuszuschrei-

bung dem Befragten nicht bekannt sind. Dadurch wird der Anteil der Arbeitslosen, die keine Erwerbslosen sind, sicherlich überzeichnet. Wichtige Fallkonstruktionen sind in der Übersicht 2 aufgelistet.

### 3.1 Aktive Arbeitsuche und Verfügbarkeit

Nach dem Labour-Force-Konzept ist das Kriterium „aktive Arbeitsuche“ dann erfüllt, wenn innerhalb der letzten vier Wochen spezifische Schritte unternommen wurden, um eine abhängige Beschäftigung oder eine selbstständige Tätigkeit zu finden.<sup>10)</sup> Als spezifische Schritte gelten u. a. Kontaktaufnahme mit einer Arbeitsagentur zum Zwecke der Arbeitsuche, direkte Bewerbungen, Nachfrage bei Freunden, Verwandten usw., Lesen von Stellenangeboten. Dem Befragten werden im Interview die verschiedenen Suchschritte jeweils einzeln genannt. Verfügbarkeit wird unterstellt, wenn der Befragte innerhalb von zwei Wochen eine neue Tätigkeit aufnehmen kann. Als mögliche Gründe, die eine Arbeitsaufnahme innerhalb von zwei Wochen verhindern, werden in der Befragung Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit, Schule, Studium, Aus- und Fortbildung sowie persönliche oder familiäre Verpflichtungen aufgezählt.

Nach dem SGB III sucht eine Beschäftigung, wer sich bemüht, seine Beschäftigungslosigkeit zu beenden. Dabei muss er den Vermittlungsbemühungen der Agenturen für Arbeit zur Verfügung stehen. Im Rahmen der Eigenbemühungen hat der Arbeitslose alle Möglichkeiten zur beruflichen Eingliederung zu nutzen, insbesondere Verpflichtungen aus der Eingliederungsvereinbarung wahrzunehmen und die Selbstinformationseinrichtungen der Agenturen für Arbeit zu nutzen. Den Arbeitsvermittlungsbemühungen der Arbeitsagenturen steht zur Verfügung, wer arbeitsfähig und arbeitsbereit ist und insbesondere den Vorschlägen der Agentur zeit- und ortsnah Folge leisten kann. Im SGB III ist es – anders als in der ILO-Statistik – erforderlich, dass eine versicherungspflichtige, mindestens 15 Wochenstunden umfassende Beschäftigung gesucht wird.

ILO- und SGB-Statistik ermitteln zwei unterschiedliche Sachverhalte: Nach dem Labour-Force-Konzept zählen nicht erwerbstätige Personen dann als erwerbslos, wenn sie in den vier Wochen vor der Befragung aktiv, das heißt tatsächlich nach Arbeit gesucht haben und in der Lage wären, innerhalb der folgenden zwei Wochen eine Stelle anzutreten. Damit werden insbesondere Personen, die eine Arbeit wollen und zum Beispiel Arbeitslosengeld beziehen, aber keine konkreten Suchschritte unternommen haben, nicht als erwerbslos gezählt. Die Registerstatistik dagegen weist eher aus, wie viele Personen durch ihre Arbeitslosmeldung die (häufig mit Sozialleistungen verknüpfte) Verpflichtung eingegangen sind, aktiv nach einem Arbeitsplatz zu suchen und den Vermittlungsbemühungen der Agenturen zeit- und ortsnah folgen können. Dabei werden die Suchanstrengungen und die Verfügbarkeit von den Arbeitsvermittlern nach individuellen Gesichtspunkten überprüft, da es weder vermittlerisch sinnvoll noch aus Personalkapazitätsgründen möglich ist, bei jedem Arbeitslosen monatlich eine Über-

Übersicht 2: Arbeitslos und arbeitsuchend

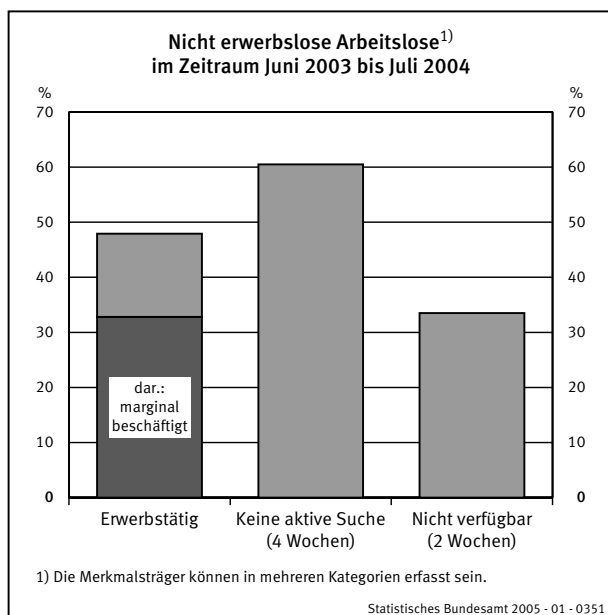
Fallgruppe	Status		
	arbeitsuchend		nicht arbeitsuchend
	arbeitslos arbeitsuchend	nicht arbeitslos arbeitsuchend	
Beschäftigt in Arbeitsbeschaffungsmaßnahme	nein, weil beschäftigt	ja, weil auf Arbeitsuche	nein
Frühzeitige Meldung nach § 37b SGB III, wenn Beendigungszeitpunkt des Arbeitsverhältnisses bekannt ist	nein, weil beschäftigt und nicht verfügbar	ja, weil auf Arbeitsuche	nein
Qualifizierung weniger als sechs Monate	nein, weil nicht verfügbar	ja, weil auf Arbeitsuche	nein
Qualifizierung mehr als sechs Monate	nein, weil nicht verfügbar und gegebenenfalls nicht auf Arbeitsuche	ja, nur wenn gewünscht	ja, wenn gewünscht
Vorruhestandsähnliche Regelung des § 428 SGB III	nein, weil nicht auf Arbeit-suche und nicht verfügbar	ja, wenn gewünscht	ja, wenn gewünscht
Arbeitsunfähigkeit (§126 SGB III) bis zu sechs Wochen	nein, weil nicht verfügbar	ja, weil weiter auf Arbeit-suche	nein

10) Zugrunde gelegt werden in der ILO-Arbeitsmarktstatistik die auf europäischer Ebene geltenden Konkretisierungen des Labour-Force-Konzepts; siehe hierzu Rengers, M., a. a. O., S. 1378.

prüfung vorzunehmen. Die Registerstatistik erfasst damit auch Personen als arbeitslos, die eine Arbeit wollen, aber – wenigstens zuletzt – keine konkreten Suchschritte mehr unternommen haben, zum Beispiel weil sie nach langer Arbeitslosigkeitsdauer keine Erfolgsaussichten sehen. Deshalb enthält die registrierte Arbeitslosigkeit also zu einem Teil die so genannten „discouraged workers“, die sonst der Stillen Reserve zugerechnet werden.

Auswertungen der ILO-Piloterhebung zeigen, dass fast drei Fünftel der Personen, die zwar nach eigenen Angaben arbeitslos, nach dem Labour-Force-Konzept jedoch nicht erwerbslos waren, in den letzten vier Wochen vor der Befragung keine aktiven Suchschritte unternommen hatten. Bezogen auf alle registrierten Arbeitslosen war das ein Viertel.<sup>11)</sup> Außerdem sah sich ein Drittel der nicht erwerbslosen Arbeitslosen aus der ILO-Piloterhebung nicht in der Lage, innerhalb von zwei Wochen eine Beschäftigung aufzunehmen (siehe Schaubild 3). Bezogen auf alle registrierten Arbeitslosen war das etwa ein Siebtel. Als häufigste Gründe dafür wurden Krankheit bzw. Arbeitsunfähigkeit und Teilnahme an Bildungsmaßnahmen (Schule, Studium, Aus- und Fortbildung) genannt – alles Gründe, die auch zu einer Unterbrechung der Arbeitslosigkeit nach SGB führen.

Schaubild 3



Dies ist ein Indiz dafür, dass der hohe Anteil von Arbeitslosen, die nicht erwerbslos sind, weil sie nicht aktiv suchen und/oder nicht verfügbar sind, auch damit zusammenhängt, dass in vielen Fällen die subjektive Zuschreibung „arbeitslos“ nicht mit der Registerführung übereinstimmen dürfte (siehe Übersicht 2). Ein weiterer Hinweis ist der über-

durchschnittlich hohe Anteil von Älteren unter den Arbeitslosen der ILO-Piloterhebung. So war fast jeder Dritte der nach eigener Auskunft Arbeitslosen, die keine Erwerbslosen waren, zwischen 55 und 64 Jahren alt, während noch nicht einmal jeder Zehnte jünger als 25 Jahre war. Zwar dürften gerade ältere Arbeitslose ihre Arbeitsuche häufig eingestellt haben, teils wegen schlechter Eingliederungschancen auch dann, wenn sie eine Arbeit wollen, zum Teil aber auch, weil sie ihre persönliche Perspektive auf den Ruhestand richten. Darüber hinaus ist aber davon auszugehen, dass viele Ältere, die die vorruhestandsähnliche Regelung des § 428 SGB III in Anspruch nehmen, sich in der Befragung als „Arbeitslose“ bezeichnen, obwohl sie in den Registern nicht als solche gezählt werden.

## 3.2 Das Ein-Stunden-Kriterium

Eingebettet in das System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Vereinten Nationen (System of National Accounts – SNA) folgt das Labour-Force-Konzept einem umfassenden Erwerbskonzept: Vereinfacht dargestellt zählt jeder, der einer vergüteten Erwerbstätigkeit nachgeht, als erwerbstätig, wenn er in der Berichtswoche mindestens eine Stunde gearbeitet hat.<sup>12)</sup> Wer erwerbstätig ist, kann per definitionem nicht erwerbslos sein. Auch beim Kriterium „Beschäftigungssuche“ reicht eine angestrebte Erwerbstätigkeit von einer Stunde in der Woche aus. Die Regelungen des SGB orientieren sich dagegen am Unterhaltskonzept. Das SGB schließt Arbeitslosigkeit auch bei einer Beschäftigung von weniger als 15 Wochenstunden nicht aus und fordert die Suche nach einer Beschäftigung von mindestens 15 Stunden in der Woche.

Beide Konzepte treffen – ausgehend von verschiedenen Blickwinkeln – in den Randbereichen von Erwerbstätigkeit und Arbeits- bzw. Erwerbslosigkeit unterschiedliche Festlegungen. Das in das SNA eingebundene ILO-Konzept einerseits unterscheidet systematisch scharf zwischen Erwerbslosigkeit und Erwerbstätigkeit als voneinander zu trennenden Zuständen und erfasst auch den kleinsten Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung. Damit werden umfassend alle Personen erfasst, die einen Beitrag zum Sozialprodukt leisten oder leisten wollen, wobei die Erwerbstätigkeit logisch gesehen das prioritäre Merkmal darstellt. Allerdings werden so Personen, die unfreiwillig marginal beschäftigt sind und ein Einkommensproblem haben, nicht als Erwerbslose ausgewiesen. Dieser extensive Erwerbsarbeitsbegriff unterschätzt in volkswirtschaftlicher Betrachtung die Unterauslastung des Faktors Arbeit und in sozialpolitischer Perspektive die sozialen individuellen und staatlichen Belastungen. Innerhalb des Labour-Force-Konzepts wird daher der Bereich der Erwerbstätigkeit nochmals unterschieden in (unfreiwillig) unterbeschäftigt bzw. nicht unterbeschäftigt.<sup>13)</sup>

11) Dieser Befund deckt sich weitgehend mit den Ergebnissen einer Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung aus dem Jahr 2000. Danach haben rund 22% der registrierten Arbeitslosen nicht aktiv nach Arbeit gesucht (ohne die Arbeitslosen, die bereits einen Job hatten). Gründe waren vor allem der Übergang in Rente (15%) sowie andere familiäre und gesundheitliche Gründe oder der bevorstehende Wehr- oder Zivildienst (7%). Siehe Brixi, U., u.a.: „Wie nah am Arbeitsmarkt sind die Arbeitslosen“, IAB Kurzbericht, Ausgabe Nr. 2/21. Januar 2002, S. 2.

12) Zu dem in der Resolution der ILO enthaltenen und bei der Operationalisierung von Erwerbstätigkeit zu beachtenden „1-Stunden-Kriterium“ siehe Rengers, M., a. a. O., S. 1373.

13) Zum Konzept der Unterbeschäftigung siehe Rengers, M., a. a. O., S. 1375 f.



Das SGB legt demgegenüber den Fokus stärker auf eine sozialpolitisch orientierte Darstellung des Problems Arbeitslosigkeit. Dabei wird insbesondere die Fähigkeit eines Arbeitslosen, aus einer Beschäftigung seinen Lebensunterhalt finanzieren zu können, als ausschlaggebend für die Zuordnung zur Arbeitslosigkeit gesehen.

Nach den Ergebnissen der ILO-Piloterhebung ist jeder fünfte aller nach eigenen Angaben Arbeitslosen im Sinne des Labour-Force-Konzepts als erwerbstätig zu zählen, bezogen auf die 1,9 Mill. Arbeitslosen, die nicht als erwerbslos zählen, sogar fast jeder zweite. Mehr als zwei Drittel dieser Erwerbstätigen, die nicht erwerbslose Arbeitslose sind, können als marginal beschäftigt bezeichnet werden (siehe Schaubild 3).<sup>14)</sup> Erstaunlich ist, dass 8% aller Arbeitslosen mehr als 14 Wochenstunden arbeiten; diese Personen dürfen eigentlich nicht arbeitslos sein. Dabei könnte eine Rolle gespielt haben, dass Beschäftigte am zweiten Arbeitsmarkt (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) sich als arbeitslos sehen und dies auch so bei einer Befragung angeben, obwohl sie in den Registern als nicht arbeitslos arbeitsuchend geführt werden (siehe Übersicht 2). Ebenso ist möglich, dass Erwerbstätige, die zwar zum Zeitpunkt der Befragung noch erwerbstätig waren, jedoch schon die Kündigung erhalten hatten, sich bereits arbeitslos gemeldet haben und dies in der Befragung auch so berichten. In der SGB-Statistik dagegen werden sie erst nach dem tatsächlichen Ende ihrer Erwerbstätigkeit als Arbeitslose geführt.

Gleichzeitig werden in der ILO-Piloterhebung auch Erwerbslose ausgewiesen, die nicht registrierte Arbeitslose sein können, weil sie nur eine marginale Beschäftigung anstreben. Die Quantifizierung dieses Personenkreises fällt insofern schwerer, als es dazu nur wenige Anhaltspunkte aus der Befragung gibt. So war zum Beispiel von den 1,3 Mill. Erwerbslosen, die nicht gleichzeitig Arbeitslose waren, rund jede/r Dritte Schüler/-in oder Studierende, die in der Regel nach einem Mini-Job oder einer anderen Form von Nebenbeschäftigung (z. B. Nachhilfe) suchen (siehe Schaubild 2). Außerdem suchten mehr als die Hälfte der nicht arbeitslosen Erwerbslosen eher nach einer Teilzeitbeschäftigung, worunter sich auch vielfach die Suche nach einer Tätigkeit von weniger als 15 Wochenstunden finden dürfte.

## 4 Zusammenfassung

Während die Arbeitslosenstatistik der Bundesagentur für Arbeit auf dem Sozialgesetzbuch basiert und mittels einer Erhebung von Registerdaten erstellt wird, beruht die dem ILO-Konzept folgende Erwerbslosenstatistik des Statistischen Bundesamtes auf einer Stichprobenbefragung der Bevölkerung. Die Befragung hat den Vorteil, dass sie auch Personen erfasst, die sich nicht bei den Agenturen für Arbeit oder einem Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende melden, und insoweit ein vollständigeres Bild der Erwerbslosigkeit zeichnet. Allerdings unterliegen solche Befragungen anders als Registerauswertungen einem Stichprobenfehler, der eine tiefere Gliederung der Daten insbesondere

in regionaler Hinsicht weitgehend verhindert sowie die Möglichkeiten, monatliche Entwicklungen zu erkennen, einschränkt.

Ein weiterer grundlegender Unterschied ist darin zu sehen, dass die Kriterien „aktive Suche“ und „Verfügbarkeit“ in beiden Statistiken zwar ähnlich konzeptualisiert werden, konkret jedoch unterschiedlich operationalisiert und in Verbindung mit den unterschiedlichen Erhebungsmethoden dann doch verschieden abgebildet werden. Während die ILO-Statistik das aktuelle, tatsächliche Suchverhalten erfasst, weist die SGB-Statistik eher aus, wie viele Personen die Verpflichtung zur aktiven Arbeitsuche eingegangen sind, und enthält damit auch Personen, die ihre Suche vorübergehend eingestellt haben, weil sie keine Erfolgsaussichten sehen. Die ILO-Statistik stellt damit stärker auf konkretes Handeln, die SGB-Statistik stärker auf die rechtliche Verpflichtung ab.

Darüber hinaus wird in beiden Konzepten unterschiedlich entschieden, ab wann Beschäftigungslosigkeit vorliegt. Das weite Erwerbskonzept der ILO-Statistik versteht Erwerbslosigkeit als Situation des totalen Fehlens von Arbeit, verneint bei einer Wochenstunde Arbeit den Erwerbslosenstatus und rechnet diese Person den Erwerbstätigen zu. Andererseits zählen hier Personen schon als erwerbslos, wenn sie wenigstens eine Stunde in der Woche arbeiten wollen. Damit werden möglichst alle Personen, die einen Beitrag zum Sozialprodukt leisten oder leisten wollen, als Erwerbstätige bzw. Erwerbslose erfasst. Das SGB-Konzept orientiert sich dagegen stärker an sozialpolitischen Fragestellungen und zählt auch die Personen als arbeitslos, die höchstens 14 Wochenstunden arbeiten, aber weiterhin in der Regel ein Einkommensproblem haben und mehr arbeiten wollen. Umgekehrt werden Personen, die Beschäftigungen von weniger als 15 Wochenstunden suchen, nicht als arbeitslos ausgewiesen.

Beide Konzepte liefern damit Informationen, die sich gegenseitig ergänzen können. Da sie von den jeweiligen sozialrechtlichen Regelungen nicht direkt beeinflusst ist, sondern nach einem einheitlichen Konzept erhoben wird, ist die ILO-Arbeitsmarktstatistik für den internationalen Vergleich unentbehrlich. Aus dem gleichen Grund ist sie darüber hinaus auch sehr gut für intertemporale Vergleiche geeignet. Weiterhin ergänzt sie die bisherigen nationalen Arbeitslosenzahlen um Angaben zu Personen, die sich nicht bei den Agenturen für Arbeit melden, und nimmt dabei auch die Suche nach geringfügigen Beschäftigungen mit in den Blick. Zudem werden das Suchverhalten und die Verfügbarkeit zeitnah abgebildet. Die SGB-Arbeitsmarktstatistik berücksichtigt bei ihren Abgrenzungen dagegen stärker die soziale Problematik, die mit Arbeitslosigkeit verbunden ist. Dort werden Menschen auch dann als arbeitslos gezählt, wenn sie nur eine Kleinstbeschäftigung ausüben oder zurzeit nicht suchen, weil sie keine Erfolgsaussichten sehen.

Um einen umfassenderen Einblick in die Unterbeschäftigung oder das Arbeitsplatzdefizit einer Volkswirtschaft geben zu können, können sowohl die SGB- als auch die ILO-

<sup>14)</sup> Als „marginal beschäftigt“ werden hier Personen gezählt, die entweder einen Mini-Job ausüben, weniger als 15 Stunden die Woche arbeiten oder als Schüler/-in bzw. Studierende erwerbstätig sind.

Statistik ergänzt werden. Bei der SGB-Arbeitsmarktstatistik kann diese Ergänzung in den Angaben zu Teilnehmenden in entlastenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und um die Stille Reserve im engeren Sinne gesehen werden. Bei der ILO-Arbeitsmarktstatistik können die Erwerbstätigen nach dem Wunsch nach mehr Arbeitsstunden durch Angaben zur Unterbeschäftigung im Sinne des Labour-Force-Konzepts untergliedert werden, was auch für internationale Vergleiche von großer Bedeutung ist. „Die Heterogenität der Anforderungen zeigt, dass sich das Informationsbedürfnis über den Umfang der Unterbeschäftigung nicht durch eine einzelne Statistik befriedigen lässt. Der Streit um die eine richtige Abgrenzung der Arbeitslosigkeit ist insofern müßig. Es muss vielmehr darum gehen, eine für die jeweilige Fragestellung angemessene und inhaltlich sowie über die Zeit konsistente Abgrenzung zu ermitteln.“<sup>15)</sup>

Mit welchen statistischen Konzepten und Kategorien auch immer eines der zentralen gesellschaftlichen Probleme betrachtet wird – gerade hier besteht „die Notwendigkeit, die Lage des Arbeitsmarktes nicht auf die Entwicklung einer bestimmten Zahl zu verengen...“<sup>16)</sup> [\[1\]](#)

---

15) Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: „Erfolge im Ausland – Herausforderungen im Inland“, Jahresgutachten 2004/05, S. 184.

16) Sachverständigenrat, a. a. O., S. 345.

Dr. Irene Kahle, Dipl.-Volkswirt Dieter Schäfer

# Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement

## Ergebnisse der Zeitbudgeterhebung 2001/2002

*Wie hoch ist die Bereitschaft in der Bevölkerung für bürgerschaftliches Engagement? In welchem Umfang können und wollen sich Menschen in Deutschland in ihrer freien Zeit – freiwillig und ohne Bezahlung – im Rahmen von Ehrenämtern, Wohlfahrtsorganisationen oder Vereinen für gesellschaftliche Anliegen einsetzen? Diese und ähnliche Fragestellungen werden in der Diskussion um bürgerschaftliches Engagement in Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit immer wieder aufgeworfen, denn bürgerschaftliches Engagement gilt als wichtiger Bestandteil gesellschaftlicher und sozialer Kultur. Aus diesem Grunde wurde in die Zeitbudgeterhebung 2001/2002 des Statistischen Bundesamtes ein ausführlicher Teil zur Zeitverwendung für ehrenamtliche Aktivitäten und bürgerschaftliches Engagement integriert.*

*Die Bereitschaft, sich in der freien Zeit für gesellschaftliche Anliegen einzusetzen, ist hoch. Neben der Übernahme von offiziellen Funktionen und Ämtern zählen dazu auch informelle Aufgaben, etwa im Rahmen von Wohltätigkeitsveranstaltungen oder Versammlungen. Ehrenamt und informelle Aufgaben bilden gemeinsam das breite Feld bürgerschaftlichen Engagements. Zwei Fünftel aller Personen ab 10 Jahren sind im Rahmen bürgerschaftlichen Engagements in einer Initiative, einem Verein oder Verband aktiv. Die Grenzen zwischen einfacher Mitgliedschaft und aktivem bürgerschaftlichen Engagement sind oftmals fließend. Insofern kann die Zahl hier nur einen groben Anhaltspunkt für den Umfang bürgerschaftlichen Engagements darstellen. Der Anteil derjenigen, die ein Ehrenamt im engeren Sinne ausüben, das heißt eine Funktion oder ein Amt in Vereinen, Kirchen, Parteien oder Initiativen übernommen haben, liegt*

*nach den Ergebnissen der Zeitbudgeterhebung 2001/02 mit 17% deutlich niedriger.*

*Im Dezember 2003 hat das Statistische Bundesamt gemeinsam mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend auf einer Pressekonferenz erste Ergebnisse der Zeitbudgeterhebung 2001/02 der Öffentlichkeit vorgestellt. Ein Ergebnisüberblick ist in der Broschüre „Wo bleibt die Zeit?“ enthalten, die im Internet unter <http://www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2003/zeitbudget.htm> kostenlos bezogen werden kann.*

*Für vertiefende Auswertungen der Zeitbudgeterhebung 2001/02 zu einem breiten Themenspektrum aus wissenschaftlicher Perspektive hat das Statistische Bundesamt zusammen mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend einen Beirat mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern unterschiedlicher Fachrichtungen berufen. Die Mitglieder des Auswertungsbeirats haben frühzeitig ein vorläufiges anonymisiertes Scientific-Use-File erhalten und konnten damit parallel zum Statistischen Bundesamt tiefere Auswertungen durchführen. Damit wurde erreicht, dass zur Zeitbudgeterhebung 2001/02 kurz nach der Veröffentlichung erster Ergebnisse bereits am 16. und 17. Februar 2004 auf einer Ergebniskonferenz von den Beiratsmitgliedern und von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Statistischen Bundesamtes Analysen zu einem breiten Themenspektrum der Fachöffentlichkeit präsentiert werden konnten, die jeweils direkt an die aktuelle wissenschaftliche Fachdiskussion anknüpfen. Dabei wurden auch Ergebnisse aus der Zeitbudgeterhebung 2001/02 zum bürgerschaftlichen Engagement und zu sozialen Hilfeleis-*

tungen zwischen Haushalten vorgestellt und im Tagungsband veröffentlicht.<sup>1)</sup> Die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements, Beweggründe für das Engagement, Abgrenzungsprobleme und methodische Fragen wurden in diesem Zusammenhang ausführlich thematisiert. Ziel des vorliegenden Beitrags ist es nicht, alle diese Themen erneut aufzugreifen. Vielmehr wird – nach einigen knappen methodischen Erläuterungen im Kapitel 1 – der Fokus auf einen wichtigen Teilbereich des bürgerschaftlichen Engagements, auf das Ehrenamt in einem engeren Sinne, gelegt.

### 1 Methodische Grundlagen

Eine feststehende Definition des bürgerschaftlichen Engagements wird durch die vielfältigen Formen des Einsatzes erschwert. Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt gelten im Rahmen der Zeitbudgeterhebung generell nicht als Erwerbstätigkeit und werden unentgeltlich oder gegen eine geringe Aufwandsentschädigung durchgeführt. Die Palette der Aktivitäten ist breit: So reichen die Möglichkeiten, in einem institutionellen Rahmen Aufgaben zu übernehmen, vom kirchlichen Betätigungsfeld über politisches Engagement bis hin zu beruflichen Interessenvertretungen, von Aufgaben in Frauen- oder Müttergruppen, in Schule und Kindergarten (z. B. in der Elternvertretung) über Sportvereine bis zu kulturellen Vereinigungen oder Förderkreisen. Ebenfalls zu nennen ist das Engagement im Bereich des Umweltschutzes, der Bildungsarbeit und vieles mehr. Hinzu kommt, dass die Grenzen zwischen einfacher Mitgliedschaft, (eher passiver) Teilnahme an Veranstaltungen, aktivem bürgerschaftlichen Engagement und der Übernahme eines Ehrenamtes oftmals fließend sind.

Die Vielfalt der Aktivitäten ist auch ein Grund dafür, dass die begrifflichen Abgrenzungen in vielen Studien uneinheitlich sind. Vielfach werden Begriffe wie bürgerschaftliches Engagement, Bürgerengagement, Freiwilligenarbeit, Ehrenamt, soziale Partizipation u. Ä. synonym bzw. gleiche Begriffe mit anderen zugrunde liegenden Definitionen genutzt. Daher sollen zunächst die im vorliegenden Beitrag verwendeten Definitionen, die sich an die im Rahmen von Zeitbudgeterhebungen genutzten Aktivitätenlisten anlehnen, kurz erläutert werden.

Die folgenden Ergebnisse basieren im Wesentlichen auf Auswertungen des Personenbogens zur Zeitbudgeterhebung 2001/2002.<sup>2)</sup> Dabei wurde eine umfassende Liste von 18 Tätigkeitsbereichen (z. B. Sozialer Bereich, Schule und Kindergarten, Frauengruppe/-initiative/-verband, kirchlicher oder religiöser Bereich) aufgenommen, für die die Befragten jeweils folgende Angaben bezüglich ihrer Beteiligung machen konnten:

- Nein, nicht beteiligt
- Ja, aktiv beteiligt
- Ja, Amt übernommen
- Durchschnittlicher Zeitaufwand (Stunden je Woche)

Das bürgerschaftliche Engagement (Angabe „Ja, aktiv beteiligt“ oder „Ja, Amt übernommen“) geht in der hier vorgenommenen Abgrenzung über eine reine Mitgliedschaft hinaus. Als Ehrenamt im engeren Sinne („Ja, Amt übernommen“) wird die Übernahme einer Funktion oder eines Amtes in Vereinen, Kirchen, Parteien oder Initiativen verstanden. Im Folgenden liegt der Schwerpunkt auf dem Ehrenamt im engeren Sinne (siehe die Kapitel 3 bis 9). Dabei ist verkürzend nur von Ehrenamt die Rede.<sup>3)</sup> Bürgerschaftliches Engagement in der weiteren Abgrenzung wird nur im Kapitel 2 behandelt. Aus methodischer Sicht kann mit Blick auf Abgrenzungsunschärfen gefolgert werden, dass die Selbsteinschätzung der Befragten im Personenbogen beim Ehrenamt sicher zu besseren Angaben als beim bürgerschaftlichen Engagement führt, da etwa die Grenze zwischen der aktiven Beteiligung innerhalb einer Gruppe (z. B. Frauengruppe oder Partei) und der reinen Teilnahme mehr subjektiven Interpretationsspielraum lässt als die Übernahme eines Amtes.

Angaben zum Zeitaufwand für das Ehrenamt und das bürgerschaftliche Engagement sind in der Zeitbudgeterhebung auch in den Tagebüchern erfasst, die von den Befragten an drei Tagen ausgefüllt wurden. Für spezielle Fragestellungen, wie die zeitliche Platzierung von ehrenamtlichen Aktivitäten im Wochen- bzw. Tagesverlauf oder den zeitlichen Zusammenhang mit anderen Aktivitäten, sind hier über den Personenbogen hinaus zusätzliche Auswertungsmöglichkeiten vorhanden. Insgesamt stimmen die Ergebnisse bezüglich des Zeitaufwands für das Ehrenamt im engeren Sinne im Personenbogen und in den Tagebüchern relativ gut überein. Für eine allgemeine Untersuchung des Umfangs ehrenamtlicher Aktivitäten sind die aus dem Tagebuch gewonnenen Daten jedoch insbesondere aus drei Gründen weniger geeignet als die Angaben im Personenbogen:

- Aufgrund der kurzen Dauer der Tagebuchanschriften (drei Tage) können bei den unregelmäßig ausgeübten Tätigkeiten oder bei Tätigkeiten, die in wöchentlichen oder längeren Intervallen ausgeübt werden, keine sinnvollen Ergebnisse zu wichtigen Fragestellungen wie Beteiligungsgrad in der Bevölkerung oder Mehrfachengagement und somit zum kumulierten Zeitaufwand für mehrere Ämter bei einer Person abgebildet werden, da Tagebuchangaben in der Regel für Personentage (Anschreibetage) ausgewertet werden. Die durchschnittliche Beteiligung der Bevölkerung an ehrenamtlichen Aktivitäten an einem Personentag liegt daher deutlich

1) Siehe Gabriel, O. W./Trüdinger, E.-M./Völkl, K.: „Bürgerengagement in Form von ehrenamtlicher Tätigkeit und sozialen Hilfsleistungen“ in Statistisches Bundesamt (Hrsg.): „Alltag in Deutschland“, Band 43 der Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“, Wiesbaden 2004, S. 337 ff. Zum Vergleich mit den Freiwilligenveys siehe auch den Beitrag von Gensicke, T./Geiss, S.: „Erfassung freiwilligen Engagements (Ehrenamt, Freiwilligenarbeit, Bürgerengagement) in den Freiwilligenveys 1999/2004 und in der Zeitbudgetstudie“ im gleichen Band, S. 357 ff.

2) Zu Erhebungsunterlagen und konzeptionellen Fragen der Zeitbudgeterhebung siehe Ehling, M./Holz, E./Kahle, I.: „Erhebungsdesign der Zeitbudgeterhebung 2001/2002“ in WiSta 6/2001, S. 427 ff.

3) Im Beitrag von Gabriel, O. W./Trüdinger, E.-M./Völkl, K. (siehe Fußnote 1) wird beispielsweise der Ehrenamtsbegriff in einer weiten Abgrenzung zugrunde gelegt, die eher dem Begriff des bürgerschaftlichen Engagements im vorliegenden Beitrag entspricht.

niedriger als der im Personenbogen festgestellte Beteiligungsgrad, der keinen Bezug zu Personentagen aufweist.

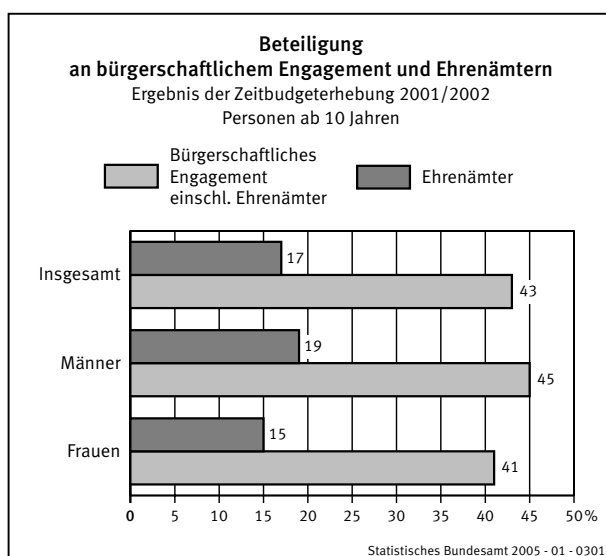
- Während das Ehrenamt in der Aktivitätenliste für die Codierung der Tagebücher eindeutig abgegrenzt ist, werden beim bürgerschaftlichen Engagement in einigen Aktivitätscodes aktive Beteiligung (Wahrnehmung von Aufgaben innerhalb einer Institution) und passive Beteiligung (reiner Besuch von Veranstaltungen) nicht immer scharf getrennt.
- In der Aktivitätenliste werden keine Tätigkeitsbereiche von ehrenamtlichen Aktivitäten wie im Personenbogen unterschieden.

Daher sind die Ergebnisse im vorliegenden Aufsatz nahezu ausschließlich aus den Angaben im Personenbogen abgeleitet.

## 2 Beteiligung an bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenämtern nach Geschlecht

43% aller Personen ab 10 Jahren übernehmen Aufgaben im Rahmen eines bürgerschaftlichen Engagements in einer Initiative, einem Verein oder Verband (siehe Schaubild 1). Männer finden mit 45% häufiger Zeit für bürgerschaftliches Engagement als Frauen (41%). Ein Ehrenamt im engeren Sinne haben 17% der Bevölkerung ab 10 Jahren übernommen, Männer mit 19% deutlich häufiger als Frauen mit 15%. Von diesen ehrenamtlich Tätigen haben 19% sogar zwei Ämter inne, 7% sind in drei oder mehr Bereichen ehrenamtlich tätig.

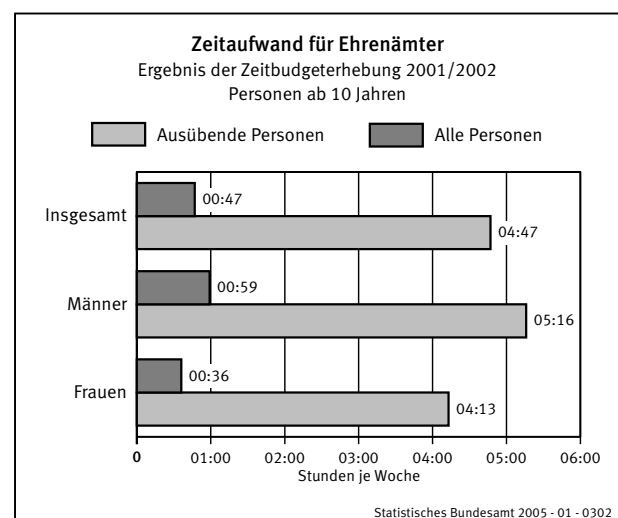
Schaubild 1



Allein der Beteiligungsgrad besagt noch nichts über den zeitlichen Umfang ehrenamtlichen Engagements. Wird der durchschnittliche Zeitaufwand für ein ehrenamtliches – also über eine bloße Mitgliedschaft oder aktive Beteiligung hinausgehendes – Engagement betrachtet, scheint der Zeitauf-

wand über alle Personen ab 10 Jahren von einer Dreiviertelstunde je Woche eher gering. Er fällt mit einer Stunde bei den Männern höher aus als bei den Frauen mit einer guten halben Stunde (siehe Schaubild 2). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass sich nur ein knappes Fünftel der Bevölkerung ehrenamtlich engagiert. Werden nur die Zeiten jener Menschen herangezogen, die tatsächlich ein Ehrenamt ausüben, zeigt sich ein anderes Bild. Bei den Ausübenden nimmt diese Aufgabe mit 4¾ Stunden je Woche einen erheblichen Teil der freien Zeit ein. Auch bei den Ausübenden zeigen sich deutliche Unterschiede beim zeitlichen Aufwand zwischen Frauen und Männern.

Schaubild 2



## 3 Ehrenämter nach Einsatzfeldern

Der Zeitaufwand für Ehrenämter verteilt sich nicht gleichmäßig auf alle potenziellen Einsatzfelder. An der Spitze steht der Einsatz im sportlichen Bereich, etwa als Übungsleiter/-in. Auf Aufgaben in diesem Feld entfallen 16% des gesamten Zeitaufwands für Ehrenämter in der Bevölkerung ab 10 Jahren (siehe die Tabelle). Es folgen weitere „traditionelle“ Einsatzbereiche: im kirchlichen Umfeld (13%), in Kultur und Musik (10%), in einer politischen Interessenvertretung, also zum Beispiel in einer Partei, im Gemeinderat oder auch in politischen Initiativen (9%), oder im breiten Feld der sozialen Tätigkeiten (8%). Auf andere Einsatzfelder für ehrenamtlich Tätige entfallen jeweils erheblich geringere Anteile der insgesamt aufgewandten Zeit.

Bei der Verteilung der Zeit für das Ehrenamt auf einzelne Tätigkeitsbereiche werden geschlechtsspezifische Akzentsetzungen augenfällig: Frauen investieren einen größeren Anteil der Zeit in soziale oder kirchliche Ehrenämter, in Aufgaben in Kindergarten oder Schule und – nahe liegender Weise – in die Übernahme von Ämtern in Fraueninitiativen oder -verbänden. Männer setzen dagegen Schwerpunkte auf Sport, kulturelle Vereinigungen oder Förderkreise, aber auch auf das Engagement in den „klassischen“ Freizeitvereinen. Darüber hinaus fließt ein größerer Teil der von Männern aufgewandten Ehrenamtszeiten in berufliche Interessenvertretungen, Umwelt- und Naturschutz sowie in das

Verteilung des Zeitaufwands für ehrenamtliche Tätigkeiten auf verschiedene Einsatzfelder<sup>1)</sup>  
 Ergebnis der Zeitbudgeterhebung 2001/2002  
 Personen ab 10 Jahren  
 Prozent

Ehrenamtlicher Tätigkeitsbereich	Insgesamt	Männer	Frauen
Frauengruppe, -initiative, -verband	(3)	–	(7)
Sozialer Bereich	(8)	(6)	(12)
Sport und Bewegung	16	19	(10)
Schule oder Kindergarten	5	(3)	8
Außerschulische Jugendarbeit, Jugendinitiative, Jugendverband	(4)	(4)	(4)
Umwelt-, Natur- oder Tierschutz	(4)	(5)	/
Politik und politische Interessenvertretung	9	(9)	(9)
Kultur und Musik	10	(11)	9
Berufliche Interessenvertretung außerhalb des Betriebes	(4)	(6)	/
Kirchlicher oder religiöser Bereich	13	11	16
Unfall- bzw. Rettungsdienst oder in der freiwilligen Feuerwehr	(4)	(5)	/
Freizeit, Hobbys, Geselligkeit	(6)	(8)	(4)
Sonstige bürgerschaftliche Aktivität	13	11	17
<b>Insgesamt ...</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

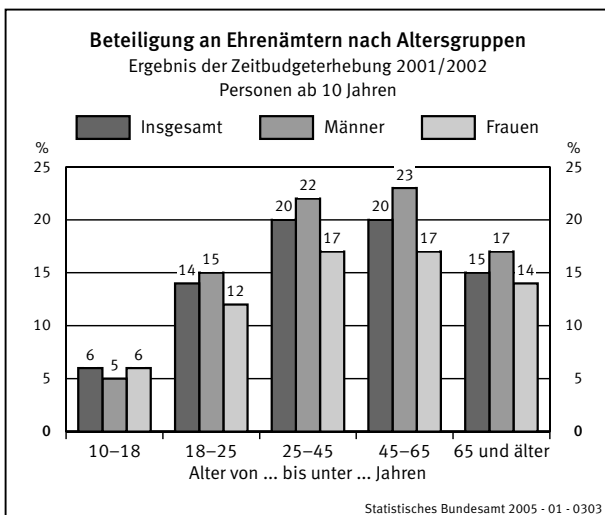
1) In Klammern dargestellte Werte sind aufgrund geringer Fallzahlen (n: 50 bis unter 200) nur bedingt aussagefähig; mit / gekennzeichnete Felder: Fallzahlen zu gering (n < 50).

Feld der Unfall- oder Rettungsdienste oder der freiwilligen Feuerwehr.

### 4 Ehrenämter nach Altersgruppen

Je nach Alter der Personen gibt es erhebliche Unterschiede bei der Beteiligung an ehrenamtlichen Tätigkeiten. In den Altersgruppen zwischen 25 und 45 Jahren und zwischen 45 und 65 Jahren ist das Engagement am größten, jeweils rund 20% dieser Altersgruppen übernehmen ein Amt (siehe Schaubild 3). In höherem Alter geht die Beteiligung auf 15% zurück. Mit entscheidend für diesen Rückgang dürfte die nachlassende Belastbarkeit sein. Dennoch ist das Engagement etwa genau so hoch wie bei den 18- bis unter 25-Jährigen. In dieser Gruppe dürften der bevorstehende oder erst kürzlich erfolgte Berufseinstieg, aber auch altersspezifische Freizeitinteressen für die seltenere Übernahme eines Ehrenamtes eine Rolle spielen. Noch stärker gilt dies sicher für die

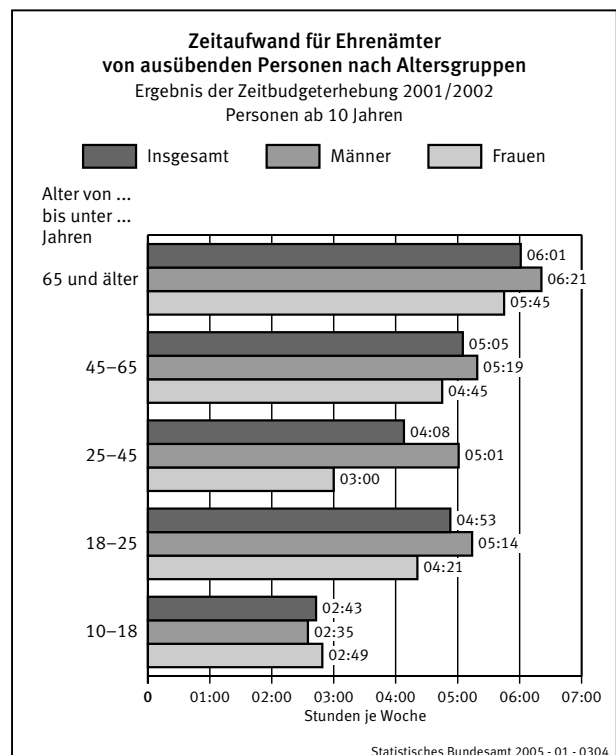
Schaubild 3



unter 18-Jährigen, die am seltensten ein Ehrenamt ausüben (6%). Neben der Freizeitgestaltung stehen in diesem Alter vor allem Schule, Beruf oder Studium im Vordergrund. Auffallend ist dabei, dass sich in dieser Altersgruppe die jungen Frauen häufiger als die gleichaltrigen Männer beteiligen, während ansonsten die Männer die Engagierteren sind. Und dies obwohl sie in den mittleren Altersgruppen zu einem erheblich höheren Prozentsatz Vollzeit erwerbstätig sind als Frauen.

Im Folgenden wird der Zeitaufwand für Ehrenämter in den verschiedenen Altersgruppen betrachtet: Wird tatsächlich ein Amt ausgeübt, ist der Zeitaufwand erheblich. Dies zeigt sich schon bei den 10- bis unter 18-Jährigen: Der zeitliche Aufwand beläuft sich zwar im Durchschnitt über alle Personen dieser Altersgruppe auf unter eine Viertelstunde wöchentlich; ein Ehrenamt ausübende Jugendliche investieren demgegenüber 2¾ Stunden ihrer freien Zeit je Woche (siehe Schaubild 4). Noch auffallender wird dies bei den Seniorinnen und Senioren: Für alle Personen ab 65 Jahren beträgt der Durchschnitt eine gute Dreiviertelstunde je Woche; bei denjenigen, die tatsächlich ein Amt übernommen haben, liegt der wöchentliche Zeitaufwand mit 6 Stunden um ein Vielfaches höher. Das bedeutet, dass der Zeitaufwand für eine tatsächlich übernommene Aufgabe trotz der relativ geringen Beteiligungsquote in dieser Gruppe am höchsten ist. In allen Altersgruppen mit Ausnahme der unter 18-Jährigen sind Männer nicht nur häufiger, sondern auch in zeitlich größerem Umfang als Frauen aktiv. Besonders deutlich sind die Unterschiede im Alter zwischen 25 und 45 Jahren. Dies dürfte vor allem daran liegen, dass die Doppelbelastung durch Familie und Beruf den Frauen in dieser Altersgruppe weniger Möglichkeiten lässt, ein Ehrenamt im Tagesablauf unterzubringen.

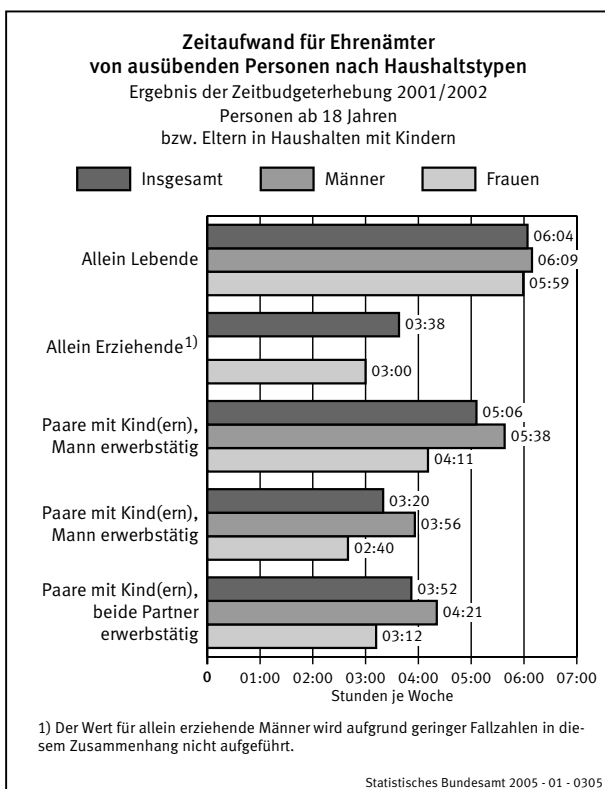
Schaubild 4



## 5 Ehrenämter nach Haushaltstypen

Auch der familiäre Hintergrund beeinflusst den Zeitaufwand für Ehrenämter. Am stärksten ist das Engagement bei den allein Lebenden. In dieser Gruppe sind gleichzeitig die Unterschiede zwischen Männern und Frauen am geringsten. Dieser Haushaltstyp ist durch einen hohen Anteil von Personen im Rentenalter gekennzeichnet: Wenn ein Teil der täglichen familiären und beruflichen Verpflichtungen entfällt, bleibt einfach mehr Zeit für ein Ehrenamt. Umgekehrt sind es interessanterweise nicht die allein Erziehenden, bei denen der Umfang des ehrenamtlichen Engagements am geringsten ausfällt. Trotz Konzentration von Familien- und Erwerbsarbeit auf einen Elternteil, engagieren sie sich mit knapp 3¾ Stunden wöchentlich eine gute Viertelstunde länger als die Erwachsenen in Paarhaushalten mit Kind(ern), bei denen ein Partner erwerbstätig ist (siehe Schaubild 5). Dies gilt auch, wenn in beiden Haushaltstypen ausschließlich die Frauen betrachtet werden. Dabei fällt der Anteil der Ausübenden bei den Frauen in beiden Gruppen mit jeweils ungefähr 20% etwa gleich aus.

Schaubild 5



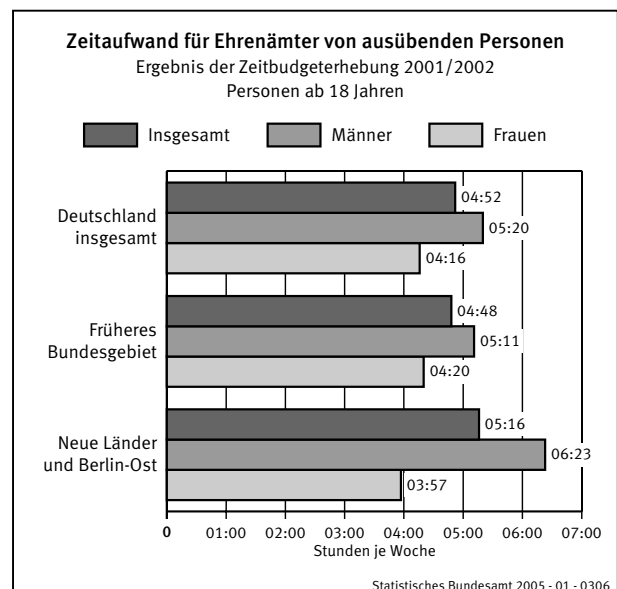
## 6 Ehrenämter in Ost und West

Die Ausübung von Ehrenämtern in den neuen und alten Bundesländern gestaltet sich unterschiedlich. Während sich im früheren Bundesgebiet 20% aller Erwachsenen ab 18 Jahren in ein Ehrenamt einbringen, gilt dies in den neuen Ländern lediglich für knapp 13%. Dementsprechend liegt der Zeitaufwand über alle erwachsenen Personen im Westen mit einer knappen Stunde eine Viertelstunde über dem im Osten (eine knappe Dreiviertelstunde). Werden aber die

ausübenden Personen betrachtet, kehrt sich das Bild um (siehe Schaubild 6): Das zeitliche Engagement derjenigen, die in den neuen Ländern ein Amt übernommen haben, übertrifft das der ehrenamtlich Tätigen im früheren Bundesgebiet um eine knappe halbe Stunde (5¼ Stunden gegenüber 4¾ Stunden).

Besonders interessant ist dabei, dass die Unterschiede zwischen Männern und Frauen in dieselbe Richtung weisen: In beiden Teilgebieten engagieren Männer sich stärker. Allerdings unterscheidet sich der Zeitaufwand von Männern und Frauen in den alten Ländern nur um eine gute Dreiviertelstunde, in den neuen Ländern dagegen um fast 2½ Stunden. Dabei dürfte eine Rolle spielen, dass Frauen in den neuen Ländern häufiger Vollzeit beschäftigt sind und daher größere Anstrengungen unternehmen müssen, die Doppelbelastung von Haushalt und Beruf zu bewältigen – für Ehrenämter bleibt einfach weniger Zeit.

Schaubild 6



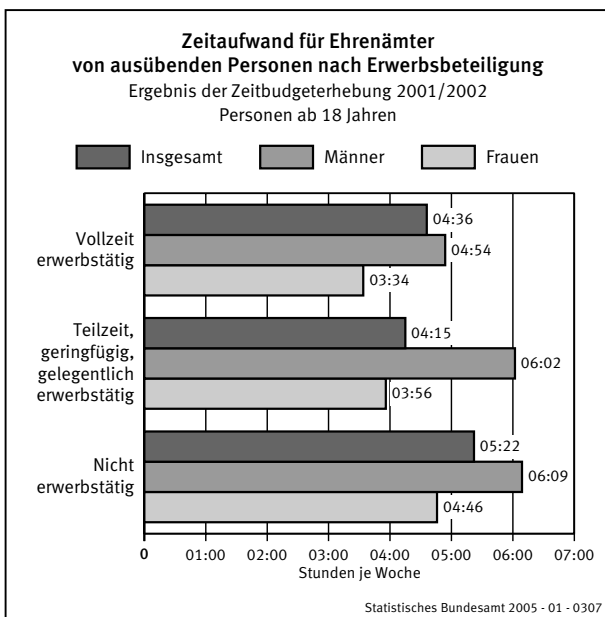
## 7 Ehrenämter nach Erwerbsbeteiligung

In welchem zeitlichen Umfang Personen sich ehrenamtlich engagieren, ist auch von ihrer Einbindung in das Erwerbsleben bestimmt. Der Zeitaufwand für ehrenamtliche Aufgaben ist bei nicht erwerbstätigen Erwachsenen mit insgesamt knapp 5½ Stunden am höchsten (siehe Schaubild 7). Allerdings liegt die Beteiligung dieser Personengruppe mit 16% klar unter der bei den Vollzeitbeschäftigten (20%) und insbesondere der bei Teilzeitkräften (22%). Interessant ist dabei, dass sich der Abstand des zeitlichen Aufwands zwischen Frauen und Männern bei den Nichterwerbstätigen nicht nivelliert. Dies ist insofern bemerkenswert, als unter den nicht erwerbstätigen Erwachsenen viele Rentnerinnen und Rentner sind, bei denen – bei beiden Geschlechtern – sowohl familiäre als auch berufliche Aufgaben stark reduziert sind.

Hinsichtlich des Zeitaufwands für Ehrenämter folgen nach den Nichterwerbstätigen Vollzeiterwerbstätige mit gut 4½ Stunden ehrenamtlichen Engagements je Woche an zweiter Stelle. Das „Schlusslicht“ bilden – auf den ersten Blick unerwartet – Teilzeitbeschäftigte. Dies erklärt sich dadurch, dass Teilzeitkräfte überwiegend Frauen sind. Ganz generell können (oder wollen) Frauen sich anscheinend nach wie vor aufgrund der Doppelbelastung durch Haushalt und Berufstätigkeit nicht in dem Maße für ein Ehrenamt einsetzen wie ihre Partner.

Dieser Effekt wird noch auffallender, wenn Männer und Frauen in verschiedenen Erwerbssituationen direkt miteinander verglichen werden. Für beide Geschlechter lässt sich ein Zusammenhang des zeitlichen Einsatzes für Ehrenämter mit der Erwerbsbeteiligung beobachten. Während jedoch bei Frauen eine stärkere Zunahme der in diesen Bereich investierten Zeiten erst bei den Nichterwerbstätigen festzuhalten ist, ergibt sich für Männer ein anderes Bild. Hier fällt ein verstärktes Engagement schon bei teilzeitbeschäftigten Männern auf: Sofern sie einem Ehrenamt nachgehen, geschieht dies in einem zeitlichen Umfang, der dem nicht-erwerbstätigen Männer gleichkommt.

Schaubild 7



## 8 Ehrenämter nach Bildungsabschluss

Unabhängig von der Erwerbsbeteiligung steht ehrenamtliches Engagement in der erwachsenen Bevölkerung auch im Zusammenhang mit dem Bildungsabschluss. Personen mit höherem Bildungsabschluss beteiligen sich stärker als solche mit niedrigem: Der Beteiligungsgrad steigt von 12% bei den Personen ohne beruflichen Abschluss über 16% bei den Erwachsenen, die eine Lehre bzw. eine Ausbildung an einer Berufsfachschule oder einer vergleichbaren Schule abgeschlossen haben, bis zu 24 bzw. 23% bei den Personen mit Fachhochschul- bzw. Hochschulabschluss (siehe

Schaubild 8

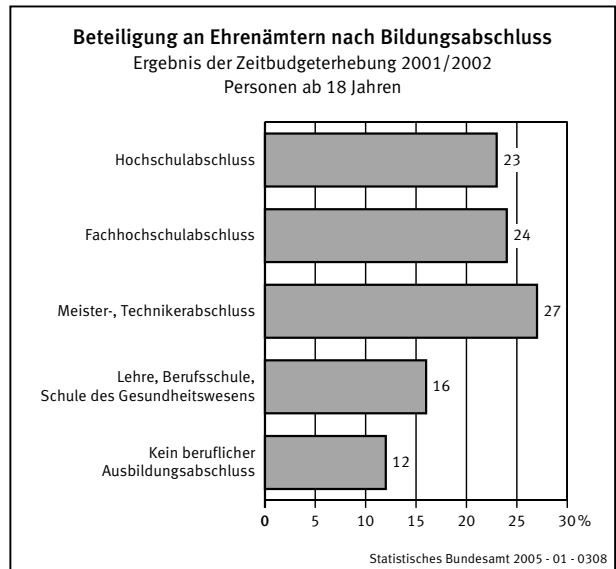
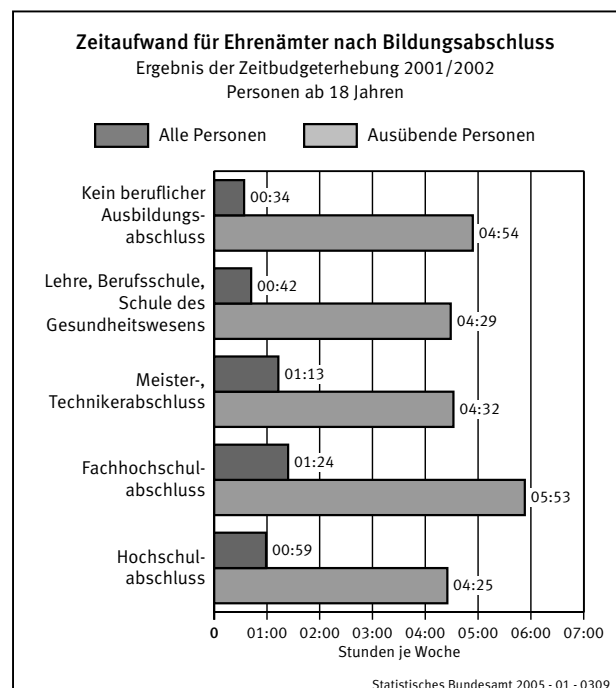


Schaubild 8). Der höchste Anteil ehrenamtlich Tätiger findet sich unter den Absolventinnen und Absolventen von Meister- oder Technikerabschlüssen (27%).

Der durchschnittliche wöchentliche Zeitaufwand für ein Ehrenamt für alle Erwachsenen mit einem bestimmten Bildungsabschluss folgt im Großen und Ganzen diesem Bild (siehe Schaubild 9): Er reicht von einer halben Stunde bei Personen ohne Berufsausbildung bis zu 1½ Stunden bei den Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen. Der Zeitaufwand derjenigen, die tatsächlich ein Ehrenamt übernommen haben, zeigt ein anderes Bild. „Spitzenreiter“ unter den Ausübenden sind auch bei dieser Betrachtung Personen mit Fachhochschulabschluss, die knapp 6 Stunden

Schaubild 9





den je Woche ehrenamtlich tätig sind. Ehrenamtlich Tätige ohne beruflichen Abschluss folgen jedoch mit knapp 5 Stunden an zweiter Stelle.

## 9 Zeitvergleich mit 1991/1992

Ein Vergleich der Ergebnisse der Zeitbudgeterhebung 2001/2002 mit den Ergebnissen der ersten in Deutschland durchgeführten Zeitbudgeterhebung 1991/1992 kann zwar durchgeführt werden.<sup>4)</sup> Er muss jedoch auf das Ehrenamt beschränkt werden, da das umfassendere bürgerschaftliche Engagement 1991/92 nicht erfragt wurde. Auch beim Ehrenamt ist die Aussagefähigkeit des Zeitvergleichs jedoch aus methodischen Gründen stark eingeschränkt. Ursache sind insbesondere die methodischen Änderungen, die mit dem deutlichen Ausbau der Fragen zum Ehrenamt und zum bürgerschaftlichen Engagement in der Zeitbudgeterhebung 2001/02 verbunden waren.

Die Zeitbudgeterhebung 1991/92 enthielt keinen Auswertungsschwerpunkt vergleichbar mit dem in Kapitel 1 dargestellten Modul des Personenbogens der Erhebung für 2001/02. Vielmehr wurde damals im Schlussinterview lediglich erfragt, ob Haushaltsmitglieder ein Ehrenamt ausüben und wie hoch der Zeitaufwand je Woche dafür ist. Dabei erfolgte keine Differenzierung nach Tätigkeitsbereichen. Zudem ist das Ehrenamt durch die Verknüpfung mit dem bürgerschaftlichen Engagement in der Erhebung 2001/02 anders eingebettet als in der Erhebung 1991/92. Selbst wenn der Zeitvergleich unter diesen Bedingungen auf das Ehrenamt beschränkt wird, muss davon ausgegangen werden, dass allein der stärkere Fokus in der Erhebung 2001/02 durch die Abfrage für 18 Tätigkeitsbereiche im Vergleich zur pauschalen Abfrage in der Erhebung 1991/92 zu einem Anstieg der Beteiligungsquoten und insbesondere zu einem methodisch bedingten Anstieg der Zeiten für das Ehrenamt führen könnte, der nicht von einer tatsächlichen Veränderung getrennt werden kann. Da die Übernahme von Ehrenämtern im Alltag eindeutig erkennbar ist, erscheint die Gefahr der methodisch bedingten Einflüsse beim Beteiligungsgrad geringer als beim Zeitaufwand. Allgemein ist der Zeitvergleich vor diesem Hintergrund aber sehr vorsichtig zu interpretieren.

Insgesamt ergeben sich aus dem Personenbogen bzw. Schlussinterview folgende Ergebnisse zum Beteiligungsgrad:

	Beteiligung an Ehrenämtern	
	Prozent	
	1991/92 <sup>1)</sup>	2001/02 <sup>2)</sup>
Insgesamt .....	17,1	17,0
Männer .....	19,8	19,1
Frauen .....	14,6	15,0

1) Personen ab 12 Jahren. – 2) Personen ab 10 Jahren.

Die quantitativen Ergebnisse zeigen zur Beteiligung an ehrenamtlichen Aktivitäten keine nennenswerten Änderungen im Vergleich zu 1991/92. Infolge der angeführten methodischen Vergleichsprobleme wäre es aber auch denkbar, dass der Beteiligungsgrad eher etwas zurückgegangen ist. Die Aussage, dass die Unterschiede in der Beteiligung von Männern und Frauen im Zeitvergleich zumindest keine große Veränderung aufweisen, dürfte dennoch zutreffen.

Noch schwieriger ist der Zeitvergleich beim Zeitaufwand für das Ehrenamt. Bei einer Auswertung des Personenbogens (bzw. 1991/92 des Schlussinterviews) ergibt sich ein Anstieg des Zeitaufwands der ausübenden Personen um durchschnittlich 9% (bei Männern ist diese Veränderung höher, bei Frauen ist dagegen ein leichter Rückgang zu verzeichnen). Da jedoch 2001/02 die Kumulation von Ehrenämtern bei Personen deutlich besser erfasst worden ist, kann dieser Anstieg auch – zumindest zum Teil – durch methodische Änderungen verursacht sein. Darauf deutet auch hin, dass die Angaben im Tagebuch als Durchschnitt über alle Personen einen nur unbedeutend veränderten Zeitaufwand für das Ehrenamt zeigen. Eine Beschränkung auf Ausübende erscheint bei den Tagebuchangaben wenig sinnvoll, da das Mehrfachengagement im Tagebuch in der Regel nicht erfasst wird (allenfalls Zeiten je Tag der Ausübenden, d.h. in der Regel je Ehrenamtsepisode). Allerdings wurde 1991/92 das Ehrenamt im Tagebuch aus methodischen Gründen (durch eine zusätzliche „Für wen?“-Spalte bei allen Aktivitäten) besser erfasst als 2001/02. Insgesamt könnte dies dafür sprechen, dass tatsächlich ein leichter Anstieg des Zeitaufwands realistisch ist. Die Größenordnung des Anstiegs lässt sich jedoch aufgrund unterschiedlicher methodischer Vorgehensweisen weder für die aus dem Personenbogen noch für die aus dem Tagebuch ermittelten Ergebnisse genau quantifizieren.

Allgemein lässt sich somit feststellen, dass der Anteil der Bevölkerung, der sich Zeit für ein Ehrenamt nimmt bzw. nehmen kann, zu den beiden Erhebungszeitpunkten beinahe gleich war (17%). Hinsichtlich der dafür aufgewendeten Zeit deuten die Ergebnisse darauf hin, dass der Zeitaufwand der ehrenamtlich Tätigen für die Ausübung ihrer Ehrenämter leicht angestiegen ist. Wenngleich die quantitativen Ergebnisse zum Zeitvergleich des Zeitaufwands nur vorsichtig interpretiert werden sollten, können Zeitbudgeterhebungen gleichwohl durch eine Verknüpfung der Angaben zum Ehrenamt mit soziodemographischen Merkmalen Hintergründe zu den Voraussetzungen ehrenamtlichen Engagements vermitteln. Dies gilt insbesondere für eine Analyse der Einbettung ehrenamtlicher Aufgaben in die Tagesabläufe der ausübenden Personen, die bislang jedoch noch aussteht. [u](#)

4) Zu differenzierteren Ergebnissen für 1991/92 siehe Schwarz, N.: „Ehrenamtliche Tätigkeiten und soziale Hilfeleistungen“ in Blanke, K./Ehling, M./Schwarz, N.: „Zeit im Blickfeld. Ergebnisse einer repräsentativen Zeitbudgeterhebung“, Band 121 der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Stuttgart, Berlin, Köln 1996. Die Ergebnisse für 1991/92 im vorliegenden Beitrag können von den früher veröffentlichten Ergebnissen leicht abweichen, da für Zwecke des Zeitvergleichs ein spezielles Zeitvergleichsfile genutzt wurde, bei dem zum einen die Aktivitätsgliederungen vergleichbar gemacht wurden, zum anderen Unterschiede in den Erhebungszeiträumen zum Teil durch eine geänderte Hochrechnung korrigiert wurden. Siehe hierzu z. B. Abschnitt 3.2 in Schäfer, D.: „Unbezahlte Arbeit und Haushaltsproduktion im Zeitvergleich“ in Statistisches Bundesamt (Hrsg.): „Alltag in Deutschland“, Band 43 der Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“, Wiesbaden 2004.

Dipl.-Sozialwissenschaftler Christian Wingerter

# Zeitaufwand der Bevölkerung in Deutschland für kulturelle Aktivitäten

## Auswertung der Daten der Zeitbudgeterhebung 2001/2002

*In diesem Beitrag soll ein Überblick über den Zeitaufwand der Menschen in Deutschland für unterschiedliche kulturelle Aktivitäten gegeben werden. Nach einer kurzen Erläuterung der Abgrenzung des Kulturbegriffs wird dargestellt, wie mit Hilfe dieses Konzeptes der entsprechende Zeitaufwand für Kultur in der Zeitbudgeterhebung 2001/2002 ermittelt wurde. Der Zeitumfang für einzelne Aktivitätsbereiche wird nach Alter, Geschlecht und Bildungsstand differenziert dargestellt. Insgesamt sind die Menschen in Deutschland 19¼ Stunden je Woche mit kulturellen Aktivitäten beschäftigt. Dabei dominierten klar das Fernsehen und – weniger ausgeprägt – das Lesen. Das Profil kultureller Aktivitäten ändert sich stark mit dem Alter. Während sich beide Geschlechter in ihrem Verhalten weniger unterscheiden, spielt der Bildungsstand eine größere Rolle für zeitlichen Umfang und Muster kultureller Aktivitäten. Insgesamt lassen sich die Daten der Zeitbudgeterhebung gut für die Abbildung kultureller Aktivitäten der Menschen in Deutschland nutzen.*

Das kulturelle Leben in einer Gesellschaft spielt eine bedeutende Rolle für ihren Zusammenhalt. In diesem Kontext findet ein nicht unwesentlicher Teil des sozialen Lebens statt. Kultur bietet zugleich Ablenkungen von den Anforderungen des Alltags, setzt sich reflektierend mit den gesellschaftlichen Gegebenheiten auseinander und bietet hierzu entsprechende Interpretationsmöglichkeiten an. Die Teilhabe des Einzelnen an der Kultur bzw. den kulturellen Ereignissen bedeutet für diesen gesellschaftliche Partizipation und Integration. Aus diesem Grund ist es von großem Interesse, welche kulturellen Aktivitäten von den Menschen in welchem Umfang praktiziert werden. Darüber hinaus ist von Bedeutung, ob bestimmte gesellschaftliche Gruppen ein geringeres Maß an kultureller Partizipation aufweisen.

Eng damit verbunden ist die Frage, ob von diesen Gruppen unterschiedliche Formen kultureller Aktivitäten bevorzugt werden.

### 1 Die statistische Darstellung individueller kultureller Aktivitäten

#### 1.1 Theoretische und statistische Einordnung der kulturellen Aktivitäten

Eine Kulturstatistik, die die kulturellen Aktivitäten von Individuen zu erfassen versucht, ist im Wesentlichen mit zwei Problemen konfrontiert. Dies ist zum einen der unscharfe, nicht klar abgegrenzte Kulturbegriff. Im Alltag existieren sehr unterschiedliche Auffassungen von dem, was als Kultur betrachtet wird, und die Inhalte sind mehr oder minder weit gefasst. Das Kulturverständnis hat oft eine wertende Komponente und ist eng mit der sozialen Position der betrachtenden Person verknüpft. Dies hat dann auch unmittelbare Konsequenzen darauf, was als kulturelle Aktivität verstanden wird. Aus einer wissenschaftlichen Perspektive hängt die Festlegung und Abgrenzung des Kulturbegriffs vom jeweiligen Erkenntnisinteresse ab. Für eine Kulturstatistik lässt sich daraus unmittelbar kein Kulturbegriff ableiten, der den Kriterien genügen würde, das Kulturgeschehen in Deutschland umfassend und objektiv abzubilden.

Das zweite Problem für die Kulturstatistik besteht in der Heterogenität der diesbezüglich existierenden Statistiken. Sie werden meist von Trägern kultureller Einrichtungen geführt oder sind amtliche Statistiken, die nicht primär

kulturstatistischen Zwecken dienen. Entsprechend unterschiedlich sind die jeweiligen Merkmalskataloge bei den Einrichtungen bzw. in den einzelnen Statistiken. Außerdem decken die existierenden Statistiken das Gesamtspektrum kultureller Aktivitäten nicht komplett ab. Eine spezifische Kulturstatistik, die von der amtlichen Statistik erstellt wird, gibt es nicht.

Vor diesem Hintergrund hat das Statistische Bundesamt im Jahr 2004 eine Konzeption für eine Kulturstatistik entwickelt, auf Basis derer das kulturelle Geschehen in Deutschland systematisch und umfassend dargestellt werden kann. Diese Konzeption wurde in einem Gutachten für die Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages vorgeschlagen.<sup>1)</sup> Bei dieser Konzeption geht es nicht nur um das Erfassen individueller Aktivitäten, sondern um den ganzen Kulturprozess von der Schaffung beispielsweise von Theaterstücken, Filmen oder Musik über deren Vervielfältigung oder Aufführung bis hin zur Rezeption. Dabei interessierten unter anderem die Zahl der beteiligten Personen, die dafür aufgewandte Zeit oder die in diesem Zusammenhang fließenden Geldmittel. In dem Gutachten werden fünf breite inhaltliche Bereiche von Kultur definiert. Demnach können kulturelle Aktivitäten von Personen oder Organisationen im Zusammenhang mit Kulturgütern, Künsten, Medien, oder anderen etwa sozio-kulturellen Aktivitäten oder der Kulturverwaltung stehen. Der fünfte Bereich dient Querschnittsbetrachtungen zur Kulturwirtschaft, Finanzierung von Kultur oder diesbezüglicher Aus- und Weiterbildung. Diese Bereiche werden in einem weiteren Schritt im Wesentlichen in zwei Prozesse differenziert: den der Kulturproduktion und den der Kultur-rezeption. Die Kulturproduktion muss in einer organisierten Form stattfinden.

## 1.2 Statistische Quellen

Explizite Datenquellen zu kulturellen Aktivitäten von Individuen existieren bisher nicht. Zusätzlich ist zu berücksichtigen, dass die vorhandenen Datenquellen vorwiegend von den Trägern stammen, sich also an den Organisationen orientieren. So kann kein für die Bevölkerung in Deutschland repräsentatives Bild bezüglich kultureller Partizipation gewonnen werden. Dies liegt zum einen daran, dass mit solchen Statistiken Aussagen über Teilnahmefälle, aber nicht über die Reichweite einzelner kultureller Aktivitäten gemacht werden können. Zum anderen verfügen diese Statistiken meist über keine Informationen zu den sozio-demographischen Merkmalen der Teilnehmer an kulturellen Veranstaltungen oder Aktivitäten.

Am besten für eine entsprechende Untersuchung geeignet sind Personenbefragungen, die Informationen über die kulturellen Aktivitäten der Personen liefern und diese mit Hintergrundvariablen wie Geschlecht oder Alter kombinieren können. Eine Personenbefragung bietet außerdem den Vorteil, dass auch weniger organisierte Formen von Kultur, über

die keine Statistik geführt wird, erfasst werden können. Sie kann die kulturellen Aktivitäten also umfassend abbilden.

Für eine Untersuchung könnte beispielsweise der geplante „Adult Education Survey“ der Europäischen Union genutzt werden. Er wird auch Fragen zur kulturellen Partizipation enthalten, die der Konzeption des Statistischen Bundesamtes sehr nahe kommen. Die Erhebung wird in Deutschland allerdings erst 2007 zum ersten Mal durchgeführt werden, sodass hier auf absehbare Zeit noch keine Daten zur Verfügung stehen.

Die diesbezüglich momentan beste Datenquelle stellt die Zeitbudgeterhebung dar, die in Deutschland 1991/1992 und zuletzt 2001/2002 durchgeführt wurde. Sie liefert Informationen über die Zeitverwendung der Menschen zu ganz unterschiedlichen Lebensbereichen, wie Erwerbsarbeit, Bildung<sup>2)</sup>, Hausarbeit, ehrenamtliches Engagement oder Freizeit. Durch die sehr differenzierte Erfassung unterschiedlicher Tätigkeiten besteht grundsätzlich auch die Möglichkeit, die kulturellen Aktivitäten der Bürgerinnen und Bürger abzubilden.<sup>3)</sup>

## 2 Die Erfassung kultureller Aktivitäten in der Zeitbudgeterhebung 2001/2002

### 2.1 Anlage der Erhebung

Die Zeitbudgeterhebung wurde in Deutschland zwischen April 2001 und März 2002 durchgeführt. Sie ist methodisch mit anderen „Time Use Surveys“ in Europa abgestimmt. Insgesamt wurden rund 5 400 Haushalte oder 12 000 Personen mittels eines Haushaltsfragebogens, eines Personenfragebogens und eines Tagebuchs befragt. Neben den Fragebogen, die eine Reihe von Hintergrundinformationen zu demographischen und Haushaltsmerkmalen erfassten, stellte das Tagebuch das Kernerhebungsinstrument dar. Dafür sollten die Befragten für drei Tage alle Aktivitäten im 10-Minuten-Takt in Form von Klartextangaben protokollieren. Sie wurden gebeten, sowohl die Haupt- als auch eventuelle Nebentätigkeiten anzugeben. Ebenso war von Interesse, ob diese Aktivität gemeinsam mit anderen Personen ausgeübt wurde. Die Klartextangaben der Befragten wurden später gemäß einer vorab erstellten Aktivitätenliste kodiert. Sie gliedert sich in acht breite Gruppen, die bis auf ein Dreisteller-Niveau differenziert werden. Als neunter Bereich sind die Wegezeiten gesondert kodiert worden.

### 2.2 Die Erfassung kultureller Aktivitäten

Da die Aktivitätenliste der Zeitbudgeterhebung zu allgemeineren Zwecken als der empirischen Messung von Kultur konzipiert wurde, mussten die kulturellen Aktivitäten im Sinne

1) Das Gutachten wird auf Anfrage vom Statistischen Bundesamt in elektronischer Form zur Verfügung gestellt.

2) Siehe Wilhelm, R./Wingarter, C.: „Lebenslanges Lernen – Statistischer Ansatz und empirische Ergebnisse der Zeitbudgeterhebung 2001/2002“ in Statistisches Bundesamt (Hrsg.): „Alltag in Deutschland – Analysen zur Zeitverwendung“, Band 43 der Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“, Wiesbaden 2004, S. 431 ff.

3) Statistisches Bundesamt (Hrsg.): „Alltag in Deutschland – Analysen zur Zeitverwendung“, Band 43 der Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“, Wiesbaden 2004.

der Konzeption des Statistischen Bundesamtes zunächst in dieser Liste bestimmt werden. Die sehr differenzierte Erfassung unterschiedlicher Tätigkeitsformen machte dies möglich. Dabei wurden acht breite *Oberbereiche* jeweils in engere *Bereiche* und diese in konkrete *Tätigkeitskategorien* unterteilt. Die Wegezeiten wurden so kodiert, dass sie den Bereichen, mit denen sie in Zusammenhang stehen, zugeordnet werden können. Eine differenziertere Zuordnung auf Ebene der Tätigkeitskategorien ist nicht möglich.

Tabelle 1: Tätigkeiten aus der Kodierungsliste der Zeitbudgeterhebung 2001/2002, die als „kulturelle Aktivitäten“ bestimmt wurden

Oberbereich Bereich Ausgewählte Tätigkeitskategorien	Code
Oberbereich „Soziales Leben und Unterhaltung“ .....	5
Bereich „Unterhaltung und Kultur“ <sup>1)</sup> .....	52
Kino .....	521
Besuch von Theatern und Konzerten .....	522
Kunstaustellungen und Museen .....	523
Bibliotheken .....	524
Oberbereich „Hobbys und Spiele“ .....	7
Bereich „Künstlerische Tätigkeiten“ .....	71
Nicht genauer bezeichnete Tätigkeiten .....	710
Visuelle und handwerkliche Künste .....	711
Darstellende Künste, Musizieren .....	712
Literatur und Schreiben .....	713
Andere eindeutig bestimmte Tätigkeiten .....	719
Oberbereich „Massenmedien“ .....	8
Bereich „Lesen“ .....	81
Nicht genauer bezeichnete Tätigkeiten .....	810
Zeitungen lesen .....	811
Zeitschriften lesen .....	812
Bücher lesen .....	813
Sich vorlesen lassen/zuhören beim Vorlesen .....	814
Andere eindeutig bestimmte Tätigkeiten .....	819
Bereich „Fernsehen und Video“ .....	82
Nicht genauer bezeichnete Tätigkeiten .....	820
Fernsehen .....	821
Videos ansehen .....	822
Bereich „Radio, Musik- oder andere Tonaufnahmen“ .....	83
Nicht genauer bezeichnete Tätigkeiten .....	830
Radio hören .....	831
Anhören von Musik- und anderen Tonaufnahmen .....	832
Anhören von Hausmusik/musikalische Darbietungen im privaten Kreis .....	833

1) In diesem Bereich wurde nur ein Teil der Tätigkeiten als kulturelle Aktivität definiert. Er wird im Folgenden als Bereich „Kulturelle Veranstaltungen/ Einrichtungen“ bezeichnet.

Insgesamt gibt es in der Aktivitätenliste fünf Bereiche in drei Oberbereichen, die entsprechende kulturelle Aktivitäten umfassen (siehe Tabelle 1). Im Bereich „Unterhaltung und Kultur“ sind dies der Besuch von Kinos, von Theatern und Konzerten, von Kunstaustellungen und Museen und von Bibliotheken. Der Besuch von Sportveranstaltungen, der Besuch von Zoos oder der Gastronomie, die auch zu diesem Bereich gehören, werden nicht als kulturelle Aktivität betrachtet. Die genannten vier Tätigkeitskategorien werden im Folgenden unter dem Oberbegriff Besuch von „Kulturellen Veranstaltungen und Einrichtungen“ zusammengefasst. Diesem, der Kulturrezeption zuzuordnenden Bereich steht der Bereich „künstlerischen Tätigkeiten“ im Sinne der Kulturproduktion gegenüber. Allerdings wurde hier bei der Kodierung der zugehörigen Aktivitäten nicht berücksichtigt, ob sie in einem formalisierten Rahmen stattfanden. Somit wird in dieser Analyse bei der Kulturproduktion nicht unterschieden

zwischen Kulturproduktion in organisierter Form und Kulturproduktion für den privaten Gebrauch. Im Einzelnen werden folgende Tätigkeiten in diesem Bereich unterschieden: Das Ausüben visueller und handwerklicher Künste, von darstellenden Künsten und das Musizieren. Außerdem wird das Anfertigen von Literatur bzw. das Schreiben als kulturelle Aktivität berücksichtigt. Zu beachten ist, dass künstlerische Tätigkeiten, die im Rahmen einer Erwerbstätigkeit ausgeübt werden, hier nicht betrachtet werden. Die verbleibenden drei Bereiche haben wieder rezipierenden Charakter. Der Bereich „Lesen“ wurde weiter differenziert in das Lesen von Zeitungen, von Zeitschriften, von Büchern und in das Zuhören beim Vorlesen bzw. bei Lesungen. Dieser Bereich muss klar vom Lesen zu Bildungszwecken oder im Beruf (ohne künstlerische Berufe) abgegrenzt werden, was nicht als kulturelle Aktivität verstanden wird. Während für den Oberbereich „Erwerbstätigkeit“ bis auf wenige Ausnahmen nicht im Detail erhoben wurde, was genau während der Arbeitszeit gemacht wurde, stehen in der Zeitbudgeterhebung 2001/2002 für die Bildung differenziertere Informationen für das Selbstlernen unter der Nutzung von Fachbüchern und Ähnlichem zur Verfügung. Der Bereich „Fernsehen und Video“ ist unterteilt in Fernsehen und Videos anschauen. Letztlich spaltet sich der Bereich „Radio, Musik- oder andere Tonaufnahmen“ auf in die Tätigkeiten Radio hören, Anhören von Musik- oder anderen Tonaufnahmen und das Zuhören bei Hausmusik bzw. musikalischen Darbietungen im privaten Kreis.

Für alle Bereiche gab es auch Restkategorien, denen jeweils die Aktivitäten zugewiesen wurden, die keiner der konkreten Tätigkeitskategorien zuzuordnen waren. Für den Bereich „Unterhaltung und Kultur“ dürfen diese Restkategorien allerdings nicht betrachtet werden, da dort auch Aktivitäten mit erfasst werden, die eindeutig nicht als kulturelle Aktivität zu verstehen sind.

Die Wegezeiten können sinnvoll nur für den Bereich „künstlerische Tätigkeiten“ betrachtet werden. Für die Bereiche „Lesen“, „Fernsehen und Video“ und „Radio, Musik- oder andere Tonaufnahmen“ sind die Wegezeiten vernachlässigbar. Für den Bereich „Unterhaltung und Kultur“ können die Wegezeiten nicht verwendet werden, da wie bei den Restkategorien auch hier nur Informationen auf der Ebene der Bereiche vorliegen.

Für die Bestimmung des Zeitaufwandes werden nur die Angaben zu den Hauptaktivitäten verwendet, da es um die bewusste Produktion bzw. Rezeption von Kultur gehen soll.

### 3 Ergebnisse

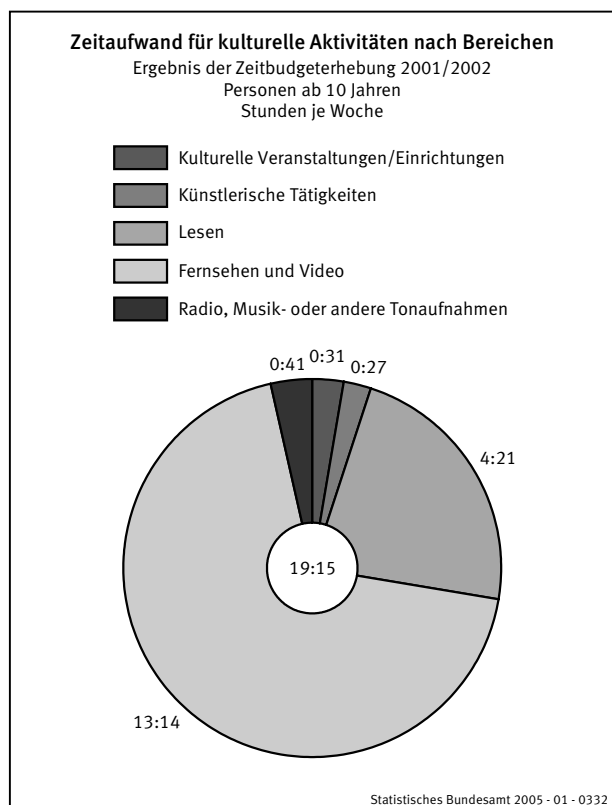
#### 3.1 Die relative Bedeutung einzelner Bereiche

Im Durchschnitt wenden die Menschen in Deutschland wöchentlich 19¼ Stunden für kulturelle Aktivitäten im Sinne der Konzeption des Statistischen Bundesamtes auf.

Betrachtet man den relativen Zeitaufwand für die fünf Bereiche kultureller Aktivitäten, dann ergibt sich folgendes

Bild (siehe das Schaubild 1 und die Tabelle 3 auf S. 324): Es ist klar zu erkennen, dass der Bereich „Fernsehen und Video“ mit rund 68% mehr als zwei Drittel der insgesamt aufgewendeten Zeit beansprucht. Dies entspricht einem wöchentlichen Zeitaufwand von rund 13¼ Stunden. Das Lesen unterschiedlichster Medien nimmt mit 23% den zweiten Rang ein, was gut 4 Stunden und 20 Minuten je Woche entspricht. Im Vergleich dazu beträgt der Zeitaufwand für die Nutzung von Printmedien zum Selbstlernen wöchentlich 21 Minuten. Allerdings ist zu bedenken, dass die Befragten im Tagebuch nicht unbedingt angaben, aus welchem Grund bzw. mit welcher Intention sie lasen. Das heißt es ist zu vermuten, dass einiges Lesen zum Zweck des Selbstlernens der allgemeineren Kategorie Lesen zugeordnet wurde und hier fälschlicherweise als kulturelle Aktivität gezählt wird.<sup>4)</sup>

Schaubild 1

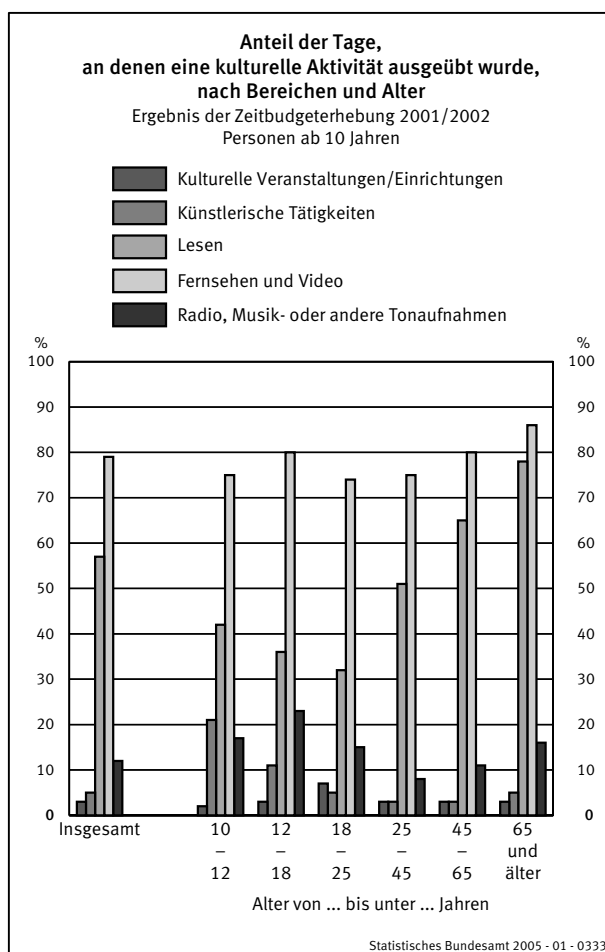


Das Hören von Musik beansprucht als Hauptaktivität nur rund 4% oder 40 Minuten je Woche. Radio bzw. Musik wird aber in erster Linie im Hintergrund, also im Sinne einer Nebentätigkeit (z.B. beim Auto fahren, bei der Hausarbeit), gehört. Während Radio hören als Hauptaktivität wöchentlich rund 22 Minuten in Anspruch nimmt, beträgt der Aufwand als Nebentätigkeit das 20-Fache. Das Fernsehen wird dagegen vorwiegend als Haupttätigkeit ausgeübt. Der Zeitaufwand, der für dieses Medium als Nebentätigkeit aufgebracht wird, beträgt nur rund ein Sechstel des entsprechenden Aufwandes als Haupttätigkeit.<sup>5)</sup> Für den Besuch

kultureller Veranstaltungen bzw. Einrichtungen, zu denen wohlgerne auch Kinobesuche gehören, wird wöchentlich gut eine halbe Stunde aufgebracht (3%), und auf das aktive Ausüben von Kultur entfallen nur rund 2% des gesamten Zeitaufwandes bzw. eine knappe halbe Stunde je Woche.

Bei der Interpretation dieser Zahlen muss bedacht werden, dass dies Durchschnittswerte für alle Befragten sind, wobei auch Personen einbezogen werden, die keine kulturellen Aktivitäten ausüben. Eine niedrige Durchschnittszeit kann also dadurch zustande kommen, dass eine Aktivität generell mit geringem zeitlichen Aufwand oder durch einen sehr begrenzten Personenkreis ausgeübt wird. Außerdem muss bedacht werden, dass einige der hier betrachteten Aktivitäten eher selten und unregelmäßig ausgeübt werden. Vor diesem Hintergrund muss beispielsweise der durchschnittliche Zeitaufwand für Museumsbesuche je Woche betrachtet werden. Schaubild 2 gibt Aufschluss über die relative Häufigkeit, mit der einzelne Tätigkeiten ausgeübt werden. So wurde im Beobachtungszeitraum nur an 3% der Tage eine kulturelle Veranstaltung bzw. Einrichtung besucht. Mit nur rund 5% der Tage wurde eine künstlerische Tätigkeit ebenfalls relativ selten ausgeübt. Radio oder Musik wurde

Schaubild 2



4) Zur validen Erfassung von Lernzeiten siehe Wingarter, C.: „Die empirische Erfassung des lebenslangen Lernens“ in WiSta 10/2004, S. 1156 ff.

5) Für eine ausführlichere Darstellung und einen Vergleich unterschiedlicher Datenquellen siehe Jäckel, M./Wollscheid, S.: „Medienzeitbudgets im Vergleich. Eine Gegenüberstellung der Langzeitstudie Massenkommunikation und der Zeitbudgeterhebung des Statistischen Bundesamtes“ in Medien & Kommunikationswissenschaft, Jahrgang 3, 2004, S. 355 ff.

als Haupttätigkeit an rund 12% der Tage gehört. Demgegenüber können Lesen mit 57% und Fernsehen mit 79% als alltägliche kulturelle Aktivitäten bezeichnet werden.

Da das Ausmaß der Ausübung verschiedener kultureller Aktivitäten, je nach Lebenssituation, persönlichen Vorlieben usw. sehr unterschiedlich sein kann, sollen diese im Folgenden differenzierter betrachtet werden.

### 3.2 Zeitaufwand nach Alter

In Tabelle 2 wird der Zeitaufwand für die Bereiche in der Unterscheidung nach dem Alter dargestellt. In der differenzierten Betrachtung nach einzelnen Tätigkeiten zeigen sich deutlichere Muster als in einer aggregierten Betrachtung nach Bereichen. Allerdings sind bei den einzelnen Tätigkeiten die Fallzahlen oft zu gering, als dass mit den genauen Zeitangaben operiert werden könnte.<sup>6)</sup> Sie sind deswegen in Tabelle 2 und den Schaubildern nicht dargestellt. Einen Überblick über den Zeitaufwand für die einzelnen kulturellen Aktivitäten gibt Tabelle 3. In der schriftlichen Darstellung wird allerdings auf diese Muster – soweit statistisch vertretbar – eingegangen.

Mit wöchentlich fast 25½ Stunden für kulturelle Aktivitäten aufgewendete Zeit ist die Gruppe der über 65-Jährigen am aktivsten, gefolgt von den 12- bis unter 18-Jährigen und den 45- bis unter 65-Jährigen mit jeweils gut 20 Stunden. Am wenigsten betätigt sich die Gruppe der 25- bis unter 45-Jährigen kulturell, verwendet je Woche aber immer noch gut 15½ Stunden für derartige Aktivitäten. Neben diesen Unterschieden beim gesamten Zeitaufwand zeigen sich in den einzelnen Bereichen in der Gliederung nach Altersgruppen teils deutliche Unterschiede (siehe Schaubild 3).

Betrachtet man zunächst den Zeitaufwand für den Bereich „kulturelle Veranstaltungen/Einrichtungen“, so dominiert bei den jungen Menschen der Kinobesuch. Der zeitliche Umfang ist bei den 18- bis unter 25-Jährigen am größten und sinkt dann ab; bei den Personen über 65 Jahren spielen Kinobesuche kaum noch eine Rolle. Demgegenüber wird für den Besuch von Theatern und Konzerten sukzessive mehr Zeit aufgewendet; der Zeitaufwand verdoppelt sich, wenn man die 12- bis unter 18-Jährigen mit der Gruppe der 65-Jährigen und Älteren vergleicht. Auch der Besuch

von Kunstausstellungen und Museen gewinnt tendenziell an Bedeutung. Diese beiden Formen kultureller Aktivitäten lösen ab der Altersgruppe der 25- bis unter 45-Jährigen den Kinobesuch als dominierende Aktivität ab. Bibliotheksbesuche haben zeitlich gesehen für alle Altersgruppen eine marginale Bedeutung. Die ausgeprägte Neigung 18- bis unter 25-Jähriger für Kinobesuche geht nicht zu Lasten des Zeitaufwandes für andere kulturelle Aktivitäten in diesem Bereich.

Zeit dem Ausüben künstlerischer Tätigkeiten zu widmen, scheint vor allem eine Sache der Altersgruppen bis 25 Jahren zu sein. Der Zeitaufwand von über 1¼ Stunden je Woche unter den 10- bis unter 12-Jährigen geht auf unter eine halbe Stunde je Woche bei den über 65-Jährigen zurück. Die wichtigste Tätigkeitskategorie in diesem Bereich über alle Altersgruppen hinweg ist das Praktizieren darstellender Künste und das Musizieren. Das Ausüben visueller und handwerklicher Künste verliert sukzessive mit dem Alter an Bedeutung. In der Altersgruppe der 10- bis unter 12-Jährigen macht diese Tätigkeitskategorie noch rund ein Viertel des gesamten Zeitaufwandes aus, während dieser Tätigkeitskategorie bei den über 65-Jährigen kaum noch eine relative Bedeutung zukommt. Für das Anfertigen von Literatur bzw. das Schreiben wenden alle Altersgruppen kaum Zeit auf (im Durchschnitt 2 Minuten je Woche). Die Wegezeiten für diesen Bereich betragen je nach Altersgruppe zwischen einem Zehntel und einem Fünftel des Zeitaufwandes, der für die kulturelle Aktivität selbst aufgebracht wird.

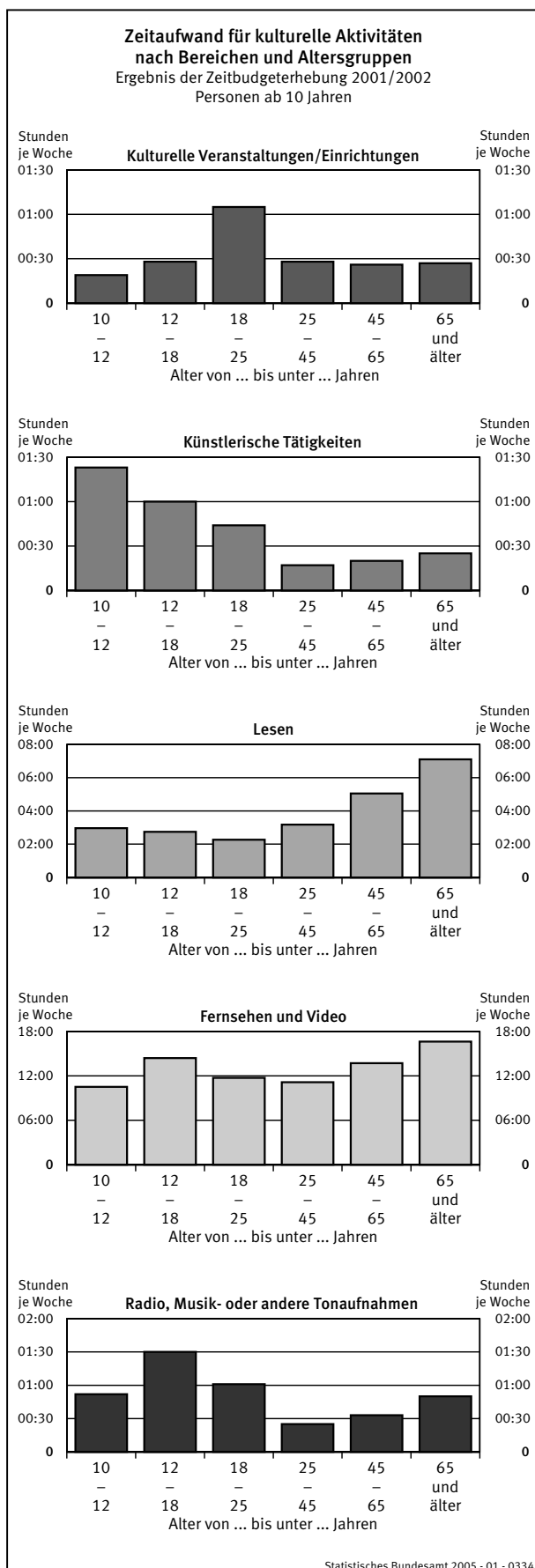
Der zeitliche Aufwand für das Lesen nimmt ab der Gruppe der 18- bis unter 25-Jährigen stark zu. Bringen diese rund 2¼ Stunden je Woche für das Lesen auf, so sind es bei den über 65-Jährigen mehr als 7 Stunden. Auffallend ist der große Zeitanteil von Leseaktivitäten, die keiner der Tätigkeitskategorien mit Bestimmtheit zugeordnet werden konnten, da die Befragten in ihrem Tagebuch lediglich „Lesen“ eintrugen, ohne zu spezifizieren, was sie genau gelesen hatten. Aussagen über die relative Bedeutung der einzelnen Tätigkeiten sind aus diesem Grund nur eingeschränkt möglich. Es kann allerdings festgestellt werden, dass das Lesen von Zeitungen mit zunehmendem Alter immer wichtiger wird und von einer der unbedeutendsten zur wichtigsten Tätigkeit im Bereich „Lesen“ wird. Das Lesen von Zeitschriften

Tabelle 2: Zeitaufwand für kulturelle Aktivitäten nach Bereichen und Altersgruppen  
Ergebnis der Zeitbudgeterhebung 2001/2002  
Personen ab 10 Jahren  
Stunden je Woche

Bereich der kulturellen Aktivität	Insgesamt	Alter von ... bis unter ... Jahre					
		10 – 12 Jahre	12 – 18 Jahre	18 – 25 Jahre	25 – 45 Jahre	45 – 65 Jahre	65 Jahre und älter
Kulturelle Veranstaltungen/Einrichtungen .....	0:31	0:19	0:28	1:05	0:28	0:26	0:27
Künstlerische Tätigkeiten .....	0:27	1:23	1:00	0:44	0:17	0:20	0:25
Lesen .....	4:21	2:58	2:45	2:16	3:11	5:03	7:06
Fernsehen und Video .....	13:14	10:31	14:24	11:44	11:09	13:43	16:38
Radio, Musik- oder andere Tonaufnahmen .....	0:41	0:52	1:30	1:01	0:25	0:33	0:50
Zusammen ...	19:15	16:04	20:09	16:52	15:32	20:07	25:28

<sup>6)</sup> Diese Ergebnisse sind mit einem hohen relativen Standardfehler behaftet. Das heißt die entsprechenden Werte geben nur eine grobe Orientierung über die zeitliche Bedeutung einer Aktivität, dürfen aber nicht als exaktes repräsentatives Ergebnis verstanden werden.

Schaubild 3



und Büchern scheint ein relativ altersunabhängiges Phänomen zu sein, wobei auch hier der zeitliche Aufwand mit dem Alter zunimmt.

Beim Bereich „Fernsehen und Video“ dominiert ganz klar das Fernsehen. Am meisten sehen die Jugendlichen in der Altersgruppe der 12- bis unter 18-Jährigen mit fast 14 Stunden fern. Videos werden am ehesten in den Altersgruppen zwischen 12 und 25 Jahren gesehen; der Zeitaufwand dafür liegt zwischen einer halben Stunde und 50 Minuten wöchentlich.

Im Bereich „Radio, Musik- oder andere Tonaufnahmen“ ist zunächst festzustellen, dass das Anhören von musikalischen Darbietungen im privaten Kreis gesamtgesellschaftlich betrachtet keine Rolle spielt. Ähnlich wie beim Bereich „Lesen“ gibt es einen großen Anteil von Zeitinformationen, der keiner der beiden spezifischen Tätigkeitskategorien genau zugeordnet werden konnte. Dass dieser Anteil bei den älteren Personen geringer ist, könnte auf andere Hörgewohnheiten, aber auch auf ein präziseres Anschreiben zurückzuführen sein. Immerhin lässt sich feststellen, dass die Gruppe der 12- bis unter 18-Jährigen am aktivsten jegliche Form von Musik hört. Spätestens ab dem 45. Lebensjahr spielt das Hören von Radio die größte Rolle, wobei dessen relative Bedeutung bei den jüngeren Gruppen unklar ist. Andere Musik- oder Tonaufnahmen werden vor allem von jungen Menschen bis zum Alter von 25 Jahren gehört.

### 3.3 Zeitaufwand von Männern und Frauen

Beim Vergleich des Zeitaufwandes für kulturelle Aktivitäten von Männern und Frauen treten nur wenige deutliche Unterschiede zu Tage. Für den Besuch kultureller Veranstaltungen und Einrichtungen bringen Männer und Frauen auch mit Blick auf die einzelnen Tätigkeitskategorien gleich viel Zeit auf. Im Bereich der künstlerischen Tätigkeiten sind die Männer etwas aktiver und wenden dafür rund 5 Minuten mehr je Woche auf, vorwiegend durch das Ausüben darstellender Künste und das Musizieren.

Im Bereich des Medienkonsums sind größere Unterschiede festzustellen. So lesen Frauen rund eine Viertelstunde mehr je Woche. Eine detailliertere Analyse ist auch hier schwierig, da ein großer Teil der Zeitinformationen zum Lesen von den Befragten nicht weiter spezifiziert wurde. Bei den Frauen sind dies gut 1 Stunde und 20 Minuten, bei Männern knapp eine Stunde. Allerdings weisen die Werte in den einzelnen Tätigkeitskategorien darauf hin, dass Männer mehr Zeit für das Lesen von Zeitungen aufwenden, während sich Frauen häufiger mit der Lektüre von Büchern beschäftigen.

Beim Fernsehkonsum finden sich die deutlichsten Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Männer schauen mit durchschnittlich 13 Stunden und 50 Minuten gut 1¾ Stunden mehr fern in der Woche als Frauen. Für das Anschauen von Videos bringen Männer nur etwas mehr Zeit auf als Frauen.

Tabelle 3: Zeitaufwand für kulturelle Aktivitäten nach Geschlecht  
Ergebnis der Zeitbudgeterhebung 2001/2002  
Personen ab 10 Jahren  
Stunden je Woche

Kulturelle Aktivität	Ins-gesamt	Männer	Frauen
Kulturelle Veranstaltungen/Einrichtungen	0:31	0:32	0:30
Kino .....	0:11	0:12	0:10
Besuch von Theater und Konzerten .....	0:15	0:15	0:15
Kunstaustellungen und Museen .....	0:03	0:02	0:03
Bibliotheken .....	0:01	0:01	0:01
Künstlerische Tätigkeiten .....	0:27	0:30	0:25
Visuelle und handwerkliche Künste .....	0:05	0:04	0:06
Darstellende Künste, Musizieren .....	0:18	0:21	0:16
Literatur und Schreiben .....	0:02	0:03	0:01
Lesen .....	4:21	4:14	4:27
Lesen (nicht genauer bezeichnet/ sonstiges) .....	1:17	1:03	1:30
Zeitungen lesen .....	1:50	2:04	1:38
Zeitschriften lesen .....	0:22	0:24	0:20
Bücher lesen .....	0:50	0:42	0:57
Sich vorlesen lassen/zuhören beim Vorlesen .....	(0:00)	.	.
Fernsehen und Video .....	13:14	14:11	12:20
Fernsehen .....	12:55	13:50	12:04
Videos ansehen .....	0:18	0:21	0:15
Radio, Musik- oder andere Tonaufnahmen Tätigkeit) .....	0:41	0:43	0:39
Radio/Musik (nicht genauer bezeichnete Tätigkeit) .....	0:09	0:09	0:09
Radio hören .....	0:22	0:23	0:21
Anhören von Musik- oder anderen Tonaufnahmen .....	0:09	0:10	0:08
Anhören von musikalischen Dar- bietungen im privaten Kreis .....	.	.	.
Zusammen ...	19:15	20:12	18:23

Beim Hören von Radio, Musik- oder anderen Tonaufnahmen finden sich zwischen den Geschlechtern kaum Unterschiede. Auch hier wenden die Männer geringfügig mehr Zeit auf.

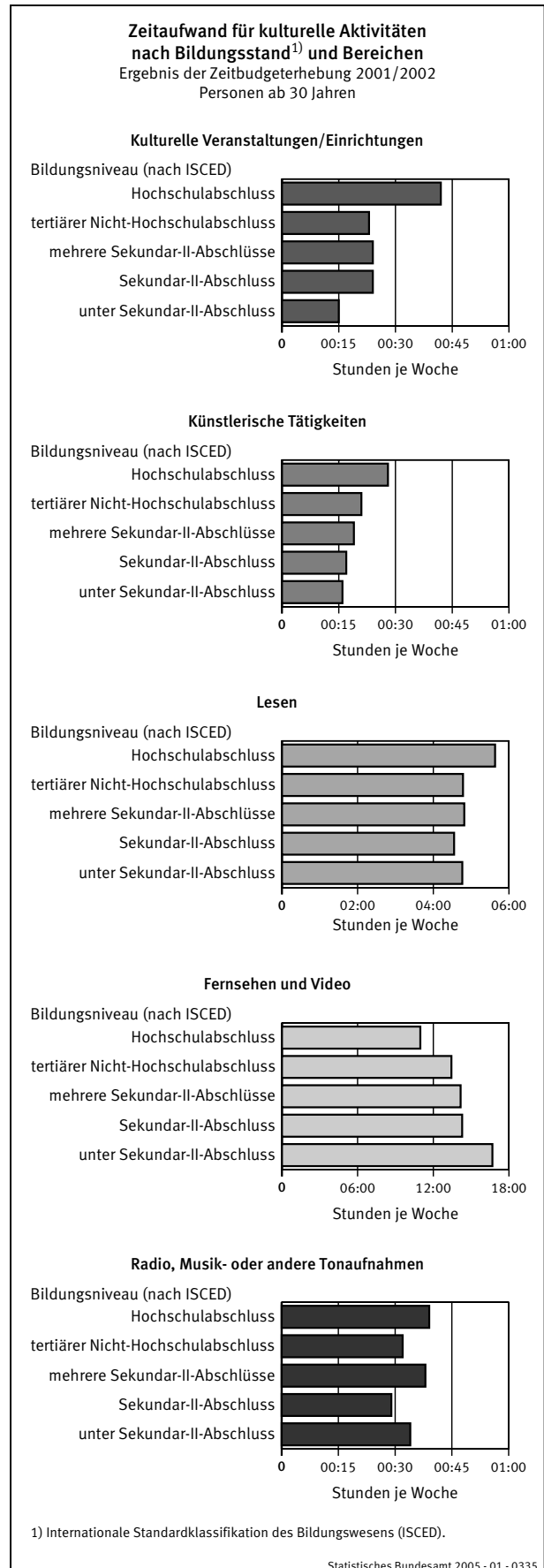
### 3.4 Zeitaufwand nach Bildungsniveau

Das Bevorzugen unterschiedlicher Formen von Kultur kann in Zusammenhang mit der Vorbildung einer Person stehen. So hat Bildung eine zentrale Funktion bei der sozialen Platzierung einer Person. Gewisse kulturelle Praktiken dienen wiederum der Identifikation bzw. Abgrenzung unterschiedlicher sozialer Gruppen.<sup>7)</sup> Außerdem werden im Bildungsprozess selbst Interesse und Kompetenzen vermittelt, sich gewisse kulturelle Inhalte zu erschließen.

Im Folgenden wurden nur Personen betrachtet, die 30 Jahre und älter sind, da spätestens mit dem Erreichen dieses Alters die Bildungsphase für die Mehrheit der Bevölkerung abgeschlossen ist. Andernfalls könnten Personen, die sich noch im Bildungsprozess befinden, nicht angemessen eingruppiert werden. Für die Bestimmung des Bildungsstandes wurde die Internationale Standardklassifikation des Bildungswesens (International Standard Classification for Education, ISCED) verwendet. Sie berücksichtigt sowohl den höchsten allgemein bildenden als auch den höchsten beruflichen Abschluss. Für die Analyse wurden, wie in Schaubild 4 ersichtlich, fünf Bildungsniveaus unterschied-

7) Siehe Bourdieu, P.: „Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft“, Frankfurt a.M. 1982, und Schulze, G.: „Die Erlebnisgesellschaft“, Frankfurt a.M. 1992.

Schaubild 4





den. Ein Sekundar-II-Abschluss ist gleichbedeutend mit einer Hochschulreife oder einer Kombination von Hochschulabschluss bzw. Mittlerer Reife und einer Berufsausbildung. Personen, die über mehrere Berufsausbildungen oder ein Abitur und eine Berufsausbildung verfügen, enthält die Kategorie „mehrere Sekundar-II-Abschlüsse“. Ein tertiärer Nicht-Hochschulabschluss entspricht einem Meister- oder Technikerabschluss. Auch Absolventen von Berufsakademien wurden hier eingruppiert.

Beim Bereich „Kulturelle Veranstaltungen/Einrichtungen“ heben sich im Zeitaufwand die Gruppen der Personen mit Hochschulabschluss nach oben und die ohne Sekundar-II-Abschluss nach unten von den anderen Bildungsgruppen ab. Erstere ist in diesem Bereich wöchentlich knapp eine Dreiviertelstunde aktiv, letztere eine Viertelstunde. Genauere Aussagen zu einzelnen kulturellen Aktivitäten in diesem Bereich sind aufgrund geringer Fallzahlen wiederum nur eingeschränkt möglich. Es lässt sich aber feststellen, dass die Personen mit einem Hochschulabschluss bei allen Einzelaktivitäten am aktivsten sind. Das heißt auch für Kinobesuche wendet diese Gruppe die meiste Zeit auf.

Auch die für das Ausüben künstlerischer Tätigkeiten aufgebrauchte Zeit steigt mit zunehmendem Bildungsniveau. Wiederum hebt sich die Gruppe der Personen mit Hochschulabschluss von den anderen Gruppen ab. Ihr Zeitaufwand in diesem Bereich liegt rund 40% (rund 8 Minuten je Woche) über dem Gesamtdurchschnitt. Der geringe Anteil Ausübender schränkt auch in diesem Bereich differenziertere Untersuchungen ein.

Im Leseverhalten zeigen sich kaum Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen, lediglich die Inhaber von Hochschulabschlüssen unterscheiden sich wieder deutlicher und lesen rund eine Dreiviertelstunde länger als der Gesamtdurchschnitt. Das verstärkte Lesen von Büchern scheint hierbei eine Rolle zu spielen, aber auch in der Kategorie des nicht weiter spezifizierten Lesens liegen die Zeiten bei Akademikern höher als bei den anderen Bildungsgruppen.

Bei der Betrachtung des Bereiches „Fernsehen und Video“ zeichnet sich wieder ein klarer, diesmal allerdings umgekehrter Zusammenhang zwischen Bildung und Zeitaufwand ab. Für das Fernsehen bringen die Personen ohne Sekundar-II-Abschluss mit 16½ Stunden die meiste Zeit auf. Während Personen mit Sekundar-II- oder tertiären Nicht-Hochschulabschlüssen eine Mittelgruppe bilden, schauen Personen mit Hochschulabschluss mit 10 Stunden 40 Minuten unterdurchschnittlich lange fern. Beim Ansehen von Videos nimmt der Zeitumfang allerdings wieder mit steigendem Bildungsniveau zu.

Der Bereich „Radio, Musik- oder andere Tonaufnahmen“ weist Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen auf, ohne dass allerdings ein systematischer Zusammenhang mit Bildung unterstellt werden kann. Für alle ist das Radio hören die wichtigste Tätigkeit in diesem Bereich. Hausmusik oder Darbietungen im privaten Kreis spielen auch unter der Gesamtheit der Akademiker eine vernachlässigbare Rolle.

## 4 Resümee

Orientiert am Konzept des Statistischen Bundesamtes zur umfassenden Messung kultureller Aktivitäten zeigt sich ein Bild reger Beteiligung in der Bevölkerung in Deutschland. Demnach waren die Menschen täglich rund 2¾ Stunden kulturell aktiv. Das Fernsehen spielt dabei die größte Rolle. Lässt man die Rezeption von elektronischen Massenmedien aus der Betrachtung heraus, so wird durchschnittlich rund 5 Stunden und 20 Minuten je Woche bzw. gut 45 Minuten je Tag kulturellen Aktivitäten nachgegangen. Hier zeigt sich, dass die Breite der Konzeption es möglich macht, Kultur in unterschiedlich enger Abgrenzung zu untersuchen. Stellt man Kultur produzierende und rezipierende Aktivitäten einander gegenüber, so lässt sich die klare Dominanz der Rezeption mit wöchentlich 18¾ Stunden gegenüber einer halben Stunde Produktion erkennen.

Die differenziertere Analyse hat gezeigt, dass Zeitumfang und Muster kultureller Aktivitäten stark mit dem Alter variieren, während zwischen den Geschlechtern weniger Unterschiede zu finden sind. Bei Betrachtungen nach dem Bildungsstand treten für die meisten Bereiche kultureller Aktivitäten Unterschiede zu Tage, meist ist die Gruppe der Akademiker kulturell stärker aktiv als die anderen Bildungsgruppen.

Die Daten der Zeitbudgeterhebung 2001/2002 eignen sich grundsätzlich sehr gut zur Analyse des Zeitaufwandes für kulturelle Aktivitäten in Deutschland, obwohl die Erhebung nicht für diesen spezifischen Gesichtspunkt konzipiert wurde. Die vorangegangenen Betrachtungen haben auch gezeigt, dass die Verwendung von Zeitinformationen vorteilhaft ist, um sehr unterschiedliche Arten kultureller Aktivitäten miteinander zu vergleichen. Aussagen über die relative Bedeutung einzelner Bereiche könnten ohne Daten zum Zeitaufwand nicht gemacht werden. Unter diesem Gesichtspunkt empfiehlt sich die Nutzung der Daten der Zeitbudgeterhebung zur Untersuchung kultureller Aktivitäten unbedingt.

Man stößt aber bei seltener ausgeübten kulturellen Aktivitäten insbesondere in den Bereichen „Kulturelle Veranstaltungen/Einrichtungen“ und „Künstlerische Tätigkeiten“ wegen geringer Fallzahlen doch schnell an die Grenzen für differenzierte statistische Analysen. Solche können nur über eine speziell auf die Erfassung kultureller Aktivitäten abgestimmte Erhebung gewährleistet werden. Auch der in den Bereichen „Lesen“ und „Radio, Musik- oder andere Tonaufnahmen“ hohe Anteil von Zeiten, der keiner Tätigkeitskategorie genau zuzuordnen war, hat die Analysemöglichkeiten eingeschränkt. Letztendlich geht es bei solchen Überlegungen um Effektivitätsfragen: Sollen mit einem Erhebungsinstrument möglichst viele unterschiedliche Themenbereiche untersucht werden können, was immer auf Kosten detaillierter Betrachtungsmöglichkeiten geht? Oder soll für jeden interessanten Bereich ein spezifisches Instrument entwickelt werden, was dann zu einer erhöhten Belastung der Befragten und Fragenden führt? Ähnliche Vorschläge bezüglich der Zeitbudgeterhebung wurden bereits mit Blick auf die verlässliche Erfassung von

Bildungsaktivitäten gemacht.<sup>8)</sup> Denkbar wäre, bei einer nächsten Zeitbudgeterhebung für bestimmte Themenbereiche Unterstichproben zu ziehen, welche dann jeweils genauer nach dem spezifischen Zeitaufwand befragt würden. Zumindest für selten bzw. unregelmäßig ausgeübte kulturelle Aktivitäten könnten über einen längeren Zeitraum hinweg Tagebücher geführt werden, in die nur dann ein Eintrag käme, wenn eine entsprechende Aktivität ausgeübt wurde. Aber auch ohne Analysen bis in alle Details offenbaren die Daten der Zeitbudgeterhebung 2001/2002 viele interessante Informationen zu kulturellen Aktivitäten der Menschen in Deutschland. [u](#)

---

<sup>8)</sup> Siehe Fußnote 4.

Dipl.-Volkswirt Holger Breiholz

# Ergebnisse des Mikrozensus 2004

*Im März 2004 waren in Deutschland 11% aller Erwerbspersonen von Erwerbslosigkeit betroffen. Mit 16,5% wiesen die Erwerbspersonen ohne Berufsqualifikation die höchste Erwerbslosenquote auf. Von den akademisch gebildeten Erwerbspersonen zählten nur 4,9% zu den Erwerbslosen.*

*Der seit 1996 zu beobachtende Trend zu geringeren durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten hat sich nicht fortgesetzt: Die normalerweise geleistete Wochenarbeitszeit je Erwerbstätigen in Deutschland verlängerte sich gegenüber Mai 2003 – trotz gestiegener Teilzeitquote – um 12 Minuten auf durchschnittlich 36,0 Stunden.*

*85% der erwerbstätigen Frauen, hingegen nur die Hälfte (51%) der erwerbstätigen Männer arbeiteten im März 2004 in einem Dienstleistungsberuf. Fertigungsberufe übten 34% der männlichen, aber nur 9% der weiblichen Erwerbstätigen aus. Auf die technischen Berufe entfiel bei den Männern ein Anteil von 10%; dagegen fiel der Vergleichsanteil bei den Frauen mit gut 2% deutlich niedriger aus.*

*Erwerbstätige Frauen verteilen sich auf wenige Tätigkeitsfelder: Im März 2004 übten fast acht von zehn erwerbstätigen Frauen Schwerpunkttätigkeiten in den Bereichen „Persönliche Dienstleistungen“ (38%), „Büro/Technisches Büro/EDV/Forschen“ (26%) und „Handel/Reparatur“ (15%) aus.*

*Im März 2004 waren in Deutschland knapp 12% der abhängig beschäftigten Frauen Führungskräfte (d. h. höhere Angestellte oder Beamte). Dagegen hatten von den Männern in abhängiger Beschäftigung gut 20% eine Führungsposition inne.*

## Vorbemerkung

Als repräsentative Haushaltsstichprobe liefert der Mikrozensus bereits seit 1957 wichtige Bestands- und Strukturdaten über die Bevölkerung, ihre Erwerbsbeteiligung und das familiäre Zusammenleben. Sein gewaltiges Informationspotenzial ergibt sich daraus, dass im jährlichen Rhythmus statistische Informationen über eine Vielzahl unterschiedlicher Themen (z.B. Erwerbstätigkeit, Arbeitsuche, Stille Reserve, Aus- und Weiterbildung, Altersvorsorge, Einkommen und Lebensunterhalt) erhoben werden, die bei der Auswertung miteinander kombiniert und auch im Haushalts- und Familienkontext dargestellt werden können. Dabei ist der Mikrozensus aufgrund seines hohen Auswahlsatzes von 1% der Bevölkerung in der Lage, für Politik, Wissenschaft und die breite Öffentlichkeit nicht nur fachlich, sondern auch regional tief gegliederte Daten zur Verfügung zu stellen. Bemerkenswert ist die hohe Kontinuität seines Erhebungsprogramms, die den Mikrozensus zu einer unverzichtbaren Datenbasis für die Beobachtung des wirtschaftlichen und sozialen Wandels macht.

Seit 1996 werden im Mikrozensus zur Entlastung der Befragten neben dem jährlichen Grundprogramm vierjährige Zusatzprogramme, u. a. zur Wohnsituation und zur Gesundheit der Bevölkerung, durchgeführt. Gegenstand des Zusatzmoduls 2004 waren die Fragen zur Lage der Arbeitsstätte und zum Pendlerverhalten (hauptsächlich benutztes Verkehrsmittel auf dem Weg zur Arbeitsstätte, Entfernung zur Arbeitsstätte, Zeitaufwand für den Hinweg zur Arbeitsstätte). Darüber hinaus wurden die so genannten „Tätigkeitsmerkmale“ (überwiegend ausgeübte Tätigkeit, PC-Nutzung, Stellung im Betrieb und Art der Betriebs- bzw. Werksabteilung) erhoben, die die berufsstatistischen Ergebnisse des Mikro-

zensus ergänzen und eine genauere Beschreibung des berufsstrukturellen Wandels ermöglichen.

Bei der Durchführung des Mikrozensus 2004 kam letztmalig das Konzept der festen Berichtswoche zur Anwendung. Diese Erhebungsform sieht vor, dass sich die meisten Fragen auf die Gegebenheiten in einer festen Berichtswoche beziehen. In der Regel handelte es sich dabei um die letzte feiertagsfreie Woche im April. Davon abweichend wurde für den Mikrozensus 2004 die Woche vom 22. bis 28. März als Berichtszeitraum ausgewählt. Bei der Interpretation der Mikrozensusergebnisse bis 2004 ist also zu berücksichtigen, dass sie eine Momentaufnahme der Verhältnisse im Frühjahr liefern und je nach Merkmal mehr oder weniger stark durch saisonale Effekte beeinflusst sein können.

Der Mikrozensus wird ab 2005 als kontinuierliche Erhebung mit gleitender Berichtswoche durchgeführt. Bei dieser Erhebungsform wird das gesamte Befragungsvolumen gleichmäßig auf alle Kalenderwochen des Jahres verteilt, wobei die letzte Woche vor der Befragung die Berichtswoche darstellt. Damit wird es möglich sein, Durchschnittsergebnisse nicht nur auf der Jahres-, sondern auch auf der Quartalsebene auszuweisen. Die Vorteile des kontinuierlichen Mikrozensus sind ein größeres und aktuelleres Datenangebot sowie aussagekräftigere Ergebnisse. Aufgrund der Möglichkeit der Darstellung saisonaler Schwankungen wird der Mikrozensus ab 2005 besonders für die kurzfristige Arbeitsmarktberichterstattung enorm an Bedeutung gewinnen. Dabei spielt eine große Rolle, dass Erwerbstätige und Erwerbslose im Mikrozensus nach internationalen Standards abgegrenzt werden. Dies versetzt den Mikrozensus mit seinem breiten Merkmalsspektrum in die Lage, sehr differenzierte Daten zum Arbeitskräfteangebot in international vergleichbarer Form zur Verfügung zu stellen.

Der vorliegende Beitrag kann nur einen sehr kleinen Ausschnitt aus dem großen Datenangebot des Mikrozensus 2004 präsentieren. Dabei liegt das Schwergewicht auf der Arbeitsmarktberichterstattung, die seit jeher zu den Hauptaufgaben des Mikrozensus gehört. Eine detaillierte Darstellung der Ergebnisse des Mikrozensus findet sich in den vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen Reihen 4.1.1 „Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit“, 4.1.2 „Beruf, Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigen“ und 3 „Haushalte und Familien“ der Fachserie 1 „Bevölkerung und Erwerbstätigkeit“. Eine Fülle von Informationen enthält auch die zum achten Mal erschienene Broschüre „Leben und Arbeiten in Deutschland“. Diese Publikation ist über das Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter <http://www.destatis.de> (Pfad: Presse/Presseveranstaltungen) kostenlos abrufbar.

## Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter setzte sich fort

Im März 2004 lebten in Deutschland knapp 82,5 Mill. Menschen. Damit hat sich die Bevölkerungszahl gegenüber Mai 2003 kaum verändert (82,5 Mill.). Im früheren Bundesgebiet nahm die Bevölkerungszahl gegenüber dem Vorjahr um rund 70 000 auf gut 67,7 Mill. zu. In den neuen Ländern und Berlin-Ost ging sie im gleichen Zeitraum um etwa 80 000 auf

knapp 14,8 Mill. zurück (siehe Tabelle 1). Diese gegenläufigen Entwicklungen weisen darauf hin, dass die Ost-West-Wanderungen in Deutschland nach wie vor wesentlich zum Rückgang der Bevölkerungszahl in den neuen Bundesländern beitragen.

Tabelle 1: Bevölkerung<sup>1)</sup> nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit  
Ergebnisse des Mikrozensus  
1 000

Geschlecht Staatsangehörigkeit	Insgesamt		Darunter: 15- bis 64-Jährige	
	März 2004	Mai 2003	März 2004	Mai 2003
Deutschland				
Bevölkerung .....	82 491	82 502	54 771	55 058
männlich .....	40 330	40 330	27 687	27 824
weiblich .....	42 161	42 172	27 084	27 234
Deutsche .....	75 354	75 341	49 247	49 571
männlich .....	36 623	36 585	24 829	24 968
weiblich .....	38 730	38 756	24 418	24 603
Ausländer/-innen .....	7 137	7 161	5 524	5 487
männlich .....	3 707	3 745	2 858	2 856
weiblich .....	3 430	3 416	2 666	2 631
Früheres Bundesgebiet				
Bevölkerung .....	67 720	67 651	44 568	44 780
männlich .....	33 082	33 049	22 462	22 556
weiblich .....	34 638	34 602	22 106	22 225
Neue Länder und Berlin-Ost				
Bevölkerung .....	14 771	14 850	10 203	10 278
männlich .....	7 248	7 280	5 225	5 269
weiblich .....	7 523	7 570	4 978	5 009

1) Bevölkerung am Ort der alleinigen bzw. der Hauptwohnung.

Als Folge der fortschreitenden demographischen Alterung der Gesellschaft verringerte sich die Zahl der Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren zwischen Mai 2003 und März 2004 um 287 000 auf rund 54,8 Mill. Somit setzte sich der Rückgang bei der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter fort: Von April 1998 bis Mai 2003 war die Zahl der Personen in dieser für die Höhe des Arbeitskräfteangebots so wichtigen Altersgruppe bereits kontinuierlich um insgesamt 585 000 gesunken.

Die deutsche Bevölkerung im Erwerbsalter umfasste im März 2004 49,2 Mill. Menschen; das waren 324 000 weniger als im Mai 2003. Demgegenüber verzeichnete die Zahl der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger im Erwerbsalter im Vergleich zum Vorjahr einen Zuwachs um 37 000 Personen. Im früheren Bundesgebiet lag die Zahl der Frauen und Männer im erwerbsfähigen Alter mit knapp 44,6 Mill. im März 2004 um 212 000 unter dem Niveau vom Mai 2003. In den neuen Ländern und Berlin-Ost gehörten nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2004 10,2 Mill. Menschen der Altersgruppe der 15- bis 64-Jährigen an, das waren 75 000 weniger als im Mai 2003.

## Erwerbsbeteiligung: größte Veränderungen gegenüber Mai 2003 bei den jüngeren und älteren Menschen

Dem Arbeitsmarkt in Deutschland standen im März 2004 etwa 40,0 Mill. Erwerbspersonen [d. h. Erwerbstätige und

Tabelle 2: Bevölkerung<sup>1)</sup> nach Beteiligung am Erwerbsleben  
Ergebnisse des Mikrozensus

Beteiligung am Erwerbsleben	März 2004			Mai 2003			Veränderung März 2004 gegenüber Mai 2003 <sup>4)</sup>					
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt		männlich		weiblich	
	1 000						%	1 000	%	1 000	%	
Deutschland												
Bevölkerung .....	82 491	40 330	42 161	82 502	40 330	42 172	-11	+0,0	+0	+0,0	-11	+0,0
Erwerbspersonen .....	40 046	22 232	17 814	40 195	22 312	17 883	-148	-0,4	-80	-0,4	-69	-0,4
Erwerbstätige .....	35 659	19 681	15 978	36 172	19 996	16 176	-514	-1,4	-315	-1,6	-198	-1,2
Erwerbslose <sup>2)</sup> .....	4 388	2 551	1 836	4 022	2 316	1 707	+365	+9,1	+235	+10,2	+130	+7,6
Nichterwerbspersonen <sup>3)</sup> ..	42 444	18 098	24 346	42 307	18 018	24 289	+137	+0,3	+80	+0,4	+57	+0,2
Früheres Bundesgebiet												
Bevölkerung .....	67 720	33 082	34 638	67 651	33 049	34 602	+69	+0,1	+33	+0,1	+36	+0,1
Erwerbspersonen .....	32 316	18 100	14 216	32 457	18 163	14 294	-141	-0,4	-62	-0,3	-78	-0,5
Erwerbstätige .....	29 438	16 365	13 073	29 847	16 601	13 246	-410	-1,4	-236	-1,4	-173	-1,3
Erwerbslose <sup>2)</sup> .....	2 878	1 734	1 144	2 609	1 561	1 048	+269	+10,3	+174	+11,1	+95	+9,1
Nichterwerbspersonen <sup>3)</sup> ..	35 404	14 982	20 422	35 195	14 887	20 308	+209	+0,6	+95	+0,6	+114	+0,6
Neue Länder und Berlin-Ost												
Bevölkerung .....	14 771	7 248	7 523	14 850	7 280	7 570	-80	-0,5	-32	-0,4	-47	-0,6
Erwerbspersonen .....	7 731	4 132	3 598	7 739	4 150	3 589	-8	-0,1	-17	-0,4	+10	+0,3
Erwerbstätige .....	6 221	3 316	2 905	6 325	3 395	2 930	-104	-1,6	-79	-2,3	-25	-0,8
Erwerbslose <sup>2)</sup> .....	1 510	817	693	1 414	755	659	+96	+6,8	+62	+8,2	+34	+5,2
Nichterwerbspersonen <sup>3)</sup> ..	7 040	3 116	3 924	7 111	3 130	3 981	-72	-1,0	-15	-0,5	-57	-1,4

1) Bevölkerung am Ort der alleinigen bzw. der Hauptwohnung. – 2) Erwerbslose sind gemäß ILO-Konzept für den Arbeitsmarkt sofort verfügbar. – 3) Einschl. für den Arbeitsmarkt nicht sofort verfügbarer, Arbeit suchender Nichterwerbstätiger. – 4) Differenzen der Bestandsgrößen können aufgrund von Rundungsdifferenzen abweichen.

Erwerbslose<sup>1)</sup>] zur Verfügung, rund 150 000 weniger als im Mai 2003. Die Frauen im Westen stellten rund 14,2 Mill. Erwerbspersonen, im Mai 2003 waren es 78 000 mehr. Die Zahl der männlichen Erwerbspersonen im früheren Bundesgebiet ging gegenüber dem Vorjahr um 62 000 auf 18,1 Mill. zurück. Für die neuen Länder und Berlin-Ost lassen sich keine markanten Veränderungen feststellen. Die Erwerbspersonenzahl lag hier im März 2004 bei den Männern (4,1 Mill.) geringfügig unter, bei den Frauen (3,6 Mill.) geringfügig über dem Vorjahresniveau (siehe Tabelle 2).

Der Umfang der Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung wird nicht nur von der demographischen Entwicklung, sondern auch vom Erwerbsverhalten der Menschen bestimmt. Der Analyse des Erwerbsverhaltens dienen insbesondere alters- und geschlechtsspezifische Erwerbsquoten, die als Anteil der Erwerbspersonen an allen Personen eines bestimmten Alters und Geschlechts definiert sind und als Maß für die Stärke der Erwerbsorientierung interpretiert werden können.

Die Erwerbsquote der 15- bis 64-jährigen Männer im früheren Bundesgebiet lag im März 2004 – gegenüber Mai 2003 unverändert – bei 79,4%. Bei den Frauen entsprach die Erwerbsquote mit 63,6% ebenfalls dem Vorjahreswert. In den neuen Ländern und Berlin-Ost gehörten 72,0% der Frauen im erwerbsfähigen Alter den Erwerbspersonen an; im Mai 2003 waren es lediglich 71,4%. Bei den Männern in den neuen Bundesländern stieg die Erwerbsquote in der Altersgruppe der 15- bis 64-jährigen leicht von 78,3% im Mai 2003 auf 78,5% im März 2004.

Die differenzierte Betrachtung der Erwerbsquoten nach dem Alter zeigt, dass sich die Erwerbsbeteiligung der jüngeren

und älteren Menschen gegenüber Mai 2003 am stärksten verändert hat. Die 60- bis 64-jährigen Männer und Frauen im früheren Bundesgebiet wiesen im März 2004 Erwerbsquoten auf, die mit 38,5% bzw. 20,5% das Vorjahresniveau um jeweils zwei Prozentpunkte übertrafen. In den

Tabelle 3: Erwerbsquoten nach Altersklassen<sup>1)</sup>  
Ergebnisse des Mikrozensus  
Prozent

Alter von ... bis unter ... Jahren	Männer		Frauen	
	März 2004	Mai 2003	März 2004	Mai 2003
Früheres Bundesgebiet				
15 – 20 .....	31,2	32,0	24,4	26,0
20 – 25 .....	71,9	73,4	64,3	66,2
25 – 30 .....	85,5	85,3	72,1	73,5
30 – 35 .....	94,6	95,0	74,4	76,2
35 – 40 .....	96,0	96,0	76,7	77,0
40 – 45 .....	95,4	95,5	79,7	79,8
45 – 50 .....	94,5	94,4	79,3	79,0
50 – 55 .....	90,1	90,5	73,5	72,3
55 – 60 .....	80,0	78,9	58,4	56,5
60 – 65 .....	38,5	36,5	20,5	18,5
15 – 65 .....	79,4	79,4	63,6	63,6
Neue Länder und Berlin-Ost				
15 – 20 .....	35,9	37,5	27,1	28,4
20 – 25 .....	77,1	79,3	66,6	68,5
25 – 30 .....	85,3	86,4	79,4	80,5
30 – 35 .....	93,9	94,5	89,5	88,8
35 – 40 .....	95,6	95,5	92,0	92,2
40 – 45 .....	95,4	94,5	93,7	93,7
45 – 50 .....	93,4	93,2	92,4	91,8
50 – 55 .....	90,6	91,3	88,5	88,8
55 – 60 .....	82,3	82,5	78,3	75,1
60 – 65 .....	34,5	30,2	16,6	13,7
15 – 65 .....	78,5	78,3	72,0	71,4

1) Nicht sofort verfügbare Arbeit suchende Nichterwerbstätige wurden gemäß ILO-Konzept den Nichterwerbspersonen zugeordnet und sind demzufolge in den Erwerbsquoten nicht enthalten.

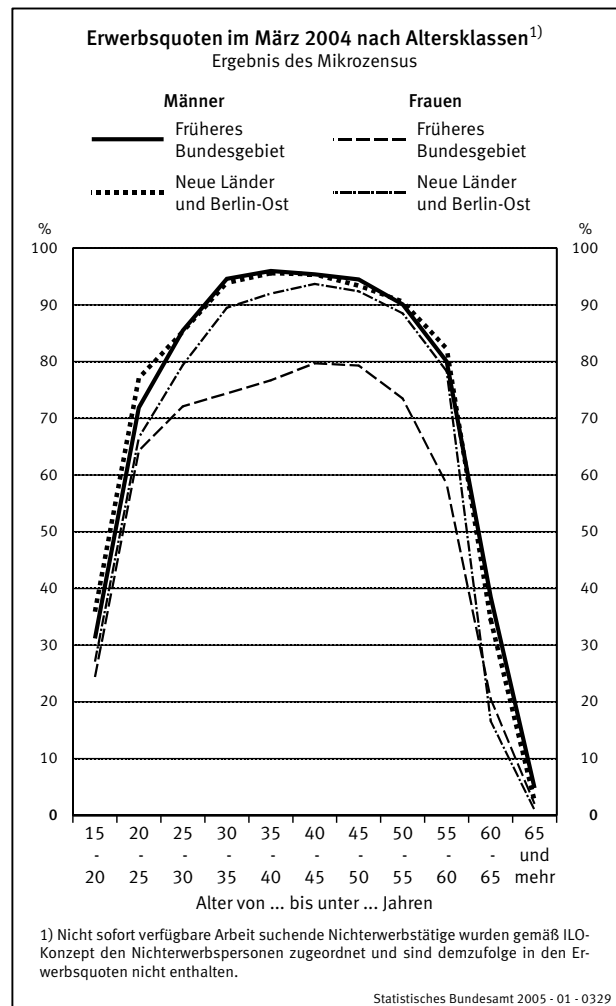
1) Bei der Abgrenzung der Erwerbstätigen und Erwerbslosen folgt der Mikrozensus den international geltenden Standards der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Als Erwerbstätige gelten Personen im Alter von 15 Jahren oder älter, die in der Berichtswoche in einem Arbeitsverhältnis standen bzw. als Selbstständige oder mithelfende Familienangehörige tätig waren. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Tätigkeit regelmäßig oder nur gelegentlich ausgeübt wurde. Als Erwerbslose gelten nicht erwerbstätige Personen ab 15 Jahren, die sich in den letzten drei Wochen vor der Berichtswoche bzw. in der Berichtswoche aktiv um eine Erwerbsarbeit bemüht haben und für eine Tätigkeit sofort (d. h. innerhalb von zwei Wochen) verfügbar sind.

neuen Ländern und Berlin-Ost erhöhte sich die Erwerbsquote der Frauen im Alter von 60 bis 64 Jahren um fast drei Prozentpunkte auf 16,6%. Von den Männern dieser Altersgruppe nahmen im März 2004 34,5% am Erwerbsleben teil, das waren über vier Prozentpunkte mehr als im Mai 2003 (30,2%).

Nach wie vor rückläufig ist die Erwerbsbeteiligung der jüngeren Generationen: Im März 2004 standen im früheren Bundesgebiet 71,9% der Männer und 64,3% der Frauen im Alter von 20 bis 24 Jahren im Erwerbsleben. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2003 waren in dieser Altersgruppe 73,4% der Männer und 66,2% der Frauen als Erwerbspersonen einzustufen. In den neuen Ländern und Berlin-Ost lagen die Erwerbsquoten der 20- bis 24-jährigen Männer (77,1%) und Frauen (66,6%) im März 2004 rund zwei Prozentpunkte unter den Vorjahreswerten (79,3 bzw. 68,5%). Gesunken sind auch die Erwerbsquoten der unter 20-jährigen. Diese Veränderungen weisen darauf hin, dass das Bildungverhalten der jungen Menschen weiter im Wandel begriffen ist. Angesichts der prekären Arbeitsmarktlage<sup>2)</sup> ist dabei nicht auszuschließen, dass vereinzelt auch unfreiwillige „Warteschleifen“ im Bildungssystem durchlaufen werden, um den Eintritt in das Erwerbsleben hinauszuschieben.

Die graphische Darstellung der Erwerbsquoten in Abhängigkeit vom Alter – die Erwerbsquotenkurve – gibt Hinweise auf typische Verlaufsformen männlicher und weiblicher Erwerbsbiografien. Während die Erwerbsquotenkurven der Männer in Ost und West große Übereinstimmung zeigen, unterscheiden sie sich bei den Frauen in den alten und neuen Bundesländern deutlich voneinander. Schaubild 1 veranschaulicht, dass die ostdeutschen Frauen im März 2004 in fast allen Altersgruppen relativ häufiger am Erwerbsleben teilnahmen als die westdeutschen Frauen. Besonders groß waren die Unterschiede in den Altersgruppen, in denen familiäre Pflichten wie Kinderbetreuung die größte Rolle spielen. So ordneten sich in den neuen Ländern und Berlin-Ost 89,5% der 30- bis 34-jährigen, 92,0% der 35- bis 39-jährigen und 93,7% der 40- bis 44-jährigen Frauen den Erwerbstätigen oder Erwerbslosen zu; im früheren Bundesgebiet lagen diese Anteile lediglich bei 74,4, 76,7 und 79,7%. Dennoch ist für die Frauen im früheren Bundesgebiet zu konstatieren, dass sich ihre ehemals M-förmige – das heißt durch einen ausgeprägten „Knick“ im Familiengründungsalter gekennzeichnete – Erwerbsquotenkurve mittlerweile nicht nur niveau-, sondern auch gestaltmäßig jener der Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost angenähert hat. So ist ihre Erwerbsquote in der Altersgruppe der 30- bis 34-jährigen gegenüber April 1991 um knapp zehn, in der folgenden Altersgruppe der 35- bis 39-jährigen um gut neun Prozentpunkte angewachsen. Dies deutet darauf hin, dass die Frauen im Westen immer seltener bzw. kürzere Familienpausen in Anspruch nehmen. Die nach wie vor stärkere Erwerbsorientierung der ostdeutschen Frauen dürfte einerseits auf wirtschaftliche Notwendigkeiten, andererseits auf das noch von den sozialen Normen und ökonomischen Zwängen geprägte Lebenskonzept in der ehemaligen DDR zurückzuführen sein.

Schaubild 1



## Negative Arbeitsmarktentwicklung in West und Ost

Für die Beurteilung der Arbeitsmarktsituation ist es erforderlich, die Erwerbspersonen nach Erwerbstätigen und Erwerbslosen zu differenzieren. Während die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland von Mai 2003 bis März 2004 drastisch um 514 000 auf knapp 35,7 Mill. gesunken ist, stieg die Zahl der Erwerbslosen im gleichen Zeitraum deutlich um 365 000 auf rund 4,4 Mill. an. Im früheren Bundesgebiet gab es im März 2004 rund 29,4 Mill. Erwerbstätige, das waren 410 000 weniger als im Vorjahr. Die Zahl der Erwerbslosen legte seit Mai 2003 kräftig um 269 000 auf knapp 2,9 Mill. zu. Für die neuen Länder und Berlin-Ost lässt sich gegenüber Mai 2003 ein Rückgang der Erwerbstätigkeit um 104 000 und ein Anstieg der Erwerbslosigkeit um 96 000 Personen feststellen. Somit waren dem ostdeutschen Arbeitsmarkt im März 2004 rund 6,2 Mill. Erwerbstätige und 1,5 Mill. Erwerbslose zuzurechnen.

An der negativen Arbeitsmarktentwicklung partizipierten beide Geschlechter. Dabei ist bemerkenswert, dass die Männer sowohl im Osten als auch im Westen nicht nur vom

2) Siehe nachfolgendes Kapitel „Negative Arbeitsmarktentwicklung in West und Ost“.

Tabelle 4: Qualifikationsspezifische Erwerbslosenquoten<sup>1)</sup> im März 2004  
Ergebnis des Mikrozensus  
Prozent

Art des Berufsabschlusses	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost		
	insgesamt	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
Insgesamt .....	11,0	11,5	10,3	8,9	9,6	8,0	19,5	19,8	19,3
Ohne beruflichen Abschluss ....	16,5	18,4	14,3	15,8	18,1	13,3	21,4	20,7	22,3
Mit Abschluss .....	9,7	10,0	9,3	7,1	7,5	6,5	19,2	19,6	18,8
darunter:									
Lehre, Praktikum <sup>2)</sup> .....	11,6	12,5	10,7	8,4	9,4	7,2	24,1	23,9	24,4
Meister/Techniker <sup>3)</sup> .....	6,0	5,8	6,3	4,2	4,1	4,5	10,1	11,8	8,7
Fachhochschul-/ Hochschulabschluss <sup>4)</sup> .....	4,9	4,6	5,5	4,2	3,8	4,8	8,4	8,8	7,9

1) Abgrenzung der in den Quoten enthaltenen Erwerbslosen und Erwerbspersonen gemäß ILO-Konzept. – 2) Einschl. Anlernausbildung, Berufsvorbereitungsjahr, berufsqualifizierender Abschluss an Berufsfach-/Kollegenschulen, Abschluss einer einjährigen Schule des Gesundheitswesens. – 3) Einschl. Abschluss der Fachschule der ehemaligen DDR, einer zwei- oder dreijährigen Schule des Gesundheitswesens bzw. einer Fach- oder Berufsakademie. – 4) Auch Ingenieursabschluss und Abschluss an einer Verwaltungsfachhochschule.

Rückgang der Erwerbstätigkeit, sondern auch vom Anstieg der Erwerbslosigkeit relativ stärker betroffen waren als die Frauen (siehe Tabelle 2).

## 16,5% der Erwerbspersonen ohne Berufsqualifikation erwerbslos

Durch die unterschiedliche Entwicklung der Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit ist die Erwerbslosenquote – der Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen – angestiegen, und zwar von 10,0% im Mai 2003 auf 11,0% im März 2004. Wie schlecht die Arbeitsmarktchancen gerade für gering Qualifizierte sind, machen die qualifikationsspezifischen Erwerbslosenquoten deutlich. So betrug die Erwerbslosenquote von Personen ohne beruflichen Ausbildungs-, Fachhochschul- oder Hochschulabschluss im März 2004 16,5% (siehe Tabelle 4). Auch Erwerbspersonen mit Lehr- oder Berufsfachschulabschluss (einschl. Anlernausbildung, Praktikum, Berufsvorbereitungsjahr) waren bei einer Erwerbslosenquote von 11,6% überproportional von Erwerbslosigkeit betroffen. Das geringste Risiko, auf dem Arbeitsmarkt keine Stelle zu erhalten, hatten akademisch gebildete Erwerbspersonen. Ihre Erwerbslosenquote belief sich im März 2004 auf 4,9%.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost waren die Erwerbslosenquoten im März 2004 auf allen Qualifikationsstufen deutlich höher als im früheren Bundesgebiet. Dabei ist im Osten Deutschlands die Beschäftigungskrise in den unteren Qualifikationsgruppen besonders groß: 21,4% der Erwerbs-

personen ohne beruflichen Ausbildungs-, Fachhochschul- oder Hochschulabschluss und sogar 24,1% der Erwerbspersonen mit Lehr- oder Berufsfachschulabschluss (einschl. Anlernausbildung, Praktikum, Berufsvorbereitungsjahr) waren im März 2004 erwerbslos. Im Westen Deutschlands betrug die Erwerbslosenquote der Ungelernten 15,8%; auf der Ebene Lehre/Berufsfachschule (einschl. Anlernausbildung, Praktikum, Berufsvorbereitungsjahr) waren 8,4% der Erwerbspersonen erwerbslos. Auch in der Ausbildungskategorie Meister- und Technikerabschlüsse (einschl. gleichwertiger Fachschulabschlüsse und Abschlüsse an einer Fach- bzw. Berufsakademie) lag die Erwerbslosenquote im früheren Bundesgebiet (4,2%) markant niedriger als in den neuen Ländern und Berlin-Ost (10,1%). Von den Erwerbspersonen mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluss waren im Westen 4,2% und im Osten 8,4% erwerbslos.

## Rückgang der Wochenarbeitszeit unterbrochen

Der Mikrozensus liefert nicht nur Informationen zur Zahl der Erwerbstätigen, sondern auch zum zeitlichen Umfang der Erwerbstätigkeit. Neben der tatsächlichen Arbeitszeit in der Berichtswoche wird die Zahl der normalerweise geleisteten Wochenarbeitsstunden erhoben, die von der tariflich oder vertraglich vereinbarten Arbeitszeit – zum Beispiel aufgrund regelmäßig geleisteter Überstunden – abweichen kann. Ausfallzeiten durch Urlaub, Krankheit oder Feiertage sowie unregelmäßige Mehrarbeit zählen nicht zur Normalarbeitszeit.

Tabelle 5: Durchschnittlich von Erwerbstätigen normalerweise geleistete Arbeitsstunden je Woche  
Ergebnisse des Mikrozensus  
Stunden

Berichtswoche im ...	Deutschland			Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost		
	insgesamt	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
April 1996 .....	37,7	41,1	33,0	37,3	41,1	32,0	39,4	41,2	37,2
April 1997 .....	37,5	41,1	32,6	37,1	41,1	31,6	39,3	41,2	36,9
April 1998 .....	37,3	41,1	32,3	37,0	41,1	31,4	39,0	41,1	36,5
April 1999 .....	37,1	41,1	32,0	36,8	41,1	30,9	38,9	41,0	36,4
Mai 2000 .....	37,1	41,1	31,9	36,7	41,1	30,9	38,7	40,9	36,1
April 2001 .....	36,7	40,8	31,5	36,3	40,8	30,5	38,4	40,6	35,7
April 2002 .....	36,5	40,6	31,3	36,1	40,7	30,3	38,2	40,3	35,6
Mai 2003 .....	35,8	40,0	30,8	35,5	40,0	29,8	37,6	39,8	35,0
März 2004 .....	36,0	40,2	30,8	35,6	40,3	29,8	37,7	40,1	35,0

Seit April 1996 entwickelte sich die durchschnittliche Wochenarbeitszeit rückläufig (siehe Tabelle 5). Von 2003 auf 2004 hat sich dieser Trend jedoch nicht fortgesetzt. So stieg die Zahl der normalerweise geleisteten Arbeitsstunden je Woche bei westdeutschen Männern von durchschnittlich 40,0 Stunden im Mai 2003 auf 40,3 Stunden im März 2004. Ihre ostdeutschen Kollegen arbeiteten statt 39,8 nun durchschnittlich 40,1 Stunden. Die Arbeitszeit der Frauen blieb in beiden Teilen Deutschlands konstant: 29,8 Stunden im früheren Bundesgebiet und 35,0 Stunden in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Demnach arbeiteten die Frauen im Osten gut fünf Stunden länger als die Frauen im Westen. Dieser markante Unterschied ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Teilzeitquote der erwerbstätigen Frauen im Westen mit 44,8% deutlich höher lag als im Osten (27,0%). Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit aller Erwerbstätigen in Deutschland verlängerte sich gegenüber Mai 2003 um 12 Minuten auf 36,0 Stunden.

Tabelle 6: Teilzeitquoten der Erwerbstätigen und abhängig Beschäftigten  
Ergebnisse des Mikrozensus  
Prozent

Berichtszeitraum	Insgesamt	Männer	Frauen
Erwerbstätige			
Mai 2003 .....	21,8	6,4	40,9
März 2004 .....	22,3	6,6	41,6
dar.: abhängig Beschäftigte			
Mai 2003 .....	22,4	6,0	41,4
März 2004 .....	22,8	6,2	42,1

Der in den letzten Jahren zu beobachtende Arbeitszeitrückgang kam zum Stillstand, obwohl erwerbstätige Frauen und Männer immer häufiger einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen. Im März 2004 arbeiteten 22,3% aller Erwerbstätigen in Teilzeit; im Mai 2003 waren es nur 21,8% (siehe Tabelle 6). Bei den Frauen erhöhte sich die Teilzeitquote gegenüber dem Vorjahr von 40,9 auf 41,6%, bei den Männern von 6,4 auf 6,6%. Dass die Erwerbstätigen trotz dieser Veränderungen im Durchschnitt länger am Arbeitsplatz weilten, ist auf die Arbeitszeitentwicklung bei den Vollzeitkräften zurückzuführen.

Tabelle 7: Durchschnittlich von Vollzeitlerwerbstitigen<sup>1)</sup> normalerweise geleistete Arbeitsstunden je Woche  
Ergebnisse des Mikrozensus  
Stunden

Berichtswoche im ...	Insgesamt	Männer	Frauen
Deutschland			
Mai 2003 .....	41,0	41,6	39,7
März 2004 .....	41,3	42,0	40,0
Früheres Bundesgebiet			
Mai 2003 .....	41,1	41,7	39,7
März 2004 .....	41,4	42,1	40,0
Neue Länder und Berlin-Ost			
Mai 2003 .....	40,7	41,3	39,8
März 2004 .....	41,0	41,7	40,0

1) Selbsteinstufung der Befragten.

3) Die Abgrenzung der Vollzeitlerwerbstitigen beruht nicht auf den Angaben zur normalerweise geleisteten Wochenarbeitszeit, sondern auf der Selbsteinstufung der Befragten („Handelt es sich bei Ihrer Tätigkeit um eine Vollzeit- oder eine Teilzeittätigkeit?“).

4) Als Erhebungssystematik wird beim Mikrozensus die Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1992, verwendet.

führen: Zwischen Mai 2003 und März 2004 nahm die normalerweise geleistete Wochenarbeitszeit je Vollzeitlerwerbstitigen<sup>3)</sup> von 41,0 auf 41,3 Stunden zu (siehe Tabelle 7). Dabei fiel der Zuwachs bei den Männern (von 41,6 auf 42,0 Stunden) um sechs Minuten größer aus als bei den Frauen (von 39,7 auf 40,0 Stunden). Im früheren Bundesgebiet erhöhte sich die durchschnittliche wöchentliche Normalarbeitszeit der Vollzeitkräfte gegenüber dem Vorjahr von 41,1 auf 41,4 Stunden. In den neuen Ländern und Berlin-Ost arbeiteten Vollzeitlerwerbstitige nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2004 im Durchschnitt 41,0 Wochenstunden, 2003 waren es nur 40,7 Wochenstunden gewesen.

## Erwerbstätige Frauen konzentrieren sich auf wenige Berufsgruppen

Erwerbstätige Frauen und Männer unterscheiden sich nicht nur hinsichtlich ihrer Arbeitszeiten. Sie weisen auch ganz unterschiedliche Berufsstrukturen auf. In einem Dienstleistungsberuf<sup>4)</sup> arbeiteten im März 2004 85% der erwerbstätigen Frauen, hingegen nur die Hälfte (51%) der erwerbstätigen Männer (siehe Tabelle 8). Umgekehrt war die Situation in den beiden anderen großen Berufsbereichen: Fertigungsberufe übten 34% der männlichen, aber nur 9% der weiblichen Erwerbstätigen aus. Auf die technischen Berufe entfiel bei den Männern ein Anteil von 10%; dagegen fiel der Vergleichsanteil bei den Frauen mit gut 2% deutlich niedriger aus. Berufe in der Land-, Tier-, Forstwirtschaft oder im Gartenbau gaben 3% der männlichen und 2% der weiblichen Erwerbstätigen an.

Tabelle 8: Erwerbstätige im März 2004 nach Berufsgruppen  
Ergebnis des Mikrozensus  
1 000

Berufsbereiche <sup>1)</sup>	Insgesamt	Männer	Frauen
Berufe in der Land-, Tier-, Forstwirtschaft und im Gartenbau .....	895	587	308
Bergleute, Mineralgewinner ...	64	62	/
Fertigungsberufe .....	8 147	6 668	1 479
Technische Berufe .....	2 321	1 943	379
Dienstleistungsberufe .....	23 640	10 046	13 593
Sonstige Arbeitskräfte .....	592	375	217
Insgesamt ...	35 659	19 681	15 978

1) Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1992.

Für die erwerbstätigen Frauen ist charakteristisch, dass sie sich auf wenige Berufsgruppen verteilen (siehe Tabelle 9). Im März 2004 arbeiteten sie zur Hälfte in Büroberufen (20%), Gesundheitsberufen (10%, ohne Ärztinnen, Apothekerinnen), als Verkaufspersonal (8%), in sozialen Berufen (7%) oder in Reinigungsberufen (6%). Eine solche Konzentration ist für die erwerbstätigen Männer nicht feststellbar: Von ihnen ordnete sich lediglich knapp ein Viertel den fünf am stärksten besetzten Berufsgruppen (Büroberufe 6%, Unternehmensleitung, -beratung und -prüfung 5%, Berufe des Landverkehrs 5%, Ingenieure 4%, Techniker 4%) zu.



Unter den akademisch gebildeten männlichen Erwerbstätigen arbeiteten die meisten als Ingenieure (19%), in der Unternehmensleitung, -beratung und -prüfung (12%) und als Lehrer (11%). Dagegen waren die weiblichen Erwerbstätigen mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluss am häufigsten als Lehrerin (26%), in Büroberufen (10%) und als Ärztin (8%) tätig (siehe Tabelle 9). Meister-, Techniker- oder andere gleichwertige Abschlüsse führten bei Männern insbesondere zum Beruf des Technikers (13%), zu Berufen in der Unternehmensleitung, -beratung und -prüfung (7%) und zu Elektroberufen (6%). Frauen mit dieser Qualifikation entschieden sich am häufigsten für Gesundheitsdienstberufe (30%, ohne Ärztinnen, Apothekerinnen) und soziale Berufe (17%). Berufe des Landverkehrs (gut 7%) und Büroberufe (knapp 7%) spielten bei den männlichen, Büro- (26%) und Gesundheitsdienstberufe (11%, ohne Ärztinnen, Apothekerinnen) bei den weiblichen Erwerbstätigen mit Lehrabschluss u. Ä. die größte Rolle. Zu den Berufen, in denen erwerbstätige Männer ohne berufsbildenden

Abschluss besonders stark vertreten waren, gehörten Lagerverwalter (7%), Berufe des Landverkehrs (6%) und Hilfsarbeiter (knapp 5%). Frauen ohne Berufsqualifikation gingen zumeist in Reinigungs- (16%) und Büroberufen (13%) sowie als Verkaufspersonal (8%) einer Erwerbstätigkeit nach.

Neben der Berufsbezeichnung werden im Mikrozensus zusätzlich wichtige berufsbestimmende Dimensionen erfasst, unter anderem die überwiegend ausgeübte Tätigkeit und die Position des/der Erwerbstätigen innerhalb der betrieblichen oder behördlichen Hierarchie. Diese im vierjährigen Rhythmus erhobenen Variablen sind für die Berufsforschung von großer Bedeutung, weil die Mehrdimensionalität des Phänomens Beruf in den derzeit gültigen amtlichen Berufsklassifikationen keine Berücksichtigung findet.

### Unterschiedliche Tätigkeitsprofile bei Frauen und Männern

Die Verteilung der Erwerbstätigen nach Berufsgruppen lässt bereits vermuten, dass sich die Frauen in ihrem Tätigkeitsprofil weniger voneinander unterscheiden als die Männer. Im März 2004 ordneten sich fast acht von zehn erwerbstätigen Frauen den Tätigkeitsfeldern „Persönliche Dienstleistungen“ [38%<sup>5)</sup>], „Büro/Technisches Büro/EDV/Forschen“ (26%) und „Handel/Reparatur“ (15%) zu (siehe Tabelle 10 auf S. 334). Die Tätigkeiten „Gesundheitlich/sozial helfen, pflegen; medizinisch/kosmetisch behandeln“ (16%), „Erziehen, Ausbilden, Lehren“ (8%) und „Bewirten, Beherbergen; Speisen vorbereiten“ (5%) spielten bei den „Persönlichen Dienstleistungen“ die größte Rolle. Erwerbstätige Frauen im Bereich „Büro/Technisches Büro/EDV/Forschen“ gaben zumeist an, vorwiegend mit dem „Ausführen von Schreib-, Rechen- und DV-Arbeiten/Buchen, Erstellen von Zeichnungen“ befasst zu sein (23%). Die dem Tätigkeitsfeld „Handel/Reparatur“ zuzuordnenden Frauen nannten als Schwerpunkttätigkeit fast ausschließlich „Einkaufen/Verkaufen, Vermitteln, Kassieren“ (14%). Beinahe 7% der weiblichen Erwerbstätigen verbrachten ihre Arbeitszeit größtenteils mit „Reinigen, Abfall beseitigen, Recycling“ (Tätigkeitsfeld „Sonstige Dienstleistungen“).

Die erwerbstätigen Männer verteilen sich im Gegensatz zu den Frauen relativ gleichmäßig auf das im Mikrozensus erhobene Tätigkeitsspektrum. Im Frühjahr 2004 verrichtete fast jeder dritte männliche Erwerbstätige überwiegend Tätigkeiten, die im primären und sekundären Sektor ihren höchsten Verbreitungsgrad haben („Maschinen einrichten/überwachen“: 13%, „Anbauen/Gewinnen/Herstellen“: 18%). Von den erwerbstätigen Frauen gaben nur 7% solche Haupttätigkeiten an. Ein weiteres Drittel der erwerbstätigen Männer beschäftigte sich in erster Linie mit Tätigkeiten in den Bereichen „Büro/Technisches Büro/EDV/Forschen“ (16%) und „Persönliche Dienstleistungen“ (knapp 17%). Dabei ist bemerkenswert, dass sich die Besetzungszahlen der Tätigkeiten innerhalb dieser Oberkategorien bei den Männern weit weniger unterscheiden als bei den Frauen.

Tabelle 9: Erwerbstätige im März 2004 nach ausgewählten Berufsgruppen und beruflichem Ausbildungs- bzw. Fachhochschul-/Hochschulabschluss  
Ergebnis des Mikrozensus  
Prozent<sup>1)</sup>

Männer		Frauen	
Berufsgruppe	Anteil	Berufsgruppe	Anteil
<b>Erwerbstätige insgesamt</b>			
Büroberufe .....	5,7	Büroberufe .....	19,9
Unternehmensleitung, -beratung, -prüfung .....	5,3	Gesundheitsdienstberufe (ohne Ärztinnen, Apothekerinnen) .....	10,3
Berufe des Landverkehrs ..	5,2	Verkaufspersonal .....	8,0
Ingenieure .....	4,2	Soziale Berufe .....	6,8
Techniker .....	4,0	Reinigungsberufe .....	5,8
<b>ohne Abschluss</b>			
Lagerverwalter .....	6,9	Reinigungsberufe .....	15,8
Berufe des Landverkehrs ..	5,9	Büroberufe .....	12,7
Hilfsarbeiter, o.n.T.?) .....	4,5	Verkaufspersonal .....	8,3
<b>Lehrabschluss/Praktikum<sup>3)</sup></b>			
Berufe des Landverkehrs ..	7,4	Büroberufe .....	25,8
Büroberufe .....	6,8	Gesundheitsdienstberufe (ohne Ärztinnen, Apothekerinnen) .....	10,6
Elektroberufe .....	4,6	Verkaufspersonal .....	10,5
<b>Meister-/Technikerabschluss<sup>4)</sup></b>			
Techniker .....	12,8	Gesundheitsdienstberufe (ohne Ärztinnen, Apothekerinnen) .....	29,6
Unternehmensleitung, -beratung, -prüfung .....	7,4	Soziale Berufe .....	17,1
Elektroberufe .....	5,6	Büroberufe .....	11,9
<b>Fachhochschul-/Hochschulabschluss<sup>5)</sup></b>			
Ingenieure .....	18,6	Lehrerinnen .....	26,2
Unternehmensleitung, -beratung, -prüfung .....	11,9	Büroberufe .....	9,9
Lehrer .....	11,2	Ärztinnen .....	7,9

1) Anteil an den Erwerbstätigen mit dem entsprechenden Ausbildungsabschluss insgesamt. – 2) Ohne nähere Tätigkeitsangabe. – 3) Einschl. Anlernausbildung, Berufsvorbereitungsjahr, berufsqualifizierender Abschluss an Berufsfach-/Kollegschulen, Abschluss einer einjährigen Schule des Gesundheitswesens. – 4) Einschl. Abschluss der Fachschule der ehemaligen DDR, einer zwei- oder dreijährigen Schule des Gesundheitswesens oder einer Berufs- bzw. Fachakademie. – 5) Einschl. Ingenieurabschluss, Abschluss an einer Verwaltungsfachhochschule.

5) In allen Quoten dieses Abschnitts wurden nur Erwerbstätige mit Angabe zu ihrer Schwerpunkttätigkeit berücksichtigt.

Tabelle 10: Erwerbstätige im März 2004 nach überwiegend ausgeübter Tätigkeit und beruflichem Ausbildungs- bzw. Fachhochschul-/Hochschulabschluss  
Ergebnis des Mikrozensus  
1 000

Überwiegend ausgeübte Tätigkeit	Insgesamt	Mit Angabe zum Abschluss	Darunter:				Männer	Frauen
			ohne Abschluss	Lehrausbildung <sup>1)</sup>	Meister-/Technikerabschluss <sup>2)</sup>	Hochschulabschluss <sup>3)</sup>		
Maschinen einrichten/überwachen Maschinen, technische Anlagen oder Geräte einrichten, steuern, überwachen, warten .....	2789	2639	504	1764	230	103	2501	289
Anbauen/Gewinnen/Herstellen .....	4316	4128	937	2600	430	110	3529	787
Anbauen, Züchten, Hegen, Ernten, Fischen .....	708	676	147	398	91	31	496	212
Abbauen/Fördern, Rohstoffe gewinnen .....	70	68	15	43	/	5	61	9
Fertigen, Be- und Verarbeiten, Bauen/Ausbauen, Installieren, Montieren .....	3538	3383	775	2159	334	75	2972	566
Handel/Reparatur .....	5078	4784	770	3239	422	277	2700	2378
Einkaufen/Verkaufen, Vermitteln, Kassieren ....	3725	3504	566	2391	235	249	1459	2267
Reparieren, Renovieren, Instandsetzen, Ausbessern .....	1352	1281	204	848	186	27	1241	111
Büro/Technisches Büro/EDV/Forschen .....	7405	7030	730	3930	686	1555	3236	4169
Ausführen von Schreib-, Rechen- und DV-Arbeiten/Buchen, Erstellen von Zeichnungen .	5069	4791	546	3205	368	579	1461	3608
Messen, Prüfen, Erproben, Kontrollieren nach vorgegebenen Verfahren .....	878	836	90	409	142	180	615	264
Forschen, Entwerfen, Konstruieren, Gestalten von Produkten, Plänen, Programmen .....	1458	1403	94	315	176	796	1161	297
Marketing/PR/Management .....	1942	1837	109	657	258	770	1383	559
Werben, Marketing, Öffentlichkeitsarbeit/PR ...	553	520	62	227	48	170	282	271
Management, Leitungs- und Führungstätigkeiten .....	1390	1317	47	430	210	600	1101	289
Persönliche Dienstleistungen .....	9185	8744	1110	3626	1147	2704	3250	5935
Bewirten, Beherbergen, Speisen vorbereiten ...	1378	1290	457	706	72	36	539	839
Gesetze/Vorschriften/Verordnungen anwenden, auslegen, Beurkunden .....	925	887	45	332	66	425	494	431
Erziehen, Ausbilden, Lehren .....	1981	1905	95	397	275	1103	652	1329
Beraten, Informieren .....	1346	1285	99	619	133	407	678	669
Gesundheitlich/sozial helfen, pflegen; medizinisch/ kosmetisch behandeln .....	3201	3045	365	1485	576	572	694	2507
Künstlerisch, journalistisch, unterhaltend tätig sein .....	355	333	49	87	25	161	194	161
Sonstige Dienstleistungen .....	4420	4144	1292	2459	168	156	2800	1620
Fahrzeuge führen, Packen, Beladen, Verladen, Sortieren, Zustellen .....	2254	2117	578	1382	70	53	1781	473
Reinigen, Abfall beseitigen, Recycling .....	1371	1276	575	625	33	28	326	1045
Sichern, Schützen, Be-/Überwachen, Verkehr regeln (einschl. Soldaten und Wehrpflichtige)	794	751	139	452	65	75	693	101
Ohne Angabe .....	524	447	97	234	32	56	283	240
Insgesamt ...	35659	33752	5549	18509	3372	5730	19681	15978

1) Einschl. Anlernausbildung, berufliches Praktikum, Berufsvorbereitungsjahr, berufsqualifizierender Abschluss an einer Berufsfach-/Kollegenschule, Abschluss einer einjährigen Schule des Gesundheitswesens. – 2) Einschl. Abschluss der Fachschule der ehemaligen DDR, Abschluss einer zwei- oder dreijährigen Schule des Gesundheitswesens, Abschluss einer Fach- bzw. Berufsakademie. – 3) Einschl. Fachhochschulabschluss, Abschluss einer Verwaltungsfachhochschule, Ingenieurabschluss.

14% der erwerbstätigen Männer sahen ihre Schwerpunkttätigkeit im Bereich „Handel/Reparatur“ (Einkaufen/Verkaufen, Vermitteln, Kassieren: knapp 8%, Reparieren, Renovieren, Instandsetzen, Ausbessern: gut 6%). Bei fast jedem zehnten erwerbstätigen Mann (9%) bestand die Arbeit vor allem im „Fahrzeuge führen, Packen, Beladen, Verladen, Sortieren, Zustellen“; bei den Frauen waren es nur 3%, die solche Tätigkeiten ausübten.

Das Tätigkeitsprofil der Erwerbstätigen hängt stark von ihrem beruflichen Bildungsniveau ab. Im März 2004 gaben 14% der Erwerbstätigen ohne berufliche Qualifikation als Tätigkeitsschwerpunkt „Fertigen, Be- und Verarbeiten, Bauen/Ausbauen, Installieren, Montieren“ an. Gut ein Fünftel dieser Erwerbstätigen war vornehmlich mit „Fahrzeuge führen, Packen, Beladen, Verladen, Sortieren, Zustellen“ (11%) und „Reinigen, Abfall beseitigen, Recycling“ (11%)

befasst. Bei Erwerbstätigen mit Lehrabschluss, Praktikum u. Ä. wiesen die beiden Tätigkeiten „Einkaufen/Verkaufen, Vermitteln, Kassieren“ (13%) und „Fertigen, Be- und Verarbeiten, Bauen/Ausbauen, Installieren, Montieren“ (12%) den höchsten Verbreitungsgrad auf. Ein Meister-, Techniker- oder ein anderer gleichwertiger Abschluss qualifizierte die Erwerbstätigen am häufigsten für die Schwerpunkttätigkeiten „Gesundheitlich/sozial helfen, pflegen; medizinisch/kosmetisch behandeln“ (17%), „Ausführen von Schreib-, Rechen- und DV-Arbeiten, Buchen, Erstellen von Zeichnungen“ (11%) sowie „Fertigen, Be- und Verarbeiten, Bauen/Ausbauen, Installieren, Montieren“ (10%). Erwerbstätige mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluss übten zu 19% erzieherische und ausbildende, zu 14% forschende und entwerfende und zu 11% Management-, Leitungs- und Führungstätigkeiten aus.

## Frauen in Führungspositionen nach wie vor unterrepräsentiert

Das Bild in den Führungsetagen von Unternehmen und Behörden in Deutschland wird nach wie vor durch Männer geprägt: Im März 2004 waren in Deutschland knapp 12% der abhängig beschäftigten Frauen Führungskräfte [d.h. höhere Angestellte<sup>6)</sup> oder Beamte]. Dagegen hatten von den Männern in abhängiger Beschäftigung gut 20% eine Führungsposition inne. Noch deutlicher war der Geschlechterunterschied bei den Top-Führungskräften mit umfassenden Führungsaufgaben und Entscheidungsbefugnissen. Zu diesem Personenkreis gehörten 4% der männlichen, aber nur rund 1% der weiblichen Beschäftigten (siehe Tabelle 11). Gegenüber April 1996 hat sich der Anteil der weiblichen Führungskräfte an allen abhängig beschäftigten Frauen nicht verändert. Von 30% im April 1996 auf 33% im März 2004 gestiegen ist allerdings die Frauenquote unter den Führungskräften. Der Anteil der Frauen an den Personen mit umfassender Führungsverantwortung erhöhte sich ebenfalls, und zwar um knapp zwei Prozentpunkte auf 21%.

Im März 2004 arbeiteten weibliche Beschäftigte im Osten Deutschlands (12%) genauso häufig als Führungskräfte wie im Westen (12%). Dennoch lag die Frauenquote unter den Führungskräften in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit 42% deutlich höher als im früheren Bundesgebiet (32%). Darin spiegelt sich wider, dass von den abhängig beschäftigten Männern im Osten nur 15%, im Westen hingegen 22% mit Führungsaufgaben betraut waren.

Für den vergleichsweise geringen Führungskräfteanteil der Frauen ist von großer Bedeutung, dass Teilzeitarbeit immer

noch eine weibliche Domäne ist. Im Frühjahr 2004 stufen sich nur 7% aller abhängig teilzeitbeschäftigten Frauen als höhere Angestellte oder Beamte ein. Weibliche Vollzeitkräfte gaben indes mehr als doppelt so häufig (15%) an, die Führungsebene eines Betriebes oder einer Behörde erreicht zu haben.

Auf den Hierarchiestufen unterhalb der Führungsebene war die Geschlechterrelation im März 2004 wie folgt: Rund 5% der Frauen und 6% der Männer in abhängiger Beschäftigung absolvierten eine Ausbildung und standen somit am Fuß der Karriereleiter. Gut ein Viertel (26%) der Frauen, aber nur ein Fünftel der Männer (20%) übernahmen ausführende Tätigkeiten und hatten als einfache Angestellte, Beamtinnen bzw. Beamte oder angelernte Arbeiterinnen bzw. Arbeiter die ersten Sprossen erklommen. Weitere 24% der Frauen und die meisten Männer (31%) befanden sich in einer mittleren Position und erledigten Fach Tätigkeiten. Frauen arbeiteten besonders häufig in gehobenen Positionen (33%), in denen sie schwierige Aufgaben nach allgemeinen Vorgaben selbstständig auszuführen hatten. Unter den Männern waren gehobene Angestellte, Beamte oder Arbeiter (z.B. Meister) deutlich seltener anzutreffen.

Ein hoher beruflicher Bildungsabschluss wirkt sich positiv auf die Karriere aus. So waren Absolventen einer Fachhochschule oder Hochschule im März 2004 mehrheitlich (55%) in führenden Positionen in Unternehmen und der öffentlichen Verwaltung tätig. Bei den Männern gaben sogar 63% an, als Angestellter in einer Führungsposition oder als Beamter im höheren Dienst zu arbeiten (siehe Schaubild 2). Akademikerinnen bekleideten dagegen mit 43% wesentlich seltener eine Führungsposition. Dafür zählten sie (42%) häufiger als

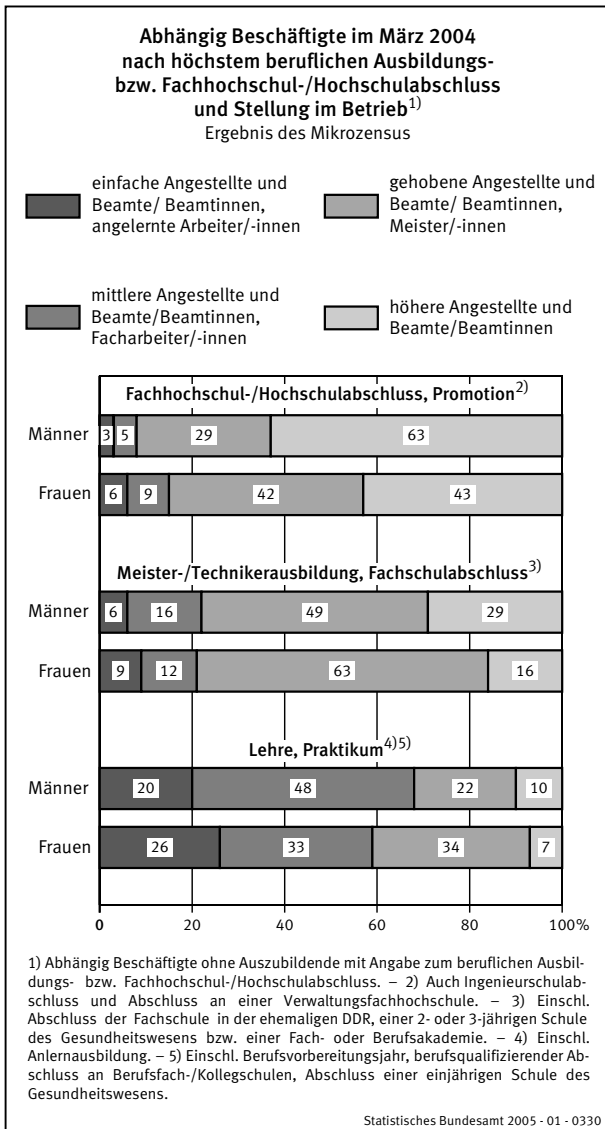
Tabelle 11: Abhängig Erwerbstätige im März 2004 nach Stellung im Betrieb  
Ergebnis des Mikrozensus  
1 000

Ausgewählte Merkmale	Abhängig Erwerbstätige insgesamt <sup>2)</sup>	Stellung im Betrieb					
		einfache Angestellte und Beamte, angelernte Arbeiter	mittlere Angestellte und Beamte, Facharbeiter	gehobene Angestellte und Beamte, Meister	höhere Angestellte und Beamte	dar.: Angestellte mit umfassenden Führungsaufgaben	Auszubildende
Deutschland							
Insgesamt .....	30 368	7 004	8 413	8 381	4 971	819	1 599
Männer .....	16 179	3 245	4 974	3 758	3 310	645	890
Frauen .....	14 189	3 759	3 438	4 623	1 660	174	708
Teilzeit <sup>1)</sup> .....	5 937	2 281	1 597	1 637	422	28	–
Vollzeit <sup>1)</sup> .....	8 252	1 478	1 841	2 986	1 238	146	708
Früheres Bundesgebiet							
Zusammen .....	24 958	6 001	6 509	6 978	4 252	715	1 217
Männer .....	13 419	2 795	3 805	3 241	2 897	571	681
Frauen .....	11 539	3 206	2 704	3 736	1 355	144	537
Teilzeit <sup>1)</sup> .....	5 202	2 026	1 359	1 444	373	25	–
Vollzeit <sup>1)</sup> .....	6 337	1 180	1 345	2 292	982	119	537
Neue Länder und Berlin-Ost							
Zusammen .....	5 410	1 003	1 904	1 403	719	104	381
Männer .....	2 760	450	1 169	516	414	74	210
Frauen .....	2 650	553	734	887	305	30	171
Teilzeit <sup>1)</sup> .....	735	255	238	193	49	/	–
Vollzeit <sup>1)</sup> .....	1 916	298	496	694	256	27	171

1) Selbsteinstufung der Befragten. – 2) Mit Angabe zur Stellung im Betrieb.

6) Dazu zählen Angestellte mit umfassenden Führungsaufgaben und Entscheidungsbefugnissen sowie Angestellte mit selbstständiger Leistung in verantwortlicher Tätigkeit oder mit begrenzter Verantwortung für andere.

Schaubild 2



die Männer (29%) mit akademischem Bildungsabschluss zu den Beschäftigten in gehobener Stellung.

Abhängig Beschäftigte mit einem Meistertitel, einem Abschluss der Fachschule der ehemaligen DDR oder einem anderen gleichwertigen Abschluss arbeiteten überwiegend auf der Ebene von gehobenen Angestellten und Beamtinnen und Beamten oder Meisterinnen und Meistern (55%). Auch bei dieser Art des Ausbildungsabschlusses ergaben sich geschlechtsspezifische Unterschiede. So zählten 63% der Frauen mit dieser Berufsqualifikation in Unternehmen und Behörden zu den gehobenen Angestellten und Beamtinnen oder Meisterinnen. Bei Männern traf dies hingegen nur für knapp die Hälfte zu (49%). Fast jeder vierte abhängig Beschäftigte (23%) mit einem derartigen Abschluss schaffte den Sprung in eine Führungsposition, wobei dies Männern mit 29% häufiger gelang als Frauen (16%).

Die meisten der abhängig Erwerbstätigen, die eine Lehre, ein berufliches Praktikum, eine Anlernausbildung oder eine

schulische Berufsqualifikation vorweisen konnten, waren als mittlere Angestellte, Beamtinnen und Beamte oder Facharbeiterinnen und Facharbeiter beschäftigt (41%). Dies galt sogar für fast jeden zweiten Mann mit Lehrabschluss u. Ä. (48%). Frauen mit der entsprechenden beruflichen Qualifikation waren nur zu einem Drittel und damit relativ seltener in mittleren Positionen tätig (33%). Ein weiteres Drittel der Frauen besetzte gehobene Positionen in Betrieben und Behörden (34%). Der Aufstieg in eine Führungsposition war im März 2004 jedem zehnten Mann (10%) und 7% der Frauen mit Lehrausbildung u. Ä. gelungen.

## 39% der Bevölkerung leben überwiegend vom eigenen Erwerbseinkommen

Das dem Mikrozensus zu Grunde liegende Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zielt darauf ab, alle Typen von Erwerbstätigkeit (z. B. auch Kurzarbeit, Gelegenheitsarbeit oder andere Formen unregelmäßiger Beschäftigung) zu erfassen. Dabei wird nur eine Arbeitszeit von mindestens einer Stunde in der Berichtswoche vorausgesetzt, das heißt der Stellenwert der Erwerbstätigkeit für den Lebensunterhalt spielt keine Rolle. Im Alltagsverständnis werden aber eher jene Personen zu den Erwerbstätigen gerechnet, die aus ihrer eigenen Erwerbsarbeit zumindest den größten Teil der Mittel für den Lebensunterhalt beziehen. Mit der Frage nach der wichtigsten Lebensunterhaltsquelle ist es möglich, auch diesen Personenkreis aus den Daten des Mikrozensus zu ermitteln.

Im Frühjahr 2004 gaben in Deutschland rund 39% der Bevölkerung (Ost: knapp 40%, West: gut 39%) das eigene Erwerbseinkommen als wichtigste Quelle des Lebensunterhalts an. Das waren fast 32,5 Mill. Menschen. Im Mai 2003 lebten noch nahezu 40% der Bevölkerung bzw. 32,9 Mill. Menschen vornehmlich vom eigenen Erwerbseinkommen. Zurückzuführen ist diese Veränderung auf den Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen und den damit verbundenen sinkenden Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung (von 44% im Mai 2003 auf 43% im März 2004).

Von den Erwerbstätigen bestritten im März 2004 – genau wie im Vorjahr – rund 91% ihren Lebensunterhalt in erster Linie mit Hilfe der eigenen Erwerbstätigkeit. Dabei bestanden deutliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen: Gut 95% der männlichen, aber nur knapp 86% der weiblichen Erwerbstätigen gaben im Frühjahr 2004 an, dass die Erwerbsarbeit die Hauptquelle für ihren Lebensunterhalt darstellt. Etwa jede zehnte (fast 11%) erwerbstätige Frau deckte den größten Teil der Lebenshaltungskosten durch Leistungen von Angehörigen; bei den erwerbstätigen Männern waren es nur knapp 2% (siehe Tabelle 12). Darin kommt zum Ausdruck, dass Frauen weit häufiger als Männer einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen, die lediglich der Aufbesserung des Familieneinkommens dient.

Bedingt durch die demographische Alterung der Gesellschaft und die steigende Arbeitslosigkeit stellen Transferleistungen des Staates für einen steigenden Bevölkerungsanteil die wichtigste Einkunftsquelle dar. Bereits 23% aller

Tabelle 12: Bevölkerung nach Beteiligung am Erwerbsleben und überwiegendem Lebensunterhalt  
Ergebnisse des Mikrozensus

Beteiligung am Erwerbsleben	Insgesamt		Überwiegender Lebensunterhalt durch									
			Erwerbstätigkeit		Arbeitslosengeld/-hilfe		Angehörige		Renten und Pensionen		Sonstiges <sup>3)</sup>	
	März 2004	Mai 2003	März 2004	Mai 2003	März 2004	Mai 2003	März 2004	Mai 2003	März 2004	Mai 2003	März 2004	Mai 2003
	1 000		%									
Bevölkerung insgesamt .....	82 491	82 502	39,4	39,9	4,6	4,3	29,2	29,2	23,1	22,9	3,7	3,6
männlich .....	40 330	40 330	46,6	47,4	5,8	5,4	22,4	22,4	21,7	21,4	3,5	3,4
weiblich .....	42 161	42 172	32,5	32,7	3,5	3,3	35,7	35,8	24,5	24,4	3,8	3,9
dar.: verheiratet .....	19 658	19 784	39,3	39,5	3,6	3,7	33,7	33,9	21,1	20,5	2,3	2,4
Erwerbstätige zusammen ...	35 659	36 172	91,1	90,9	0,7	0,6	5,7	5,9	1,5	1,5	1,0	1,0
männlich .....	19 681	19 996	95,4	95,5	0,6	0,5	1,8	1,7	1,4	1,5	0,8	0,7
weiblich .....	15 978	16 176	85,8	85,1	0,8	0,7	10,5	11,1	1,5	1,6	1,3	1,4
dar.: verheiratet .....	9 301	9 519	83,1	82,1	0,6	0,6	14,6	15,5	1,0	1,0	0,7	0,8
Erwerbslose <sup>1)</sup> zusammen ...	4 388	4 022	X	X	73,0	73,9	16,5	15,5	1,0	1,0	9,5	9,5
männlich .....	2 551	2 316	X	X	79,0	79,3	10,9	10,3	0,6	0,7	9,5	9,6
weiblich .....	1 836	1 707	X	X	64,5	66,7	24,3	22,6	1,6	1,4	9,5	9,4
dar.: verheiratet .....	966	927	X	X	59,2	62,8	33,5	30,6	/	/	7,0	6,3
Nichterwerbspersonen <sup>2)</sup>												
zusammen .....	42 444	42 307	X	X	0,9	0,9	50,2	50,5	43,6	43,3	5,3	5,3
männlich .....	18 098	18 018	X	X	1,2	1,3	46,5	46,9	46,8	46,2	5,6	5,6
weiblich .....	24 346	24 289	X	X	0,6	0,6	53,0	53,1	41,3	41,1	5,1	5,1
dar.: verheiratet .....	9 392	9 339	X	X	0,8	0,9	52,5	53,0	43,2	42,4	3,4	3,6

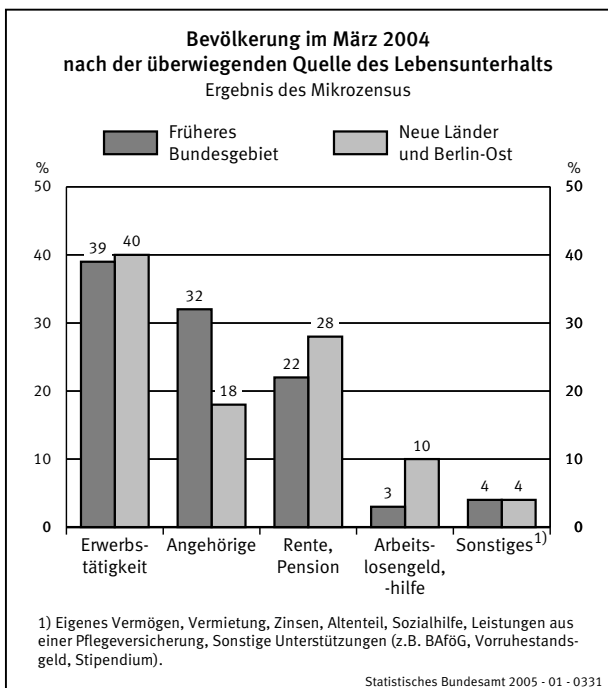
1) Erwerbslose sind gemäß ILO-Konzept für den Arbeitsmarkt sofort verfügbar. – 2) Einschl. für den Arbeitsmarkt nicht sofort verfügbarer, Arbeit suchender Nichterwerbstätiger. – 3) Eigenes Vermögen, Zinsen, Altenteil, Sozialhilfe oder sonstige Unterstützung, Leistungen aus einer Pflegeversicherung.

Bundesbürgerinnen und Bundesbürger bestritten im März 2004 ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Renten oder Pensionen. In den neuen Ländern und Berlin-Ost lebten im März 2004 sogar rund 28% der Menschen größtenteils von Altersruhegeldern, im früheren Bundesgebiet waren es 22% (siehe Schaubild 3).

dieser Anteil in den – von Arbeitslosigkeit besonders stark betroffenen – neuen Ländern und Berlin-Ost (knapp 10%) wesentlich höher als im früheren Bundesgebiet (gut 3%).

Leistungen durch Angehörige stellten im Westen für etwa 32% der Bevölkerung die überwiegende Unterhaltsquelle dar; im Osten lag dieser Anteil nur bei gut 18%. Bundesweit lebten im Mai 2003 29% der Bevölkerung hauptsächlich vom Unterhalt durch Angehörige. Auffallend ist dabei der deutliche Geschlechterunterschied: Fast 36% der weiblichen, jedoch nur gut ein Fünftel (22%) der männlichen Bevölkerung nannten Angehörige als ihren wichtigsten Unterhaltsträger. [u](#)

Schaubild 3



Für etwas weniger als 5% der Bevölkerung Deutschlands war im März 2004 das Arbeitslosengeld oder die Arbeitslosenhilfe die vorherrschende Einnahmequelle. Dabei lag

Dipl.-Volkswirt Jürgen Angele

# Insolvenzen 2004

*Für das Jahr 2004 wurden in Deutschland 118 274 Insolvenzen gemeldet, 17% mehr als für 2003. Damit mussten die Gerichte annähernd viermal so viele Insolvenzfälle bearbeiten wie in den Jahren vor der Einführung der neuen Insolvenzordnung im Jahr 1999. Die starke Zunahme der Insolvenzen im Jahr 2004 ist vor allem auf die um 46% höhere Zahl an Insolvenzen von Verbrauchern zurückzuführen, von denen 49 123 die Dienste der Insolvenzgerichte in Anspruch genommen haben. Seit ihrer Einführung im Jahr 1999 verzeichneten die Verbraucherinsolvenzen zweistellige jährliche Zuwachsraten von bis zu 60%. Die Insolvenzen anderer natürlicher Personen, zu denen ehemals Selbstständige sowie Gesellschafter größerer Unternehmen gerechnet werden, stiegen 2004 um 8,2% auf 27 488 an. Die Zahlungsschwierigkeiten dieses Personenkreises, die in ursächlichem Zusammenhang mit einer früheren oder einer aktuellen persönlichen Haftung stehen, wiesen wie schon in den Vorjahren ebenfalls hohe Zuwachsraten auf. Dagegen hat die Zahl der Unternehmensinsolvenzen 2004 mit 39 213 erstmals seit vier Jahren nicht mehr zugenommen (-0,3%).*

*Die gesamten voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger wurden von den Gerichten auf mindestens 39 Mrd. Euro geschätzt. Davon entfielen zwei Drittel auf Ansprüche gegenüber Unternehmen. Trotz gestiegener Insolvenzzahlen sind 2004 die Forderungen um 7% niedriger ausgefallen als 2003. Dies ist die Folge eines Rückgangs der Zusammenbrüche größerer Unternehmen.*

## Vorbemerkung

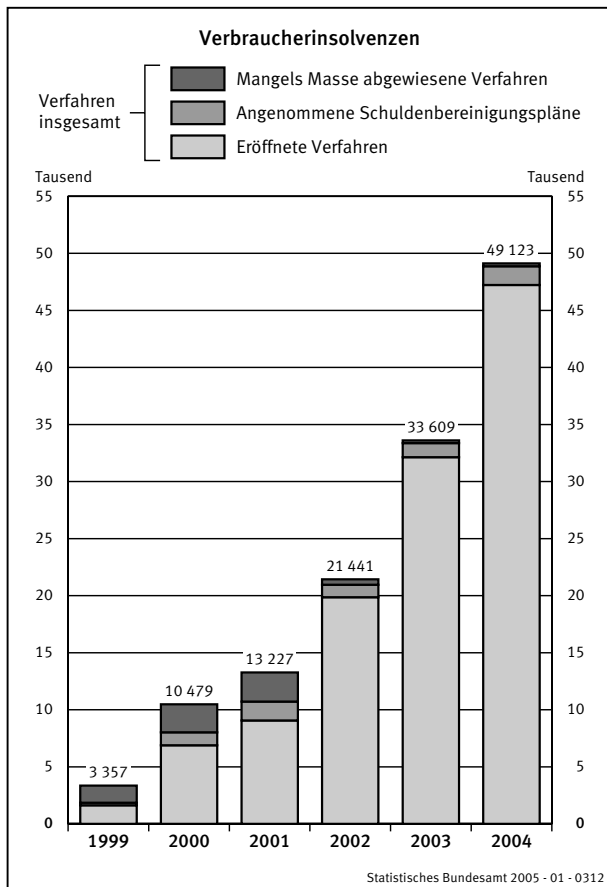
Die Einführung der neuen Insolvenzordnung im Jahr 1999 und deren Novellierung Ende 2001 wirkten sich statistisch

vor allem auf die Insolvenzzahlen von natürlichen Personen aus. Von Relevanz waren vor allem die Einführung des Verbraucherinsolvenzverfahrens im Jahr 1999 mit der Aussicht einer Restschuldbefreiung sowie die 2001 geschaffene Möglichkeit, sich bei Mittellosigkeit die Verfahrenskosten stunden zu lassen, damit ein Insolvenzverfahren eröffnet werden kann. Da diese Vorschriften außer auf Verbraucher auch auf alle übrigen natürlichen Personen anzuwenden sind, profitieren davon auch Personen wie Einzelkaufleute, Freiberuflich Tätige und Kleinunternehmen, die statistisch den Unternehmen zugerechnet werden.

Seit 2002 werden auch die Insolvenzen von Personen, die früher einmal einer selbstständigen Tätigkeit nachgegangen sind, gesondert nachgewiesen. In solchen Fällen ist oftmals ein Eröffnungsantrag gegen das Unternehmen selbst vorangegangen, der jedoch meistens erfolglos geblieben ist. Nachdem nun die Verfahrenskosten durch die Staatskasse gestundet werden können, versuchen die ehemals selbstständig Tätigen sich ihrer persönlichen Haftung zu entledigen.

Nach Auskunft der Gerichte wird eine Stundung in den meisten Fällen gewährt. Diese Entwicklung bestätigen auch die Ablehnungsquoten: War beispielsweise im Jahr 2000, also noch vor Schaffung der Stundungsmöglichkeit, fast ein Viertel aller Insolvenzanträge gegen Verbraucher mangels einer die Kosten des Verfahrens deckenden Insolvenzmasse abgewiesen worden, war es 2004 gerade noch ein halbes Prozent. Aber selbst wenn ein Verfahren eröffnet wird, ist die Aussicht der Gläubiger, wenigstens einen Teil der Außenstände ersetzt zu bekommen, gering. Bisherige

Schaubild 1



Erkenntnisse der Gerichte zeigen, dass viele Schuldner während der sechsjährigen Wohlverhaltensphase Einkünfte unterhalb der Pfändungsfreigrenze beziehen und somit keinerlei Schadenersatz an die Gläubiger leisten müssen. Am Ende wird ihnen auch in diesem Fall Restschuldbefreiung gewährt.

Einem Insolvenzverfahren vorgeschaltet ist der Versuch der außergerichtlichen Einigung. Wie häufig dies geschieht, wird statistisch nicht erfasst. Kommt die Einigung jedoch nicht zustande, muss das Gericht vor Eröffnung des Verbraucherinsolvenzverfahrens einen weiteren Versuch der Schuldenregulierung mit Hilfe eines so genannten „Schuldbereinigungsplans“ unternehmen. Im Jahr 2000 wurden immerhin 11% der Fälle mit einem solchen Plan reguliert. Im Jahr 2004 wurde gerade noch bei 3% der Fälle ein Schuldbereinigungsplan angenommen. Die jüngste Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes, nach der es zu den Pflichten eines Unterhaltsschuldners gehört, zur Sicherung der Unterhaltsansprüche seiner minderjährigen Kinder ein Verfahren der Privatinsolvenz einzuleiten, lässt eine weitere starke Zunahme der Verbraucherinsolvenzen erwarten.

Wegen der für Gläubiger und Staatskasse unbefriedigenden Situation gibt es derzeit Überlegungen, die Schuldbereinigung bei natürlichen Personen gesetzlich neu zu regeln.

## Entwicklung der Insolvenzen seit 1991 und Struktur der Insolvenzen 2004

Die niedrigste Zahl von Insolvenzen seit Anfang der 1980er-Jahre wurde 1991 mit rund 13 000 Insolvenzfällen verzeichnet. Unmittelbar nach der deutschen Vereinigung begannen die Insolvenzzahlen dann stetig zu steigen, am Anfang mit 2-stelligen jährlichen Zuwachsraten (siehe Tabelle 1). Erst in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre schwächten sich die Zuwachsraten deutlich ab. Obwohl 1999 mit der Einführung der neuen Insolvenzordnung auch das vereinfachte Insolvenzverfahren für Verbraucher möglich wurde, kam es in diesem Jahr noch zu keinem nennenswerten Anstieg der Gesamtzahl der Insolvenzen; die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ging sogar zurück (-5%). Dies änderte sich jedoch bereits im folgenden Jahr, als die Möglichkeit der Schuldenregulierung mit Hilfe eines Insolvenzverfahrens stärker wahrgenommen wurde. Seitdem stiegen die Insolvenzzahlen scheinbar unaufhaltsam an. Dieser Effekt verstärkte sich noch, als ab Ende 2001 die Stundungsmöglichkeit der Verfahrenskosten eingeführt wurde.

Im Jahr 2004 wurde mit 118 274 Insolvenzen der vorläufige Höchststand erreicht, der um 17% über der Vorjahreszahl liegt. Die Gerichte mussten damit rund neunmal so viele Insolvenzfälle bearbeiten wie 1991. Dabei lag die Zahl der Unternehmensinsolvenzen 2004 mit 39 213 Fällen sogar geringfügig unter dem Niveau des Vorjahres. Der starke Anstieg der Gesamtzahl in den letzten vier Jahren ist jedoch, wie schon dargestellt, die Folge der Vielzahl von Insolvenzanträgen von natürlichen Personen, die aber keine homogene Gruppe bilden (siehe Tabelle 2 auf S. 341). Zahlenmäßig am größten sind hier die Insolvenzen von Verbrauchern, von denen im Jahr 2004 49 123 die Dienste der Gerichte in Anspruch nahmen, 46% mehr als 2003 (siehe Tabelle 3 auf S. 342). Ebenfalls den natürlichen Personen zugerechnet werden Personen, die früher selbstständig tätig waren. Dabei ist zu unterscheiden zwischen ehemals selbstständig Tätigen mit überschaubaren wirtschaftlichen Verhältnissen (3 868 Insolvenzverfahren) und ehemals Selbstständigen, deren Vermögensverhältnisse nicht überschaubar waren (19 383 Insolvenzverfahren). Überschaubare Vermögensverhältnisse liegen vor, wenn die ehemals selbstständig Tätigen höchstens 19 Gläubiger haben und wenn gegen sie keine unbezahlten Lohn- oder Gehaltsforderungen bestehen. Für die früher Selbstständigen mit überschaubaren Vermögensverhältnissen gilt wie für Verbraucher das vereinfachte Verfahren. Die Insolvenzen von selbstständig Tätigen mit nicht überschaubaren Vermögensverhältnissen haben üblicherweise eine größere finanzielle Bedeutung. Deshalb muss sich dieser Personenkreis, wie die Unternehmen, einem so genannten „Regelinsolvenzverfahren“ mit entsprechendem Ablauf unterziehen. Voraussichtlich wird diese Art von Schuldnern künftig zahlenmäßig an Bedeutung verlieren, da die früheren Zahlungsschwierigkeiten ihrer Firmen noch aus Zeiten resultieren, als das Konkursrecht galt und das Verfahren mangels Masse abgewiesen wurde, weil eine Stundung der Verfahrenskosten nicht möglich war. Weitere 4 237 Personen zogen vor ein Insolvenzgericht in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter eines große-

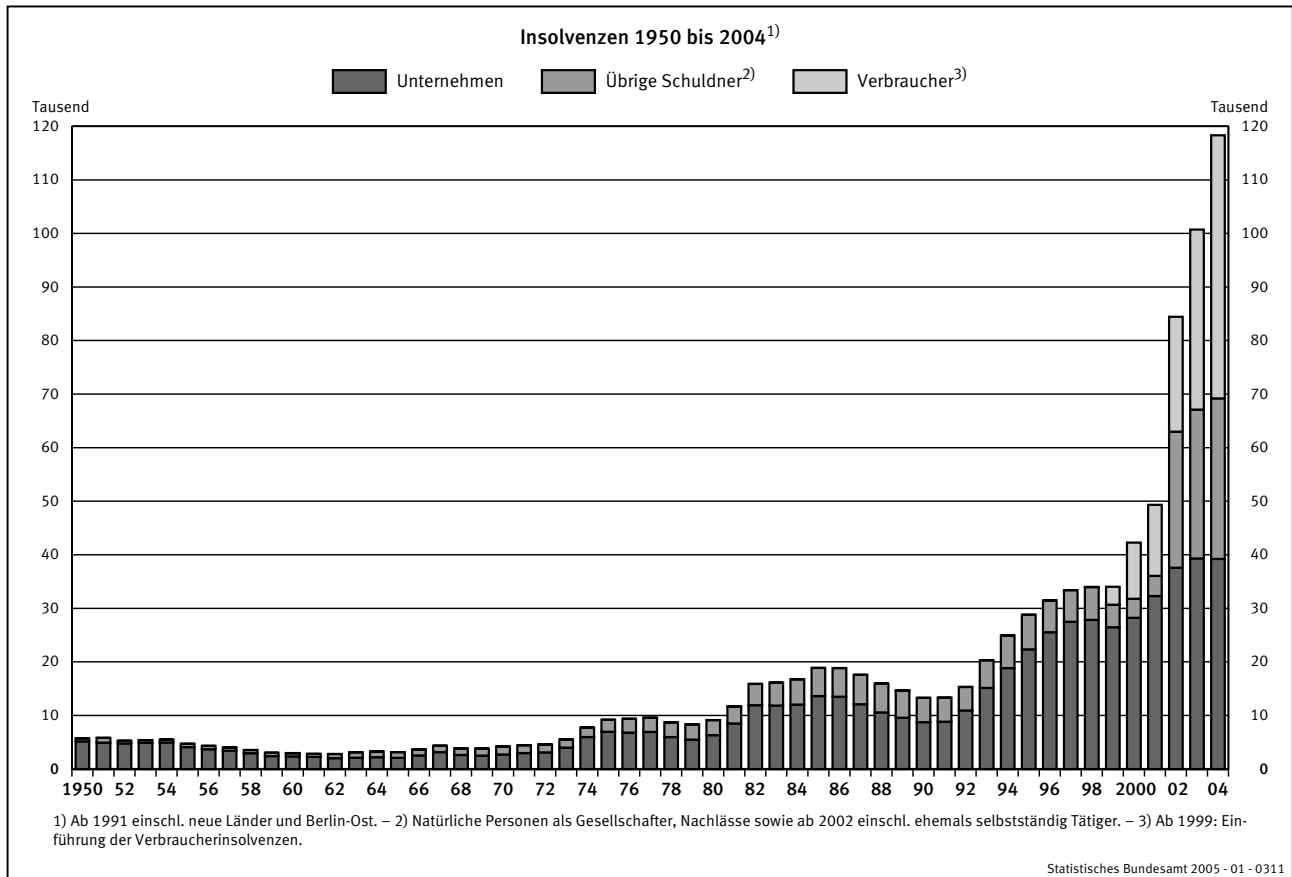
Tabelle 1: Entwicklung der Insolvenzen<sup>1)</sup>

Jahr	Konkurse/Gesamtvollstreckungsverfahren/Insolvenzen <sup>2)</sup>					Insolvenzen			
	eröffnet	mangels Masse abgelehnt	Schuldenbereinigungsplan angenommen	zusammen	Vergleichsverfahren eröffnet	insgesamt	dar.: Unternehmen <sup>3)</sup>	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
								insgesamt	dar.: Unternehmen
	Anzahl							%	
Früheres Bundesgebiet <sup>4)</sup>									
1950	3 286	1 211	X	4 497	1 721	5 735	5 168	+ 35,7	+ 27,7
1960	1 742	947	X	2 689	343	2 958	2 358	- 2,2	- 2,3
1970	2 081	1 862	X	3 943	324	4 201	2 716	+ 10,3	+ 8,9
1980	2 420	6 639	X	9 059	94	9 140	6 315	+ 9,9	+ 15,2
1990	3 214	10 029	X	13 243	42	13 271	8 730	- 9,4	- 9,0
1991	3 236	9 667	X	12 903	39	12 922	8 445	- 2,6	- 3,3
1992	3 691	10 403	X	14 094	37	14 117	9 828	+ 9,2	+ 16,4
1993	4 629	12 853	X	17 482	73	17 537	12 821	+ 24,2	+ 30,5
1994	5 053	14 997	X	20 050	67	20 092	14 913	+ 14,6	+ 16,4
1995	5 616	16 072	X	21 688	56	21 714	16 470	+ 8,1	+ 10,3
1996	6 053	17 010	X	23 063	53	23 078	18 111	+ 6,3	+ 10,0
1997	6 195	17 982	X	24 177	35	24 212	19 348	+ 4,9	+ 6,8
1998	6 268	18 134	X	24 402	30	24 432	19 213	+ 0,9	- 0,7
1999	8 801	13 883	234	22 918	X	22 918	16 772	X	X
2000	14 765	13 994	1 106	29 865	X	29 865	18 062	+ 30,3	+ 7,7
2001	19 383	14 972	1 515	35 870	X	35 870	21 664	+ 20,1	+ 19,9
2002	46 827	15 045	1 001	62 873	X	62 873	26 638	+ 75,3	+ 23,0
2003	59 941	15 864	1 108	76 913	X	76 913	29 584	+ 22,3	+ 11,1
2004	73 754	15 461	1 476	90 691	X	90 691	30 015	+ 17,9	+ 1,5
Neue Länder und Berlin-Ost <sup>5)</sup>									
1991	328	73	X	401	X	401	392	X	X
1992	669	516	X	1 185	X	1 185	1 092	+ 195,5	+ 178,6
1993	1 213	1 548	X	2 761	X	2 761	2 327	+ 133,0	+ 113,1
1994	1 779	3 057	X	4 836	X	4 836	3 911	+ 75,2	+ 68,1
1995	2 408	4 663	X	7 071	X	7 071	5 874	+ 46,2	+ 50,2
1996	2 557	5 836	X	8 393	X	8 393	7 419	+ 18,7	+ 26,3
1997	2 639	6 547	X	9 186	X	9 186	8 126	+ 9,4	+ 9,5
1998	2 695	6 850	X	9 545	X	9 545	8 615	+ 3,9	+ 6,0
1999	3 044	5 703	5	8 752	X	8 752	7 567	X	X
2000	4 277	5 536	68	9 881	X	9 881	8 047	+ 12,9	+ 6,3
2001	4 979	5 691	149	10 819	X	10 819	8 506	+ 9,5	+ 5,7
2002	12 158	4 830	117	17 105	X	17 105	8 847	+ 58,1	+ 4,0
2003	13 812	4 423	155	18 390	X	18 390	7 575	+ 7,5	- 14,4
2004	17 013	4 361	207	21 581	X	21 581	7 296	+ 17,4	- 3,7
Berlin									
1999	410	1 956	2	2 368	X	2 368	2 137	+ 11,7	+ 11,5
2000	656	1 827	30	2 513	X	2 513	2 126	+ 6,1	- 0,5
2001	868	1 697	72	2 637	X	2 637	2 108	+ 4,9	- 0,8
2002	2 706	1 676	68	4 450	X	4 450	2 094	+ 68,8	- 0,7
2003	3 484	1 847	89	5 420	X	5 420	2 161	+ 21,8	+ 3,2
2004	4 268	1 628	106	6 002	X	6 002	1 902	+ 10,7	- 12,0
Deutschland									
1991	3 564	9 740	X	13 304	39	13 323	8 837	X	X
1992	4 360	10 919	X	15 279	37	15 302	10 920	+ 14,9	+ 23,6
1993	5 842	14 401	X	20 243	73	20 298	15 148	+ 32,6	+ 38,7
1994	6 832	18 054	X	24 886	67	24 928	18 837	+ 22,8	+ 24,4
1995	8 024	20 735	X	28 759	56	28 785	22 344	+ 15,5	+ 18,6
1996	8 610	22 846	X	31 456	53	31 471	25 530	+ 9,3	+ 14,3
1997	8 834	24 529	X	33 363	35	33 398	27 474	+ 6,1	+ 7,6
1998	8 963	24 984	X	33 947	30	33 977	27 828	+ 1,7	+ 1,3
1999	12 255	21 542	241	34 038	X	34 038	26 476	+ 0,2	- 4,9
2000	19 698	21 357	1 204	42 259	X	42 259	28 235	+ 24,2	+ 6,6
2001	25 230	22 360	1 736	49 326	X	49 326	32 278	+ 16,7	+ 14,3
2002	61 691	21 551	1 186	84 428	X	84 428	37 579	+ 71,2	+ 16,4
2003	77 237	22 134	1 352	100 723	X	100 723	39 320	+ 19,3	+ 4,6
2004	95 035	21 450	1 789	118 274	X	118 274	39 213	+ 17,4	- 0,3

1) Früheres Bundesgebiet: Konkurse und Vergleichsverfahren ohne Anschlusskonkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorausgegangen ist. Neue Länder und Berlin-Ost: eröffnete und mangels Masse abgelehnte Gesamtvollstreckungsverfahren. – 2) Ab 1999 nur noch Insolvenzen. – 3) Ab 1999 einschl. Kleingewerbe. – 4) Ab 1999 ohne Berlin-West. – 5) Ab 1999 ohne Berlin-Ost.



Schaubild 2



ren Unternehmens, möglicherweise auch als Geschäftsführer, die in Durchgriffhaftung genommen wurden und mit ihrem Privatvermögen haften.

Eines der Ziele der Insolvenzrechtsreform war es, den Anteil der Verfahren zu verringern, bei denen die Vermögen der Schuldner nicht einmal ausreichen, um die Verfahrenskosten zu begleichen. Zu diesem Zweck wurde ein zusätzlicher Eröffnungsgrund, die „drohende Zahlungsunfähigkeit“,

eingeführt, und die so genannten Anfechtungsrechte wurden verschärft. Diese Maßnahme sollte verhindern, dass bei einer herannahenden oder gar geplanten Insolvenz Vermögenswerte auf Dritte übertragen bzw. den Gläubigern entzogen werden. Noch 1998, also unmittelbar vor Inkrafttreten der neuen Insolvenzordnung, wurden nahezu 75% aller Insolvenzanträge mangels Masse abgewiesen. Mit Einführung der Stundung Ende 2001 ging entsprechend der Anteil der masselosen Insolvenzen bis 2004 auf 18%

Tabelle 2: Zusammensetzung der Insolvenzen

Jahr	Insgesamt	Unternehmen		Übrige Schuldner						
				zusammen		natürliche Personen	Nachlässe	Verbraucher	ehemals selbstständig Tätige <sup>1)</sup>	
				Anzahl	%				über-schaubar	nicht über-schaubar
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl						
1992	15 302	10 920	71,4	4 382	28,6	2 491	1 891	X	X	X
1993	20 298	15 148	74,6	5 150	25,4	3 142	2 008	X	X	X
1994	24 928	18 837	75,6	6 091	24,4	3 975	2 116	X	X	X
1995	28 785	22 344	77,6	6 441	22,4	4 170	2 271	X	X	X
1996	31 471	25 530	81,1	5 941	18,9	3 593	2 348	X	X	X
1997	33 398	27 474	82,3	5 924	17,7	3 527	2 397	X	X	X
1998	33 977	27 828	81,9	6 149	18,1	3 703	2 446	X	X	X
1999	34 038	26 476	77,8	7 562	22,2	1 852	2 353	3 357	X	X
2000	42 259	28 235	66,8	14 024	33,2	1 129	2 416	10 479	X	X
2001	49 326	32 278	65,4	17 048	34,6	1 472	2 299	13 277	X	X
2002	84 428	37 579	44,5	46 849	55,5	6 381	2 367	21 441	2 130	14 530
2003	100 723	39 320	39,0	61 403	61,0	3 709	2 393	33 609	2 944	18 748
2004	118 274	39 213	33,2	79 061	66,8	4 237	2 450	49 123	3 868	19 383

1) Deren Vermögensverhältnisse überschaubar bzw. nicht überschaubar sind.

Tabelle 3: Verbraucherinsolvenzen

Jahr	Eröffnete Verfahren	Mangels Masse abgewiesene Verfahren	Schuldenbereinigungsplan angenommen	Verfahren insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum	Durchschnittliche Schulden je Fall
1999	1634	1496	227	3357	X	179
2000	6886	2449	1144	10479	+212,2	189
2001	9070	2552	1655	13277	+26,7	193
2002	19857	489	1095	21441	+61,5	115
2003	32131	244	1234	33609	+56,8	92
2004	47230	252	1641	49123	+46,2	75

zurück. Wenn ein Insolvenzverfahren nur mit Hilfe der Staatskasse eröffnet werden kann, dürften diese Schuldner kaum einen Beitrag zur Tilgung ihrer Verbindlichkeiten bei den Gläubigern leisten können. Auch bei den Anträgen auf Eröffnung eines Unternehmensinsolvenzverfahrens ist die Ablehnungsquote von 71% im Jahr 1998 auf 39% im Jahr 2004 zurückgegangen. Dazu ist aber anzumerken, dass die Stundung der Verfahrenskosten auch von Einzelunternehmen, Freien Berufen und Kleinunternehmen, die als natürliche Personen gelten, in Anspruch genommen werden kann. Diese Schuldnergruppe wies vor der Insolvenzrechtsreform noch eine Ablehnungsquote von 87% auf, heute beträgt die Quote nur noch 25%.

Um daher die Effizienz der neuen Insolvenzordnung hinsichtlich eines verbesserten Gläubigerschutzes beurteilen zu können, dürfen nur die Ablehnungsquoten von Kapital- und Personengesellschaften untersucht werden, denen keine Stundung der Verfahrenskosten zusteht. Tabelle 4 zeigt, dass sich die Ablehnungsquote bei Personengesellschaften von knapp 50 auf 40% verbessert hat und bei Kapitalgesellschaften von 65 auf 50%. Diese Quoten sind aber nach wie vor unbefriedigend, da Kapitalgesellschaften und GmbH & Co. KGs verpflichtet sind, nicht erst bei Zahlungsunfähigkeit, sondern bereits bei Überschuldung nach §19 der Insolvenzordnung einen Insolvenzantrag zu stellen. Da dies in 50% der Fälle nicht geschieht, muss davon ausgegangen werden, dass in vielen Fällen der Straftatbestand der Insolvenzverschleppung besteht. In welchem Umfang dieser gesetzlich geahndet wird, ist statistisch nicht belegbar.

Nach §16 der Insolvenzordnung muss für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens ein Grund gegeben sein. Diese Gründe können Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung sein (siehe Tabelle 5). Seit 1999 besteht die Möglichkeit, schon bei „drohender Zahlungsunfähigkeit“ einen Insol-

venzantrag zu stellen. Dieser zusätzliche Eröffnungsgrund sollte den Anteil der Eröffnungen erhöhen und wegen der frühen Antragstellung die Sanierung des Unternehmens erleichtern. Der neue Eröffnungsgrund hat sich jedoch nicht durchgesetzt, da bei den 39213 Insolvenzanträgen gegen Unternehmen nur in 336 Fällen (0,9%) dieser Grund genannt wurde. In 70% der Fälle war die Unfähigkeit, seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, Grund für den Insolvenzantrag.

Tabelle 5: Unternehmensinsolvenzen nach Antragstellern, Eröffnungsgründen und Art der Verwaltung

Gegenstand der Nachweisung	2002	2003	2004
Insgesamt .....	37 579	39 320	39 213
Antragsteller			
Gläubiger .....	10 227	10 741	10 606
Schuldner .....	27 352	28 579	28 607
Eröffnungsgründe			
Zahlungsunfähigkeit .....	23 809	25 687	27 022
Drohende Zahlungsunfähigkeit ..	323	300	216
Überschuldung .....	920	491	414
Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung .....	12 484	12 801	11 441
Drohende Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung .....	43	41	120
Eigenverwaltung			
Angeordnete Eigenverwaltung ...	235	185	173

Außer den Eröffnungsgründen teilen die Gerichte auch mit, ob der Schuldner selbst oder ein Gläubiger den Insolvenzantrag gestellt hat. Überwiegend geschieht dies bei Unternehmen durch den Schuldner, und zwar im Verhältnis 3 zu 1. Der Antrag auf Eröffnung eines Verbraucherinsolvenzverfahrens kann nur vom Schuldner selbst gestellt werden.

Als ein weiteres Instrument der Sanierung wurde 1999 auch der so genannte „Insolvenzplan“ eingeführt, der das frühere Vergleichsverfahren ersetzt. In diesem Zusammenhang ist die so genannte „Eigenverwaltung“ zu sehen, bei der mit Zustimmung der Gläubiger oder auf Anordnung der Gerichte anstelle des Insolvenzverwalters den Schuldnern selbst die Aufgabe übertragen wird, ihr Vermögen unter Aufsicht eines so genannten „Sachwalters“ zu verwalten und gegebenenfalls zu verwerten. Dieses neue Instrument der Insolvenzbewältigung wird jedoch kaum genutzt. Anscheinend haben die Gläubiger oder die Gerichte wenig Vertrauen in die wirtschaftlichen Fähigkeiten der Schuldner, denn nur in 173 von 39213 Fällen wurde eine Eigenverwaltung angeordnet.

Tabelle 4: Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften

Rechtsform	1998		1999		2000		2001		2002		2003		2004	
	Anzahl	Ablehnungsquote <sup>1)</sup>	Anzahl	Ablehnungsquote <sup>1)</sup>	Anzahl	Ablehnungsquote <sup>1)</sup>	Anzahl	Ablehnungsquote <sup>1)</sup>	Anzahl	Ablehnungsquote <sup>1)</sup>	Anzahl	Ablehnungsquote <sup>1)</sup>	Anzahl	Ablehnungsquote <sup>1)</sup>
Personengesellschaften <sup>2)</sup> ..	1 456	47,4	1 983	46,8	2 211	44,3	2 624	42,1	3 194	40,4	3 269	40,9	3 071	39,6
Kapitalgesellschaften <sup>3)</sup> ....	16 492	65,5	15 905	59,7	16 008	55,2	18 299	51,6	20 401	51,2	20 542	50,9	19 353	50,6
Zusammen ...	17 948	64,0	17 888	58,3	18 219	53,9	20 923	50,5	23 595	49,7	23 811	49,5	22 424	49,1

1) Anteil der mangels Masse abgewiesenen Verfahren in % - 2) OHG, KG, GmbH & Co. KG, GbR usw. - 3) GmbH und AG.

## Voraussichtliche Forderungen und Größe der Unternehmen

Für die Beurteilung des Insolvenzgeschehens ist nicht allein die Zahl der Insolvenzen maßgeblich, sondern auch die Höhe der Forderungen und die Größe der betroffenen Unternehmen (siehe Tabelle 6).

Tabelle 6: Voraussichtliche Forderungen und Beschäftigte

Jahr	Voraussichtliche Forderungen			Beschäftigte <sup>1)</sup>	
	insgesamt	dar.: Verbraucher	je Fall <sup>2)</sup>	insgesamt	je Fall
	Mrd. EUR		1 000 EUR	Anzahl	
1991	6,3	.	480	.	.
1992	7,7	.	500	.	.
1993	14,8	.	730	.	.
1994	17,9	.	720	.	.
1995	16,7	.	580	.	.
1996	21,9	.	700	.	.
1997	19,7	.	590	.	.
1998	20,1	.	590	.	.
1999	17,3	0,5	620	.	.
2000	24,0	1,8	760	181 318	8
2001	30,9	2,5	820	202 829	9
2002	61,5	2,4	1 200	273 501	9
2003	42,0	3,1	730	218 990	6
2004	39,2	3,7	632	199 986	6

1) Bis 2001 ohne Kleingewerbe, ab 2002 einschl. Kleingewerbe. – 2) Ohne Berücksichtigung der Verbraucher und ab 2002 auch ohne ehemals selbstständig Tätige.

Die Ermittlung der Forderungen erfolgt in zwei Schritten: Zusammen mit den monatlichen Insolvenzzahlen wird von den Gerichten die Höhe der voraussichtlichen Forderungen mitgeteilt. Die Feststellung dieser voraussichtlichen Forderungen erfolgt zu einem relativ frühen Zeitpunkt im Verfahrensablauf, nämlich wenn die Entscheidung getroffen wird, ob ein Verfahren eröffnet oder mangels Masse abgelehnt werden soll. Zu diesem Zeitpunkt ist noch keine öffentliche Aufforderung an die Gläubiger ergangen, ihre Ansprüche bei Gericht geltend zu machen. Daher sind die Forderungssummen oftmals nur geschätzt und nur als Mindestsummen anzusehen. In einem zweiten Schritt sind die Gerichte zwei Jahre nach dem Eröffnungsjahr gehalten, den Ausgang des Verfahrens und die festgestellten Forderungen und Erlöse aus der Verwertung des Schuldnervermögens anzugeben. Seit Einführung der neuen Insolvenzordnung war es bisher nicht möglich, diese Ergebnisse zu veröffentlichen, da die Angaben der Gerichte nicht repräsentativ waren. Begründet wird dies durch den erhöhten Arbeitsanfall und die längere Verfahrensdauer, insbesondere bei großen Unternehmen. Daher ist geplant, für diese Informationen künftig auf die Unterstützung der Insolvenzverwalter zurückzugreifen, da sie einen genaueren Überblick über den Stand des Verfahrens besitzen.

Im Jahr 2004 wurden von den Gerichten die offenen Forderungen der Gläubiger mit 39,2 Mrd. Euro beziffert. Obwohl die Unternehmensinsolvenzen nur etwa ein Drittel aller

Insolvenzen ausmachten, entfielen auf sie zwei Drittel der Forderungen. Für die knapp 50 000 Verbraucherinsolvenzen wurden Forderungen in einer Gesamthöhe von 3,7 Mrd. Euro veranschlagt. Bei über zwei Dritteln der Verbraucherinsolvenzen beliefen sich die Forderungen auf weniger als 50 000 Euro.

Trotz höherer Insolvenzzahlen lag die gesamte Forderungshöhe 2004 um 7% unter der des Jahres 2003 (42 Mrd. Euro). Dies hängt mit der Entwicklung bei den Unternehmensinsolvenzen zusammen. Zwar war die Zahl der Unternehmensinsolvenzen etwa gleich hoch wie im Vorjahr, die Zusammenbrüche größerer Unternehmen, wie die von Personen- und Kapitalgesellschaften, sind jedoch zurückgegangen. Dies hatte zur Folge, dass die Zahl der Insolvenzen mit einer Forderungshöhe von über 5 Mill. Euro um über 10% abgenommen hat.

Die Größe eines insolventen Unternehmens kann anhand seiner Belegschaft bestimmt werden. Die Gerichte sind verpflichtet, die Zahl der zum Zeitpunkt der Antragstellung im Unternehmen beschäftigten Personen anzugeben. Diese Zahl sollte aber nicht – wie das manchmal geschieht – mit den „durch Insolvenzen vernichteten Arbeitsplätzen“ gleichgesetzt werden. Zum einen vernichtet nicht das Insolvenzverfahren die Arbeitsplätze, sondern die Umstände, die zur Insolvenz geführt haben. Zum anderen gehen im Insolvenzfall nicht alle Arbeitsplätze verloren, da Betriebe oft durch Insolvenzverwalter weitergeführt oder veräußert werden. Andererseits ist davon auszugehen, dass bis zur Antragstellung bereits Arbeitsplätze abgebaut wurden. Beeinträchtigt wird die Genauigkeit dieser Angaben dadurch, dass knapp 15% der Meldungen der Gerichte keine Aussagen zu den Beschäftigten enthielten.

Im Jahr 2004 waren rund 200 000 Beschäftigte von einem Insolvenzverfahren betroffen, nach 220 000 Beschäftigten im Vorjahr. Auch diese Entwicklung bestätigt die Feststellung, dass im Jahr 2004 weniger größere Unternehmen insolvent geworden sind. Die Hälfte aller Unternehmen, für die Angaben zur Größe vorlagen, beschäftigte zum Zeitpunkt der Insolvenz keine Arbeitnehmer, weitere 31% beschäftigten 5 oder weniger Personen. Nur in 227 Fällen (0,7%) waren mehr als 100 Personen betroffen.

## Rechtsform, Wirtschaftszweig und Alter der Unternehmen

Zur Bestimmung von Schwerpunkten im Insolvenzgeschehen dienen die Angaben zu Wirtschaftszweig, Rechtsform und Alter der Unternehmen.

Von den 39 213 Unternehmen, die 2004 den Gang zum Insolvenzgericht antreten mussten, war knapp die Hälfte (48%) als GmbH im Handelsregister eingetragen, 42% waren Einzel- oder Kleinunternehmen und freiberuflich Tätige. Weitere 5% entfielen auf GmbH & Co. KGs und 2% auf Gesellschaften bürgerlichen Rechts, die beide den Personengesellschaften zugerechnet werden. Reine OHGs und KGs, bei denen die Gesellschafter uneingeschränkt haften, machten nur einen Anteil von 1% aus. Auch Aktien-

Tabelle 7: Insolvenzen nach Rechtsformen, Wirtschaftszweigen, Forderungs- und Beschäftigtengrößenklassen sowie Alter der Unternehmen

Gegenstand der Nachweisung	2001	2002	2003	2004	Veränderung 2004 gegenüber 2003	Insolvenzhäufigkeit <sup>1)</sup> 2004
	Anzahl				%	
Unternehmen insgesamt .....	32 278	37 579	39 320	39 213	-0,3	134
nach Rechtsformen						
Einzelunternehmen, Kleingewerbe ...	11 026	13 554	15 042	16 299	+8,4	80
Personengesellschaften .....	2 624	3 194	3 266	3 071	-6,0	83
GmbH .....	17 857	19 770	20 038	18 938	-5,5	228
Aktiengesellschaften, KGaA .....	442	631	508	415	-18,3	277
Sonstige Rechtsformen .....	329	430	466	490	+5,2	91
nach Wirtschaftszweigen						
Verarbeitendes Gewerbe .....	3 655	4 344	4 555	3 996	-12,3	140
Baugewerbe .....	9 026	9 160	8 699	8 595	-1,2	269
Handel .....	6 005	7 491	7 912	7 831	-1,0	111
Gastgewerbe .....	2 204	2 655	3 105	3 437	+10,7	139
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2 137	2 451	2 593	2 538	-2,1	203
Kredit- und Versicherungsgewerbe ...	233	383	438	440	+0,5	281
Sonstige Dienstleistungen .....	8 422	10 470	11 281	11 618	+3,0	102
Übrige Wirtschaftsbereiche .....	596	625	737	758	+2,8	90
nach Forderungsgrößenklassen						
von ... bis unter ... EUR						
unter 50 000 .....	7 055	7 562	8 685	9 452	X	X
50 000 – 250 000 .....	11 557	14 307	15 420	15 999	X	X
250 000 – 500 000 .....	4 819	5 838	5 831	5 558	X	X
500 000 – 1 Mill. ....	3 290	3 958	3 934	3 546	X	X
1 Mill. – 5 Mill. ....	3 271	3 935	3 793	3 370	X	X
5 Mill. – 25 Mill. ....	748	888	770	675	X	X
25 Mill. und mehr .....	120	169	113	98	X	X
unbekannt .....	1 418	922	774	515	X	X
nach Beschäftigtengrößenklassen <sup>2)</sup>						
von ... bis ... Beschäftigte						
kein(e) Beschäftigte(r) .....	7 586	12 935	15 928	16 778	X	X
1 .....	2 461	4 182	4 476	4 345	X	X
2 – 5 .....	5 682	6 481	6 652	6 231	X	X
6 – 10 .....	2 584	2 806	2 719	2 435	X	X
11 – 100 .....	3 538	4 237	4 043	3 564	X	X
mehr als 100 .....	264	373	265	227	X	X
unbekannt .....	6 368	6 565	5 237	5 633	X	X
nach Altersklassen <sup>2)</sup>						
bis 3 Jahre alt .....	8 353	8 637	8 355	7 805	X	X
4 bis unter 8 Jahre alt .....	7 258	8 947	8 875	8 679	X	X
8 Jahre und älter .....	9 132	11 376	12 404	12 196	X	X
unbekannt .....	7 535	8 619	9 686	10 533	X	X

1) Bezogen auf 10 000 Unternehmen. Berechnet anhand der Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 2002 (Steuerpflichtige mit einem jährlichen Umsatz von mehr als 16 620 EUR). – 2) Ab 2002 einschl. Kleingewerbe.

gesellschaften waren nur zu 1% am Insolvenzgeschehen beteiligt. Auf sie entfielen rund 6% der Forderungen. Während die Zahlen der Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften zurückgegangen sind, nahmen die Insolvenzen von Einzel- und Kleinunternehmen und freiberuflich Tätigen aus den genannten Gründen zu (um rund 8%; siehe Tabelle 7).

Um die Anfälligkeit einzelner Rechtsformen für eine Insolvenz beurteilen zu können, werden die Insolvenzen der Unternehmen der einzelnen Rechtsformen zu der Zahl der bestehenden Unternehmen in Beziehung gesetzt. Als Bezugsbasis für den Unternehmensbestand nach Rechtsformen steht bisher nur die Zahl der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen mit einem Jahresumsatz von über 16 620 Euro

zur Verfügung. Allerdings sind in der Umsatzsteuerstatistik insbesondere die Kapitalgesellschaften unterrepräsentiert. Es gibt schätzungsweise 350 000 GmbHs und 7 000 AGs, die in der Umsatzsteuerstatistik nicht dargestellt sind, weil sie zum Beispiel nur als Beteiligungsgesellschaften fungieren. Diese Schätzungen beruhen auf einer Fortschreibung der 1993 eingestellten Bestandsstatistik der Kapitalgesellschaften. Selbst wenn diese höhere Bestandszahl für AGs und GmbHs zugrunde gelegt wird, weisen die AGs mit 277 und die GmbHs mit 228 Insolvenzen je 10 000 bestehenden Unternehmen die größte Insolvenzhäufigkeit auf. Von 10 000 bestehenden Personengesellschaften (einschl. GmbH & Co. KGs) waren dagegen nur 83 Gesellschaften in ein Insolvenzverfahren verwickelt. Ab 2005 werden auch die Insolvenzen von Private Companies Limited by Shares

(Ltd.)<sup>1)</sup>, deren Rechtsfähigkeit im Inland der Europäische Gerichtshof 2004 ausdrücklich bestätigt hat, gesondert nachgewiesen.

Im Zuge der öffentlichen Bekanntmachungspflicht ist auch der Geschäftszweig der Unternehmen anzugeben. In der Statistik wird der Geschäftszweig nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003) bestimmt. Danach waren 2004 rund 30% aller insolventen Unternehmen im Dienstleistungssektor tätig. Weitere 22% hatten ihren Schwerpunkt im Baugewerbe, 20% im Handel und 10% im Verarbeitenden Gewerbe. Gemessen an der Zahl der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen weist das Baugewerbe mit 269 Insolvenzen je 10 000 Unternehmen den höchsten Wert auf. Zwar ist die Quote des Kredit- und Versicherungsgewerbes mit 281 noch höher, es ist jedoch davon auszugehen, dass viele Kredit- und Versicherungsvermittler nicht der Umsatzsteuerpflicht unterliegen und deshalb die Bezugzahl hier zu niedrig ist. Die niedrigste Quote mit 111 Insolvenzen je 10 000 Unternehmen lässt sich für den Handel ermitteln.

Eine tiefere Untergliederung zeigt, in welchen Wirtschaftsbereichen es im Jahr 2004 zu besonders starken Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr gekommen ist. Hohe Zuwachsraten wiesen die Handelsvermittlung (+31%), Frisör- und Kosmetiksalons (+28%), Gebäudereinigung (+15%) und das Gastgewerbe (+11%) auf. Zu stärkeren Rückgängen kam es bei der Herstellung von Ausbauelementen aus Metall (-26%), im Verlags- und Druckgewerbe (-21%) und im Maschinenbau (-8%), die zum Verarbeitenden Gewerbe gehören, sowie im Bereich Datenverarbeitung und Datenbanken (-18%) und bei den Bauträgern (-13%). Diese Aufzählungen können nur beispielhaft sein. Die spezifische Entwicklung einzelner Branchen ist in der Fachserie 2 „Unternehmen und Arbeitsstätten“, Reihe 4.1 „Insolvenzverfahren“ enthalten, die im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes unter <http://www.destatis.de/shop/> zur Verfügung steht.

Die insolventen Unternehmen können nach drei Altersgruppen unterschieden werden. Diese Angaben beruhen auf den Meldungen der Gerichte über das Gründungsjahr des Unternehmens. Mehr als ein Viertel aller Personen- und Kapitalgesellschaften, für die eine Altersangabe vorliegt, waren nicht einmal drei Jahre alt, als sie den Gang vor das Insolvenzgericht angetreten haben. Weitere 28% überlebten das Gründungsjahr nur um vier bis sieben Jahre, und 45% hatten zum Zeitpunkt der Insolvenz acht Jahre und länger bestanden. Die Feststellung des Gründungsjahres bereitet den Gerichten jedoch insbesondere bei Einzel- und Kleinunternehmen große Mühe, denn bei 55% der Unternehmen dieser Rechtsform fehlt die entsprechende Angabe. Deshalb ist eine Aussage über die Altersgliederung für die Gesamtheit der Unternehmen nicht zweckmäßig. Auch wenn die Vergleichbarkeit mit früheren Jahren wegen der vielen unbekanntenen Fälle eingeschränkt ist, zeigt sich, dass der Anteil der älteren Unternehmen am Insolvenzenge-

schehen zunimmt. Im Jahr 2001 beispielsweise waren 33% der Unternehmen höchstens drei Jahre alt geworden und 38% acht Jahre und älter.

## Bezieher von Insolvenzgeld

Bei Eintritt einer Insolvenz haben Arbeitnehmer Anspruch auf die für die vorangegangenen drei Monate ausstehenden Lohn- und Gehaltszahlungen. Diese Leistung wird von der Bundesagentur für Arbeit als so genanntes Insolvenzgeld ausbezahlt. Die dafür verwendeten Gelder werden von den Berufsgenossenschaften bei der Solidargemeinschaft der Arbeitgeber erhoben. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit wurde im Jahr 2004 277 000 Arbeitnehmern ein Insolvenzgeld bewilligt, nach 285 000 im Vorjahr. Auch diese Entwicklung bestätigt, dass 2004 zwar die Zahl der Unternehmensinsolvenzen etwa gleich hoch war wie im Vorjahr, aber im Durchschnitt weniger Arbeitnehmer betroffen waren.

Bezieher von Konkursausfallgeld bzw. Insolvenzgeld  
1 000

1975	98
1980	62
1990	63
1995	220
1996	267
1997	262
1998	251
1999	240
2000	245
2001	275
2002	301
2003	285
2004	277

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg.

## Insolvenzen in den Ländern

Die Gesamtzahl der Insolvenzen ist im Jahr 2004 in allen Bundesländern mehr oder weniger stark gestiegen (siehe Tabelle 8 auf der folgenden Seite). Die höchsten Zuwachsraten wiesen Bremen (+26%) und Niedersachsen (+25%) auf, die niedrigsten Thüringen (+7%) und Hamburg (+9%). Dagegen war die Insolvenzentwicklung bei den Unternehmen überwiegend rückläufig, am stärksten in Berlin (-12%) und Hamburg (-11%). Einen Anstieg um mehr als 5% verzeichneten hier Bremen (+9%), Schleswig-Holstein (+7%) und Nordrhein-Westfalen (+5%). Bezieht man die Unternehmensinsolvenzen auf den gesamten Unternehmensbestand, so wurden in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern mit 255 bzw. 205 Insolvenzen je 10 000 Unternehmen die höchsten Quoten verzeichnet (siehe Tabelle 7), die niedrigsten in Baden-Württemberg (78) und Bayern (89).

Entsprechende Differenzierungen lassen sich auch für die Verbraucherinsolvenzen ermitteln. Auf 100 000 Einwohner

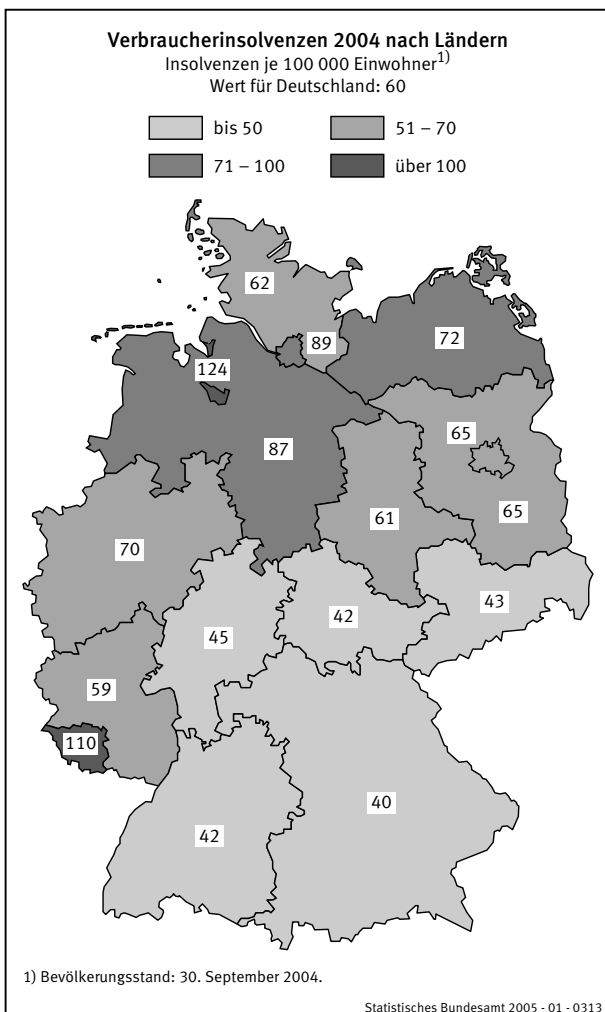
<sup>1)</sup> Die Private Company Limited by Shares des britischen Gesellschaftsrechts entspricht in etwa der deutschen GmbH.

Tabelle 8: Insolvenzen und Insolvenzhäufigkeiten nach Ländern

Land	Insolvenzen								Häufigkeiten <sup>1)</sup> der Unternehmens- insolvenzen im Jahr 2004
	insgesamt			dar.: Unternehmen <sup>2)</sup>					
	2002	2003	2004	2002	2003	2004	2003 gegenüber 2002	2004 gegenüber 2003	
	Anzahl						%		Anzahl
Baden-Württemberg .....	8 487	9 418	11 590	3 366	3 234	3 190	-3,9	-1,4	78
Bayern .....	10 112	11 847	13 522	4 687	4 818	4 564	+2,8	-5,3	89
Berlin .....	4 450	5 420	6 002	2 094	2 161	1 902	+3,2	-12,0	171
Brandenburg .....	3 276	3 378	4 185	1 592	1 195	1 259	-24,9	+5,4	163
Bremen .....	1 309	1 216	1 527	313	297	324	-5,1	+9,1	150
Hamburg .....	2 198	2 717	2 947	809	1 010	896	+24,8	-11,3	116
Hessen .....	5 123	6 477	7 530	2 231	2 337	2 383	+4,8	+2,0	103
Mecklenburg- Vorpommern .....	2 505	2 793	3 413	1 146	1 108	1 029	-3,4	-7,1	205
Niedersachsen .....	9 138	11 395	14 197	2 680	3 115	3 166	+16,2	+1,6	127
Nordrhein-Westfalen .....	17 394	22 787	26 980	9 369	11 393	12 012	+21,6	+5,4	192
Rheinland-Pfalz .....	4 123	4 789	5 476	1 497	1 549	1 557	+3,5	+0,5	103
Saarland .....	1 276	1 760	1 938	298	410	407	+37,6	-0,7	120
Sachsen .....	4 957	5 629	6 523	2 727	2 430	2 344	-10,9	-3,5	175
Sachsen-Anhalt .....	3 704	3 617	4 280	2 012	1 803	1 675	-10,4	-7,1	255
Schleswig-Holstein .....	3 712	4 507	4 984	1 388	1 420	1 516	+2,3	+6,8	150
Thüringen .....	2 663	2 970	3 180	1 370	1 040	989	-24,1	-4,9	136
Deutschland ...	84 427	100 720	118 274	37 579	39 320	39 213	+4,6	-0,3	134

1) Bezogen auf 10 000 Unternehmen. Berechnet anhand der Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 2002 (Steuerpflichtige mit einem jährlichen Umsatz von mehr als 16 620 EUR). – 2) Einschl. Kleingewerbe.

Schaubild 3



kamen in Bayern 40 und in Baden-Württemberg und Thüringen jeweils 42 Verbraucherinsolvenzen. Etwa dreimal so hohe Werte wiesen Bremen mit 124 und das Saarland mit 110 auf (siehe Schaubild 3). [u](#)

Dipl.-Volkswirt Erwin Wartenberg

# Entwicklung im Gastgewerbe im Jahr 2004: Abgeschwächter Umsatzrückgang

Im vergangenen Jahr ging der Umsatz im Gastgewerbe nach den beträchtlichen Umsatzeinbußen in den Jahren 2002 (nominal – 4,6%, real – 8,1%) und 2003 (nominal – 5,0%, real – 5,8%) zwar wiederum zurück, nominal aber nur noch um 1,3% (real – 2,1%). Dabei war die Entwicklung in den einzelnen Sparten des Gastgewerbes unterschiedlich: Während der Jahresumsatz im Beherbergungsgewerbe um 1,1% (real 0,3%) und bei den Kantinen und Caterern um 1,6% (real + 0,5%) zunahm, sank er im Gaststättengewerbe um 3,5% (real – 4,3%). In den beiden Jahren zuvor war der Umsatz noch in allen Bereichen des Gastgewerbes zurückgegangen.<sup>1)</sup>

Die Beschäftigung insgesamt nahm 2004 um 1,2% zu. Dabei hat sich die im Vorjahr beobachtete Tendenz fortgesetzt: Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten sank weiter um 3,4%, die der Teilzeitbeschäftigten stieg dagegen um 6,3%.

## Vorbemerkung

Der Beobachtung der konjunkturellen Entwicklung des Gastgewerbes<sup>2)</sup> liegen Meldungen einer Stichprobe von rund 9 000 Unternehmen zur Gastgewerbestatistik zugrunde, die die Grundgesamtheit von rund 180 000 Unternehmen im Gastgewerbe repräsentieren. Im Rahmen der Gastgewerbestatistik berichten die ausgewählten Unternehmen monat-

lich über ihren Umsatz sowie die Anzahl ihrer Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten. Die Durchführung der Gastgewerbestatistik ist im Handelsstatistikgesetz<sup>3)</sup> gesetzlich geregelt. Mit den Ergebnissen der Gastgewerbestatistik können von Deutschland auch die Anforderungen der Konjunkturverordnung<sup>4)</sup> der Europäischen Union (EU) für die Bereitstellung von Konjunkturdaten für den Bereich Gastgewerbe erfüllt werden. Das methodische Konzept entspricht in vollem Umfang den Vorgaben für die EU-weit harmonisierten Konjunkturstatistiken: Es werden nur die Umsätze und Beschäftigten von Unternehmen erfasst, die schwerpunktmäßig Gastgewerbe betreiben, also nicht solche von Arbeitsstätten von Unternehmen, die nicht dem Gastgewerbe zuzuordnen sind, wie zum Beispiel in Möbel-, Kauf- und Warenhäusern betriebene Cafeterias oder Restaurants.

## In den letzten zehn Jahren nur während der Zeit der EXPO Umsatzanstieg im Gastgewerbe

Ein Rückblick auf die Umsatzentwicklung des Gastgewerbes in den letzten zehn Jahren belegt, dass das Gastgewerbe in der Tendenz nicht zu den Wachstumsbranchen gehörte. Im Jahr 1994 lagen per saldo die im Gastgewerbe erzielten

1) Siehe Fischer, I.: „Entwicklung im Gastgewerbe im Jahr 2003“ in WiSta 3/2004, S. 315 ff.

2) Nach der NACE Rev. 1, der EU-einheitlichen Wirtschaftszweigklassifikation, werden unter dem Begriff „Gastgewerbe“ die Unternehmen zusammengefasst, die ausschließlich Beherbergungs- oder Gaststättenleistungen (einschl. Kantinen und Caterer) anbieten. NACE ist die Abkürzung für «Nomenclature statistique des activités économiques dans la Communauté européenne» (Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft).

3) Handelsstatistikgesetz (HdlStatG) vom 10. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3438) in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 21. August 2002 (BGBl. I S. 3322).

4) Verordnung (EG) Nr. 1165/98 des Rates vom 19. Mai 1998 über Konjunkturstatistiken (Amtsbl. der EG Nr. L 162, S. 1).

Tabelle 1: Entwicklung des Gastgewerbeumsatzes<sup>1)</sup> im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt und zum Privaten Verbrauch

Jahr	Gastgewerbeumsatz				Bruttoinlandsprodukt		Privater Verbrauch <sup>2)</sup>	
	nominal	real <sup>3)</sup>	nominal	real <sup>3)</sup>	nominal	real <sup>4)</sup>	nominal	real <sup>4)</sup>
	Messzahlen 2000 = 100		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
1994	103,0	111,6	-0,0	-1,4	+4,9	+2,3	+3,7	+1,1
1995	103,0	109,0	-0,1	-2,3	+3,8	+1,7	+4,0	+2,1
1996	100,7	105,4	-2,2	-3,3	+1,8	+0,8	+2,7	+1,0
1997	99,8	101,0	-0,9	-4,2	+2,1	+1,4	+2,6	+0,6
1998	98,4	100,6	-1,4	-0,4	+3,1	+2,0	+2,9	+1,8
1999	98,9	99,9	+0,5	-0,6	+2,6	+2,0	+4,0	+3,7
2000	100	100	+1,1	+0,1	+2,6	+2,9	+3,5	+2,0
2001	100,9	99,2	+0,8	-0,8	+2,2	+0,8	+3,4	+1,7
2002	96,2	91,2	-4,6	-8,1	+1,6	+0,1	+0,4	-0,7
2003	91,4	85,9	-5,0	-5,8	+1,0	-0,1	+1,1	+0,0
2004 <sup>5)</sup>	90,2	84,1	-1,3	-2,1	+2,3	+1,6	+1,2	-0,4

1) Hochgerechnete Ergebnisse der repräsentativen Stichprobenerhebung. – Umsatz ohne Umsatzsteuer. – 2) Stand: März 2005. – 3) In Preisen des Jahres 2000. – 4) In Preisen des Jahres 1995. – 5) Vorläufiges Ergebnis.

Umsätze nominal um 14,2% und real um 32,7% höher als 2004. Dabei wurden von 1994 bis 2004 nicht kontinuierlich Umsatzrückgänge festgestellt, sondern es gab dazwischen auch den Zeitraum von 1999 bis 2001, also die Zeit vor, während und kurz nach der Weltausstellung EXPO in Deutschland, in der der Umsatz im Gastgewerbe zumindest nominal leicht expandierte. Anschließend folgten für die Unternehmen im Gastgewerbe Jahre mit besonders starken Umsatzrückgängen; das Ausmaß der Umsatzrückgänge in den Jahren 2002 und 2003 und abgeschwächt im Jahr 2004 trug nachhaltig zu der oben dargestellten negativen Zehnjahresbilanz bei (siehe Tabelle 1).

### Anteil des Gastgewerbeumsatzes am Privaten Konsum erneut gesunken

Die allgemeinen volkswirtschaftlichen Kennziffern zur Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland fielen im abgelaufenen Jahr 2004 weit günstiger aus als die für das Gastgewerbe ermittelten. Nach zwei Jahren schwachen Wachstums (2002: real +0,1%; 2003: real -0,1%) stieg das Bruttoinlandsprodukt 2004 um real 1,6%. In den drei Jahren von 2002 bis 2004 nahm der Konsum der privaten Haushalte in jeweiligen Preisen von 1 199,26 Mrd. Euro auf 1 225,87 Mrd. Euro zu, gleichzeitig ging der Gastgewerbeumsatz zurück, sodass der Anteil des Gastgewerbeumsatzes an den gesamten Konsumausgaben im Jahr 2004 nur noch 4,5% betrug und damit gegenüber 1991 deutlich an Gewicht verloren hat.

Anteil des Gastgewerbeumsatzes an den gesamten Konsumausgaben Prozent			
1991	1995	2000	2004
5,8	5,5	5,0	4,5

Die Ausgaben der privaten Haushalte im Inland für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen beliefen sich

2004 auf nominal 49,31 Mrd. Euro und real 43,08 Mrd. Euro<sup>3)</sup>. Sie blieben auf dem gleichen Niveau wie im Jahr zuvor.

Gemessen an der Beschäftigung ist die volkswirtschaftliche Bedeutung des Gastgewerbes – wie bei anderen Dienstleistungsbereichen auch – weit höher als der Beitrag dieses Bereiches zum realen Bruttoinlandsprodukt, der sich auf 0,8% beläuft. Im Gastgewerbe waren 2004 rund 1,02 Mill. Personen<sup>6)</sup> beschäftigt, das sind rund 2,7% aller Erwerbstätigen.

### Abwärtstrend im Gastgewerbe deutlich schwächer

Der Trend der Entwicklung des Umsatzes im Gastgewerbe – nominal und in konstanten Preisen – wird in der Darstellung der Trend-Konjunktur-Komponente (berechnet nach dem Berliner Verfahren, Version 4.1 – BV 4.1) im Schaubild 1 veranschaulicht. Der Ende 2001 einsetzende Abwärtstrend der Umsätze im Gastgewerbe hat sich im Jahr 2004 abgeschwächt. Die Trend-Konjunktur-Komponente ist unabhängig von kurzfristigen Schwankungen der Originalwerte, da sie um saisonale und kalenderbedingte Einflüsse und andere Störfaktoren bereinigt wurde. Sie eignet sich somit für die Darstellung des langfristigen Trends einer Zeitreihe.

Das auffallend starke Absinken der Trend-Konjunktur-Komponenten für den nominalen und realen Umsatz setzt im Jahr 2002 ein, also in dem Jahr, in dem der Euro die Deutsche Mark ersetzte. Dies kann nicht anders als aus der Preisentwicklung im Gastgewerbe bei der Euro-Umstellung erklärt werden. Die Verbraucher klagten damals über stark gestiegene Preise im Gastgewerbe. Als Folge ging binnen Jahresfrist der Umsatz im Gastgewerbe in jeweiligen Preisen um 7,1% zurück, real sogar um 9,1%. In jenem Jahr stieg der Teilindex für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen mit +3,6% weit stärker als der Verbraucherpreisindex für Deutschland insgesamt (+1,4%). Die

5) Die Differenz zwischen den Umsätzen im Gastgewerbe und den Ausgaben für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist damit zu erklären, dass sich dort nicht alle Ausgaben auf die Unternehmen des Gastgewerbes konzentrieren (siehe Vorbemerkung).

6) Berechnet aus der Fortschreibung des Ergebnisses aus der Jahreserhebung im Gastgewerbe anhand der Ergebnisse aus den Monaterhebungen.



Verbraucher reagierten also auf die überdurchschnittlich gestiegenen Preise im Gastgewerbe mit einer starken Reduzierung ihrer Nachfrage. In den Folgejahren 2003 und 2004 verzichteten die Unternehmen offensichtlich weitgehend auf Preissteigerungen, sodass die Jahresveränderungsrate des Teilindex für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen dann mit +0,9% (2003) bzw. +0,8% (2004) sogar niedriger ausfiel als die des Verbraucherpreisindex insgesamt (2003: +1,1%, 2004: +1,6%). Nach den schweren Einbußen im Jahr 2002 ging die Trend-Konjunktur-Komponente beim Umsatz im Jahr 2003 nominal um 2,4% und 2004 lediglich um 1,1% zurück. Real betrug der Umsatzrückgang 2003 3,0% und im Jahr 2004 noch 2,1%.

### Positive Umsatzentwicklung in zwei Branchen des Gastgewerbes

Das Gastgewerbe erzielte im vergangenen Jahr einen Umsatz in Höhe von etwa 37,5 Mrd. Euro (ohne Umsatzsteuer)<sup>7)</sup>. Während im Jahr 2003 noch in allen Monaten Umsatzverluste verbucht wurden, gab es im Jahr 2004 in einigen Monaten Umsatzsteigerungen (siehe Tabelle 2 auf S. 350). Die Umsätze der Monate Februar und April lagen nominal (+2,1 bzw. +0,9%) und real (+1,2 bzw. +0,1%) über denen des Vorjahresmonats. In den übrigen Monaten wurden zwar im Jahresvergleich Umsatzverluste festgestellt, der Abstand zum Vorjahresmonat wurde jedoch tendenziell geringer. Im Dezember 2004 wurde nominal nur noch 0,8% weniger umgesetzt als im Dezember 2003.

Das Gesamtergebnis verdeckt gegensätzliche Entwicklungen in den einzelnen Branchen des Gastgewerbes. Nenn-

wert sind zwei Branchen, die nach Umsatzrückgängen in den letzten Jahren im Jahr 2004 wieder eine expansive Entwicklung verbuchen konnten: Im Beherbergungsgewerbe nahm der Jahresumsatz 2004 nach drei Jahren mit Umsatzverlusten wieder zu, und zwar nominal um 1,1% (real +0,3%), und bei den Kantinen und Caterern stieg der Umsatz nominal um 1,6% und real um 0,5%.

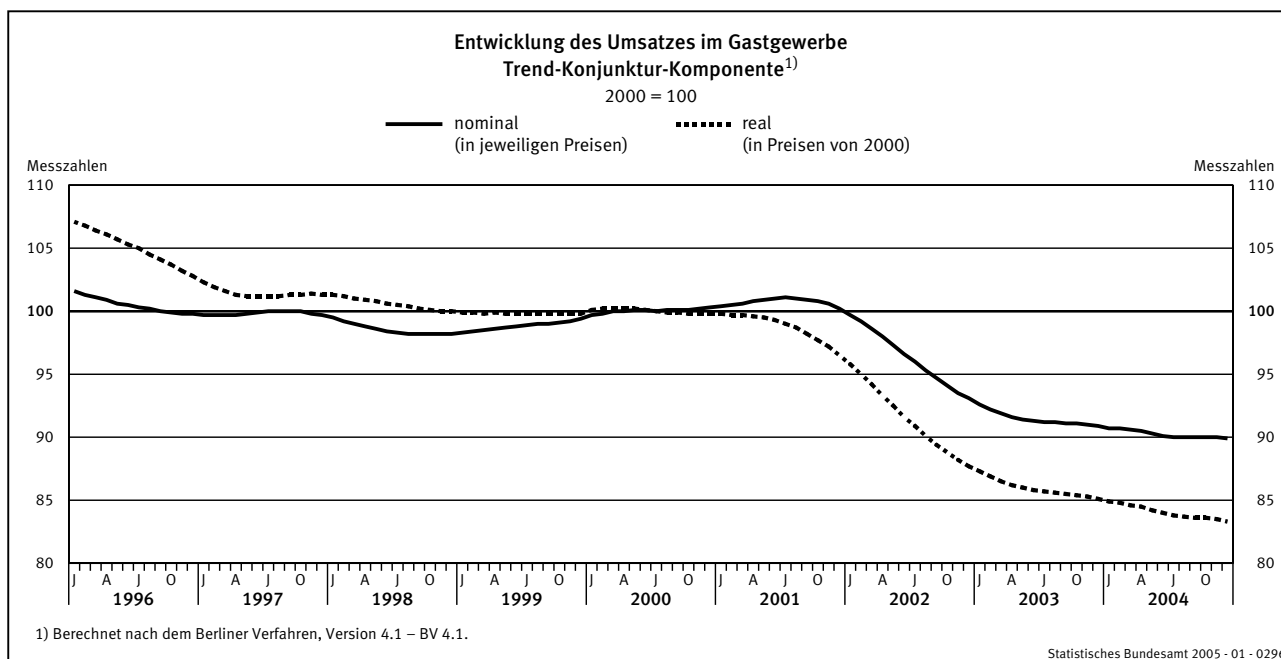
Dagegen sank der Umsatz 2004 im Gaststättengewerbe nominal um weitere 3,5%, nachdem in den Vorjahren Umsatzeinbrüche von 6,3% (2003) und 6,0% (2002) registriert worden waren. Real, das heißt in konstanten Preisen des Jahres 2000, waren die Ausschläge noch stärker: -4,3% im Jahr 2004 nach -6,8% im Jahr 2003 und sogar -9,4% im Jahr 2002.

### Großunternehmen im Plus

Nachdem im Jahr 2003 alle Unternehmen des Gastgewerbes unabhängig von der Umsatzgrößenklasse von Umsatzeinbußen betroffen waren, ergab sich für das Berichtsjahr 2004 ein anderes Bild: Je größer das Unternehmen, umso besser die Umsatzentwicklung (siehe Tabelle 3).

Während die Kleinunternehmen in den Größenklassen unter 500 000 Euro Jahresumsatz im Jahr 2004 insgesamt 4,0 bzw. 4,8% weniger Umsatz als im Jahr zuvor erzielten, konnten die Großunternehmen mit Umsätzen zwischen 10 und 50 Mill. Euro ihre Umsätze um 1,2% steigern, die Unternehmen mit Jahresumsätzen über 50 Mill. Euro sogar um 4,1%. Diese günstige Entwicklung traf auch für Großunternehmen der Speisegastronomie zu, wie aus veröffentlicht-

Schaubild 1



7) Berechnet als Fortschreibung des Ergebnisses aus der Jahreserhebung im Gastgewerbe mit der Entwicklung aus den Monatsstatistiken. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in der monatlichen Erhebung im Gastgewerbe eine Abschneidegrenze von 50 000 Euro Jahresumsatz (je Unternehmen) angewandt wird. Die Jahreserhebung im Gastgewerbe erfolgt dagegen ohne Abschneidegrenze und weist daher höhere Werte aus.

Tabelle 2: Monatliche und vierteljährliche Entwicklung des Gastgewerbeumsatzes<sup>1)</sup>

Berichtszeitraum	Gastgewerbeumsatz			
	in jeweiligen Preisen (nominal)		in Preisen des Jahres 2000 (real)	
	Messzahlen 2000 = 100	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %	Messzahlen 2000 = 100	Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %
2001 .....	100,9	+0,8	99,2	-0,8
1. Vierteljahr ..	88,2	+0,6	88,2	-0,6
2. Vierteljahr ..	104,8	+0,5	103,2	-1,2
3. Vierteljahr ..	109,1	+0,6	105,6	-1,0
4. Vierteljahr ..	101,5	+1,6	99,7	-0,4
Januar .....	84,7	+1,4	84,8	-0,1
Februar .....	84,4	-1,7	84,5	-2,4
März .....	95,4	+2,0	95,2	+0,6
April .....	97,0	+0,1	95,9	-1,2
Mai .....	109,9	+1,1	108,6	-0,8
Juni .....	107,3	+0,4	105,1	-1,7
Juli .....	108,3	+2,5	104,1	+0,7
August .....	109,9	+2,7	105,6	+1,2
September .....	109,1	-3,0	107,1	-4,6
Oktober .....	107,9	+1,1	105,7	-0,8
November .....	94,6	+2,8	93,5	+0,8
Dezember .....	101,8	+1,0	100,0	-1,1
2002 .....	96,2	-4,6	91,2	-8,1
1. Vierteljahr ..	87,0	-1,4	83,1	-5,7
2. Vierteljahr ..	100,9	-3,7	96,0	-7,0
3. Vierteljahr ..	103,9	-4,8	98,0	-7,2
4. Vierteljahr ..	92,9	-8,4	87,6	-12,1
Januar .....	83,8	-1,1	80,4	-5,2
Februar .....	83,0	-1,7	79,2	-6,3
März .....	94,1	-1,4	89,7	-5,8
April .....	96,0	-1,0	91,5	-4,6
Mai .....	104,5	-4,9	99,3	-8,6
Juni .....	102,2	-4,8	97,0	-7,7
Juli .....	102,5	-5,4	96,4	-7,4
August .....	104,0	-5,4	97,9	-7,3
September .....	105,2	-3,6	99,6	-7,0
Oktober .....	99,4	-7,9	94,2	-10,9
November .....	87,0	-8,0	82,5	-11,8
Dezember .....	92,4	-9,2	86,3	-13,7
2003 .....	91,4	-5,0	85,9	-5,8
1. Vierteljahr ..	80,7	-7,3	76,1	-8,4
2. Vierteljahr ..	95,3	-5,6	89,7	-6,4
3. Vierteljahr ..	98,8	-4,9	92,5	-5,6
4. Vierteljahr ..	91,0	-2,1	85,1	-2,9
Januar .....	77,1	-8,0	72,9	-9,3
Februar .....	76,5	-7,8	72,1	-9,0
März .....	88,3	-6,2	83,3	-7,1
April .....	87,7	-8,6	82,7	-9,6
Mai .....	100,3	-4,0	94,6	-4,7
Juni .....	97,8	-4,3	92,0	-5,2
Juli .....	97,1	-5,3	90,9	-5,7
August .....	98,3	-5,5	92,0	-6,0
September .....	100,9	-4,1	94,6	-5,0
Oktober .....	97,0	-2,4	91,0	-3,4
November .....	85,1	-2,2	80,1	-2,9
Dezember .....	90,8	-1,7	84,3	-2,3
2004 <sup>2)</sup> .....	90,2	-1,3	84,1	-2,1
1. Vierteljahr ..	79,4	-1,5	74,4	-2,2
2. Vierteljahr ..	94,2	-1,1	88,0	-1,9
3. Vierteljahr ..	96,9	-1,9	90,0	-2,8
4. Vierteljahr ..	90,3	-0,7	83,8	-1,5
Januar .....	74,9	-2,9	70,4	-3,4
Februar .....	78,1	+2,1	73,0	+1,2
März .....	85,3	-3,4	79,9	-4,1
April .....	88,5	+0,9	82,8	+0,1
Mai .....	100,0	-0,3	93,4	-1,3
Juni .....	94,2	-3,7	88,0	-4,3
Juli .....	95,8	-1,3	88,9	-2,2
August .....	95,1	-3,3	88,1	-4,2
September .....	99,9	-1,0	92,8	-1,9
Oktober .....	96,4	-0,6	89,9	-1,2
November .....	84,4	-0,8	78,8	-1,6
Dezember .....	90,1	-0,8	82,8	-1,8

1) Hochgerechnete Ergebnisse der repräsentativen Stichprobenerhebung. – Umsatz ohne Umsatzsteuer. – 2) Vorläufiges Ergebnis.

ten Geschäftsberichten und weiteren externen Quellen, wie zum Beispiel Verbandsangaben, abgeleitet werden kann. Danach erzielten im abgelaufenen Jahr 2004 die 100 größten Unternehmen der Gastronomie eine Umsatzsteigerung von 3,9%<sup>8)</sup>. Bei den mittleren Unternehmen in den Größenklassen 500 000 bis unter 10 Mill. Euro blieb der Jahresumsatz um 0,2 bzw. 0,3% unter dem Niveau des Vorjahres.

Tabelle 3: Entwicklung des Gastgewerbeumsatzes 2004 nach Größenklassen in jeweiligen Preisen<sup>1)</sup>

Größenklasse von ... bis unter ... EUR Umsatz	Umsatzanteil der Größenklasse 2004	Veränderung des Umsatzes 2004 gegenüber 2003
unter 200 000 .....	22,6	-4,0
200 000 – 500 000 .....	22,0	-4,8
500 000 – 2 Mill. ....	21,1	-0,2
2 Mill. – 10 Mill. ....	11,7	-0,3
10 Mill. – 50 Mill. ....	6,3	+1,2
50 Mill. und mehr .....	14,0	+4,1
Neugründungen .....	2,3	+7,1
Insgesamt ...	100	-1,3

1) Hochgerechnete Ergebnisse der repräsentativen Stichprobenerhebung. – Umsatz ohne Umsatzsteuer. – Vorläufiges Ergebnis.

## Sinkender Anteil des Gaststättengewerbes am Umsatz im Gastgewerbe

Bedingt durch die unterschiedliche Umsatzentwicklung in den einzelnen Zweigen haben sich die Gewichte der einzelnen Branchen des Gastgewerbes verschoben. Dadurch, dass das Beherbergungsgewerbe 2004 eine leichte Umsatzsteigerung (+1,1%) zu verzeichnen hatte und das Gaststättengewerbe einen Umsatzrückgang (-3,5%), stieg der Anteil des Beherbergungsgewerbes am Gesamtumsatz im Gastgewerbe von 37,0% (2003) auf 37,8% (2004) und der Anteil des Gaststättengewerbes ging von 54,1 auf 52,7% zurück. Durch die positive Entwicklung im Berichtsjahr konnten die Kantinen und Caterer ihren Anteil am Gesamtumsatz des Gastgewerbes von 8,9% (2003) auf 9,4% (2004) erhöhen (siehe Schaubild 2).

Zum Gaststättengewerbe zählen die Unternehmen der Wirtschaftsgruppe „Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbiss-hallen“ – im Folgenden kurz als „Speisegastronomie“ bezeichnet – und die Unternehmen der Gruppe „Sonstiges Gaststättengewerbe“ (Schankwirtschaften, Bars, Diskotheken und Trinkhallen). Die Speisegastronomie kam im Jahr 2004 auf einen Anteil von nur noch 41,9% (2003: 43,3%) am Gesamtumsatz des Gastgewerbes; das „Sonstige Gaststättengewerbe“ nahm wie im Vorjahr ein Gewicht von 10,8% ein.

Dem zweiten großen Bereich des Gastgewerbes, dem Beherbergungsgewerbe, werden Unternehmen der Wirtschaftsgruppe „Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis“, der so genannten „Hotellerie“, sowie des „Sonstigen Beherbergungsgewerbes“ (z.B. Jugendherbergen, Campingplätze, Ferienwohnungen) zugeordnet. Hierbei entfielen 2004 auf die Hotellerie 35,8% (2003: 34,7%)

8) Siehe Allgemeine Hotel- und Gaststätten-Zeitung: „Top-100-Gastronomen mit 3,9 Prozent Plus“, Nr. 9/2005 vom 5. März 2005.

Schaubild 2

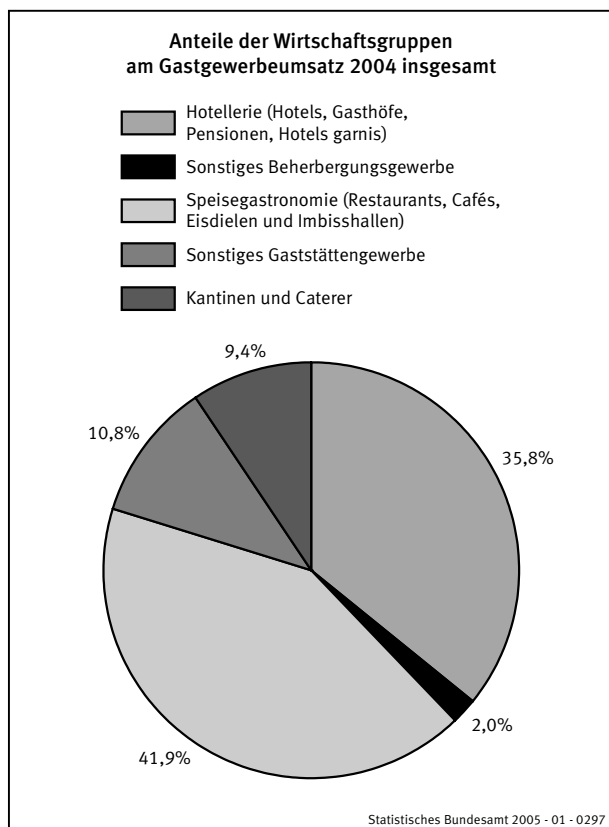
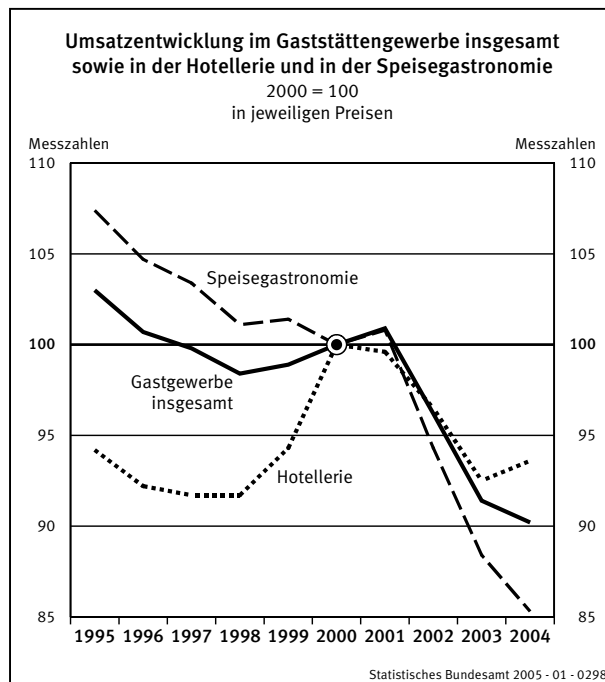


Schaubild 3



des Gastgewerbeumsatzes und auf das Sonstige Beherbergungsgewerbe 2,0% (2003: 2,3%).

Tabelle 4: Struktur und Entwicklung des Umsatzes 2004 in den Wirtschaftszweigen des Gastgewerbes<sup>1)</sup>  
Prozent

Nr. der Klassifikation <sup>2)</sup>	Wirtschaftszweig	Anteil des Wirtschaftszweiges am nominalen Gesamtumsatz des Gastgewerbes	Umsatzentwicklung 2004 gegenüber 2003	
			nominal	real
55.1	Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis .....	35,8	+1,2	+0,6
55.11	Hotels, Gasthöfe, Pensionen dar.: Hotels .....	31,7	+1,3	+0,7
55.11.1	Hotels .....	25,4	+2,3	+1,7
55.12	Hotels garnis .....	4,1	-0,1	-0,7
55.2	Sonstiges Beherbergungsgewerbe .....	2,0	-1,3	-1,7
55.3	Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbisshallen .....	41,9	-3,5	-4,3
	darunter:			
55.30.1	Restaurants mit herkömmlicher Bedienung .....	26,5	-3,3	-4,1
55.30.2	Restaurants mit Selbstbedienung .....	7,0	-2,0	-2,8
55.30.3	Cafés .....	2,4	-6,2	-7,0
55.30.5	Imbisshallen .....	4,4	-2,6	-3,5
55.4	Sonstiges Gaststättengewerbe .....	10,8	-3,3	-4,2
55.40.1	dar.: Schankwirtschaften .....	8,6	-2,7	-3,7
55.5	Kantinen und Caterer .....	9,4	+1,6	+0,5
55.51	Kantinen .....	2,2	+1,7	±0,0
55.52	Caterer .....	7,2	+1,6	+0,7
55	Gastgewerbe ...	100	-1,3	-2,1

1) Hochgerechnete Ergebnisse der repräsentativen Stichprobenerhebung. – Umsatz ohne Umsatzsteuer. – Vorläufiges Ergebnis. – 2) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93).

Der dritte Bereich des Gastgewerbes wird von den „Kantinen und Caterern“ gebildet (hierzu zählen auch die Party-servicebetriebe und Lieferanten der Fluggesellschaften). Die Kantinen erwirtschafteten im vergangenen Jahr wie bereits 2003 2,2% des Gesamtumsatzes und die Caterer 7,2 nach 6,7% im Jahr zuvor (siehe Tabelle 4). Bei Letzteren stieg 2004 der Umsatz nominal um 1,6% und real um 0,7%. Da Fluggesellschaften vorrangig durch Caterer versorgt werden, dürfte die im Jahr 2004 um 11% gestiegene Zahl der Fluggpassagiere mit Auslandszielen zu dieser Umsatzsteigerung beigetragen haben.

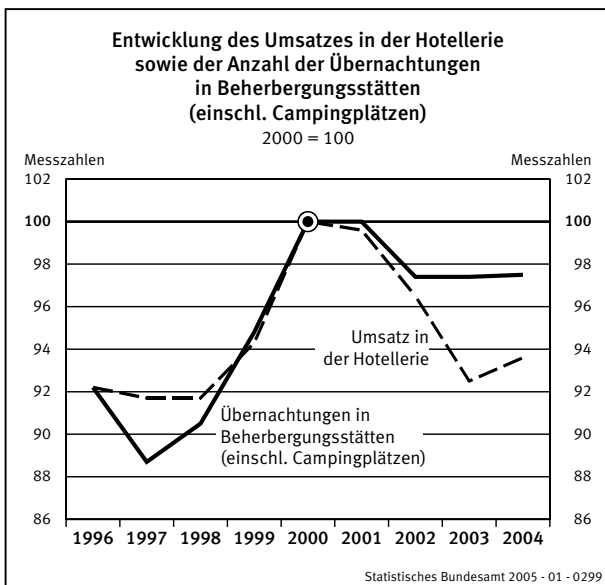
Im langfristigen Vergleich setzte sich der bereits im Vorjahr beobachtete Trend fort. Verglichen mit 1994 haben sich innerhalb des Gastgewerbes die Anteile am Gesamtumsatz weiter verschoben: Besonders stark erhöhte sich das Umsatzgewicht der Hotellerie von 30,4% (1994) auf 35,8% (2004) sowie das der Kantinen und Caterer (1994: 7,0%; 2004: 9,4%). Diese Verschiebungen wirkten sich zu Ungunsten des Gaststättengewerbes aus: Der Anteil der Speisegastronomie am Gesamtumsatz im Gastgewerbe sank von 45,9% (1994) auf 41,9% (2004), der des Sonstigen Gaststättengewerbes von 14,5% (1994) auf 10,8% (2004).

### Umsätze im Beherbergungsgewerbe steigen trotz insgesamt stagnierender Übernachtungszahlen

Nachdem im Beherbergungsgewerbe 2003 noch sinkende Umsätze (-4,1%) bei stagnierenden Übernachtungszahlen

(siehe Schaubild 4) registriert worden waren, stiegen die Umsätze im Jahr 2004 wieder nominal um 1,1% und real um 0,3% (in der Hotellerie allein nominal um 1,2% und real um 0,6%). Diese Entwicklung dürfte wohl auch darauf zurückzuführen sein, dass im Jahr 2004 die Übernachtungen ausländischer Gäste in Deutschland deutlich (+8,8%) auf 45,4 Mill. gestiegen sind<sup>9)</sup>. Ansonsten lag die Zahl der Übernachtungen im gesamten Beherbergungsgewerbe (einschl. Camping) mit 338,8 Mill. (+0,1%) etwa auf dem Niveau des Vorjahres oder auch des Jahres 2002.

Schaubild 4



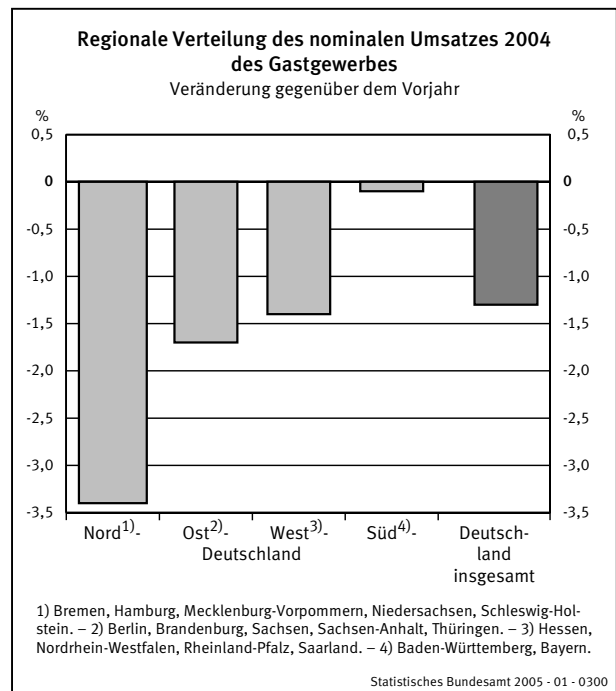
### Gastgewerbe in Süddeutschland mit geringsten Umsatzrückgängen

Regional betrachtet zeigt das Gastgewerbe 2004 ein ausgeprägtes Nord-Süd-Gefälle (siehe Schaubild 5). Gegenüber dem Bundesdurchschnitt von nominal -1,3% verbuchten die Bundesländer in Norddeutschland (Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein) mit nominal -3,4% die höchsten Umsatzverluste. Weit geringer fielen die Umsatzverluste bei den Unternehmen im Osten (Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen) und denen im Westen Deutschlands (Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland) mit -1,7 bzw. -1,4% aus. In Süddeutschland (Baden-Württemberg, Bayern) entsprachen die Umsätze im Gastgewerbe in etwa denen des Vorjahres (-0,1%).

### Beschäftigung im Gastgewerbe nimmt zu

Im Jahr 2004 nahm die Zahl der Beschäftigten im Gastgewerbe, in dem knapp über eine Million Personen arbeiten, zum ersten Mal seit 2001 gegenüber dem Vorjahr wieder zu (+1,2%). Dieses Ergebnis kommt wie folgt zustande: Einer-

Schaubild 5



seits wurde die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 3,4% reduziert, andererseits wurde die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um +6,3% aufgestockt.

Diese Tendenz, Vollzeitarbeitsplätze durch Teilzeitarbeitsplätze zu ersetzen, zeigte sich – allerdings weniger ausgeprägt – bereits im Jahr 2003, als mehr Teilzeitkräfte (+0,9%) eingestellt wurden als im Jahr zuvor, während die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 6,6% zurückging. Dies war der höchste Personalabbau bei den Vollzeitkräften in den letzten zehn Jahren (siehe Tabelle 5).

Tabelle 5: Entwicklung der Zahl der Beschäftigten im Gastgewerbe<sup>1)</sup>

Jahr	Beschäftigte insgesamt		Vollzeitbeschäftigte		Teilzeitbeschäftigte	
	2000 = 100	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	2000 = 100	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	2000 = 100	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
1994	118,6	X	118,6	X	118,7	X
1995	116,4	-1,9	114,7	-3,3	118,4	-0,3
1996	113,7	-2,3	110,1	-4,0	118,0	-0,3
1997	112,1	-1,4	105,6	-4,1	119,9	+1,6
1998	110,3	-1,6	102,6	-2,9	119,5	-0,3
1999	103,3	-6,3	101,5	-1,1	105,4	-11,8
2000	100	-3,2	100	-1,4	100	-5,1
2001	101,2	+1,2	101,0	+1,0	101,5	+1,5
2002	97,6	-3,5	96,4	-4,5	99,1	-2,4
2003	94,5	-3,2	90,0	-6,6	99,9	+0,9
2004 <sup>2)</sup>	95,6	+1,2	87,0	-3,4	106,2	+6,3

1) Hochgerechnete Ergebnisse der repräsentativen Stichprobenerhebung. – 2) Vorläufiges Ergebnis.

9) Siehe Spörel, U.: „Inlandstourismus 2004: Mehr Gäste bei stagnierenden Übernachtungszahlen“ in dieser Ausgabe, S. 354 ff.

Diese Substitution war – allerdings mit unterschiedlicher Intensität – in allen Branchen des Gastgewerbes zu beobachten (siehe Tabelle 6). In der Hotellerie wurden 2,2% der Vollzeitarbeitsstellen abgebaut. Demgegenüber stieg die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 8,0%. In den Schankwirtschaften resultiert die erhöhte Zahl der Beschäftigten (+ 4,1%) aus einer Reduzierung der Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 4,1% und aus einer Zunahme der Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 9,3%. Bei den Kantinen und Caterern stieg die Zahl der Beschäftigten insgesamt um 2,1%. Dabei nahm die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 2,5% ab und die der Teilzeitbeschäftigten um 7,5% zu.

Tabelle 6: Struktur und Entwicklung der Beschäftigten 2004 in den Wirtschaftszweigen des Gastgewerbes<sup>1)</sup>  
Prozent

Nr. der Klassifikation <sup>2)</sup>	Wirtschaftszweig	Anteil des Wirtschaftszweiges an der Gesamtzahl der Beschäftigten im Gastgewerbe	Veränderung 2004 gegenüber 2003		
			alle Beschäftigten	davon	
				Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
55.1	Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis .....	29,7	+1,1	-2,2	+8,0
55.11	Hotels, Gasthöfe, Pensionen .....	26,3	+1,3	-2,1	+8,9
55.11.1	dar.: Hotels .....	19,2	+0,5	-2,3	+9,0
55.12	Hotels garnis .....	3,4	-0,1	-2,7	+3,1
55.2	Sonstiges Beherbergungsgewerbe .....	1,8	+2,3	+2,1	+2,7
55.3	Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbisshallen .....	44,9	+0,4	-4,8	+5,4
	darunter:				
55.30.1	Restaurants mit herkömmlicher Bedienung .....	29,3	+0,5	-4,1	+5,2
55.30.2	Restaurants mit Selbstbedienung .....	5,9	-0,5	-9,0	+5,7
55.30.3	Cafés .....	2,9	-2,3	-10,1	+4,1
55.30.5	Imbisshallen .....	4,8	+0,5	-6,0	+5,7
55.4	Sonstiges Gaststätten-gewerbe .....	15,0	+3,2	-3,4	+6,6
55.40.1	dar.: Schankwirtschaften ...	11,4	+4,1	-4,1	+9,3
55.5	Kantinen und Caterer .....	8,7	+2,1	-2,5	+7,5
55.51	Kantinen .....	2,5	±0,0	-4,0	+4,5
55.52	Caterer .....	6,2	+2,9	-1,9	+8,7
55	Gastgewerbe ...	100	+1,2	-3,4	+6,3

1) Hochgerechnete Ergebnisse der repräsentativen Stichprobenerhebung. – Vorläufiges Ergebnis. – 2) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93).

Die bereits im Jahr 2003 eingetretene Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung führte im Zusammenhang mit dem gleichzeitigen Abbau der Vollzeitarbeitsplätze dazu, dass sich der Anteil der Vollzeitbeschäftigten an allen Beschäftigten im Gastgewerbe im Berichtsjahr weiter reduzierte. Lag er im Jahr 2003 noch bei 52,6% (Teilzeitbeschäftigte: 47,4%), sank er nun auf 50,2% (Teilzeitbeschäftigte: 49,8%). Damit war im Jahr 2004 die Hälfte aller Beschäftigten im Gastgewerbe teilzeitbeschäftigt. [uu](#)

Dipl.-Volkswirt Ulrich Spörel

# Inlandstourismus 2004: Mehr Gäste bei stagnierenden Übernachtungszahlen

## Ergebnisse der Beherbergungsstatistik

Das Jahr 2004 brachte den Beherbergungsbetrieben in Deutschland mit 116,4 Mill. Gästen einen neuen Rekord. Damit wurde nicht nur das Vorjahresergebnis um 3,4% übertroffen, sondern auch der bisherige Höchststand aus dem Jahr 2000, der bei 113,7 Mill. Gästen gelegen hatte. Im Durchschnitt verweilten die Gäste in den Betrieben jedoch nicht so lange wie im Vorjahr, sodass die Zahl der Übernachtungen mit 338,8 Mill. nur unwesentlich (+0,1%) über dem Ergebnis des Vorjahres lag.

Es war vor allem der unbefriedigende Verlauf der durch ungünstiges Wetter geprägten Sommersaison, der ein besseres Gesamtergebnis verhindert hat. Unter den Bundesländern konnten die drei Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen das mit Abstand beste Ergebnis erzielen. Dem entspricht der Befund, dass die Entwicklung im Städtetourismus allgemein im Jahr 2004 wieder weit überdurchschnittlich verlief mit einem Plus von 7,8% gegenüber dem Vorjahr bei den Übernachtungen in Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern. Am Ende der Rangskala lagen im Jahr 2004 die drei Küstenländer Niedersachsen (-2,7%), Schleswig-Holstein (-4,9%) und Mecklenburg-Vorpommern (-6,0%). Dies ist ein Hinweis darauf, dass der Seebädertourismus durch das schlechte Sommerwetter offenbar in besonderem Maße betroffen war. So ging die Zahl der Übernachtungen in Seebädern mit -4,4% von allen Gemeindegruppen am stärksten zurück.

In zwei weiteren Teilbereichen des Tourismusmarktes in Deutschland wurden 2004 spürbare Rückgänge registriert. Dabei ist die Abnahme der Übernachtungen im Campingtourismus nicht nur auf das schlechte Sommerwetter des Jahres 2004 zurückzuführen, sondern ebenso auf die Tat-

sache, dass das Jahr 2003 mit seinem ungewöhnlich warmen Sommer diesem Teilsegment des Tourismusmarktes das beste Ergebnis seit elf Jahren gebracht hatte. Die Rückgänge im Kurtourismus wurden nun schon zum dritten Mal in Folge registriert. Seit dem Jahr 2001 ist die Zahl der Übernachtungen in Vorsorge- und Rehabilitationskliniken rückläufig. Im Jahr 2004 sank sie um 4,7% gegenüber dem Vorjahr.

Mit 45,4 Mill. Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland konnte im Jahr 2004 ein neuer Rekord beim Incoming-Tourismus erzielt werden. Das Vorjahresergebnis wurde um 8,8% übertroffen. Die wichtigsten Herkunftsländer für das deutsche Beherbergungsgewerbe waren die Niederlande, auf die 17,7% aller Übernachtungen ausländischer Gäste entfielen, gefolgt von den Vereinigten Staaten (9,5%), dem Vereinigten Königreich (8,3%), der Schweiz (6,4%) und Italien (5,5%). Der Incoming-Tourismus in Deutschland ist in großem Maße Städtetourismus. Knapp die Hälfte aller Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland findet in Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern statt. Das Gewicht des Incoming-Tourismus ist im Westen und Osten Deutschlands allerdings noch sehr unterschiedlich. Während der Anteil der ausländischen Gäste an der Gesamtzahl der Übernachtungen im früheren Bundesgebiet bei 15,0% lag, war er in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit 6,8% nicht einmal halb so hoch.

### Vorbemerkung

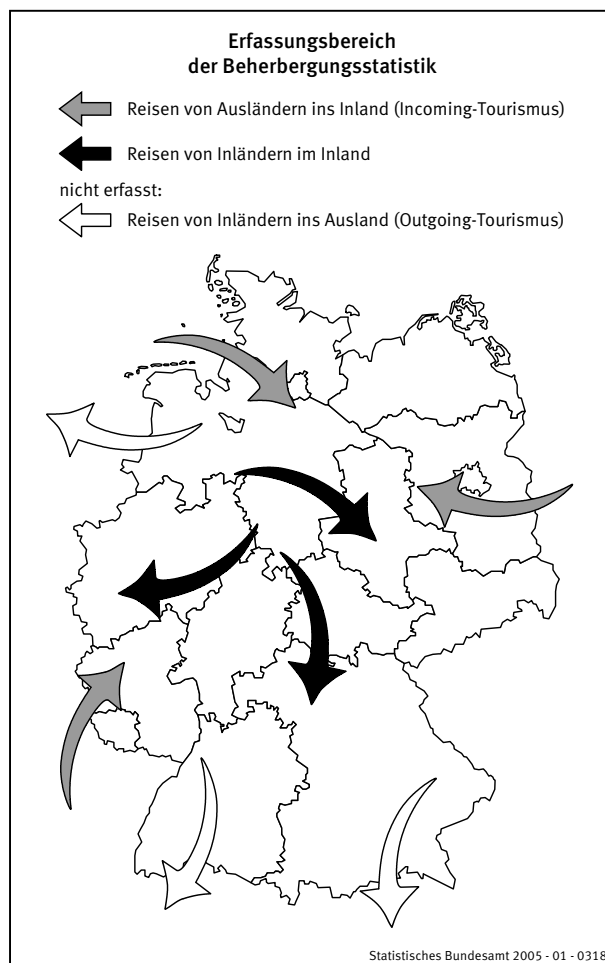
Die Statistik der Beherbergung im Reiseverkehr ist die derzeit wichtigste amtliche Datenquelle für empirische Aus-

gen über die Entwicklung des Tourismus in Deutschland.<sup>1)</sup> Den Daten dieser Statistik kommt eine wichtige Indikatorfunktion für die Entwicklung des mit Übernachtungen verbundenen Tourismus im Inland zu. Die gesetzliche Grundlage ist das Beherbergungsstatistikgesetz (BeherbStatG), das im Jahr 2002 neu geordnet worden ist.<sup>2)</sup> Danach werden von allen Beherbergungsbetrieben, die mehr als acht Gäste gleichzeitig vorübergehend beherbergen können, monatlich Angaben über die Zahl der Ankünfte und Übernachtungen von Gästen sowie über die Zahl der im Berichtsmontat angebotenen Gästebetten erhoben. Bei Betrieben der Hotellerie (Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis) werden ab dem Berichtsmontat Januar 2003 zusätzlich die Zahl der angebotenen Gästezimmer sowie der belegten Gästezimmer erfasst. Bei Gästen aus dem Ausland wird eine Aufgliederung nach Herkunftsländern vorgenommen. Auch bei Campingplätzen werden die Zahl der Ankünfte und Übernachtungen von Gästen sowie die dort zur Verfügung stehenden Stellplätze erhoben. In die Erfassung gehen hier jedoch nur die Angaben für das Touristkamping ein. Ankünfte und Übernachtungen im Dauercamping werden nicht erhoben. Die Ergebnisse der Beherbergungsstatistik werden monatlich über das Internetangebot des Statistischen Bundesamtes veröffentlicht.<sup>3)</sup>

Im November 1995 hat der Rat der Europäischen Union (EU) eine Richtlinie zur Tourismusstatistik verabschiedet, die die Mitgliedsländer zur Bereitstellung statistischer Ergebnisse über diesen Bereich verpflichtet.<sup>4)</sup> Dabei handelt es sich zum einen um Angaben zur Kapazität der Beherbergungsbetriebe und deren Inanspruchnahme, die in Deutschland aus dem bestehenden Programm der Beherbergungsstatistik abgedeckt werden können. Zum anderen werden Daten zur touristischen Nachfrage gefordert, die sich auf das Reiseverhalten der Bevölkerung beziehen. Sie beinhalten sowohl Urlaubs- und Erholungsreisen von fünf und mehr Tagen Dauer als auch Kurzreisen (zwei bis vier Tage Dauer) und Geschäftsreisen. Die Ergebnisse dieser Erhebung, die in Deutschland im Auftrag des Statistischen Bundesamtes vom Institut Geoplan erhoben wird, werden jährlich in der Querschnittsveröffentlichung „Tourismus in Zahlen“ publiziert.<sup>5)</sup>

Der Beherbergungsstatistik liegt das Inlandskonzept zugrunde. Sie erfasst die Übernachtungen in inländischen Beherbergungsbetrieben. Diese fallen an bei Reisen von Inländern im Inland oder bei Reisen von Ausländern ins Inland (dem sog. Incoming-Tourismus). Nicht erfasst werden die Übernachtungen von Inländern bei deren Reisen ins Ausland (siehe dazu Schaubild 1). Diese Unterscheidung ist wichtig bei einem Vergleich der Ergebnisse der Beherbergungsstatistik mit Ergebnissen von Erhebungen über das Reiseverhalten der Bevölkerung. Letzteren liegt in der Regel das Inländerkonzept zugrunde. Sie erfassen die Reisen von Inländern, und zwar sowohl die Reisen von Inländern im

Schaubild 1



Inland als auch deren Reisen ins Ausland. Die Ergebnisse solcher Erhebungen können also durchaus von denen der Beherbergungsstatistik abweichen, ohne dass das in logischem Widerspruch zueinander stehen muss.

### Zunahme des Tourismus weltweit – in Westeuropa jedoch nur abgeschwächt

Nach drei aufeinander folgenden Jahren relativer Stagnation konnte der internationale Tourismus im Jahr 2004 trotz weiterhin angespannter geopolitischer Lage erstmals wieder einen starken Zuwachs verbuchen. So meldet die Welttourismusorganisation (World Tourism Organization [WTO]) mit 760 Mill. einen neuen Rekordwert bei den internationalen Touristenankünften, was eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 10% bedeutet. Die Hochwasserkatastrophe infolge der Tsunami-Flutwelle vom 26. Dezember 2004, die weite

1) Zum Datenangebot der amtlichen Statistik im Bereich Tourismus siehe Spörel, U.: „Die amtliche deutsche Tourismusstatistik“ in Haedrich, G./Kaspar, C./Klemm, K./Kreilkamp, E. (Hrsg.): „Tourismus-Management“, Berlin, New York 1998, S. 127 ff.  
 2) Gesetz zur Neuordnung der Statistik über die Beherbergung im Reiseverkehr (Beherbergungsstatistikgesetz – BeherbStatG) vom 22. Mai 2002 (BGBl. I S. 1642).  
 3) Siehe Fachserie 6 „Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus“, Reihe 7.1 „Tourismus – Ergebnisse der monatlichen Beherbergungsstatistik“, kostenfrei herunterzuladen aus dem Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de/shop>).  
 4) Richtlinie Nr. 95/57/EG des Rates vom 23. November 1995 über die Erhebung statistischer Daten im Bereich des Tourismus (Amtsbl. der EG Nr. L 291 vom 6. Dezember 1995, S. 32).  
 5) Siehe Statistisches Bundesamt (Hrsg.): „Tourismus in Zahlen 2003“, Wiesbaden 2004, S. 175 ff. Diese Veröffentlichung ist auch als Download oder auf CD-ROM erhältlich (<http://www.destatis.de/shop>).

Küstenregionen der Länder Süd- und Südostasiens verwüstete, hatte auf das Gesamtergebnis dieses Jahres – soweit es sich in den Zahlen zu den Gästeankünften niederschlägt – praktisch keinen Einfluss mehr. An den hohen Zuwachsraten im weltweiten Tourismus hat Westeuropa jedoch nur in geringerem Maße partizipiert. 139 Mill. Touristenankünfte in dieser Region entsprachen einer Zunahme von nur 2%.<sup>6)</sup>

Im Inland haben sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2004 gegenüber dem Vorjahr leicht verbessert. So stieg das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2004 real wieder um 1,6%<sup>7)</sup>, nachdem es im Jahr zuvor noch leicht um 0,1% zurückgegangen war. Auch das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte stieg um 1,3% (Vorjahr + 1,2%).<sup>8)</sup> Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und die arbeitsmarktpolitischen Reformmaßnahmen der Bundesregierung dürften andererseits auf die Reiseeignung großer Teile der Bevölkerung einen eher dämpfenden Einfluss gehabt haben.

### 116,4 Mill. Gästeankünfte bedeuten einen neuen Rekord

Im Jahr 2004 konnten die Beherbergungsbetriebe mit neun und mehr Betten in Deutschland (einschl. Campingplätzen) 116,4 Mill. Gäste begrüßen. Das waren 3,4% mehr als im Vorjahr und gleichzeitig wurde damit das bisherige Rekordergebnis (113,7 Mill. Gäste) aus dem Jahr 2000 übertroffen, in dem die Weltausstellung EXPO in Deutschland stattfand (siehe Tabelle 1). Im Durchschnitt verweilten die Gäste in den Betrieben jedoch nicht so lange wie im Vorjahr – statt 3,0 (2003) nur noch 2,9 Nächten –, sodass die Entwicklung bei den Übernachtungen nicht ganz so positiv war. Die Zahl von 338,8 Mill. Übernachtungen lag nur geringfügig über dem Ergebnis des Vorjahres (+0,1%). Diese scheinbare Stagnation der Übernachtungszahlen verdeckt allerdings verschiedene gegenläufige, sich teilweise kompensierende

Tabelle 1: Ankünfte und Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben (einschl. Camping)

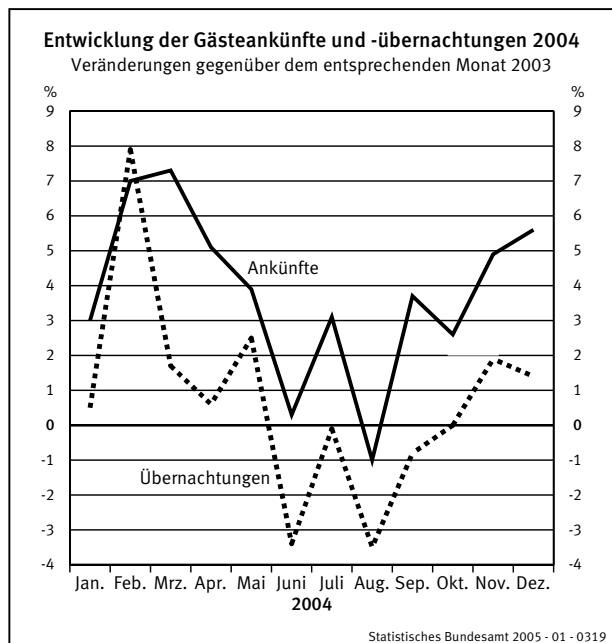
Jahr	Ankünfte		Übernachtungen		Durchschnittliche Aufenthaltsdauer Tage
	1 000	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	1 000	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
1992	90 250	X	318 443	X	3,5
1993	88 033	-2,5	312 079	-2,0	3,5
1994	89 900	+2,1	314 227	+0,7	3,5
1995	93 902	+4,5	323 558	+3,0	3,4
1996	95 169	+1,3	320 209	-1,0	3,4
1997	98 013	+3,0	308 323	-3,7	3,1
1998	101 352	+3,4	314 411	+2,0	3,1
1999	107 202	+5,8	329 365	+4,8	3,1
2000	113 737	+6,1	347 423	+5,5	3,1
2001	112 845	-0,8	347 444	±0,0	3,1
2002	110 939	-1,7	338 422	-2,6	3,1
2003	112 578	+1,5	338 414	±0,0	3,0
2004	116 411	+3,4	338 769	+0,1	2,9

Entwicklungen in den einzelnen Teilbereichen des Tourismusmarktes.

### Verregneter Sommer hat das Gesamtjahresergebnis gedämpft

Eine Betrachtung der Entwicklung im Jahresverlauf zeigt, dass die Monate Januar bis Mai sowie November und Dezember jeweils durch positive Veränderungsdaten bei den Übernachtungszahlen gekennzeichnet waren. Die Sommermonate Juni bis September brachten dann allerdings Rückgänge im Vergleich zu den entsprechenden Vorjahresmonaten (siehe Schaubild 2). Hier dürfte sich das im Jahr 2004 wenig schöne Sommerwetter in Deutschland dämpfend auf die Reiselust ausgewirkt haben. Da aber knapp 65% aller Übernachtungen des Jahres auf das Sommerhalbjahr (Mai bis Oktober) entfallen, hat sich das schlechte Sommerwetter dann auch sehr stark auf das gesamte Jahresergebnis ausgewirkt.

Schaubild 2



### Leicht verbesserte Kapazitätsauslastung

Insgesamt konnte das Beherbergungsgewerbe [ohne Campingplätze<sup>9)</sup>] im Jahr 2004 eine gegenüber dem Vorjahr geringfügig verbesserte Kapazitätsauslastung erzielen (Bettenauslastung 36,3 gegenüber 36,2% im Jahr 2003, siehe Schaubild 3). Deutlicher fiel die Verbesserung der Kapazitätsauslastung in der Hotellerie aus. Hier stieg die

6) World Tourism Organization (WTO): "International tourism obtains its best result in 20 years", Presseinformation der WTO zur Internationalen Tourismus-Börse (ITB), Berlin 2005.

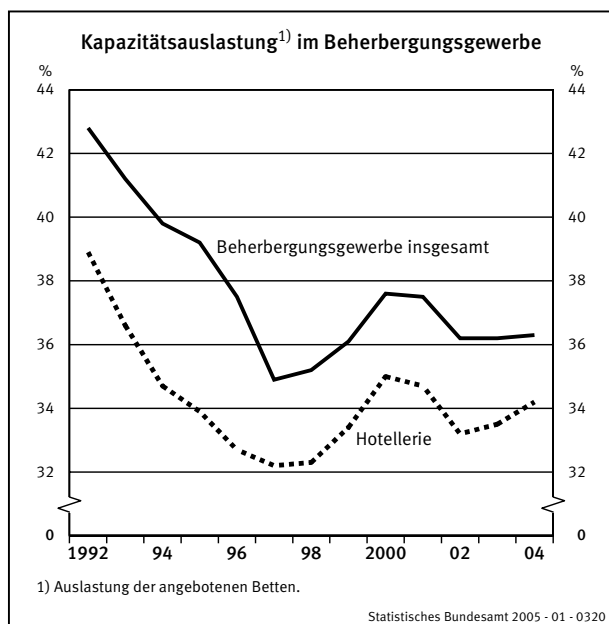
7) Siehe „Ausführliche Ergebnisse zur Wirtschaftsleistung im 4. Quartal 2004“, Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 22. Februar 2005.

8) Zur Wirtschaftsentwicklung im Jahr 2004 siehe Hartmann, N.: „Bruttoinlandsprodukt 2004“ in WiSta 1/2005, S. 13 ff.

9) In die Berechnung der Bettenauslastung werden die Campingplätze nicht mit einbezogen, da die Übernachtungskapazitäten hier nicht nach den zur Verfügung stehenden Betten, sondern nach den Stellplätzen berechnet werden.



Schaubild 3



Bettenauslastung von 33,5% im Jahr 2003 auf 34,2% im Jahr 2004. Die Zimmerauslastung, die seit 2003 ebenfalls von der amtlichen Statistik erhoben wird, stieg in diesem Zeitraum von 40,0 auf 41,5%.

## Gestiegene Umsatz- und Beschäftigtenzahlen im Beherbergungsgewerbe

Nach einer rückläufigen Entwicklung in den beiden Vorjahren wiesen die zentralen ökonomischen Indikatoren der Branche im Jahr 2004 wieder ein positives Vorzeichen auf. So stiegen die Umsätze im Beherbergungsgewerbe<sup>10)</sup> nominal um 1,1% (nach -3,9% im Vorjahr) und real, also bereinigt um Preissteigerungen, um 0,3% (2003: -5,2%, siehe Tabelle 2). Die Zahl der Beschäftigten nahm um 1,1% zu, dies allerdings aufgrund der Zunahme der Zahl der Teilzeitbeschäftigten (+7,7%) bei gleichzeitiger Abnahme der Zahl der Vollzeitbeschäftigten (-2,0%).

Tabelle 2: Entwicklung von Umsatz und Beschäftigten im Beherbergungsgewerbe<sup>1)</sup>  
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Jahr	Umsatz		Beschäftigte		
	nominal	real	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte	insgesamt
2000	+5,5	+4,5	-0,2	-3,5	±0,0
2001	-0,2	-1,8	-0,5	+2,6	+1,1
2002	-2,8	-6,4	-2,6	-0,4	-1,9
2003	-3,9	-5,2	-3,9	+1,2	-2,2
2004	+1,1	+0,3	-2,0	+7,7	+1,1

1) Ergebnisse der Gastgewerbestatistik.

## Die drei Stadtstaaten an der Spitze der Tourismusentwicklung im Jahr 2004

Die Tourismusentwicklung verlief im Jahr 2004 in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich. Die Spanne der Veränderungsraten reichte von +16,1% bis -6,0% (siehe Tabelle 3). Es ist auffallend, dass die drei Stadtstaaten Berlin (+16,1%), Hamburg (+9,2%) und Bremen (+8,3%) die mit Abstand höchsten Zuwachsraten bei den Übernachtungszahlen erzielten. Hier schlägt sich die generell gute Entwicklung im deutschen Städtetourismus nieder, die auch schon in den zurückliegenden Jahren beobachtet wurde.<sup>11)</sup> Von den Flächenländern erzielten Sachsen-Anhalt (+3,7%), Sachsen (+3,6%) und Nordrhein-Westfalen (+3,0%) die höchsten Steigerungsraten bei den Übernachtungszahlen. Im Fall der beiden neuen Bundesländer ist diese Entwicklung sicherlich vor dem Hintergrund des durch die Flutkatastrophe des Jahres 2002 bedingten Rückgangs der Übernachtungszahlen zu sehen. Beide Länder haben erst in diesem Jahr die Höchststände der Übernachtungszahlen aus der Zeit vor dem Jahr 2002 wieder erreichen und übertreffen können. Die überdurchschnittliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen dürfte dagegen durch die sehr starke Bedeutung des Städtetourismus und auch des Incoming-Tourismus in diesem Bundesland zu erklären sein.

Tabelle 3: Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben (einschl. Camping) 2004 nach Bundesländern

Land	1 000	Anteil	Veränderung gegenüber 2003	Zum Vergleich: Veränderung gegenüber 1992
			%	
Baden-Württemberg ...	40023	11,8	+0,3	-7,3
Bayern .....	73661	21,7	-0,2	-9,6
Berlin .....	13260	3,9	+16,1	+68,9
Brandenburg .....	9257	2,7	-0,3	+99,7
Bremen .....	1422	0,4	+8,3	+32,9
Hamburg .....	5946	1,8	+9,2	+44,6
Hessen .....	24853	7,3	-0,3	-14,4
Mecklenburg-Vorpommern ...	24395	7,2	-6,0	+158,8
Niedersachsen ...	34489	10,2	-2,7	-5,6
Nordrhein-Westfalen .....	37690	11,1	+3,0	+1,2
Rheinland-Pfalz ..	19827	5,9	-0,3	-2,2
Saarland .....	2167	0,6	-1,0	+9,3
Sachsen .....	15233	4,5	+3,6	+111,1
Sachsen-Anhalt ..	5874	1,7	+3,7	+80,0
Schleswig-Holstein	22133	6,5	-4,9	-13,1
Thüringen .....	8538	2,5	-0,6	+49,4
Deutschland ...	338769	100	+0,1	+6,4
nachrichtlich: Früheres Bundesgebiet	270658	79,9	+0,2	-5,5
Neue Länder und Berlin-Ost ....	68111	20,1	-0,3	+111,6

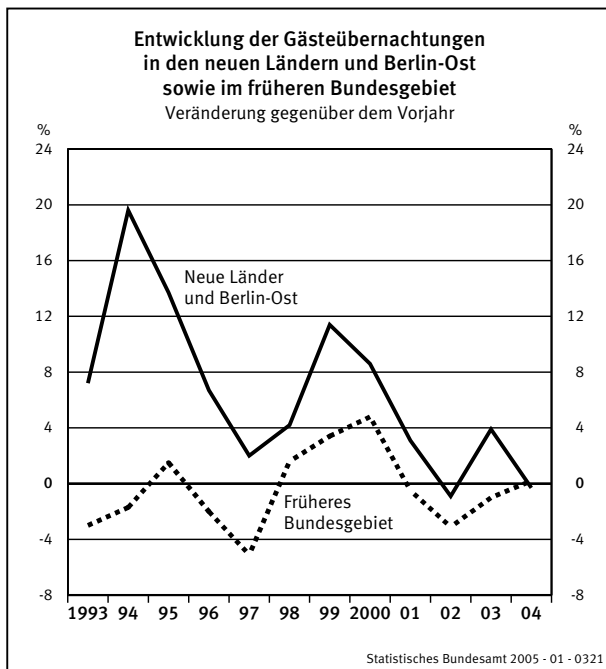
Auf der anderen Seite war der Seebädertourismus durch das schlechte Wetter in der Sommersaison des Jahres 2004

10) Siehe Wartenberg, E.: „Entwicklung im Gastgewerbe im Jahr 2004: Abgeschwächter Umsatzrückgang“ in diesem Heft auf S. 347 ff.

11) Siehe Spörel, U.: „Inlandstourismus 2003: Stabilisierung trotz ungünstiger Rahmenbedingungen“ in WiSta 4/2004, S. 428.

offensichtlich in besonderem Maße betroffen und damit die drei Küstenländer Niedersachsen (-2,7%), Schleswig-Holstein (-4,9%) und Mecklenburg-Vorpommern (-6,0%), die in diesem Jahr am Ende der Rangskala lagen. Zum ersten Mal seit der Aufnahme der Beherbergungsstatistik in den neuen Ländern im Jahr 1992 war die Entwicklung der Übernachtungszahlen dort ungünstiger (-0,3%) als im früheren Bundesgebiet (+0,2%, siehe Schaubild 4).

Schaubild 4



### Bayern ist das Bundesland mit den absolut meisten Übernachtungen

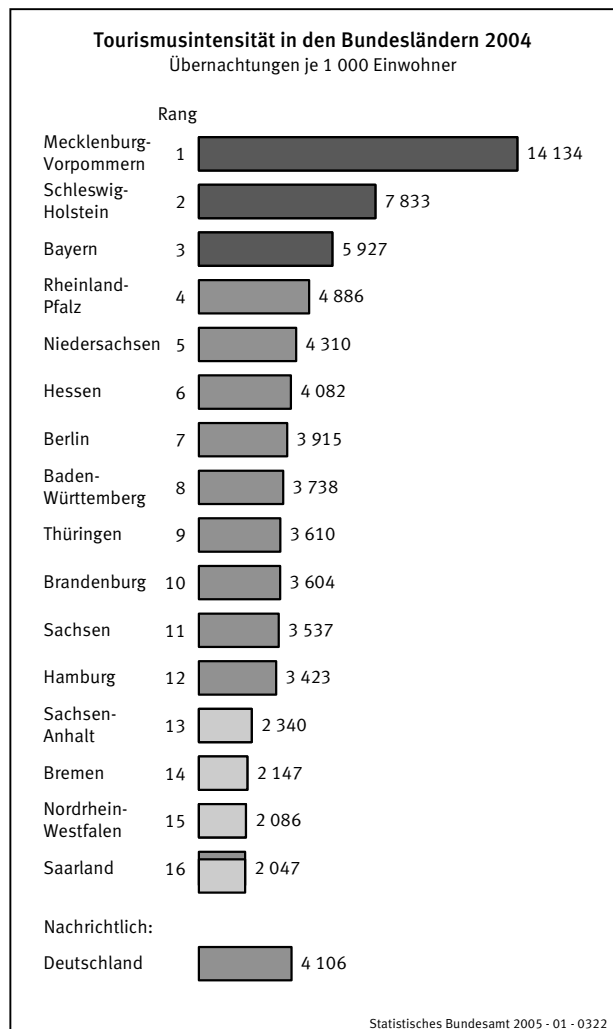
Mit 73,7 Mill. Übernachtungen – entsprechend einem Anteil von 21,7% – ist Bayern nach wie vor das Bundesland mit den meisten Übernachtungen in Deutschland. Mit deutlichem Abstand folgen dann Baden-Württemberg (40,0 Mill. Übernachtungen bzw. 11,8%), Nordrhein-Westfalen (37,7 Mill. bzw. 11,1%) und Niedersachsen (34,5 Mill. bzw. 10,2%). Nachdem Hessen im Vorjahr noch von Mecklenburg-Vorpommern vom fünften Rang verdrängt worden war, konnte es diese Position in diesem Jahr mit 24,9 Mill. Übernachtungen und einem Anteil von 7,3% wieder zurückgewinnen. Mecklenburg-Vorpommern, das im Jahr 2004 zum ersten Mal seit 1992 einen Rückgang der Übernachtungszahlen hinnehmen musste, fiel mit 24,4 Mill. Übernachtungen und einem Anteil von 7,2% wieder auf den sechsten Rang zurück.

### Mecklenburg-Vorpommern verfügt über die höchste Tourismusintensität

Eine deutlich andere Rangfolge ergibt sich, wenn man nicht die absolute Bedeutung des Tourismus in den Bundesländern betrachtet, sondern die relative. Die dazu in der Tourismusstatistik gebräuchliche Maßgröße ist die so

genannte Tourismusintensität. Sie ist definiert als die Zahl der Übernachtungen in einem Gebiet (hier: Bundesland) je 1 000 Einwohner. Nach diesem Kriterium liegt Mecklenburg-Vorpommern weiterhin deutlich an der Spitze aller Bundesländer mit einer Zahl von 14 134 Übernachtungen je 1 000 Einwohner (siehe Schaubild 5). An zweiter Stelle steht mit einem Wert von 7 833 Schleswig-Holstein, das bis 1998 noch an der Spitze der Rangliste gestanden hatte. An dritter Position liegt dann Bayern mit einer Tourismusintensität von 5 927 gefolgt von den Bundesländern Rheinland-Pfalz (4 886), Niedersachsen (4 310) und Hessen (4 082). Berlin, dessen Tourismus seit dem Umzug der Bundesregierung dorthin im Jahr 1999 einen enormen Aufschwung erlebt hat, steht an siebter Stelle und hat mit einem Wert von 3 915 die höchste Tourismusintensität der drei Stadtstaaten.

Schaubild 5



### Betriebe der Hotellerie erreichen ein Plus von 2,9%

Die relative Konstanz der Übernachtungszahlen im Beherbergungsbereich insgesamt überdeckt teilweise sehr divergierende Entwicklungen in den einzelnen Teilsegenmen-

Tabelle 4: Ankünfte und Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben (einschl. Camping) 2004 nach Betriebsarten

Wirtschaftsbereich	Ankünfte		Übernachtungen		Durchschnittliche Aufenthaltsdauer
	1 000	Veränderung gegenüber 2003	1 000	Veränderung gegenüber 2003	
		%		%	Tage
Hotels .....	60954	+6,5	126295	+5,0	2,1
Hotels garnis .....	16280	+3,4	37727	+0,7	2,3
Gasthöfe .....	7955	+0,0	18059	-2,3	2,3
Pensionen .....	3751	-0,2	12966	-2,9	3,5
Hotellerie zusammen ...	88940	+5,0	195047	+2,9	2,2
Jugendherbergen und Hütten .....	5771	+2,0	14475	+1,7	2,5
Campingplätze .....	5700	-8,9	21411	-8,1	3,8
Erholungs-, Ferien-, Schulungsheime .....	7484	+1,0	25035	-3,0	3,3
Boardinghouses .....	109	X	374	X	3,4
Ferienzentren .....	1899	-5,4	9098	-2,8	4,8
Ferienhäuser, -wohnungen .....	4416	+0,6	29839	-2,3	6,8
Sonstiges Beherbergungsgewerbe zusammen ...	25380	-1,4	100232	-2,9	3,9
Vorsorge- und Reha-bilitationskliniken .....	2092	-2,9	43489	-4,7	20,8
Insgesamt ...	116411	+3,4	338769	+0,1	2,9

ten des Tourismusmarktes. So erzielten die Betriebe der Hotellerie, auf die mehr als die Hälfte aller Übernachtungen (57,6%) entfallen, ein Plus von 2,9% (siehe Tabelle 4). Rückgänge mussten dagegen die für den Urlaubstourismus typischen Betriebsarten wie Ferienzentren (-2,8%), Ferienhäuser, Ferienwohnungen (-2,3%) sowie die Campingplätze (-8,1%) hinnehmen. Es fällt auf, dass sich bei fast allen Betriebsarten die Zahl der Gästeankünfte wesentlich besser entwickelt hat als die Zahl der Übernachtungen. Insgesamt konnten die Beherbergungsbetriebe bei den Gästen ein Plus von 3,4% verbuchen. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste ist also bei fast allen Betriebsarten im Jahr 2004 zurückgegangen. Dies ist ein Hinweis darauf,

dass die Touristen mögliche Einschränkungen eher bei der Dauer der Reise gemacht haben als bei der Zahl der Reisen.

### Der verregnete Sommer führt zu Rückgängen im Campingtourismus

Die Campingplätze waren im Jahr 2004 die Betriebsart im Inlandstourismus, die mit -8,1% den größten Rückgang an Übernachtungen hinnehmen musste. Von diesem Rückgang waren mit Ausnahme von Nordrhein-Westfalen (+5,5%) und Sachsen (+6,7%) alle Bundesländer betroffen (siehe

Schaubild 6

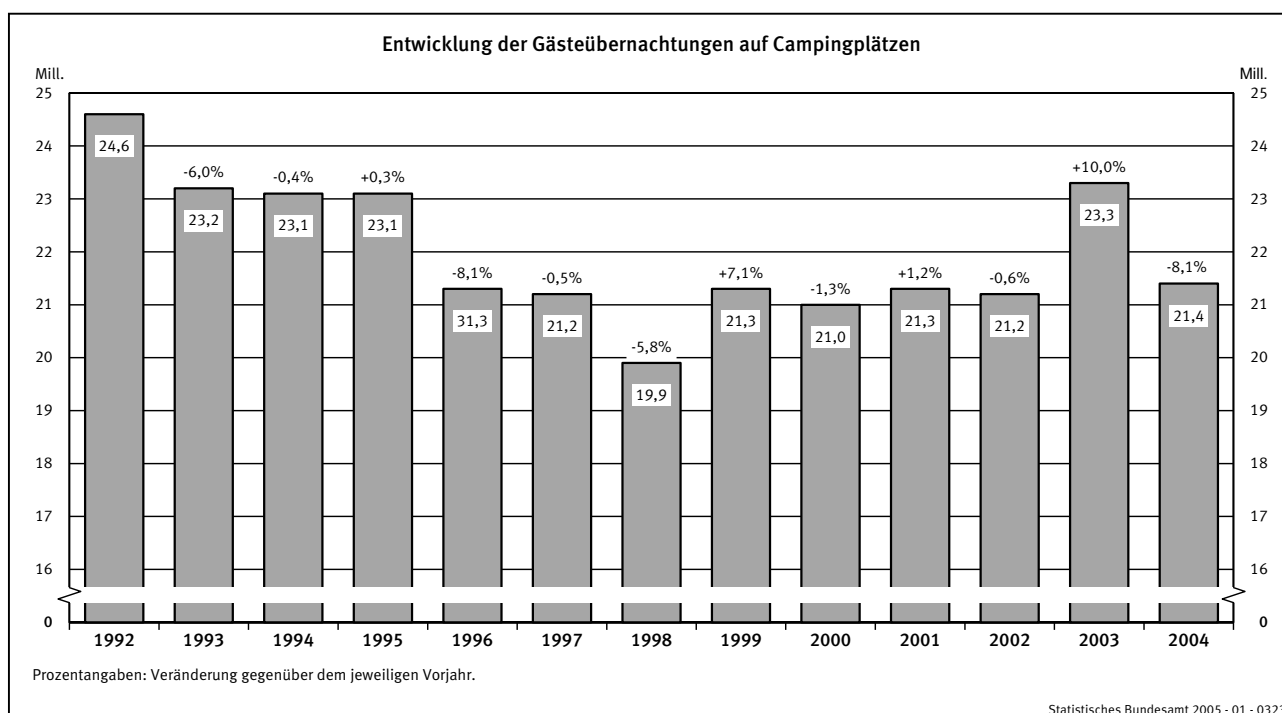


Tabelle 5: Übernachtungen auf Campingplätzen 2004 nach Bundesländern

Land	Übernachtungen			Durchschnittliche Aufenthaltsdauer
	1 000	Anteil	Veränderung gegenüber 2003	
				%
Baden-Württemberg ....	2 697	12,6	-5,3	3,8
Bayern .....	4 296	20,1	-4,9	3,9
Berlin .....	89	0,4	-7,5	3,1
Brandenburg .....	755	3,5	-9,7	2,8
Bremen .....	.	.	.	.
Hamburg .....	.	.	.	.
Hessen .....	943	4,4	-13,4	3,0
Mecklenburg-Vorpommern ....	3 044	14,2	-19,9	4,0
Niedersachsen ....	2 985	13,9	-4,4	4,4
Nordrhein-Westfalen .....	1 168	5,5	+5,5	3,0
Rheinland-Pfalz ...	1 934	9,0	-0,5	3,5
Saarland .....	87	0,4	-30,2	2,9
Sachsen .....	489	2,3	+6,7	2,9
Sachsen-Anhalt ...	242	1,1	-6,9	2,6
Schleswig-Holstein	2 220	10,4	-14,9	5,1
Thüringen .....	394	1,8	-5,3	2,8
Deutschland ...	21 411	100	-8,1	3,8

Tabelle 5). Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass der außergewöhnlich warme Sommer des Jahres 2003 diesem Teilsegment des Tourismusmarktes mit 23,3 Mill. Übernachtungen das beste Ergebnis der letzten elf Jahre beschert hatte. Der Rückgang auf 21,4 Mill. Übernachtungen im Jahr 2004 bedeutet insofern eine Rückkehr zum normalen Niveau der letzten Jahre und ist immerhin noch das zweitbeste Ergebnis seit 1996 (siehe Schaubild 6). Das wenig schöne Wetter im Sommer des Jahres 2004 dürfte diesen Rückgang allerdings noch wesentlich gefördert haben. Der

Campingtourismus ist sehr wetterabhängig und noch deutlich stärker auf die Sommermonate konzentriert als der Tourismus insgesamt.

Mehr noch als der übrige Tourismus konzentriert sich der Campingtourismus sehr stark auf wenige Bundesländer, und zwar zum einen auf die Flächenländer an der Nord- und Ostseeküste und zum anderen auf die beiden süddeutschen Länder Bayern und Baden-Württemberg. So entfielen auf Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein zusammen 38,5% aller Campingübernachtungen in Deutschland. Bayern und Baden-Württemberg kamen auf einen Anteil von 32,7%.

### Anhaltender Rückgang im Kurtourismus

Zum dritten Mal in Folge waren auch im Bereich des Kurtourismus wieder deutliche Rückgänge zu verzeichnen. Die Zahl der Übernachtungen in Vorsorge- und Rehabilitationskliniken ging um 4,7% zurück auf 43,5 Mill. Übernachtungen, nach -3,0 bzw. -4,3% in den Jahren 2002 und 2003 (siehe Schaubild 7). Dabei resultierte der Rückgang der Übernachtungszahlen zum einen aus einer Abnahme der Gästezahlen um 2,9% und zum anderen aus einer Verkürzung der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer in den Kliniken um 1,9% von 21,2 auf 20,8 Nächte. Dies dürfte im Zusammenhang zu sehen sein mit den Reformmaßnahmen im Gesundheitsbereich, aber sicherlich auch mit der generell schlechten Arbeitsmarktlage, die nach aller Erfahrung viele Menschen aus Angst um ihren Arbeitsplatz davon abhält, eine Kur zu beantragen. Den stärksten Einbruch in den letzten zehn Jahren hatten die Vorsorge- und Rehabilitationskliniken im Jahr

Schaubild 7

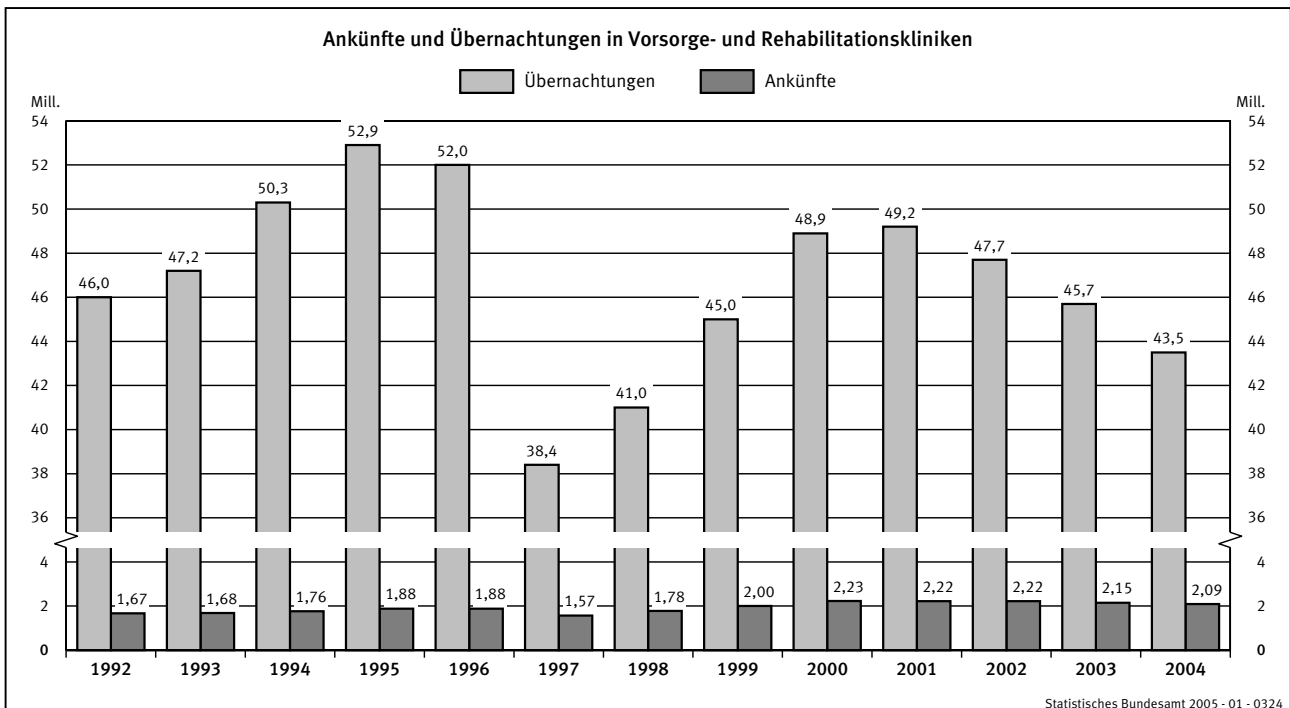


Tabelle 6: Ankünfte und Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben (einschl. Camping) 2004 nach Gemeindegruppen

Gemeindegruppe	Ankünfte		Übernachtungen		Durchschnittliche Aufenthaltsdauer
	insgesamt	Veränderung gegenüber 2003	insgesamt	Veränderung gegenüber 2003	
	1 000	%	1 000	%	Tage
Mineral- und Moorbäder .....	6 455	+ 1,5	39 336	- 3,9	6,1
Heilklimatische Kurorte .....	3 425	- 0,5	16 256	- 4,2	4,7
Kneippkurorte .....	2 149	+ 2,5	10 604	- 1,9	4,9
Heilbäder zusammen ...	12 028	+ 1,1	66 196	- 3,7	5,5
Seebäder .....	6 493	- 4,4	38 926	- 4,4	6,0
Luftkurorte .....	6 448	- 1,0	25 563	- 2,9	4,0
Erholungsorte .....	10 450	- 0,8	36 206	- 2,4	3,5
Sonstige Gemeinden .....	80 991	+ 5,4	171 878	+ 3,8	2,1
Insgesamt ...	116 411	+ 3,4	338 769	+ 0,1	2,9

1997 als Folge der Gesundheitsreform des Jahres 1996 hinnehmen müssen, als die Zahl der Übernachtungen um mehr als ein Viertel (- 26,2%) und die Zahl der Gäste um 16,6% zurückgingen.<sup>12)</sup> Bis zum Jahr 2001 waren die Übernachtungszahlen in den Vorsorge- und Rehabilitationskliniken dann kontinuierlich angestiegen, sind seitdem aber wieder rückläufig und lagen im Jahr 2003 sogar schon unter dem Niveau des Jahres 1992.

### Rückgang des Kurtourismus trifft vor allem die Heilbäder

Der Rückgang der Übernachtungszahlen im Kurtourismus spiegelt sich auch in den Ergebnissen für die zu den Heilbädern zählenden Gemeindegruppen wider (- 3,7%, siehe Tabelle 6). Bei allen drei Typen von Heilbädern – den Mineral- und Moorbädern, den Heilklimatischen Kurorten sowie den Kneippkurorten – wurden wie schon im Vorjahr wieder rückläufige Übernachtungszahlen festgestellt. Rückgänge waren aber auch in den für den Urlaubstourismus typischen Gemeindegruppen, den Luftkurorten (- 2,9%), den Erholungsorten (- 2,4%) sowie den Seebädern (- 4,4%) zu registrieren, wobei die letzteren wohl als Folge des verregneten Sommers die stärksten Einbußen hinnehmen mussten. Zuwächse gab es allein bei den nicht prädikatisierten Sonstigen Gemeinden (+ 3,8%). Dies sind vor allem die mittleren und größeren Städte, die weniger das Ziel des typischen Urlaubstourismus sind, als vielmehr des privat oder geschäftlich motivierten Städtetourismus.

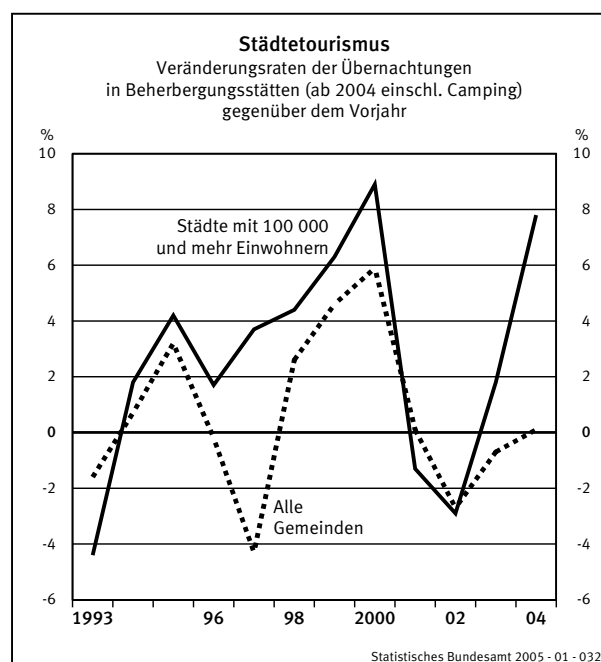
Auch hier ist auffallend, dass sich die Gästezahlen mit Ausnahme der Seebäder in allen anderen Gemeindegruppen wesentlich günstiger entwickelt haben als die Übernachtungszahlen. Die spürbare Verkürzung der Aufenthaltsdauer der Gäste hat sich also in fast allen Gemeindegruppen niedergeschlagen.

### Wieder weit überdurchschnittliche Entwicklung im Städtetourismus

Der Städtetourismus insbesondere in den Großstädten mit mehr als 100 000 Einwohnern ist das Teilsegment des

Tourismus in Deutschland, das sich schon seit Jahren überdurchschnittlich positiv entwickelt. Die Zahl der Übernachtungen in Städten mit 100 000 und mehr Einwohnern stieg in den letzten zwölf Jahren zumeist stärker als die Zahl der Übernachtungen im Durchschnitt aller Gemeinden (siehe Schaubild 8). Im Jahr 2004 war der Unterschied besonders groß. Die Übernachtungen in den Großstädten nahmen um 7,8% zu. Das war nach dem Jahr 2000 (+ 8,9%) der zweithöchste Wert seit 1992 (zum Vergleich alle Gemeinden 2004: + 0,1%). Dabei wird in der Beherbergungsstatistik sowohl der private als auch der geschäftlich motivierte Städtetourismus erfasst.

Schaubild 8

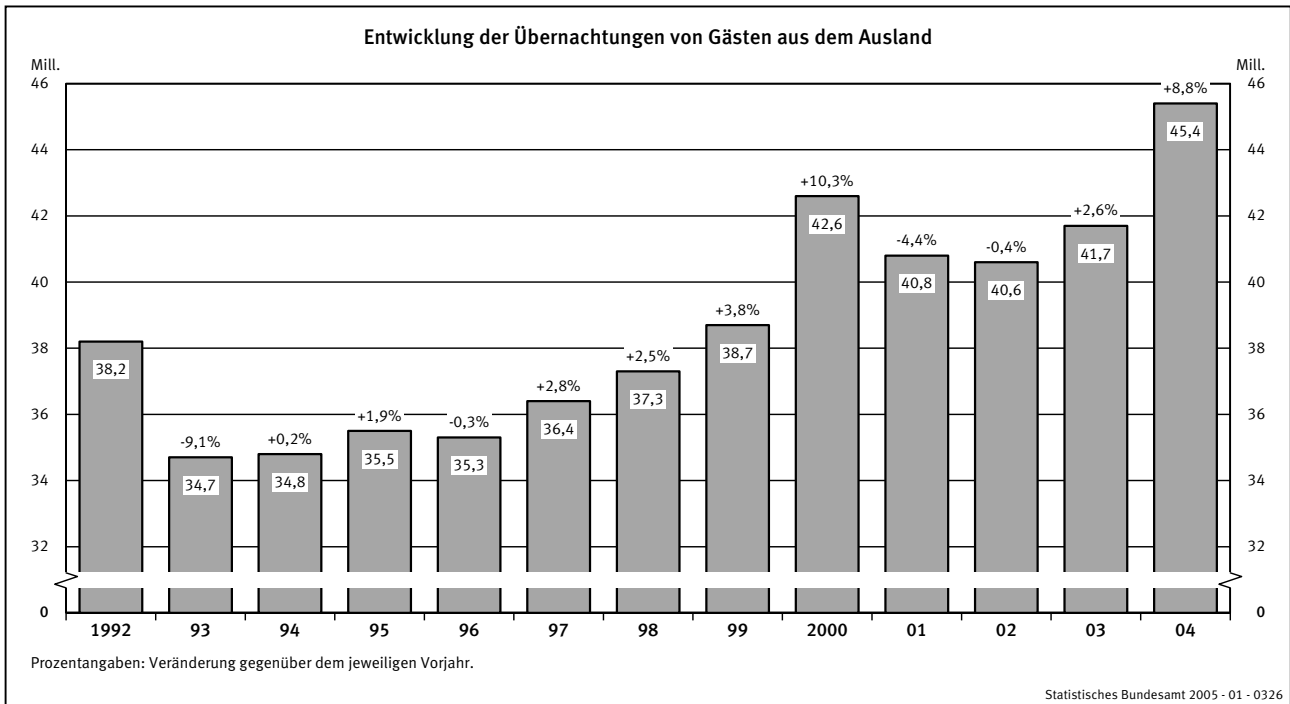


### Neue Rekordzahl bei den Übernachtungen ausländischer Touristen

45,4 Mill. Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland im Jahr 2004 waren ein neuer Rekordwert für den Tourismus in

12) Siehe dazu Spörel, U.: „Inlandstourismus 1997“ in WiSta 6/1998, S. 473 ff.

Schaubild 9

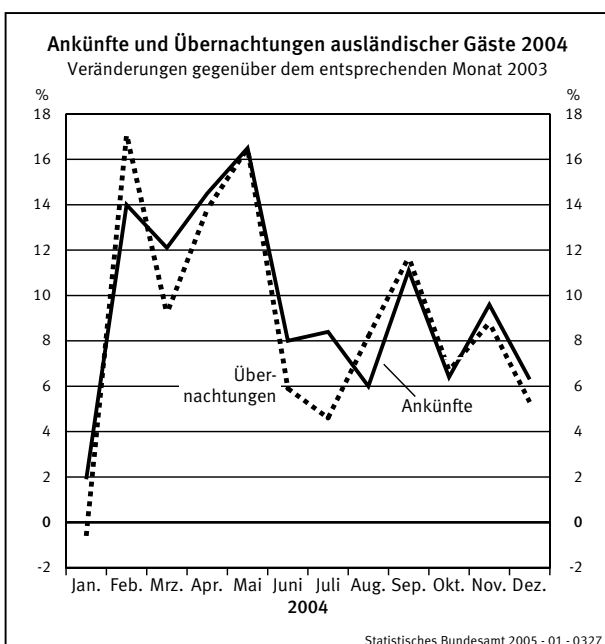


Deutschland (siehe Schaubild 9). Das war eine Zunahme von 8,8% gegenüber dem Vorjahr und diese Zahl übertraf auch deutlich den bisherigen Höchstwert aus dem Jahr 2000, der bei 42,6 Mill. Übernachtungen gelegen hatte. Wie erwähnt hat der internationale Tourismus nach Feststellung der Welttourismusorganisation im Jahr 2004 mit einem Zuwachs von 10% bei den Gästeankünften wieder einen deutlichen Aufschwung erfahren, von dem Westeuropa insgesamt mit einer Steigerungsrate von 2% jedoch nur unterdurchschnittlich partizipiert hat. Im Vergleich zu diesem für

Westeuropa ausgewiesenen Durchschnittswert hebt sich die Entwicklung des Incoming-Tourismus in Deutschland mit einem Plus von 8,8% bei den Übernachtungen und einer Steigerung von sogar 9,5% bei den Gästeankünften sehr positiv ab.

Der Incoming-Tourismus in Deutschland ist in großem Maße Städtetourismus. Knapp die Hälfte aller Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland finden in Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern statt. Dies sind Übernachtungen, die sowohl im Zusammenhang mit privaten Städtereisen, aber auch mit Dienst- und Geschäftsreisen, Messe- und Kongressbesuchen stehen.

Schaubild 10



Die Entwicklung der Ankünfte und Übernachtungen ausländischer Gäste im Jahresverlauf zeigt, dass die Veränderungsrate beider Variablen mit Ausnahme des Januars in allen Monaten des Jahres im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat höher als 4% gelegen hat (siehe Schaubild 10). Dies deutet auf einen stabilen Anstieg des Incoming-Tourismus hin, der nicht auf einzelne, zeitlich begrenzte Saisonfaktoren beschränkt war.

## Einnahmen und Ausgaben im grenzüberschreitenden Reiseverkehr

Die gestiegene Zahl von Übernachtungen ausländischer Gäste schlug sich auch in gestiegenen Einnahmen aus dem grenzüberschreitenden Reiseverkehr nieder. Sie nahmen im Jahr 2004 um 3,2% auf knapp 21,0 Mrd. Euro zu (siehe Tabelle 7). Da die Deutschen traditionell in sehr starkem Maße ins Ausland reisen, ist die deutsche Reiseverkehrsbilanz regelmäßig negativ. So stiegen im Jahr 2004 die Aus-

Tabelle 7: Einnahmen und Ausgaben im grenzüberschreitenden Reiseverkehr

Jahr	Einnahmen		Ausgaben		Saldo	
	Mill. EUR	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	Mill. EUR	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	Mill. EUR	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
1992	12 605	X	37 361	X	-24 756	X
1993	12 616	+0,1	39 064	+4,6	-26 448	+6,8
1994	12 371	-1,9	43 054	+10,2	-30 684	+16,0
1995	13 190	+6,6	44 082	+2,4	-30 893	+0,7
1996	13 559	+2,8	45 448	+3,1	-31 889	+3,2
1997	15 735	+16,1	47 793	+5,2	-32 057	+0,5
1998	16 482	+4,7	48 937	+2,4	-32 455	+1,2
1999	17 115	+3,8	52 583	+7,5	-35 468	+9,3
2000	20 179	+17,9	57 427	+9,2	-37 248	+5,0
2001	20 030	-0,7	57 985	+1,0	-37 955	+1,9
2002	20 060	+0,1	55 504	-4,3	-35 444	-6,6
2003	20 318	+1,3	57 187	+3,0	-36 869	+4,0
2004	20 968	+3,2	58 138	+1,7	-37 170	+0,8

Quelle: Deutsche Bundesbank.

gaben der Deutschen bei ihren Reisen ins Ausland um 1,7% auf 58,1 Mrd. Euro, wodurch der negative Saldo der Reiseverkehrs-bilanz um 0,8% auf 37,2 Mrd. Euro zunahm.

## Steigende Übernachtungszahlen von Gästen aus allen wichtigen Herkunftsländern

Steigende Übernachtungszahlen konnten im Jahr 2004 für alle wichtigen Herkunftsländer festgestellt werden. Die in absoluten Zahlen gemessenen höchsten Zuwächse entfielen auf die Herkunftsländer Vereinigte Staaten (567 000 bzw. +15,1%), Schweiz (299 000 bzw. +11,4%), das Vereinigte Königreich (292 000 bzw. +8,3%), die Volksrepublik China und Hongkong (211 000 bzw. +36,5%), Spanien (191 000 bzw. +18,6%), Frankreich (179 000 bzw. +10,0%), die Niederlande (173 000 bzw. +2,2%) und Italien (151 000 bzw. +6,5%, siehe Tabelle 8).

## Die Niederländer sind die Gästegruppe mit dem größten Übernachtungsanteil

Die Niederlande sind nach wie vor das wichtigste Herkunftsland für das deutsche Beherbergungsgewerbe. Die Gäste aus diesem Land brachten es im Jahr 2004 auf 8,0 Mill. Übernachtungen in deutschen Beherbergungsbetrieben. Das entspricht einem Anteil von 17,7% an allen Übernachtungen von Auslandsgästen. An zweiter Stelle lagen die Vereinigten Staaten (4,3 Mill. Übernachtungen bzw. 9,5%), gefolgt vom Vereinigten Königreich (3,8 Mill. Übernachtungen bzw. 8,3%). Mit einer Zahl von 2,9 Mill. Übernachtungen (6,4%) nahmen die Gäste aus der Schweiz den vierten Rang ein, gefolgt von den Gästen aus Italien (2,5 Mill. bzw.

Tabelle 8: Ankünfte und Übernachtungen von Auslandsgästen in Beherbergungsbetrieben (einschl. Camping) 2004

Ständiger Wohnsitz <sup>1)</sup>	Ankünfte	Übernachtungen			Anteil an allen Übernachtungen von Auslandsgästen
		insgesamt	Veränderung gegenüber 2003		
		1 000	%		
Europa .....	14 806	33 603	+2 139	+6,8	74,1
darunter:					
Belgien .....	787	1 941	+120	+6,6	4,3
Dänemark .....	785	1 583	+64	+4,2	3,5
Finnland .....	215	407	+34	+9,0	0,9
Frankreich .....	996	1 965	+179	+10,0	4,3
Griechenland .....	135	353	+52	+17,2	0,8
Italien .....	1 189	2 477	+151	+6,5	5,5
Luxemburg .....	137	366	+23	+6,8	0,8
Niederlande .....	2 884	8 021	+173	+2,2	17,7
Norwegen .....	266	485	+33	+7,3	1,1
Österreich .....	920	1 900	+119	+6,7	4,2
Polen .....	369	953	+114	+13,7	2,1
Russische Föderation ...	293	823	+44	+5,6	1,8
Schweden .....	815	1 374	+67	+5,1	3,0
Schweiz .....	1 417	2 926	+299	+11,4	6,4
Spanien .....	561	1 216	+191	+18,6	2,7
Tschechische Republik ..	232	551	+21	+4,0	1,2
Türkei .....	149	367	+31	+9,3	0,8
Ungarn .....	172	416	+29	+7,4	0,9
Vereinigtes Königreich ..	1 788	3 768	+292	+8,3	8,3
Afrika .....	146	424	+10	+2,3	0,9
Amerika .....	2 337	5 306	+668	+14,4	11,7
darunter:					
Kanada .....	190	409	+35	+9,5	0,9
Vereinigte Staaten .....	1 926	4 321	+567	+15,1	9,5
Asien .....	1 997	4 355	+664	+18,0	9,6
darunter:					
Arabische Golfstaaten ..	160	512	+67	+15,1	1,1
Volksrepublik China und Hongkong .....	387	789	+211	+36,5	1,7
Israel .....	112	297	+0	+0,0	0,7
Japan .....	715	1 286	+115	+9,8	2,8
Republik Korea .....	131	281	+57	+24,3	0,6
Australien und Ozeanien ..	207	424	+75	+21,5	0,9
Nicht näher bezeichnetes Ausland .....	644	1 262	+118	+10,3	2,8
Insgesamt ...	20 137	45 374	+3 670	+8,8	100

1) Grundsätzlich ist der ständige Wohnsitz, nicht die Staatsangehörigkeit (Nationalität) maßgebend.

5,5%), Frankreich (2,0 Mill. bzw. 4,3%), Belgien (1,9 Mill. bzw. 4,3%) und Österreich (1,9 Mill. bzw. 4,2%). Inzwischen gibt es zwölf Herkunftsländer, aus denen die Gäste in Deutschland jeweils mehr als eine Mill. Übernachtungen verbringen. Zurzeit noch an fünfzehnter Stelle liegt die Volksrepublik China mit Hongkong mit 790 000 Übernachtungen, was einem Anteil von 1,7% an der Gesamtzahl der Übernachtungen ausländischer Gäste entspricht. Vor zehn Jahren lag dieser Anteil noch bei 0,9%. Die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus diesem sich sehr dynamisch entwickelnden Markt hat sich allein in den letzten fünf Jahren fast verdoppelt. Seit dem Februar 2003 besteht für die Bevölkerung der Volksrepublik China auch die Möglichkeit zu privaten Gruppenreisen nach Deutschland, was dem Tou-

rismus aus diesem Land einen zusätzlichen Impuls gegeben hat.<sup>13)</sup>

### Starke Konzentration des Incoming-Tourismus auf wenige Bundesländer

Die Übernachtungen ausländischer Gäste konzentrieren sich stark auf wenige Bundesländer. So entfielen mit 10,4 Mill. 23,0% aller Übernachtungen dieser Gästegruppe allein auf Bayern (siehe Tabelle 9). Mit einigem Abstand folgten Nordrhein-Westfalen (6,7 Mill.) und Baden-Württemberg (6,3 Mill.). In diesen drei Bundesländern fällt gut die Hälfte (51,7%) aller Übernachtungen ausländischer Gäste an. Rechnet man die Anteile der Länder Hessen, Rheinland-Pfalz, Berlin, Niedersachsen und Hamburg mit dazu, so kommt man zu dem Ergebnis, dass auf diese acht, und damit die Hälfte aller Bundesländer fast neun Zehntel (89,5%) der Übernachtungen ausländischer Gäste entfallen. Es fällt auf, dass sich darunter keines der neuen Bundesländer befindet.

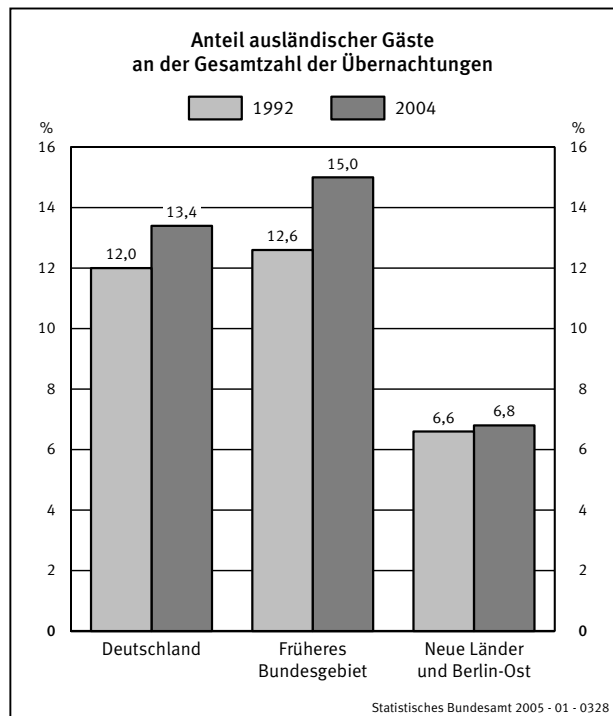
Tabelle 9: Übernachtungen ausländischer Gäste in Beherbergungsbetrieben (einschl. Camping) 2004 nach Bundesländern

Land	Übernachtungen		
	1 000	Veränderung gegenüber 2003	Anteil an allen Übernachtungen ausländischer Gäste
Bayern .....	10 426	+9,8	23,0
Nordrhein-Westfalen .....	6 737	+9,1	14,8
Baden-Württemberg .....	6 298	+8,1	13,9
Hessen .....	5 030	+8,5	11,1
Rheinland-Pfalz .....	4 508	+0,3	9,9
Berlin .....	4 225	+24,6	9,3
Niedersachsen .....	2 187	+0,1	4,8
Hamburg .....	1 231	+11,6	2,7
Sachsen .....	1 038	+12,4	2,4
Schleswig-Holstein .....	1 088	+2,2	2,3
Mecklenburg-Vorpommern ...	625	+0,7	1,4
Brandenburg .....	552	+7,2	1,2
Thüringen .....	523	+14,8	1,2
Sachsen-Anhalt .....	353	+12,4	0,8
Bremen .....	304	+14,6	0,7
Saarland .....	250	+2,8	0,6
<b>Deutschland ...</b>	<b>45 374</b>	<b>+8,8</b>	<b>100</b>
nachrichtlich:			
Früheres Bundesgebiet .....	40 729	+8,4	89,8
Neue Länder und Berlin-Ost	4 645	+12,4	10,2

### Neue Bundesländer mit geringerem Incoming-Tourismus

Für die neuen Bundesländer ist nach wie vor kennzeichnend, dass der Anteil ausländischer Gäste an der Gesamtzahl aller Übernachtungen weit unterdurchschnittlich ist. Während der Anteil dieser Gästegruppe an den Übernachtungen bundesweit bei 13,4% liegt – im früheren Bundesgebiet liegt er

Schaubild 11



mit 15,0% leicht darüber –, ist er in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit 6,8% nur etwa halb so hoch. Und er ist hier, anders als im früheren Bundesgebiet, gegenüber 1992 auch kaum spürbar gestiegen (siehe Schaubild 11). [\[U\]](#)

13) Siehe dazu auch die Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 8. März 2005: „Immer mehr Chinesen besuchen Deutschland“.



Dipl.-Kaufmann Roland Fischer

# Gewerblicher Luftverkehr 2004

Im Rahmen dieses Aufsatzes wird die Entwicklung der gewerblichen Luftfahrt in Deutschland dargestellt. Bedingt durch eine zum Jahresbeginn 2004 in Kraft getretene neue gesetzliche Grundlage zur Verkehrsstatistik erhöhte sich die Zahl der in die detaillierte Berichterstattung aufgenommenen ausgewählten Flughäfen auf 23, sodass damit eine Marktabdeckung von etwa 99% des gesamten Fluggastvolumens auf deutschen Flugplätzen erreicht wird. Bei der Ergebnisbereitstellung für das Jahr 2004 beinhalten die Absolutwerte die Daten aller 23 ausgewählten Flugplätze, bei den prozentualen Veränderungsdaten zum Jahr 2003 bleiben indessen die Werte der neu aufgenommenen Flugplätze Dortmund, Paderborn/Lippstadt, Friedrichshafen, Karlsruhe/Baden-Baden und Lübeck unberücksichtigt. Die Zahl der Flugpassagiere stieg im Jahr 2004 um 9,4% auf 135,8 Mill. Etwa 84% aller Passagiere reisten in das Ausland (114,5 Mill.; + 11,2%) bzw. kamen von dort. Flugrouten mit hohen Anteilen an Touristen am Passagieraufkommen weisen traditionell große Fluggastvolumina auf: Spanien mit 9,5 Mill. Einsteigern aus Deutschland (+ 4,6% gegenüber 2003), die Türkei mit 5,1 Mill. (+ 11,5%), Italien mit 4,1 Mill. (+ 9,3%) und Griechenland mit 2,3 Mill. (+ 0,9%). Im innerdeutschen Luftverkehr wurden 14,5 Mill. Endzielpassagiere sowie 6,6 Mill. Umsteigepassagiere erfasst, die vor allem über die Flughäfen Frankfurt und München aus dem Ausland kamen oder in das Ausland flogen. Das Luftfrachtaufkommen stieg gegenüber 2003 auf den 23 ausgewählten Flughäfen um 14,7% auf etwa 2,7 Mill.; etwa

97% dieser Tonnage (2,6 Mill. t; + 15,7%) wurden dabei im grenzüberschreitenden Verkehr transportiert. Die Luftpost-Tonnage nahm gegenüber 2003 um 16,2% ab und belief sich auf 137.900 t.

## Vorbemerkung

Im Rahmen der Luftfahrtstatistik<sup>1)</sup> werden sämtliche von in- und ausländischen Fluggesellschaften in Deutschland durchgeführten Flüge und die damit erbrachten Verkehrsleistungen erfasst.

Kontinuierlich und weitgehend automatisiert wird eine detaillierte Verkehrsleistungserhebung monatlich aber nur auf den 23 „ausgewählten Flugplätzen“ des Bundesgebietes durchgeführt. Die jährliche Erhebung des gewerblichen Luftverkehrs auf den rund 250 „Sonstigen Flugplätzen“ erfasst zusätzlich rund 1,8 Mill. ein- bzw. aussteigende Fluggäste.

Ab dem Berichtsjahr 2003 ist eine EU-Verordnung<sup>2)</sup> zur Luftfahrtstatistik in Kraft getreten, die ab 2004 eine Erweiterung des Meldekreises vorsah. An das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) sind danach die Ergebnisse von Flugplätzen mit mehr als 150.000 Passagiereinheiten<sup>3)</sup> jährlich zu melden. Am 1. Januar 2004 ist eine Änderung des Verkehrsstatistikgesetzes in Kraft getreten, die auch für die nationale Luftfahrtstatistik diesen

1) Gesetz zur Neuregelung des Rechts der Verkehrsstatistik vom 12. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2518), Artikel 1, Abschnitt 4, § 12 Luftverkehrsstatistik.

2) Verordnung (EG) Nr. 437/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Februar 2003 über die statistische Erfassung der Beförderung von Fluggästen, Fracht und Post im Luftverkehr (Amtsbl. der EU Nr. L 66, S. 1).

3) Ein- oder aussteigender Passagier bzw. 100 kg ein- oder ausgeladene Fracht/Post.

Schwellenwert vorsieht. Mit den neuen Abschneidegrenzen wurden ab dem Berichtsjahr 2004 neben den bisher 17 „ausgewählten Flugplätzen“ sechs weitere Flughäfen [Hahn (bereits ab 2003), Dortmund, Paderborn/Lippstadt, Lübeck, Friedrichshafen und Karlsruhe/Baden-Baden] in die tiefgegliederte Monatsstatistik aufgenommen. Damit werden rund 99% des Passagieraufkommens sehr detailliert erfasst. Ab dem Berichtsjahr 2005 wird der Flughafen Niederrhein in die extensive Statistik aufgenommen und ab 2006 zusätzlich der Flughafen Rostock.

In den folgenden Darstellungen wurden die Leistungen der nunmehr 23 „Großflughäfen“ in die Ergebnisse des Berichtsjahres 2004 integriert; die nachgewiesenen prozentualen Veränderungsdaten beziehen sich allerdings nur auf die schon 2003 erfassten 18 ausgewählten Großflughäfen (einschl. Hahn).

### Überblick

Beim Personenverkehr, dem bedeutendsten Tätigkeitsfeld der Luftfahrt, konnte im Jahr 2004 der bis zum Jahr 2000 zu beobachtende Aufwärtstrend wieder aufgenommen werden. Nach den durch die Konjunktorentwicklung und die Terroranschläge in den Vereinigten Staaten am 11. September 2001 verursachten Einbrüchen beim Fluggastaufkommen in den Jahren 2001 und 2002 wurde im Jahr 2004 mit 135,8 Mill. Passagieren (siehe Tabelle 3 auf S. 369) auf deutschen Flughäfen ein Zuwachs gegenüber dem Vorjahr von 9,4% registriert.

So wurden beim Auslandsverkehr im Berichtsjahr 90,6 Mill. (+9,4%) an- und abfliegende Passagiere (um Umsteiger

bereinigte Daten) erfasst, die ihre Flugreise auf einem deutschen Flughafen begannen oder beendeten; weitere 11,9 Mill. (+18,3%) Passagiere waren Auslands-Auslands-Umsteiger, die ein deutsches Luftfahrtkreuz („Hub“), insbesondere Frankfurt und München, nutzten, um das Flugzeug zu wechseln.

Im Verkehr zwischen den deutschen Flugplätzen wurde ein Verkehrszuwachs von 0,2% auf 21,1 Mill. Passagiere (42,2 Mill. ein- und aussteigende Passagiere) registriert; hierbei handelt es sich ausschließlich um die auf den 23 Großflughäfen abgefertigten Fluggäste. Von diesen Passagieren waren 14,5 Mill. (-2,2%) auf einer rein innerdeutschen Reise unterwegs. Die anderen 6,6 Mill. Fluggäste (+6,1%) waren Umsteiger, die ihre Flugreise in das oder aus dem Ausland fortsetzten.

Der Flughafen Frankfurt am Main – eines der bedeutenden internationalen Hubs in der europäischen Luftfahrt – konnte seine herausragende Stellung in der deutschen Luftfahrt mit 50,7 Mill. abgefertigten Ein- und Aussteigern (Anteil: 32%) behaupten, gefolgt von München mit 26,6 Mill. (Anteil: 17%), Düsseldorf mit 15,1 Mill. (Anteil: 10%), Berlin (Tegel) mit 11,0 Mill. (Anteil: 7%) und Hamburg mit 9,8 Mill. Fluggästen (Anteil: 6%).

In der Luftfracht erreichte Frankfurt mit 1,71 Mill. t einen noch höheren Verkehrsanteil als in der Passagierluftfahrt; etwa zwei Drittel (63%) aller in Deutschland an Bord von Flugzeugen verladene Güter wurden dort umgeschlagen, gefolgt von Köln/Bonn mit 611 500 t (Anteil: 23%). Die insgesamt in oder aus Flugzeugen ein- oder ausgeladene Gütermenge lag im Jahr 2004 mit 2,7 Mill. t Fracht um 15,0% über dem Ergebnis von 2003.

Tabelle 1: Gewerblicher Luftverkehr auf ausgewählten Flugplätzen

Flughafen	Starts und Landungen		Ein- und Aussteiger <sup>1)</sup>		Fracht Ein- und Ausladung <sup>2)</sup>	
	2004 <sup>3)</sup>	2004 gegen- über 2003	2004 <sup>3)</sup>	2004 gegen- über 2003	2004 <sup>3)</sup>	2004 gegen- über 2003
	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Berlin (Schönefeld) .....	38,7	+55,5	3 294,1	+99,8	12,5	+1,7
Berlin (Tegel) .....	131,8	-1,9	10 975,9	-0,5	12,0	-6,1
Berlin (Tempelhof) .....	25,7	-7,1	440,6	-1,8	0,5	+60,1
Bremen .....	33,8	+5,2	1 637,3	+2,3	0,9	-24,2
Dortmund .....	17,2	-	1 103,5	+10,1	-	-
Dresden .....	27,8	+11,6	1 569,3	+4,8	0,4	-36,5
Düsseldorf .....	187,9	+8,2	15 093,4	+6,9	55,9	+17,3
Erfurt .....	13,7	-3,5	476,2	+17,5	3,7	+17,5
Frankfurt/Main .....	462,8	+4,0	50 702,5	+5,6	1 712,8	+12,7
Friedrichshafen .....	9,6	-	501,7	+3,1	-	-
Hahn .....	22,5	+8,7	2 738,1	+17,4	66,1	+81,1
Hamburg .....	130,4	+2,5	9 764,5	+4,3	25,0	+6,1
Hannover .....	77,5	+0,6	5 123,3	+4,5	5,3	-0,1
Karlsruhe/Baden-Baden .....	22,0	-	625,2	+232,1	0,1	-
Köln/Bonn .....	135,6	+0,7	8 251,9	+7,5	611,5	+18,2
Leipzig/Halle .....	31,3	-2,0	1 921,9	+4,6	5,5	-40,5
Lübeck .....	6,2	-23,9	571,0	+13,0	-	-
München .....	369,1	+8,1	26 602,8	+11,1	171,1	+21,3
Münster/Osnabrück .....	25,8	-18,9	1 395,6	-3,1	0,5	-
Nürnberg .....	57,2	+1,1	3 549,0	+10,5	10,9	+3,0
Paderborn/Lippstadt .....	16,1	-	1 257,8	-0,3	0,1	-
Saarbrücken .....	10,3	-8,8	406,6	+0,6	0,0	-
Stuttgart .....	136,6	+11,1	8 651,2	+16,6	17,3	-0,8
Insgesamt ...	1 989,8	+4,7 <sup>4)</sup>	156 594,1	+10,8 <sup>4)</sup>	2 712,2	+15,0 <sup>4)</sup>

1) Passagiere auf jedem Ein- und Aussteigeflughafen gezählt. – 2) Einschl. Umladungen. – 3) 23 ausgewählte deutsche Flughäfen. – 4) Ohne Dortmund, Friedrichshafen, Karlsruhe/Baden-Baden, Paderborn-Lippstadt, Lübeck.

Schaubild 1

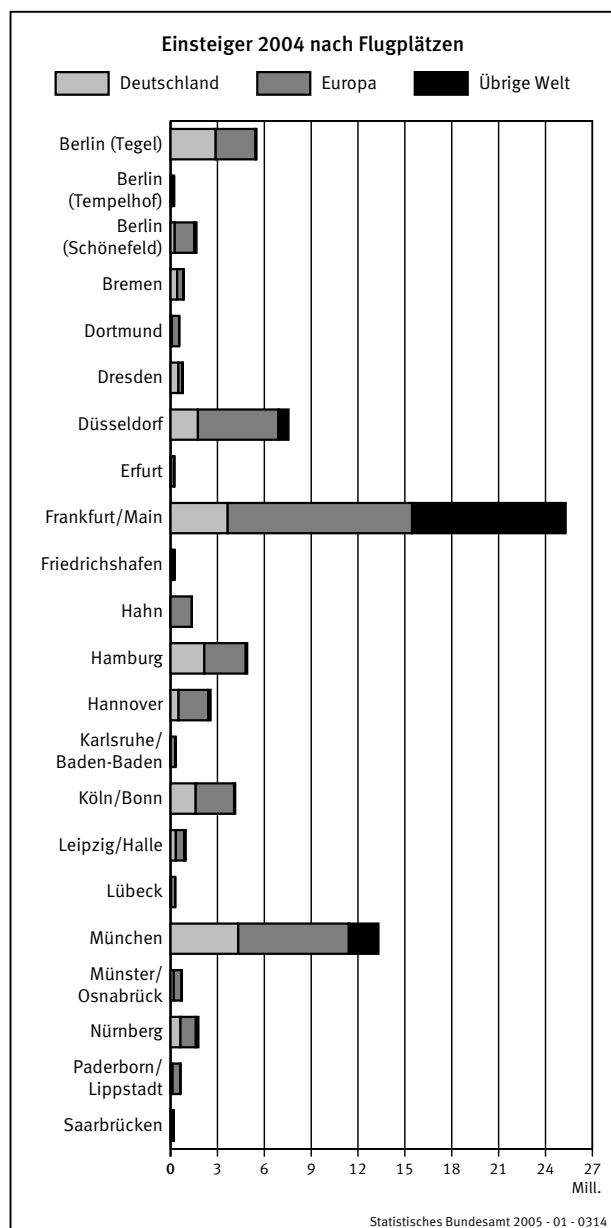


Tabelle 2: Einsteiger nach wichtigen ausländischen Streckenzielländern

Streckenziel (Rep. = Republik)	1990 <sup>1)</sup>	1995 <sup>2)</sup>	2000 <sup>2)</sup>	2004 <sup>3)</sup>	2004 gegenüber 2003 <sup>4)</sup>
	1 000				%
Europa	17 849	27 319	36 827	43 769	+9,4
darunter:					
Europäische Union	14 411	21 608	29 419	33 594	+8,4
Belgien	328	532	920	545	+3,5
Dänemark	394	566	777	838	+4,4
Estland	-	20	17	68	+92,7
Finnland	231	273	415	547	+25,7
Frankreich	1 257	1 666	2 540	2 862	+7,1
Griechenland	1 440	2 184	2 531	2 299	+0,9
Irland	118	215	240	401	+21,9
Italien	1 205	1 798	2 798	4 104	+9,3
Lettland	4	36	24	81	+65,3
Litauen	-	43	55	84	+38,3
Luxemburg	59	81	123	102	-0,5
Malta	137	203	246	182	+5,0
Niederlande	551	868	1 312	1 162	+12,6
Österreich	650	906	1 332	2 020	+18,2
Polen	113	255	372	628	+38,8
Portugal	387	826	1 008	1 030	+4,5
Schweden	252	334	535	797	+14,3
Slowakische Rep.	0	1	4	27	+163,0
Slowenien	20	56	100	98	+7,9
Spanien	4 174	6 759	9 008	9 527	+4,6
Tschechische Rep.	86	198	293	425	+11,2
Ungarn	158	267	415	629	+30,7
Vereinigtes Königreich	2 758	3 278	4 121	4 948	+5,3
Zypern	89	244	233	186	+23,5
Norwegen	114	153	253	401	+23,9
Schweiz	1 013	1 063	1 664	1 850	+18,9
Bulgarien	91	234	335	645	+6,2
Serbien u. Montenegro	185	53	108	267	+10,3
Kroatien	246	84	237	361	-0,8
Mazedonien	-	74	100	43	+33,6
Rumänien	31	115	126	210	+21,7
Russische Föderation	216	508	603	995	+13,1
Türkei	1 518	3 231	3 720	5 105	+11,5
Ukraine	4	65	79	131	+20,2
Weißrussland	-	70	39	40	+8,8
Afrika	1 251	1 849	2 682	2 579	+19,3
darunter:					
Ägypten	213	304	869	1 112	+39,5
Marokko	126	195	206	143	+4,6
Tunesien	498	850	1 031	651	+13,6
Südafrika	82	162	232	305	+7,3
Amerika	3 348	4 418	5 920	5 874	+11,5
darunter:					
Kanada	284	438	624	712	+11,3
Vereinigte Staaten	2 607	3 064	3 880	3 967	+11,1
Dominikanische Rep.	76	342	475	270	+0,7
Mexiko	58	119	214	239	+5,7
Argentinien	25	40	66	64	+50,2
Brasilien	107	136	233	288	+31,2
Asien	1 717	2 736	3 849	5 000	+21,4
darunter:					
Israel	182	285	329	282	+8,6
Katar	2	4	16	72	+63,4
Saudi-Arabien	43	40	57	53	-5,7
Vereinigte Arabische Emirate	38	91	208	503	+27,0
Indien	236	263	279	495	+22,7
China	45	118	284	521	+48,2
Hongkong (China)	146	191	252	258	+34,8
Japan	228	307	513	511	+17,9
Republik Korea	41	96	169	255	+5,4
Singapur	105	203	308	350	+10,7
Thailand	193	319	433	505	+20,0
Australien	66	60	56	49	-9,0
Insgesamt	24 231	36 383	49 335	57 271	+11,0

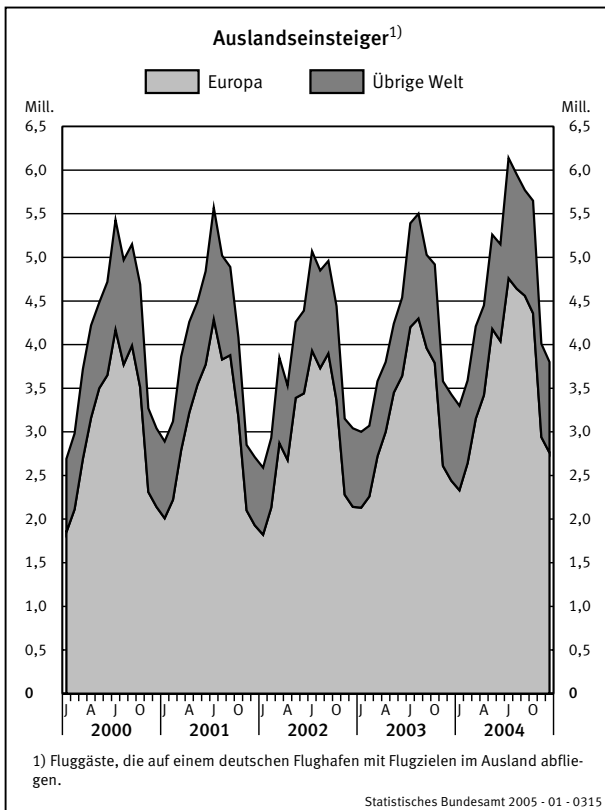
1) Früheres Bundesgebiet. – 2) 17 ausgewählte deutsche Flughäfen. – 3) 23 ausgewählte deutsche Flughäfen. – 4) 18 ausgewählte deutsche Flughäfen.

## Internationaler Fluggastverkehr

Wie in den Vorjahren benutzten mehr als vier Fünftel (84%) aller Fluggäste das Flugzeug für Auslandsreisen. Der grenzüberschreitende Luftverkehr insgesamt nahm 2004 im Vergleich zum Vorjahr um 11,2% auf 114,5 Mill. Passagiere zu, wobei jeweils rund die Hälfte der Fluggäste ein- oder ausreiste.

Zur übersichtlicheren Darstellung der Verkehrsströme beziehen sich die folgenden Vergleiche nur auf die 57,3 Mill. Auslandseinsteiger (+11,0%); dies sind Fluggäste, die von einem ausgewählten deutschen Flughafen mit Zielen im Ausland abfliegen. Von diesen internationalen Passagieren waren rund 12,0 Mill. nicht dem deutschen Markt zuzurechnen; es handelt sich dabei um Umsteiger, die auf einem deutschen Flughafen aus dem Ausland kommend in das

Schaubild 2



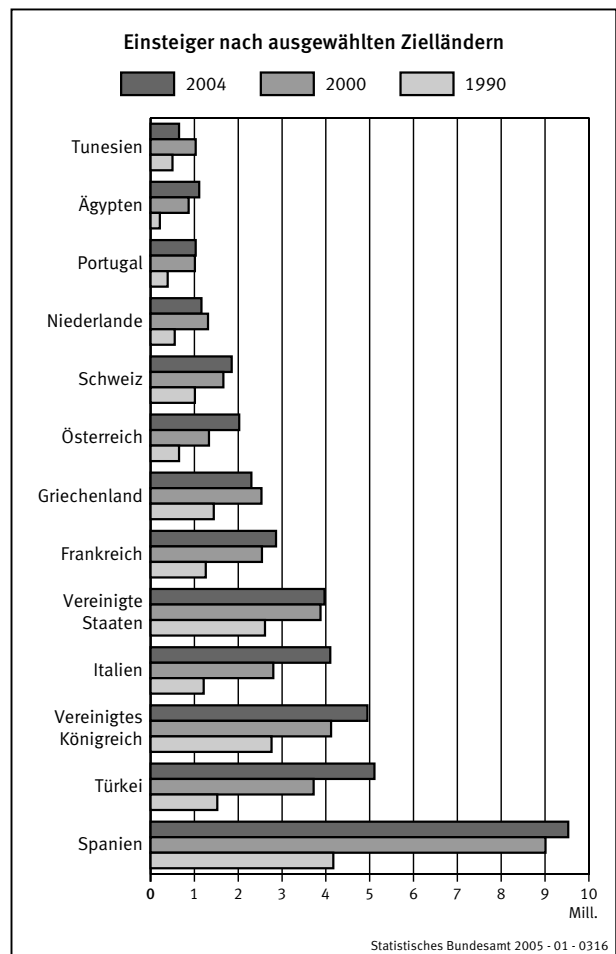
Ausland umstiegen. Die bei den Einsteigern zu beobachtende Entwicklung kann analog auf die Auslandsaussteiger – also aus dem Ausland anfliegende Fluggäste – übertragen werden, da es sich bei Flugreisen fast ausschließlich um Hin- und Rückreisen handelt.

Wichtigstes Ziel im Auslandsluftverkehr blieb – vor allem tourismusbedingt – Spanien mit 9,5 Mill. Passagieren aus Deutschland (+4,6%). Eines der wichtigsten Ziele waren wieder die Balearen mit 3,8 Mill. Flugpassagieren (+11,0%), wobei allein 3,4 Mill. Urlauber aus Deutschland den Flughafen Palma de Mallorca anfliegen (+15,0%). Auf den Kanarischen Inseln landeten 2,5 Mill. (-7,7%) Gäste aus Deutschland, darunter 0,8 Mill. (-5,8%) in Las Palmas Gran Canaria.

Die Türkei hat als gemischte Route, die von Geschäftsleuten, Touristen sowie von in Deutschland lebenden und arbeitenden türkischen Staatsangehörigen befliegen wird, mit insgesamt 5,1 Mill. Fluggästen nach dem Minus des Vorjahres (-4,4%) wieder ein hohes Plus von 11,5% verbuchen können. Italien verzeichnete bei seinem Fluggastaufkommen aus Deutschland einen Zuwachs von 9,3% auf 4,1 Mill. Passagiere, Griechenland erzielte mit 2,3 Mill. Fluggästen einen leichten Zuwachs von 0,9%.

Von den afrikanischen Ländern, bei denen im Luftverkehr der Flugtourismus dominiert, konnte Ägypten mit 1,1 Mill. Passagieren (+39,5%) seinen im Vorjahr erreichten ersten Platz unter den Reiseländern in Afrika weiter ausbauen. Tunesien, bis 2002 Hauptzielland dieses Kontinentes, konnte nach dem Verlust im Jahr 2003 (-15,8%) wieder ein

Schaubild 3



Plus von 13,6% auf insgesamt 651 000 Fluggäste erzielen; die negativen Auswirkungen durch den Terroranschlag in Djerba im Jahr 2002 konnten aber damit bei weitem noch nicht ausgeglichen werden. Das Ferienzielland Marokko konnte beim Flugtourismus sein Aufkommen auf 143 000 Fluggäste (+4,6%) aus Deutschland steigern. Südafrika erzielte im gleichen Zeitraum eine Zunahme des Luftverkehrs um 7,3% auf 305 000 Passagiere.

Auf der Transatlantikroute dominierten als Zielland die Vereinigten Staaten von Amerika mit 4,0 Mill. Passagieren (+11,1%); bei den großen Flugzielen in den Vereinigten Staaten war die Entwicklung durchweg positiv; die am häufigsten angeflogene Metropole blieb mit 603 000 Passagieren New York (+8,7%). Chicago konnte mit insgesamt 500 000 Fluggästen ein Plus von 8,6% einfliegen, Washington erreichte mit 413 000 Fluggästen aus Deutschland ein Plus von 9,5%, während Atlanta seine Passagierzahl mit einem Zuwachs von 20,4% auf insgesamt 351 000 Fluggäste besonders deutlich steigerte. San Francisco konnte sein Fluggastaufkommen aus Deutschland um 8,1% auf 299 000 steigern und Los Angeles wies mit 278 000 Passagieren eine Steigerung um 3,8% auf.

Ein weiteres wichtiges Ziel auf dem amerikanischen Kontinent war Kanada mit 712 000 Passagieren, was ein Plus von 11,3% bedeutete. Die Dominikanische Republik konnte

mit 270 000 Feriengästen ein leichtes Plus verzeichnen (+ 0,7%).

In Nahost wurde Israel mit 282 000 Passagieren (+ 8,6%) als Hauptziel der auf deutschen Flugplätzen einsteigenden Passagiere von den Vereinigten Arabischen Emiraten abgelöst, in die mit 503 000 Fluggästen 27,0% mehr einfliegen. In Fernost kam Japan auf 511 000 Fluggäste (+ 17,9%), gefolgt von Thailand mit 505 000 Fluggästen (+ 20,0%). Indien konnte mit 495 000 Passagieren wieder einen deutlichen Verkehrszuwachs verzeichnen (+ 22,7%), gefolgt von der Metropole Singapur mit insgesamt 350 000 Fluggästen aus Deutschland (+ 10,7%).

Der boomende Luftverkehr nach China (ohne Hongkong) ließ dieses Land mit 521 000 Passagieren und einem Plus von 48,2% an die erste Stelle der Reiseländer in Fernost rücken und auch Hongkong konnte mit 258 000 Passagieren (+ 34,8%) ein weit über dem Durchschnitt liegendes Plus erzielen; damit konnten die negativen Auswirkungen der SARS-Epidemie des Vorjahres mehr als ausgeglichen werden.

### Innerdeutscher Fluggastverkehr

Die Zahl der Inlandspassagiere lag auf den 23 deutschen Großflugplätzen im Berichtsjahr 2004 bei insgesamt 21,1 Mill. (+ 0,2%); dies waren 16% aller Passagiere, die auf den deutschen Flugplätzen abgefertigt wurden. Von diesen Fluggästen hatten rund 14,5 Mill. (- 2,2%) ein innerdeutsches Endziel; nach Ergebnissen von Fluggastbefragungen von Luftfahrtgesellschaften waren dies meist Geschäftsreisende, die das Flugzeug zu Tagesreisen nutzten. Zusätzlich flogen rund 6,6 Mill. Passagiere (+ 6,1%) auf innerdeutschen Strecken, um auf einem inländischen Flughafen in ein

anderes Flugzeug umzusteigen und ihre Reise entweder in das Ausland fortzusetzen oder aus dem Ausland kommend ihr deutsches Endziel anzufliiegen.

Der Flughafen München konnte seine erstmals im Vorjahr erreichte Position als bedeutendster Flughafen für das Inlands-Passagieraufkommen weiter ausbauen. So flogen aus München 4,3 Mill. Passagiere (+ 2,9%) zu einem deutschen Flughafen, Frankfurt erreichte 3,6 Mill. (- 3,8%), gefolgt von Hamburg mit 2,2 Mill. (+ 0,3%) und Düsseldorf mit 1,8 Mill. Passagieren (- 1,6%). Auf den drei Berliner Flughäfen wurden insgesamt 3,3 Mill. Inlandseinsteiger gezählt (- 0,7%).

Die herausragende Drehkreuzfunktion des Frankfurter Flughafens – weit vor allen anderen Flughäfen – wird indessen dadurch unterstrichen, dass von den genannten 3,6 Mill. Inlandseinsteigern 2,0 Mill. Fluggäste Umsteiger waren, der entsprechende Wert für München belief sich auf 0,9 Mill. Umsteigepassagiere mit Ziel in Deutschland.

Die wichtigste innerdeutsche Strecke blieb – wie bereits seit Jahrzehnten – die Flugverbindung Frankfurt – Berlin (Tegel) mit insgesamt 799 000 Passagieren (- 1,1%). Weitere wichtige Inlandsverbindungen waren die Strecken München – Berlin (Tegel) mit 728 000 Fluggästen (- 4,6%), München – Düsseldorf mit 667 000 (- 3,8%), Frankfurt – München mit 665 000 (- 0,6%) und Frankfurt – Hamburg mit 658 000 Passagieren (- 3,2%). Bei dieser Darstellung werden die Daten nur jeweils einer Reise- richtung aufgeführt; das Gesamtvolumen ergibt sich durch Verdoppelung der genannten Werte, da die Passagierzahlen zwischen den Streckenabschnitten für beide Reiserichtungen jeweils annähernd gleich groß sind.

### Luftfracht

Der seit 1980 beinahe kontinuierliche Anstieg des Luftfrachtaufkommens wurde nur im Jahr 2001 unterbrochen (- 4,2%). Im Jahr 2003 konnten diese Verluste bereits wieder mehr als ausgeglichen werden, und im Jahr 2004 ergab sich mit insgesamt 2 676 400 t eine relativ hohe Zunahme von 14,7%. Die Einladungen von Gütern in das Ausland stiegen um 14,2% auf insgesamt 1 318 900 t; die Ausladungen aus dem Ausland nahmen im gleichen Zeitraum um 17,4% auf 1 263 900 t zu.

Tabelle 3: Personenbeförderung im Luftverkehr

Verkehrsart	1990 <sup>1)</sup>	2000 <sup>2)</sup>	2003 <sup>3)</sup>	2004 <sup>3)</sup>	2004 gegen- über 2003 <sup>4)</sup>
	1 000				%
Verkehr innerhalb Deutschlands .....	14 780	21 479	20 693	21 090	+0,2
Reisende <sup>5)</sup> .....	10 814	15 408	14 623	14 518	-2,2
Umsteiger <sup>6)</sup> .....	3 966	6 071	6 070	6 572	+6,1
Verkehr mit dem Ausland .....	48 626	98 598	99 943	114 465	+11,2
Reisende <sup>5)</sup> .....	.	84 598	79 464	90 642	+9,4
Umsteiger <sup>6)</sup> .....	.	7 000	10 231	11 989	+18,3
Einsteiger .....	24 231	49 335	50 077	57 271	+11,0
Reisende <sup>5)</sup> .....	.	42 340	39 968	45 437	+9,1
Umsteiger <sup>6)</sup> .....	.	7 000	10 231	11 989	+18,3
Aussteiger .....	24 395	49 258	49 866	57 194	+11,3
Reisende <sup>5)</sup> .....	.	42 258	39 634	45 205	+9,6
Umsteiger <sup>6)</sup> .....	.	7 000	10 231	11 989	+18,3
Durchgangsverkehr ...	660	333	161	293	+82,0
Insgesamt ...	64 066	120 410	120 797	135 848	+9,4
Reisende <sup>5)</sup> .....	.	100 006	94 348	105 315	+7,8
Umsteiger <sup>6)</sup> .....	.	12 862	16 179	18 406	+5,2

1) Früheres Bundesgebiet. – 2) 17 ausgewählte deutsche Flughäfen. – 3) 18 ausgewählte deutsche Flughäfen. – 4) 23 ausgewählte deutsche Flughäfen. – 5) Passagiere, die ihre Flugreise auf einem deutschen Flughafen beginnen und/oder beenden. – 6) Passagiere, die im Zuge ihrer Flugreise auf einem deutschen Flughafen umsteigen (im Jahr 2000 noch keine vollständige Erfassung).

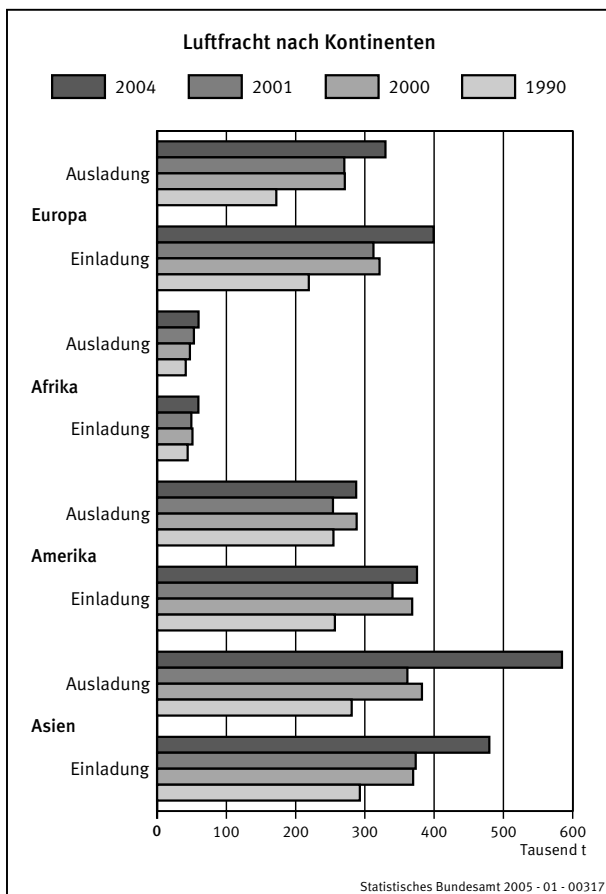
Tabelle 4: Frachtbeförderung im Luftverkehr

Verkehrsart	1990 <sup>1)</sup>	2000 <sup>2)</sup>	2003 <sup>3)</sup>	2004 <sup>3)</sup>	2004 gegen- über 2003 <sup>4)</sup>
	1 000 t				%
Verkehr innerhalb Deutschlands .....	88,9	91,7	64,0	64,7	+1,1
Verkehr mit dem Ausland	1 270,1	2 104,9	2 231,4	2 582,8	+15,7
Einladung .....	629,5	1 114,2	1 155,2	1 318,9	+14,2
Ausladung .....	640,5	990,7	1 076,2	1 263,9	+17,4
Durchgangsverkehr .....	48,7	23,5	37,7	28,9	-23,3
Insgesamt ...	1 407,7	2 220,1	2 333,1	2 676,4	+14,7

1) Früheres Bundesgebiet. – 2) 17 ausgewählte deutsche Flughäfen. – 3) 18 ausgewählte deutsche Flughäfen. – 4) 23 ausgewählte deutsche Flughäfen.

Das Frachtaufkommen innerhalb des Bundesgebietes erreichte wegen der luftfahrttechnisch häufig unrentablen kurzen Entfernungen im gleichen Zeitraum nur rund 64 700 t (+1,1%), wobei es sich hier erfahrungsgemäß zum überwiegenden Teil um Sammel- und Verteildienste zu internationalen Luftverkehren handelt. Der größte Teil der Zubringer- und Verteildienste von internationaler Luftfracht über deutsche Flughäfen wird allerdings mit Lastkraftwagen abgewickelt (Trucking) und meist direkt zur deutschen Luftfrachtdreh Scheibe Frankfurt am Main gebracht. Diese Gütertransporte werden von der Luftfahrtstatistik nicht erfasst.

Schaubild 4



Die wichtigste Route der Luftfracht blieb weiterhin der Nordatlantik; beim Gesamtverkehr in die Vereinigten Staaten wurden insgesamt 286 600 t (+6,8%) eingeladen und 209 000 t (+11,5%) in Deutschland ausgeladen. In Fernost waren im Luftfrachtsektor China mit 50 000 t Frachteinladungen und 69 400 t Frachtausladungen (+27,5 bzw. +34,6%) und Hongkong mit 64 100 t Einladungen und 74 300 t Ausladungen (+46,1 bzw. +26,5%) die großen Gewinner; diesen folgten Japan mit 52 800 t Einladungen und 63 200 t Ausladungen (+5,5 bzw. +12,0%) und die Republik Korea mit 47 400 t Einladungen und 55 800 t Ausladungen (+12,4 bzw. +20,8%).

Der Luftfrachtverkehr mit den Vereinigten Arabischen Emiraten, die vor allem über ihre Flughäfen Sharja und Dubai eine Drehkreuzfunktion für Luftfracht im Europa-

Tabelle 5: Luftfracht mit dem Ausland

Land	Einladungen		Ausladungen	
	2004 <sup>1)</sup>	2004 gegenüber 2003 <sup>2)</sup>	2004 <sup>1)</sup>	2004 gegenüber 2003 <sup>2)</sup>
	t	%	t	%
Europa .....	399 342	+14,0	329 677	+14,3
Europäische Union ....	314 577	+10,3	270 407	+13,6
darunter:				
Belgien .....	31 343	+11,6	21 776	+25,3
Dänemark .....	5 628	+13,5	5 928	+18,9
Finnland .....	9 545	+37,1	9 014	+30,2
Frankreich .....	36 174	-1,1	36 528	+8,6
Griechenland .....	11 124	+51,7	5 186	-10,6
Irland .....	9 228	+10,5	7 075	+17,6
Italien .....	31 147	+10,7	29 369	+14,4
Österreich .....	13 480	-16,9	12 496	+12,4
Portugal .....	9 444	+9,1	9 640	-2,2
Schweden .....	31 179	+8,8	29 681	+6,2
Spanien .....	41 405	+10,9	24 219	+9,9
Vereinigtes Königreich	61 661	+13,5	64 639	+21,8
Schweiz .....	7 156	+12,8	6 019	+9,4
Russische Föderation ..	30 120	+47,5	6 626	-0,9
Türkei .....	32 559	+15,0	36 739	+14,6
Afrika .....	59 491	+17,6	59 676	+12,1
Ägypten .....	7 498	+4,7	9 967	+22,7
Südafrika .....	35 796	+20,2	21 904	+4,8
Amerika .....	375 260	+9,9	287 471	+16,1
Kanada .....	36 136	+9,8	27 540	+19,9
Vereinigte Staaten .....	286 562	+6,8	209 044	+11,5
Mexiko .....	4 770	+22,9	3 700	+46,5
Brasilien .....	32 720	+38,5	28 193	+31,6
Asien .....	479 466	+17,2	584 521	+20,8
Israel .....	11 818	+15,8	11 232	-6,3
Saudi-Arabien .....	8 246	+5,0	1 641	-0,5
Vereinigte Arabische				
Emirate .....	60 629	+21,5	86 624	+42,8
Indien .....	50 520	+7,9	54 351	+8,9
Pakistan .....	5 443	-1,8	11 573	-22,8
China .....	50 023	+27,5	69 350	+34,6
Hongkong (China) .....	64 126	+46,1	74 336	+26,5
Japan .....	52 816	+5,5	63 190	+12,0
Republik Korea .....	47 363	+12,4	55 813	+20,8
Singapur .....	24 131	-11,3	32 185	+7,3
Thailand .....	13 512	-7,9	24 420	+7,2
Australien .....	5 358	+35,9	2 537	-14,1
Insgesamt ...	1 318 917	+14,2	1 263 883	+17,4

1) 23 ausgewählte deutsche Flughäfen. – 2) 18 ausgewählte deutsche Flughäfen.

Asienverkehr übernommen haben, konnte, wie bereits im Vorjahr, auch im Jahr 2004 hohe Verkehrsgewinne verbuchen; die Einladungen nahmen um 21,5% auf 606 000 t zu und die Ausladungen um 42,8% auf 866 000 t. Die in den Vereinigten Arabischen Emiraten umgeschlagenen Gütermengen von und nach Deutschland sind großteils dem Frachtmarkt von Fernost zuzurechnen, sodass das Wachstum im Fernostverkehr nur teilweise von den Ergebnissen der dortigen Länder wiedergegeben wird.

In den zuvor genannten Gütermengen sind die auf deutschen Flughäfen von Flugzeug zu Flugzeug umgeladenen Güter sowohl als Ausladungen als auch als Einladungen enthalten. Die in der amtlichen deutschen Luftfahrtstatistik erfassten Mengen an Luftfracht entsprechen damit nicht dem Luftfrachtaufkommen mit Bestimmungs- bzw. Ursprungsland Deutschland, sondern den von und zu den deutschen Verkehrsflughäfen mit Flugzeugen beförderten Gütermengen. Der internationale Durchgangsverkehr mit Umladungen und die innerdeutschen Umladungen (nach

Schätzungen der Flughäfen waren vom oben aufgeführten Güteraufkommen, das auf deutschen Flughäfen umgeschlagen wurde, rund ein Drittel Umladungen) erhöhen also die nachgewiesenen Umschlagsmengen. Andererseits bleibt – wie bereits ausgeführt – der Zu- und Ablauf von transkontinentaler Luftfracht mit Lastkraftwagen von und zu den im benachbarten Ausland gelegenen Flughäfen, wie zum Beispiel Amsterdam, Paris, Brüssel oder Zürich, in der deutschen Luftfahrtstatistik unberücksichtigt.

## Luftpost

Das Luftpostaufkommen auf den deutschen Flughäfen erreichte insgesamt 137 900 t und lag damit um 16,2% unter dem Ergebnis des Vorjahres. Hierbei stand allerdings einer Verkehrsabnahme bei der Inlandsluftpost um 18,5% auf 57 300 t und den Einladungen in das Ausland um 1,8% auf 38 000 t bei den grenzüberschreitenden Ausladungen eine Zunahme um 8,8% auf 42 200 t gegenüber. In diesen Luftpostzahlen sind nur die durch die nationalen Postdienste aufgegebenen Mengen enthalten. Diejenigen „Postmengen“, die für Express- und Kurierdienste mit Flugzeugen befördert wurden, werden bei den Fluggesellschaften als Fracht erfasst und sind in den bereits genannten Luftfrachtzahlen enthalten.

Tabelle 6: Luftpostbeförderung

Verkehrsart	1990 <sup>1)</sup>	2000 <sup>2)</sup>	2003 <sup>3)</sup>	2004 <sup>4)</sup>	2004 gegenüber 2003 <sup>3)</sup>
	1 000 t				%
Verkehr innerhalb Deutschlands .....	83,5	95,1	70,3	57,3	-18,5
Verkehr mit dem Ausland .....	85,6	71,1	77,4	80,2	+3,6
Einladung .....	43,9	35,9	38,7	38,0	-1,8
Ausladung .....	41,6	35,1	38,8	42,2	+8,8
Durchgangsverkehr .....	1,7	0,6	0,5	0,4	-23,1
Insgesamt ...	170,8	148,2	164,6	137,9	-16,2

1) Früheres Bundesgebiet. – 2) 17 ausgewählte deutsche Flughäfen. – 3) 18 ausgewählte deutsche Flughäfen. – 4) 23 ausgewählte deutsche Flughäfen.

## Flugtätigkeit

Die Anzahl der gewerblichen Flüge in Verbindung mit Starts und Landungen auf den 23 ausgewählten deutschen Flugplätzen nahm 2004 um 5,7% auf insgesamt 1,63 Mill. Flüge zu; in dieser Zahl nicht enthalten sind die zahlreichen, das Bundesgebiet nur überfliegenden Flugzeuge (nach Aussage der deutschen Flugsicherung rund 0,9 Mill. Flüge) und die gewerblichen Starts auf den rund 250 deutschen sonstigen Flugplätzen (rund 0,6 Mill.).

Dieses Ergebnis zur Flugtätigkeit auf den 23 ausgewählten Flugplätzen repräsentiert rund drei Viertel aller gewerblichen Flüge in Deutschland; es deckt gleichzeitig den Transport von mehr als 99% aller Passagiere ab. Im Inlandsverkehr wurde mit 358 000 Flügen eine Zunahme von 0,3% registriert, während der grenzüberschreitende

Tabelle 7: Flugtätigkeit

Verkehrsart	1990 <sup>1)</sup>	2000 <sup>2)</sup>	2003 <sup>3)</sup>	2004 <sup>4)</sup>	2004 gegenüber 2003 <sup>3)</sup>
	1 000 Flüge				%
Gewerblicher Verkehr innerhalb Deutschlands .....	320	349	336	358	+0,3
mit dem Ausland ...	604	1 146	1 161	1 274	+7,3
Abgang .....	302	573	580	637	+7,3
Ankunft .....	302	573	581	637	+7,2
Insgesamt ...	924	1 496	1 497	1 632	+5,7

1) Früheres Bundesgebiet. – 2) 17 ausgewählte deutsche Flughäfen. – 3) 18 ausgewählte deutsche Flughäfen. – 4) 23 ausgewählte deutsche Flughäfen.

Verkehr mit insgesamt 1,27 Mill. Starts und Landungen im Vergleich zum Vorjahr um 7,3% zunahm.

## Beförderungsleistungen und Ladekapazitäten

Im gewerblichen Luftverkehr haben die in- und ausländischen Luftfahrtgesellschaften, die die 23 ausgewählten deutschen Verkehrsflughäfen anfliegen, in Deutschland eine Beförderungskapazität von insgesamt 9,05 Mrd. Tonnenkilometern (tkm) angeboten; das Kapazitätsangebot lag damit um 9,1% über dem des Vorjahres. In dieser Zahl enthalten sind 67,82 Mrd. Sitzplatzkilometer (ein Sitzplatzkilometer = 0,1 tkm). Die tatsächliche Beförderungsleistung erreichte in der Passagierluftfahrt 48,42 Mrd. Personenkilometer (+ 11,8%), im Frachttransport 908 Mill. tkm (+ 15,9%) und bei der Postbeförderung 47,3 Mill. tkm (- 7,6%).

Tabelle 8: Personenkilometrische Leistungen im Luftverkehr in Verbindung mit deutschen Flughäfen  
Mrd. Pkm

Jahr <sup>1)</sup>	Binnenverkehr		Grenzüberschreitender Verkehr		Zusammen	
	Inland – Inland	Inland – Ausland	Ausland – Inland	über gesamte Teilstrecke	dar.: über Deutschland	
1991 <sup>1)</sup>	5,83	64,87	65,00	135,70	22,55	
1992 <sup>2)</sup>	6,21	76,38	76,62	159,21	25,64	
1993 <sup>2)</sup>	6,56	83,79	84,12	174,47	27,72	
1994 <sup>2)</sup>	6,71	91,63	92,34	190,68	29,97	
1995 <sup>2)</sup>	7,30	99,22	99,71	206,23	32,51	
1996 <sup>2)</sup>	7,20	103,53	104,19	214,92	33,63	
1997 <sup>2)</sup>	7,77	109,43	110,46	227,66	35,84	
1998 <sup>2)</sup>	8,50	114,45	115,08	238,03	37,50	
1999 <sup>2)</sup>	8,91	123,42	124,40	256,73	39,89	
2000 <sup>2)</sup>	9,50	132,19	132,98	274,67	42,73	
2001 <sup>2)</sup>	9,04	129,08	130,39	268,51	41,92	
2002 <sup>2)</sup>	8,72	126,49	127,40	262,61	40,78	
2003 <sup>3)</sup>	9,15	129,91	130,29	269,35	43,30	
2004 <sup>4)</sup>	9,26	149,42	149,92	308,60	48,42	

1) 1991: früheres Bundesgebiet. – 2) 17 ausgewählte deutsche Flughäfen. – 3) 18 ausgewählte deutsche Flughäfen. – 4) 23 ausgewählte deutsche Flughäfen.

Der durchschnittliche Auslastungsgrad aller Flugzeuge stieg um 1,9 Prozentpunkte auf 64,1% und bei der Passagierbeförderung um 2,2 Prozentpunkte auf 71,4%. [u](#)

Soziologin M. A. Ilka Willand

# Bachelor und Master: Aktuelle Entwicklungen an deutschen Hochschulen

Im Juni 1999 unterzeichneten die Wissenschaftsminister aus 29 europäischen Ländern die so genannte „Bologna-Erklärung“<sup>1)</sup> zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulraums. Als vorrangiges Ziel des in Bologna und auf den Folgekonferenzen initiierten Reformprozesses gilt die Vereinheitlichung von Studienstrukturen durch die Einführung gestufter Hochschulabschlüsse nach angelsächsischem Vorbild. Die internationale Mobilität von Studierenden und Absolventen soll innerhalb und außerhalb Europas gefördert und die Attraktivität europäischer Hochschulen gegenüber dem angelsächsischen Hochschulraum gesteigert werden.

Deutsche Hochschulen sind seit der Novellierung des Hochschulrahmengesetzes<sup>2)</sup>, die Anfang 1999 in Kraft trat, berechtigt, Bachelor- und Masterstudiengänge einzurichten. Der Bachelor- oder Bakkalaureusgrad hat den Stellenwert eines grundständigen akademischen Abschlusses, der die Studierenden bereits nach einer Regelstudienzeit von drei bis vier Jahren (sechs bis acht Semester) für den Arbeitsmarkt qualifiziert. Masterstudiengänge, die nach einer Regelstudienzeit von einem bis zwei Jahren (zwei bis vier Semester) ebenfalls auf den Arbeitsmarkt oder zur Promotion führen, setzen einen Bachelorgrad oder einen gleichwertigen Abschluss voraus und können darüber hinaus

weiteren Zugangsvoraussetzungen (z. B. Prüfungsnoten) unterliegen. Überwiegend handelt es sich dabei um „konsequente“ Masterstudiengänge, die inhaltlich auf einem vorhergegangenen Bachelorstudiengang aufbauen.

Laut Beschluss der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Kultusministerkonferenz – KMK) vom 12. Juni 2003<sup>3)</sup> entspricht der Bachelorgrad in der Wertigkeit einem Fachhochschulabschluss. Ein Mastergrad entspricht dem Diplomabschluss an Universitäten oder entsprechenden Abschlussprüfungen und eröffnet die Möglichkeit zur Promotion, unabhängig davon, ob dieser Mastergrad an einer Universität oder einer Fachhochschule erworben wurde. Zur Sicherung der Qualität von Studien- und Prüfungsleistungen müssen neu geschaffene Bachelor- und Masterstudiengänge „akkreditiert“, das heißt auf fachliche und inhaltlich zu erfüllende Mindeststandards geprüft werden.<sup>4)</sup>

Mit einer weiteren Änderung des Hochschulrahmengesetzes im Jahr 2002 wurde das Modell der gestuften Studiengänge aus dem Erprobungsstadium in das Regelangebot der deutschen Hochschulen überführt. Studiengänge an Universitäten und Fachhochschulen sollen nach dem Beschluss der Kultusministerkonferenz bis zum Jahr 2010 flächen-

1) Die „Bologna-Erklärung“ ist verfügbar unter [http://www.bologna-berlin2003.de/pdf/bologna\\_deu.pdf](http://www.bologna-berlin2003.de/pdf/bologna_deu.pdf) (Stand: 13. April 2005).

2) Siehe Hochschulrahmengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Januar 1999 (BGBl. I S. 18), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 27. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3835).

3) Siehe „10 Thesen zur Bachelor- und Masterstruktur in Deutschland“; Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 12. Juni 2003 unter <http://www.kmk.org/doc/beschl/BMThesen.pdf> (Stand: 13. April 2005).

4) Im öffentlichen Dienst sind die Voraussetzungen für eine (den Diplomabsolventen entsprechende) Eingruppierung von Masterabsolventen in den höheren Dienst nur dann erfüllt, wenn der abgeschlossene Masterstudiengang im Hinblick auf die Inhalte und Prüfungsanforderungen mit dem Universitätsstudium gleichgesetzt werden kann. Diese Gleichwertigkeit wird in gesonderten Akkreditierungsverfahren geprüft und betreffende Studiengänge werden entsprechend ausgewiesen, siehe <http://www.akkreditierungsrat.de/HoeDI%20050225.pdf> (Stand: 13. April 2005).



deckend in das zweistufige Studiensystem überführt werden.<sup>5)</sup> Staatsexamensstudiengänge<sup>6)</sup> sollen zunächst in der bisherigen Form erhalten bleiben, da eine Umstellung auf das zweistufige Studiensystem beträchtliche Konsequenzen für die Studieninhalte und die Prüfungsregularien zur Folge hätte. Einige Bundesländer haben jedoch bereits mit Modellversuchen zur Einführung des neuen Studiensystems in Studiengängen, die mit einer Staatsprüfung abschließen (z. B. in Lehramtsstudiengängen), begonnen.

Mit der Neuordnung der Studienstruktur im Rahmen des „Bologna-Prozesses“ soll aus deutscher Sicht vor allem das Interesse ausländischer Studierender für den Hochschulstandort Deutschland verstärkt werden. Darüber hinaus sollen deutsche Absolventen dem Arbeitsmarkt durch die Einführung des Bachelorgrades schneller zur Verfügung stehen, als dies bisher der Fall war. Der Aufsatz beschreibt die grundlegenden Entwicklungen seit der Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge auf Basis der Studenten- und Prüfungsstatistik. Zunächst wird die quantitative Bedeutung der neuen Studiengänge im Hochschulsystem und in einzelnen Fachbereichen dargestellt. Im zweiten Kapitel richtet sich das Augenmerk auf Studierende in Bachelor- und Masterstudiengängen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Abschließend werden die Ergebnisse der Prüfungsstatistik insbesondere im Hinblick auf die Studiendauer und das Alter der deutschen Bachelor- und Masterabsolventen dargestellt.

### Vorbemerkung

Sowohl die Studenten- als auch die Prüfungsstatistik sind Sekundärerhebungen, die auf den Verwaltungsdaten der Hochschulen und Prüfungsämter basieren, welche für administrative Zwecke erhoben werden. Zum Berichtskreis der Hochschulstatistik zählen alle staatlich anerkannten Universitäten, Theologische und Pädagogische Hochschulen, Kunsthochschulen, Fachhochschulen und Verwaltungsfachhochschulen. Seit dem Wintersemester 1999/2000 werden in der Studentenstatistik Daten über Studierende und Studienanfänger in den neuen Bachelor- und Masterstudiengängen anhand des Merkmals „angestrebter Abschluss“ (siehe die Übersicht) separat erhoben und ausgewiesen. In der Prüfungsstatistik werden die abgelegten Bachelor- und Masterprüfungen seit dem Prüfungsjahr 2000 erfasst.

Nach den Angaben des Hochschulkompasses der Hochschulrektorenkonferenz<sup>7)</sup> (HRK) wurden im Februar 2005 an deutschen Hochschulen rund 1 450 Bachelor- und 1 310

Masterstudiengänge angeboten. Dies entsprach rund einem Viertel der insgesamt 11 220 Studienmöglichkeiten. Mehr als die Hälfte der neuen Studiengänge (60%) war an Universitäten<sup>8)</sup> und ein Anteil von 40% war an Fachhochschulen<sup>9)</sup> angesiedelt.

Nach der Fächersystematik der Hochschulstatistik werden verwandte Studienfächer so genannten „Studienbereichen“ zugeordnet, die wiederum zu „Fächergruppen“ zusammengefasst werden. In der frühen Einführungsphase der Bachelor- und Masterstudiengänge Anfang 2000 war im Hinblick auf das Studienangebot zunächst ein Schwerpunkt in den Fächergruppen Mathematik/Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften zu beobachten. Im Februar 2005 war das Angebot an Bachelor- und Masterstudiengängen in den Fächergruppen der Ingenieurwissenschaften, Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie den Sprach- und Kulturwissenschaften am umfangreichsten.

## 1 Studierende und Studienanfänger in Bachelor- und Masterstudiengängen

### 5% der Studierenden waren in neue Studiengänge eingeschrieben

Im Wintersemester 2003/2004 waren an deutschen Hochschulen erstmals mehr als 2 Mill. Studierende eingeschrieben. Von den 2 019 500 Studierenden strebten 107 700 einen Bachelor- oder Masterabschluss an, das entsprach einem Anteil von gut 5%. Davon befanden sich drei Viertel (80 000) in einem grundständigen Bachelorstudium, während 27 800 in einem Masterstudium eingeschrieben waren (siehe Tabelle 1). Die Anzahl der Studierenden ist damit im Vergleich zum vorhergehenden Wintersemester in Bachelorstudiengängen um 65% und in Masterstudiengängen um 49% gestiegen. Trotz hoher Zuwächse seit der Einführung der neuen Studiengänge im Wintersemester 1999/2000 bewegt sich der Anteil von Studierenden in Bachelor- und Masterstudiengängen im Vergleich zu den Studierenden in „herkömmlichen“ Universitäts- und Fachhochschulstudiengängen noch auf niedrigem Niveau. Mehr als 55% der Studierenden waren im Wintersemester 2003/2004 in Studiengängen eingeschrieben, die mit einem Universitätsdiplom oder einem vergleichbaren akademischen Grad abschließen, darunter 18% in Staatsexamens-Studiengängen.

Systematik der Prüfungsgruppen in der Studenten- und Prüfungsstatistik

Diplom (Universität) und entsprechende Abschlussprüfungen <sup>1)</sup>	Fachhochschulabschluss	Bachelorabschluss	Masterabschluss	Lehramtsprüfungen	Promotionen
---	------------------------	-------------------	-----------------	-------------------	-------------

1) Einschl. Staatsexamina (1. Staatsprüfung) und „Künstlerische Abschlüsse“ sowie „Sonstige Abschlüsse“.

5) Nordrhein-Westfalen ist das erste Bundesland, in dem bereits ein Gesetz verabschiedet wurde, das die Ablösung von Diplomstudiengängen und entsprechenden Abschlüssen durch das zweistufige Studiensystem bis zum Wintersemester 2007/2008 vorsieht.  
 6) Hierzu zählen z. B. Human- und Veterinärmedizin sowie Rechtswissenschaft und Pharmazie.  
 7) Virtueller Hochschulkompass der Hochschulrektorenkonferenz unter <http://www.hochschulkompass.de> (Stand: 13. April 2005).  
 8) Einschließlich Kunsthochschulen und Pädagogischen Hochschulen. An Theologischen Hochschulen wurden keine Bachelor- und Masterstudiengänge angeboten.  
 9) Einschließlich Verwaltungsfachhochschulen.

gen. Ein Viertel (25%) der Studierenden strebte einen Fachhochschulabschluss an und weitere 14% befanden sich in Lehramts- oder Promotionsstudiengängen. Bezogen auf die Gesamtzahl der Studierenden hat die am stärksten besetzte Prüfungsgruppe „Diplom (U) und entsprechende Abschlussprüfungen“ seit Beginn der Erfassung der neuen Studiengänge im Wintersemester 1999/2000 leicht an Bedeutung verloren (- 5 Prozentpunkte), während der Anteil der anderen Prüfungsgruppen unverändert geblieben ist.

### 8% der Erstimmatrikulierten begannen ein Bachelorstudium

Das Interesse, das dem Bachelorstudium seitens der Erstimmatrikulierten entgegengebracht wird, ist ein Indikator für die Attraktivität, die der neue grundständige Abschluss auf Studienberechtigte und Studienanfänger/-innen ausübt. Insgesamt begannen im Studienjahr 2003 rund 377 400 Erstimmatrikulierte ihr Studium an deutschen Hochschulen (siehe Tabelle 1). Davon schrieben sich 33 800 Studienanfänger/-innen in die neuen Studiengänge ein, dies entsprach einem Anteil von rund 9% (8% Bachelor-, 1% Masterstudienanfänger/-innen). 28 500 nahmen ein Bachelorstudium auf, das waren 10 300 Studienanfänger/-innen oder 57% mehr als im vorangegangenen Studienjahr. 5 300 Studienanfänger schrieben sich neu in Masterstudiengänge ein. Hierbei handelte es sich überwiegend um Studierende ausländischer Herkunft, die bereits einen Studienabschluss im Ausland erworben hatten und sich erstmalig an einer deutschen Hochschule immatrikulierten, um ein Masterstudium aufzunehmen. Diese werden in Deutschland statistisch als Studienanfänger erfasst.

Jede(r) zweite Studienanfänger/-in (52%) immatrikulierte sich in Studiengänge, die mit dem Universitätsdiplom o.Ä. abschließen (darunter 17% in Staatsexamens-Studien-

gänge), 29% schrieben sich an Fachhochschulen ein und 10% strebten andere Studienabschlüsse an. Seit 1999 sind die Anteile der Ersteinschreibungen in den universitären Diplomstudiengängen um 8 Prozentpunkte und in Fachhochschulstudiengängen um 2 Prozentpunkte zurückgegangen. Dennoch war angesichts der nach wie vor hohen Anteile von Studienanfängern in „herkömmlichen“ Studiengängen im Studienjahr 2003 noch keine eindeutige Umorientierung in Richtung Bachelorstudium festzustellen. Wie aus einer Studie der Hochschul-Informations-System GmbH (HIS) hervorgeht, bestanden bei studienberechtigten Schulabgängern noch erhebliche Informationsdefizite hinsichtlich der neuen Bachelorabschlüsse.<sup>10)</sup> So konnte insbesondere deren Wertigkeit auf dem Arbeitsmarkt und im internationalen Kontext offenbar noch nicht präzise eingeschätzt werden, was sich auf das Wahlverhalten der Studienanfängerinnen und -anfänger im Hinblick auf den angestrebten Studienabschluss auswirkte.

### Deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern

Zwischen den einzelnen Bundesländern bestanden im Hinblick auf die quantitative Bedeutung und die Akzeptanz der neuen Studiengänge erhebliche Unterschiede (siehe Schaubild 1). Diese sind auf das vorhandene Spektrum an Bachelor- und Masterstudiengängen zurückzuführen, das in den einzelnen Bundesländern und Hochschulstandorten unterschiedlich ausgeprägt ist, da die Studienstrukturreform aufgrund der Bildungsautonomie der Bundesländer unterschiedlich schnell umgesetzt wird. Auch Faktoren wie die fachspezifische Ausrichtung und der Grad der internationalen Vernetzung einzelner Hochschulstandorte in den Bundesländern beeinflussen das Angebot an Bachelor- und Masterstudiengängen und damit auch die Zahl der Studie-

Tabelle 1: Studierende<sup>1)</sup> und Studienanfänger/-innen<sup>2)</sup> in Bachelor- und Masterstudiengängen

Gegenstand der Nachweisung	1999	2000	2001	2002	2003
	Anzahl				
Studierende .....	1 770 489	1 798 863	1 868 229	1 938 811	2 019 465
darunter:					
Bachelorstudierende .....	4 122	12 409	27 008	48 338	79 985
Masterstudierende .....	2 580	6 536	11 935	18 623	27 764
Studienanfänger/-innen .....	290 983	314 539	344 659	358 792	377 395
darunter:					
Bachelorstudienanfänger/-innen .....	2 015	5 547	11 001	18 194	28 478
Masterstudienanfänger/-innen .....	944	2 177	3 733	4 777	5 343
	%				
Studierende .....	100	100	100	100	100
darunter:					
Bachelorstudierende .....	0,2	0,7	1,4	2,5	4,0
Masterstudierende .....	0,1	0,4	0,6	1,0	1,4
Studienanfänger/-innen .....	100	100	100	100	100
darunter:					
Bachelorstudienanfänger/-innen .....	0,7	1,8	3,2	5,1	7,5
Masterstudienanfänger/-innen .....	0,3	0,7	1,1	1,3	1,4

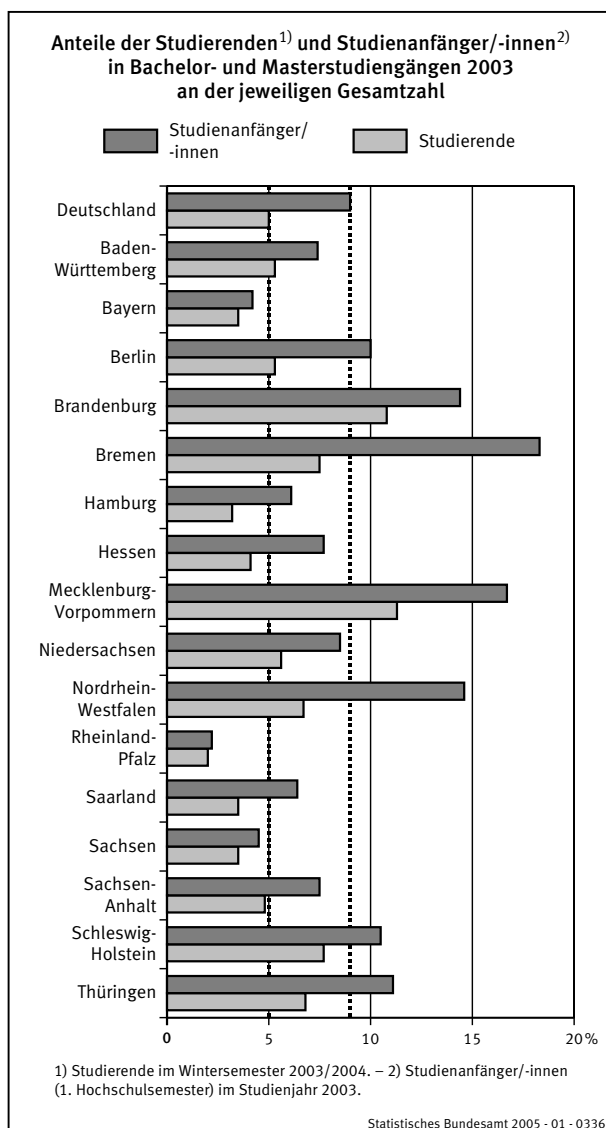
1) Studierende im jeweiligen Wintersemester; z.B. 2003 = WS 2003/2004. – 2) Studienanfänger/-innen im jeweiligen Studienjahr (Sommer- und nachfolgendes Wintersemester); z.B. 2003 = SS 2003 und WS 2003/2004, für Bachelor- und Masterstudiengänge 1999 nur WS 1999/2000.

10) Siehe die Kurzinformation der Hochschul-Informations-System GmbH: „Studienberechtigte 2002 ein halbes Jahr nach Schulabgang“, verfügbar unter <http://www.his.de/pdf/Kia/kia200401.pdf> (Stand: 13. April 2005).

renden und Studienanfänger/-innen in den neuen Studiengängen.

Der Anteil der Bachelor- und Masterstudierenden war im Wintersemester 2003/2004 in den bezüglich der Zahl der Hochschulen und der Zahl der Studierenden kleinen Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg mit rund 11% am höchsten, gefolgt von Schleswig-Holstein mit einem Anteil von 8%. Der Hochschulstandort Bremen wies im Studienjahr 2003 mit 18% den höchsten Anteil an Studienanfängern in Bachelor- und Masterstudiengängen auf. Bremen hatte im Ländervergleich mit 4% auch den höchsten Anteil an Studienanfängern. In Mecklenburg-Vorpommern schrieben sich rund 17% von insgesamt 7000 Studienanfängern in die neuen Studiengänge ein, gefolgt von Nordrhein-Westfalen mit rund 15% von insgesamt 81 600 Studienanfängern (siehe Schaubild 1).

Schaubild 1



### Bachelorstudierende wählten am häufigsten naturwissenschaftliche, Masterstudierende überwiegend ingenieurwissenschaftliche Fächer

Mehr als drei Viertel der Bachelorstudierenden verteilten sich im Wintersemester 2003/2004 auf die Fächergruppen<sup>11)</sup> Mathematik/Naturwissenschaften (30%), Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (25%) sowie Sprach- und Kulturwissenschaften (22%). Das Masterstudium spielte in der Fächergruppe Ingenieurwissenschaften eine herausragende Rolle: Die Anzahl der Studierenden, die einen Masterabschluss anstrebten, lag hier mit 10 100 am höchsten und erreichte damit fast die Anzahl der Bachelorstudierenden in dieser Fächergruppe (siehe Tabelle 2 auf S. 376).

Die Bedeutung der Bachelor- und Masterstudiengänge in Bezug auf die Gesamtzahl der Studierenden in den einzelnen Fächergruppen war unterschiedlich. In der relativ gering besetzten Fächergruppe der Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften war der Anteil der Bachelor- und Masterstudierenden mit rund 16% am höchsten. Hier waren von insgesamt 39 200 Studierenden 4 600 in einen Bachelor- und 1 900 in einen Masterstudiengang eingeschrieben. In der Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften strebten rund 8% der Studierenden (28 700) einen der neuen Studienabschlüsse an, in der Fächergruppe der Ingenieurwissenschaften (21 600 Studierende) rund 7%. In den insgesamt am stärksten besetzten Fächergruppen Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie Sprach- und Kulturwissenschaften spielten die neuen Studienabschlüsse mit Anteilen von jeweils 4% bezogen auf die Gesamtzahl der Studierenden neben universitären Diplom- und Fachhochschulabschlüssen noch eine untergeordnete Rolle. In den fast ausschließlich auf das Staatsexamen ausgerichteten Fächergruppen Human- und Veterinärmedizin hatten Bachelor- und Masterstudiengänge im Vergleich zur Gesamtzahl der Studierenden keine nennenswerte Bedeutung.

### Bachelorstudierende waren am häufigsten in „Informatik“, Masterstudierende vorwiegend in „Wirtschaftswissenschaften“ eingeschrieben

Bei der differenzierten Betrachtung nach Studienbereichen wird deutlich, dass die Zahl der Bachelorstudierenden im Studienbereich „Informatik“ mit 15 100 Personen am höchsten war, was einem Anteil von 19% an allen Bachelorstudierenden entsprach. Darauf folgte der Studienbereich „Wirtschaftswissenschaften“ mit 11 600 Studierenden und einem Anteil von 15%. An dritter Stelle lag der ingenieurwissenschaftliche Studienbereich „Elektrotechnik“ mit 3 700 Studierenden und einem Anteil von 5%. Der beliebteste Studienbereich bei Masterstudierenden war der Studienbereich „Wirtschaftswissenschaften“, hier waren 19% der Masterstudierenden oder 5 200 Personen eingeschrieben. „Maschinenbau/Verfahrenstechnik“ sowie „Elektrotechnik“

11) Nach der Fächersystematik der Hochschulstatistik werden mehrere verwandte Studienfächer einzelnen Studienbereichen zugeordnet, die wiederum zu Fächergruppen zusammengefasst werden. Im Rahmen dieses Aufsatzes werden nur Fächergruppen und Studienbereiche ausgewiesen.

lagen mit jeweils rund 12% bzw. 3 400 und 3 300 Studierenden auf dem zweiten und dritten Rang.

Größere Studienbereiche, die weit über dem Bundesdurchschnitt von 5% liegende Anteile von Bachelor- und Masterstudierenden verzeichneten, waren „Agrarwissenschaft, Lebensmittel- und Getränketechnologie“ mit 21%, „Ingenieurwesen allgemein“ mit 18% sowie „Informatik“ mit einem Anteil von 14%.

### „Wirtschaftswissenschaften“ auch bei Bachelorstudienanfängern am beliebtesten

Den höchsten Anteil an Studienanfängern im Bachelorstudium hatte mit 19% die Fächergruppe Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften, gefolgt von den Fächergruppen Mathematik/Naturwissenschaften mit 11% und Sprach- und Kulturwissenschaften mit einem Anteil von 9%. In den Fächergruppen Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie Ingenieurwissenschaften lag der Anteil bei jeweils 6%. Die kleineren Fächergruppen Sport und Kunst/Kunstwissenschaft wiesen Anteile von 5 bzw. 4% auf (siehe Tabelle 2).

Die Interessenschwerpunkte der Bachelorstudienanfänger/-innen konzentrierten sich auf folgende Studienbereiche: Der Studienbereich „Wirtschaftswissenschaften“ wurde im Studienjahr 2003 am häufigsten gewählt, und zwar von 4 700 Studienanfängern, das entsprach einem Anteil von 17% an der Gesamtzahl der Bachelorstudienanfänger. Darauf folgten „Informatik“ mit 3 800 Studienanfängern (13%) sowie „Maschinenbau/Verfahrenstechnik“ mit 1 500 Studienanfängern und einem Anteil von 5%.

Eine eindeutige Umorientierung der Studienanfänger in Richtung Bachelorstudium war jedoch auch in den genannten Studienbereichen nicht erkennbar, da der überwiegende Teil

der Erstimmatrikulierten nach wie vor universitäre Diplom- oder Fachhochschulabschlüsse anstrebte. Beim Studienbereich „Wirtschaftswissenschaften“ betrug der Anteil der Studienanfänger in Bachelorstudiengängen 8% und entsprach damit genau dem Bundesdurchschnitt. Der Anteil der Studienanfänger lag beim Studienbereich „Informatik“ mit 17% überdurchschnittlich hoch, während er beim Studienbereich „Maschinenbau/Verfahrenstechnik“ mit 5% knapp unter dem Durchschnitt lag. Bedeutende Studienbereiche mit überdurchschnittlich hohen Anteilen an Studienanfängern, die einen Bachelorgrad anstrebten, waren – wie schon bei den Studierenden – „Agrarwissenschaften, Lebensmittel- und Getränketechnologie“ und „Ingenieurwesen allgemein“ mit Anteilen von jeweils 21%.

### Frauenanteil in Masterstudiengängen nur 35%

Das Geschlechterverhältnis bei der Gesamtzahl der Studierenden war im Wintersemester 2003/2004 mit einem Frauenanteil von 47% fast ausgeglichen. In Bachelorstudiengängen lag der Frauenanteil bei 46%, in Masterstudiengängen waren Frauen dagegen mit einem Anteil von 35% deutlich unterrepräsentiert (siehe Tabelle 2). Weibliche Masterstudierende waren in den Fächergruppen Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Mathematik/Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften unterdurchschnittlich vertreten.

Das Geschlechterverhältnis bei Bachelorstudienanfängern im ersten Hochschulsemester war im Studienjahr 2003 mit einem Frauenanteil von 49% fast völlig ausgeglichen. Dies war insbesondere auf die stark besetzten Fächergruppen Sprach- und Kulturwissenschaften (Frauenanteil 74%) sowie Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (54%) zurückzuführen. In den Fächergruppen Mathematik/

Tabelle 2: Studierende<sup>1)</sup> und Studienanfänger/-innen<sup>2)</sup> insgesamt sowie in Bachelor- und Masterstudiengängen 2003 nach Fächergruppen

Fächergruppe	Studierende	Darunter:		Studienanfänger/-innen	Darunter:	
		Bachelorstudierende	Masterstudierende		Bachelorstudienanfänger/-innen	Masterstudienanfänger/-innen
Sprach- und Kulturwissenschaften .....	447 574	17 349	2 534	76 796	6 617	399
dar.: Frauen .....	307 374	12 264	1 631	55 452	4 922	239
Sport .....	28 672	773	45	4 201	217	1
dar.: Frauen .....	11 896	331	17	1 725	108	–
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften .....	641 435	19 785	8 305	125 034	7 713	1 554
dar.: Frauen .....	307 913	10 436	3 609	63 466	4 164	762
Mathematik, Naturwissenschaften .....	357 953	24 293	4 385	68 149	7 571	839
dar.: Frauen .....	127 947	7 084	1 158	25 918	2 534	254
Humanmedizin .....	94 225	52	211	12 084	39	47
dar.: Frauen .....	54 171	43	120	7 551	32	32
Veterinärmedizin .....	7 688	–	14	993	–	14
dar.: Frauen .....	6 315	–	5	804	–	5
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften .....	39 249	4 590	1 877	8 035	1 519	326
dar.: Frauen .....	21 623	2 740	888	4 469	951	130
Ingenieurwissenschaften .....	317 963	11 498	10 099	69 477	4 328	2 123
dar.: Frauen .....	66 525	2 484	2 135	14 222	999	490
Kunst, Kunstwissenschaft .....	84 286	1 645	294	12 186	474	40
dar.: Frauen .....	53 903	1 017	190	7 929	282	30
Außerhalb der Studienbereichsgliederung .....	438	–	–	440	–	–
dar.: Frauen .....	254	–	–	248	–	–
Insgesamt ...	2 019 465	79 985	27 764	377 395	28 478	5 343
dar.: Frauen ..	957 921	36 399	9 753	181 784	13 992	1 942

1) Studierende im WS 2003/2004. – 2) Studienanfänger im Studienjahr 2003 (SS 2003 und WS 2003/2004).

Naturwissenschaften sowie Ingenieurwissenschaften waren Bachelorstudienanfängerinnen mit Anteilen von 33 bzw. 23% in der Minderheit (siehe Tabelle 2). Im Vergleich zum Anteil der Studienanfängerinnen insgesamt in den genannten Fächergruppen (38%) war der Frauenanteil bei Bachelorstudienanfängerinnen in der Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften mit 33% vergleichsweise niedrig. In der Fächergruppe der Ingenieurwissenschaften lag der Anteil weiblicher Bachelorstudienanfänger mit 23% hingegen höher als der Durchschnittswert von 20%. Dies ist insbesondere auf den Studienbereich „Maschinenbau/Verfahrenstechnik“ zurückzuführen, in dem der Anteil weiblicher Bachelorstudienanfänger mit 26% erheblich über dem durchschnittlichen Anteil weiblicher Studienanfänger von 18% lag.

## 2 Bildungsausländer in Bachelor- und Masterstudiengängen

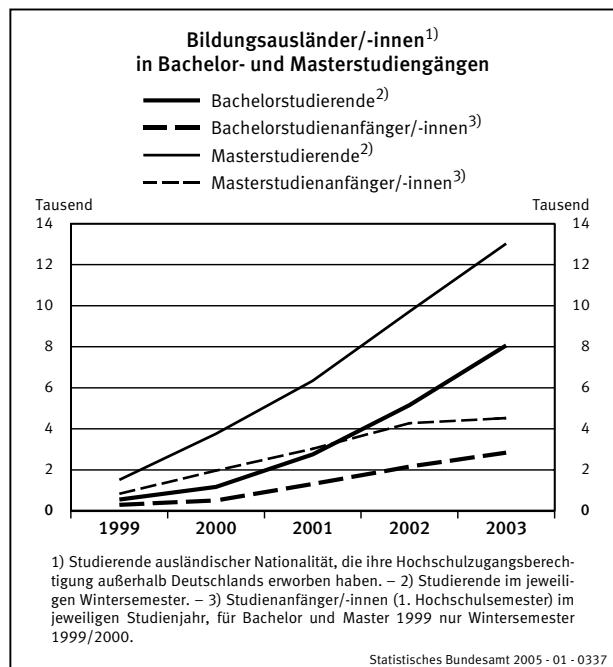
Mit der Einführung der neuen, international vergleichbaren Studienabschlüsse soll der Hochschulstandort Deutschland insbesondere für die Gruppe der so genannten Bildungsausländer<sup>12)</sup> attraktiver werden, auf die sich in den folgenden Abschnitten das Augenmerk richtet. Seit dem Wintersemester 1999/2000 ist die Zahl der Studierenden, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben haben und zum Studium nach Deutschland kamen, von 112 900 um rund 60% auf 180 300 Studierende im Studienjahr 2003 gestiegen. Von diesen belegten rund 21 100 (12%) einen neuen Studiengang, davon gut ein Drittel Bachelor- und knapp zwei Drittel Masterstudiengänge.

### Jeder zweite Masterstudierende war Bildungsausländer

Das weiterführende Masterstudium stößt bei Bildungsausländern auf größeres Interesse als das Bachelorstudium (siehe Schaubild 2). 8 100 Studierende ausländischer Nationalität waren in einen Bachelor- und 13 000 in einen Masterstudiengang eingeschrieben. Insbesondere in den Masterstudiengängen ist die Anzahl ausländischer Studierender im Zuge der Einführung der neuen Studienstruktur deutlich angestiegen. Der (Bildungs-)Ausländeranteil lag im Wintersemester 2003/2004 in Bachelorstudiengängen bei 10% und in Masterstudiengängen sogar bei 47%. Eine Ursache für diesen hohen Anteil dürfte sein, dass noch nicht viele deutsche Studierende die Masterphase (die i. d. R. einen Bachelorgrad oder einen gleichwertigen Abschluss voraussetzt) erreicht haben. Demgegenüber lag der Anteil der Bildungsausländer in Diplomstudiengängen an Universitäten bei 11% und in Fachhochschulstudiengängen nur bei 5%.

Im Studienjahr 2003 kamen insgesamt 60 100 Studienanfänger ausländischer Herkunft zum Zwecke des Studiums nach Deutschland. Davon schrieben sich 2 800 (5%) in einen Bachelor- und 4 500 (8%) in einen Masterstudien-

Schaubild 2



gang ein. Das entsprach bei Bachelorstudienanfängern einer Steigerung um 32% und bei Masterstudienanfängern einer Steigerung um 6% gegenüber dem Vorjahr, wobei sich der Anstieg in den Masterstudiengängen seit 2002 verlangsamt hat (siehe Schaubild 2).

### Bildungsausländer bevorzugten Ingenieurwissenschaften

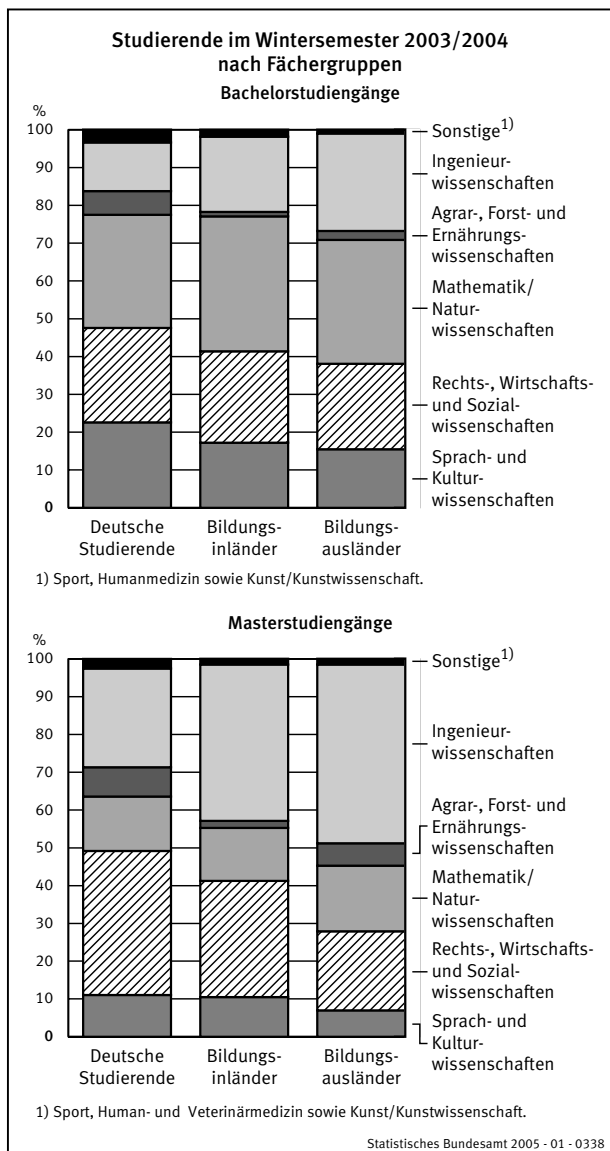
Die Interessenschwerpunkte der ausländischen Studierenden in Bachelor- und Masterstudiengängen konzentrierten sich im Wintersemester 2003/2004 auf die Fächergruppen Ingenieurwissenschaften, Mathematik/Naturwissenschaften sowie Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften.

Bildungsausländer in Bachelorstudiengängen waren am häufigsten in der Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften anzutreffen (siehe Schaubild 3). Bevorzugter Studienbereich war „Informatik“. Hier waren 19% (1 600) der ausländischen Bachelorstudierenden eingeschrieben. Darauf folgten die Studienbereiche „Wirtschaftswissenschaften“ mit 1 200 ausländischen Studierenden und einem Anteil von 15% und „Maschinenbau/Verfahrenstechnik“ mit 800 Studierenden und einem Anteil von 10% an der Gesamtzahl der Bildungsausländer in Bachelorstudiengängen.

Die meisten Bildungsausländer in Masterstudiengängen waren in der Fächergruppe Ingenieurwissenschaften eingeschrieben (47%). Der beliebteste Studienbereich war hier „Elektrotechnik“ mit 2 600 ausländischen Masterstudierenden, was einem Anteil von 20% entsprach. In den Studienbereichen „Wirtschaftswissenschaften“ und „Maschinenbau/Verfahrenstechnik“ waren jeweils rund 2 000 Personen

12) Bildungsausländer sind Studierende ausländischer Nationalität, die ihre Hochschulzugangsberechtigung außerhalb Deutschlands erworben haben.

Schaubild 3



oder 16% der ausländischen Masterstudierenden eingeschrieben. Im Vergleich zu den Bildungsausländern und Bildungsinländern<sup>13)</sup> konzentrierten sich die deutschen Studierenden in Masterstudiengängen stärker auf Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und deutlich weniger auf die Fächergruppe Ingenieurwissenschaften.

Der durchschnittliche Anteil von Bildungsausländern in Bachelorstudiengängen lag bei 10% (siehe den vorhergehenden Abschnitt). Bei der differenzierten Betrachtung auf Studienbereichsebene wird deutlich, dass die Anteile in den Studienbereichen „Maschinenbau/Verfahrenstechnik“ (23%) und „Elektrotechnik“ (20%) überdurchschnittlich hoch waren. Auch bezüglich der Masterstudiengänge lag der Anteil der Bildungsausländer in den ingenieurwissen-

schaftlichen Studienbereichen „Elektrotechnik“ (78%) und „Maschinenbau/Verfahrenstechnik“ (58%) über dem Durchschnitt von 47%. Weitere bedeutende Studienbereiche mit hohen Anteilen an Bildungsausländern bei den Masterstudiengängen waren „Physik, Astronomie“ (79%) und „Chemie“ (75%).

### Bildungsausländer in Bachelor- und Masterstudiengängen kamen mehrheitlich aus Entwicklungsländern

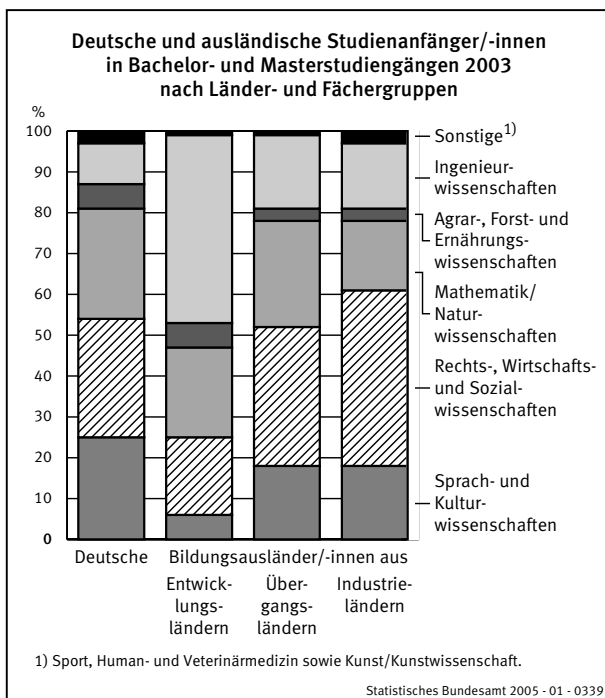
Die Mehrheit (66%) der insgesamt 21 100 Bildungsausländer in Bachelor- und Masterstudiengängen kam aus Herkunftsländern, die nach der Klassifikation der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)<sup>14)</sup> im Hinblick auf ihre wirtschaftliche Entwicklung als Entwicklungsländer eingestuft wurden.

Die Herkunftsländer und die fachlichen Präferenzen der ausländischen Studienanfänger geben Hinweise darauf, in welchen Fachbereichen deutschen Hochschulen von den Studienberechtigten im Ausland die größten Kompetenzen zugeschrieben werden. Bei den Studienanfängern stellte sich die Verteilung nach Ländergruppen im Studienjahr 2003 folgendermaßen dar: 62% der Bildungsausländer kamen aus Entwicklungsländern, hier waren die Hauptherkunftstaaten die Volksrepublik China, Indien und die Türkei. 23% stammten aus Übergangsländern (Hauptherkunftstaaten waren Bulgarien, Polen und die Russische Föderation) und 15% aus Industrieländern. Hier waren Frankreich, die Vereinigten Staaten und Spanien am häufigsten vertreten. Bei Studienanfängern aus Entwicklungsländern lagen die Präferenzen eindeutig beim Masterstudium: Rund 72% dieser Studienanfänger immatrikulierten sich im Studienjahr 2003 erstmalig in einen Masterstudiengang, davon nahm jede(r) Zweite (50%) ein Studium in der Fächergruppe der Ingenieurwissenschaften auf, davon allein 40% im Studienbereich „Elektrotechnik“.

Die fachlichen Schwerpunkte der ausländischen Studienanfängerinnen und -anfänger werden offenbar durch den ökonomischen Entwicklungsstand der Herkunftsländer beeinflusst. Insbesondere der Stellenwert der Ingenieurwissenschaften war bei Studienanfängern aus Entwicklungsländern sichtlich höher als bei Studienanfängern aus den anderen Ländergruppen (siehe Schaubild 4). Bei Studienanfängern aus Übergangsländern verschoben sich die Studienschwerpunkte stärker in die Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (insbesondere in den Studienbereich „Wirtschaftswissenschaften“), in die Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften (am häufigsten in den Studienbereich „Informatik“) sowie in die Fächergruppe Sprach- und Kulturwissenschaften (hier insbesondere in die Studienbereiche „Germanistik“ und „Sprach- und Kulturwissenschaften allgemein“). Studienanfänger/-innen aus Industrienationen wählten am häufigsten die Fächergruppe

13) Bildungsinländer sind Studierende ausländischer Nationalität, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Gegensatz zu den Bildungsausländern im deutschen Bildungssystem erworben haben.  
14) „Liste der Entwicklungsländer und -gebiete sowie der Übergangsländer und -gebiete 2003“ gemäß dem Ausschuss für Entwicklungshilfe [Development Assistance Committee (DAC)] der OECD. Diese ist verfügbar unter [http://www.daad.de/de/download/entwicklung/formulare/dac\\_liste\\_2004.pdf](http://www.daad.de/de/download/entwicklung/formulare/dac_liste_2004.pdf) (Stand: 13. April 2005).

Schaubild 4



Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und schwerpunktmäßig den Studienbereich „Wirtschaftswissenschaften“. Im Vergleich mit den Studienanfängern aus anderen Ländergruppen war das Interesse der deutschen Studienanfänger in Bachelor- und Masterstudiengängen an den Ingenieurwissenschaften am geringsten ausgeprägt.

### 3 Absolventen von Bachelor- und Masterstudiengängen

Die neuen Studienabschlüsse werden seit dem Prüfungsjahr 2000 gesondert erfasst; im Vergleich zu den „klassischen“ Prüfungsgruppen (siehe die Systematik der Prüfungsgruppen in der Übersicht auf S. 373) spielten sie aufgrund des kurzen Zeitraums seit der Einführung der neuen Studiengänge auch im Prüfungsjahr 2003 noch eine untergeordnete Rolle. Insgesamt erwarben 218 100 Absolventen einen Studienabschluss, davon rund 2 500 einen Bachelor- und 3 000 einen Mastergrad (zusammen rund 3% aller Absolventen). Die meisten Absolventen (44%) erlangten ein Universitätsdiplom oder einen entsprechenden akademischen Grad, während 33% das Studium mit einem Fachhochschulabschluss beendeten. 21% erwarben weitere Abschlüsse (Lehramtsabschlüsse, Promotion).

### Die meisten Bachelor- und Mastergrade wurden im Studienbereich „Wirtschaftswissenschaften“ vergeben

31% der insgesamt 2 500 Bachelorabsolventen schlossen ihr Studium in der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts-

und Sozialwissenschaften ab, darunter allein 23% im Studienbereich „Wirtschaftswissenschaften“. 26% erwarben ihren Bachelorgrad in der Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften, darunter allein 20% im Studienbereich „Informatik“. Weitere 15% erlangten den Bachelorgrad in der Fächergruppe Ingenieurwissenschaften, darunter die meisten (7%) im Studienbereich „Elektrotechnik“.

Von den rund 3 000 Masterabschlüssen wurden im Prüfungsjahr 2003 38% in der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften erworben, darunter 26% im Studienbereich „Wirtschaftswissenschaften“. Die Fächergruppe Ingenieurwissenschaften stand bei den Masterabsolventen mit einem Anteil von 34% an zweiter Stelle, gefolgt von der Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften mit 15%. Die höchsten Absolventenanteile verzeichneten hier die Studienbereiche „Elektrotechnik“ (11%) und „Informatik“ (8%).

### Nur jeder dritte Masterabsolvent war eine Frau

Bei Bachelorabsolventen stellte sich das Geschlechterverhältnis mit einem Frauenanteil von rund 47% fast ausgeglichen dar, auch wenn zwischen den einzelnen Fächergruppen deutliche Unterschiede bestanden. Einer Überrepräsentanz von weiblichen Absolventen in den Fächergruppen Sprach- und Kulturwissenschaften (76%) sowie Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (56%) standen Frauenanteile von 26 bzw. 29% in den natur- und ingenieurwissenschaftlichen Fächern gegenüber. Bei den Masterabsolventen war der Frauenanteil mit 31% deutlich geringer. Absolventinnen waren mit Anteilen von 38% in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 27% in Mathematik und Naturwissenschaften und 19% in den Ingenieurwissenschaften unterrepräsentiert (siehe auch Kapitel 1).

### Fast die Hälfte der Mastergrade wurde von Bildungsausländern erworben

8% der rund 2 500 grundständigen Bachelorabschlüsse und 47% der rund 3 000 weiterführenden Masterabschlüsse wurden im Prüfungsjahr 2003 von Bildungsausländern erworben. Die meisten Bachelor- und Mastergrade wurden von Absolventen ausländischer Herkunft in den Fächergruppen Ingenieurwissenschaft (700), Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (500) sowie Mathematik/Naturwissenschaften erlangt (300).

### Studiendauer und Alter deutscher Bachelor- und Masterabsolventen

Die relativ langen Fachstudienzeiten deutscher Absolventen und das im internationalen Vergleich hohe Alter der deutschen Erstabsolventen<sup>15)</sup> sind im Kontext der Studienstrukturreform zentrale bildungspolitische Themen. Die Neustrukturierung des Studiensystems und die Einführung des grundständigen Bachelorgrades, der bereits innerhalb

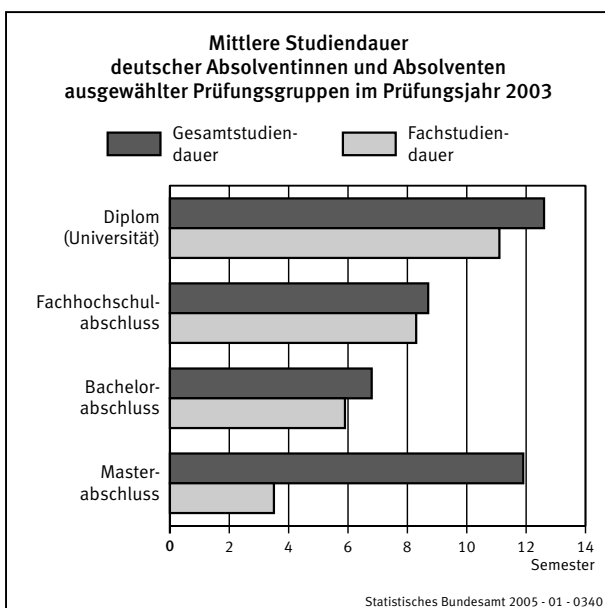
15) Siehe Wissenschaftsrat (Hrsg.): „Beschäftigungssystem – Hochschulausbildung – Studienreform: Stellungnahme und Empfehlungen“, 2001, S. 105 ff.

einer Regelstudienzeit von sechs Semestern erreicht werden kann, sollen dazu führen, dass deutsche Absolventen dem Arbeitsmarkt schneller zur Verfügung stehen, als dies bisher der Fall war. Die Ergebnisse der Prüfungsstatistik 2003 im Hinblick auf die Studiendauer und das Alter der Absolventen in Bachelor- und Masterstudiengängen sind vor dem Hintergrund zu sehen, dass die Fallzahlen aufgrund des kurzen Zeitraums seit der Einführung der neuen Studiengänge noch relativ gering sind. In diesem Zusammenhang ergibt sich das Problem der „Unterschätzung“ der Fach- und Gesamtstudiendauer der Absolventen, weil davon auszugehen ist, dass es sich in den ersten Prüfungsjahrgängen um Personen handelt, die ihr Studium überdurchschnittlich schnell abgeschlossen haben.

### Deutsche Bachelor- und Masterabsolventen blieben innerhalb der Regelstudienzeiten

Die mittlere Fachstudiendauer der 2 200 deutschen Absolventen von Bachelorstudiengängen lag im Prüfungsjahr 2003 bei 5,9 Fachsemestern und befand sich damit innerhalb der Regelstudienzeit, die auf sechs bis acht Semester ausgerichtet ist. Seit dem Prüfungsjahr 2000 hat sich die mittlere Fachstudiendauer kaum verändert. Im Vergleich zur mittleren Fachstudienzeit der 68 500 Fachhochschulabsolventen<sup>16)</sup>, die bei 8,3 Semestern lag und deren Abschlüsse dem Bachelorgrad in der Wertigkeit entsprechen, war sie erheblich kürzer (siehe Schaubild 5). Der mittlere Wert für die Fachstudiendauer bei Universitätsdiplomen und entsprechenden Abschlussprüfungen lag für die 86 400 deutschen Absolventen bei 11,1 Semestern. Bei Diplomstudiengängen an Universitäten ist zu berücksichtigen, dass die Regelstudienzeiten je nach Studiengang zwischen neun und zwölf Semestern variieren.

Schaubild 5



Ein Masterstudium kann ein vorhergehendes Studium, das erfolgreich abgeschlossen wurde, fachlich vertiefen, gilt aber als eigenständiger Studiengang. Studierende, die im Anschluss an ein vorangegangenes Studium einen Masterstudiengang aufnehmen, werden daher in das erste Fachsemester eingestuft. Bei deutschen Masterabsolventen lag die mittlere Fachstudiendauer im Prüfungsjahr 2003 bei 3,5 Fachsemestern und damit innerhalb der für Masterstudiengänge festgelegten Regelstudienzeit von zwei bis vier Semestern. Zum Zeitpunkt der erstmaligen Erfassung im Prüfungsjahr 2000 betrug der entsprechende Wert für die Fachstudiendauer in Masterstudiengängen 3,2 Fachsemester.

Deutsche Bachelorabsolventen des Prüfungsjahrgangs 2003 hielten sich im Mittel 6,8 Semester an deutschen Hochschulen auf, bevor sie das Examen ablegten (siehe Schaubild 5). Zwischen der benötigten Fachstudienzeit und der tatsächlichen Verweildauer an der Hochschule lag demnach fast ein Semester. Bei deutschen Fachhochschulabsolventen lag der mittlere Wert für die Gesamtstudienzeit bei 8,7 Semestern und damit nur 0,4 Semester über der Fachstudienzeit. Die längste Zeit verbrachten Absolventen mit Universitätsdiplomen an deutschen Hochschulen, diese waren im Mittel 12,6 Semester eingeschrieben, bis sie ihren ersten Studienabschluss erlangten. Masterabsolventen verbrachten bis zum Erreichen des Masterabschlusses 11,9 Semester im Hochschulsystem, wobei zu berücksichtigen ist, dass dem Masterabschluss bereits ein Studienabschluss vorausgeht.

### Erstabsolventen von Bachelorstudiengängen haben einen „Altersvorsprung“ von mehr als zwei Jahren

Das Durchschnittsalter deutscher Bachelor-Erstabsolventen lag bei 25,7 Jahren (Frauen: 25,1 Jahre; Männer: 26,2 Jahre). Bachelorabsolventen waren damit gegenüber den Erstabsolventen der „klassischen“ Studiengänge deutlich jünger (siehe Schaubild 6). Gegenüber dem Durchschnittsalter der Erstabsolventen von Fachhochschulstudiengängen (27,9 Jahre), deren Abschluss in der Wertigkeit dem Bachelorgrad entspricht, bestand ein Altersvorsprung von 2,2 Jahren. Erstabsolventen von Diplomstudiengängen an Universitäten und entsprechenden Abschlussprüfungen waren bei Erwerb des Abschlusses durchschnittlich 28,1 Jahre alt und damit 2,4 Jahre älter als Bachelorabsolventen. Das insgesamt höhere Alter der männlichen Absolventen ist auf Zeiten für Wehr- und Zivildienst zurückzuführen, die in der Regel dem Studium vorgelagert sind. Deutsche Bachelorabsolventen waren im internationalen Vergleich, zum Beispiel mit Absolventen aus den Niederlanden und den Vereinigten Staaten, relativ alt, da diese bereits mit durchschnittlich 25 Jahren einen Masterabschluss erwerben<sup>17)</sup>.

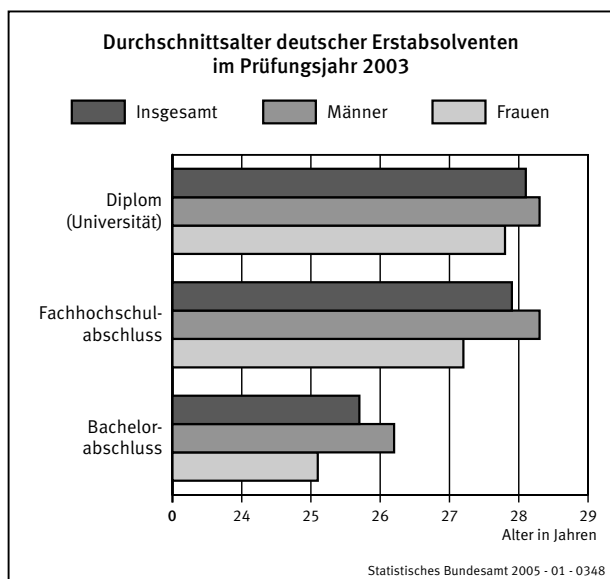
Bei Masterabsolventen handelte es sich in der Regel um Absolventen eines weiteren Studiums, das heißt dem Erwerb des Masterabschlusses ging bereits ein Studium

16) Für die meisten Fachhochschulstudiengänge sind in der Regel Fachstudienzeiten von acht Semestern vorgesehen.

17) Siehe Wissenschaftsrat (Hrsg.): „Empfehlungen zur Einführung neuer Studienstrukturen und -abschlüsse (Bakkalaureus/Bachelor – Magister/Master) in Deutschland“, 2000, S. 39.



Schaubild 6



oder sogar eine Phase der Berufstätigkeit voraus. Ziel der Studienreform ist es, den Bachelorgrad flächendeckend als grundständigen Regelabschluss zu etablieren, der für das Masterstudium qualifiziert. In der momentanen Einführungsphase der neuen Studienstruktur waren dem Masterstudium bei der Mehrheit der Absolventen traditionelle Universitätsdiplome oder Fachhochschulabschlüsse mit entsprechenden Studienzeiten vorgelagert, was sich auf die Altersstruktur der Masterabsolventen auswirkte, die mit durchschnittlich 32,3 Jahren (Frauen: 31,9 Jahre; Männer: 32,5 Jahre) deutlich älter waren als die Absolventen grundständiger Abschlüsse (Bachelor, Universitätsdiplome oder Fachhochschulabschluss), bei denen es sich hauptsächlich um Erstabsolventen handelt.

#### 4 Zusammenfassung und Ausblick

Hinsichtlich der Bedeutung von Bachelor- und Masterstudiengängen ist abschließend festzustellen, dass diese mit Anteilen von 5% an der Gesamtzahl der Studierenden und von 3% bei den Absolventen bisher eine vergleichsweise geringe Rolle im deutschen Hochschulsystem spielen. Trotz der Zuwächse in den letzten Studienjahren war bei den Studienanfängern noch keine eindeutige Umorientierung zum grundständigen Bachelorstudium zu erkennen. In den nächsten Jahren wird es interessant sein zu beobachten, inwieweit sich insbesondere der neue Bachelorgrad auf dem Arbeitsmarkt etablieren und zu einer stärkeren Akzeptanz der neuen Studiengänge beitragen kann. Im Hinblick auf die Umsetzung der Studienreform bestanden erhebliche regionale Unterschiede zwischen einzelnen Bundesländern.

Die fachlichen Schwerpunkte der Studierenden und Studienanfänger/-innen in Bachelor- und Masterstudiengängen konzentrierten sich neben den Wirtschaftswissenschaften vorwiegend auf natur- und ingenieurwissenschaftlich ausgerichtete Studienbereiche. Frauen waren insbesondere in Masterstudiengängen und in der Gruppe der Masterab-

solventen unterrepräsentiert, da sich der Mastergrad bisher überwiegend in ingenieurwissenschaftlichen Studienbereichen etabliert hat, in denen der Frauenanteil gering ist. In den nächsten Jahren wird zu beobachten sein, inwieweit sich die neuen Studiengänge im Zuge einer flächendeckenden Umsetzung der Studienreform bis 2010 in Fächergruppen und in Studienbereichen durchsetzen können, die bisher fast ausschließlich auf Universitätsdiplome oder Fachhochschulabschlüsse ausgerichtet waren.

Masterstudiengänge stießen 2003 bei Bildungsausländern auf größeres Interesse als Bachelorstudiengänge: Fast jeder zweite Masterstudierende und jeder zweite Masterabsolvent war ausländischer Herkunft. Das Interesse ausländischer Bachelor- und Masterstudierender und -studienanfänger an einem ingenieur- oder naturwissenschaftlichen Studium war im Vergleich zu den deutschen Kommilitonen deutlich ausgeprägter. Bildungsausländer in neuen Studiengängen kamen mehrheitlich aus Entwicklungsländern und nahmen bevorzugt ingenieurwissenschaftlich ausgerichtete Masterstudiengänge auf. Hier wird sich zeigen, ob und inwieweit sich Bachelor- und Mastergrade, die an deutschen Hochschulen erworben werden, im internationalen Wettbewerb etablieren und für Studierende aus Übergangsländern und Industrienationen noch attraktiver werden können.

Deutsche Bachelor- und Masterabsolventen blieben bislang innerhalb der festgelegten Regelstudienzeiten. Erstabsolventen von Bachelorstudiengängen waren bei Abschluss ihres Studiums deutlich jünger als die Erstabsolventen „klassischer“ Studiengänge. Es wird sich zukünftig zeigen, ob sich die Studienzeiten der Bachelorabsolventen innerhalb eines längeren Beobachtungszeitraumes und bei höheren Fallzahlen auf dem jetzigen Niveau konsolidieren oder ansteigen werden. [u](#)

Dipl.-Geograph Tim Weber

# Erste Ergebnisse der Statistiken über die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Am 1. Januar 2003 trat das „Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ (GSiG) in Kraft.<sup>1)</sup> Mit diesem Sozialleistungsgesetz wurde für über 64-Jährige sowie für dauerhaft voll erwerbsgeminderte Personen ab 18 Jahren eine eigenständige Leistung geschaffen, welche den grundlegenden Bedarf für den Lebensunterhalt sicherstellt. Das Grundsicherungsgesetz soll hauptsächlich dazu beitragen, die so genannte „verschämte Armut“ einzugrenzen. Hintergrund ist der Befund, dass vor allem ältere Menschen bestehende Sozialhilfeansprüche oftmals nicht geltend machen, weil sie den Rückgriff auf ihre unterhaltsverpflichteten Kinder fürchten.<sup>2)</sup> Im Gegensatz zum bisherigen Bundessozialhilfegesetz bleiben deshalb bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Regelfall Unterhaltsansprüche gegenüber den Kindern und Eltern des Leistungsempfängers unberücksichtigt.<sup>3)</sup>

Von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder wurden zum Jahresende 2003 erstmals Erhebungen über die Empfänger und über die Ausgaben der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung als Bundesstatistik durchgeführt. Dieser Beitrag stellt die ersten Ergebnisse der neuen Statistik zusammen.

## Wesentliche Eckdaten

Am Jahresende 2003 erhielten in Deutschland rund 439 000 Personen Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei

Erwerbsminderung. Umgerechnet auf die Bevölkerung ab 18 Jahren waren das 0,7%.

Etwa 181 000 Personen oder 41% der Empfänger waren in der Altersgruppe zwischen 18 und 64 Jahren und erhielten Leistungen der Grundsicherung wegen einer dauerhaft vollen Erwerbsminderung (siehe Schaubild 1). Das entspricht einer Bezugsquote von 0,3% der entsprechenden Bevölkerungsgruppe. Diese Menschen werden aufgrund ihrer gesundheitlichen Situation dem allgemeinen Arbeitsmarkt auch künftig voraussichtlich nicht mehr zur Verfügung stehen. Die am stärksten besetzte Altersklasse der dauerhaft voll erwerbsgeminderten Grundsicherungsempfängerinnen und -empfänger war die der 30- bis unter 40-Jährigen (siehe Schaubild 2).

Mit etwa 258 000 Personen (59% der Empfänger) war die größere Anzahl der Leistungsbezieher bereits im Rentenalter, das heißt 65 Jahre und älter. Die Bezugsquote dieser Personengruppe lag im ersten Berichtsjahr bei 1,7%.

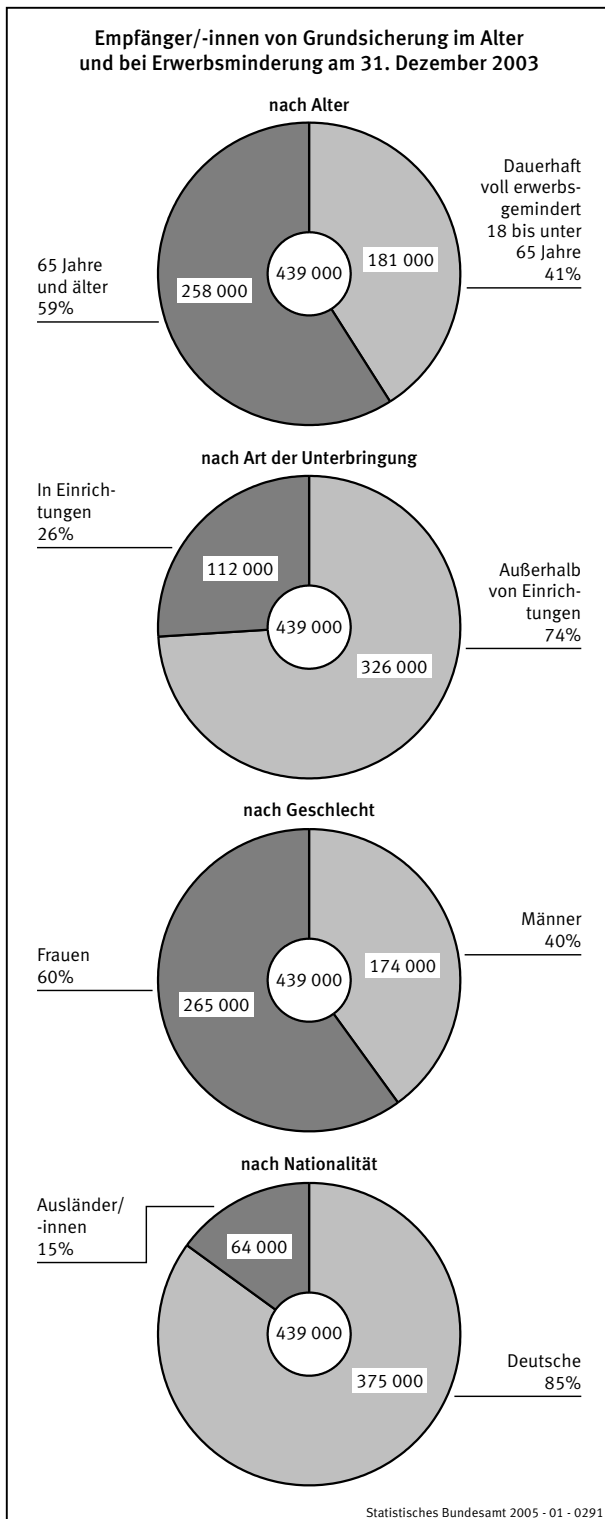
Ein Viertel der rund 439 000 Grundsicherungsempfänger (112 000 Personen) lebte in stationären Einrichtungen, beispielsweise in Alten- oder Pflegeheimen, während drei Viertel der Berechtigten die Leistungen außerhalb von Einrichtungen ausgezahlt bekamen (326 000 Personen). Letzteres traf vor allem auf die Grundsicherungsempfänger im Rentenalter zu. Sie erhielten die Leistung zum deutlich

1) Gesetz zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung und zur Förderung eines kapitalgedeckten Altersvorsorgevermögens (Altersvermögensgesetz – AVmG) vom 26. Juni 2001, Artikel 12 Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiG) (BGBl. I S. 1310), zuletzt geändert durch Artikel 1 a des Gesetzes zur Verlängerung von Übergangsregelungen im Bundessozialhilfegesetz vom 27. April 2002 (BGBl. I S. 1462).

2) Siehe Bundestagsdrucksache 14/5150 vom 25. Januar 2001, S. 48.

3) Ausführliche Informationen zur Intention und den Inhalten des Grundsicherungsgesetzes siehe Weber, T.: „Einführung der Statistiken über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ in WiSta 12/2002, S. 1076 ff.

Schaubild 1



überwiegenden Teil außerhalb von Einrichtungen. Lediglich 17% der älteren Hilfebezieher waren Heimbewohner. Auch von den voll erwerbsgeminderten Grundsicherungsempfängern lebte die Mehrheit außerhalb von Einrichtungen. Allerdings war mit 37% relativ gesehen häufiger ein Leistungsbezug in Einrichtungen festzustellen als bei den älteren Personen.

Schaubild 2

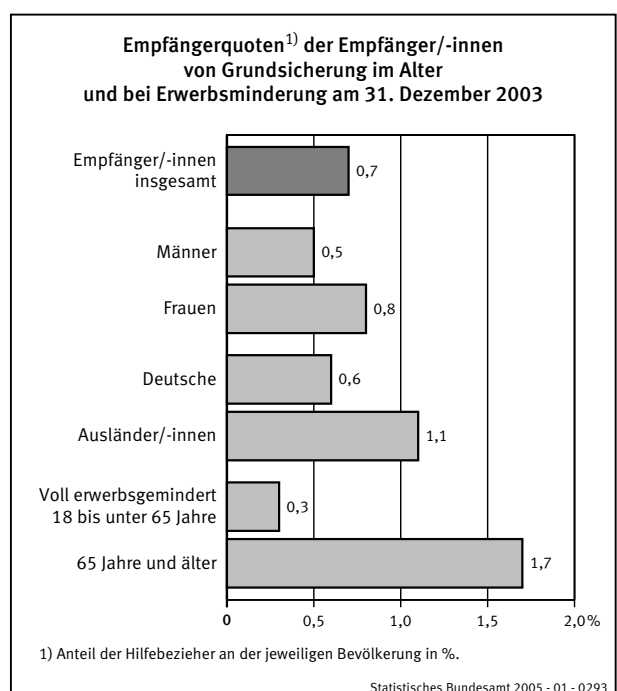


## Mehr Frauen als Männer auf Grundsicherung angewiesen

Die Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wurden am Jahresende 2003 öfter von Frauen als von Männern in Anspruch genommen. Rund 265 000 bzw. 60% der Hilfeempfänger waren Frauen, 174 000 der Hilfeempfänger waren Männer. Damit bezogen bundesweit 0,8% der Frauen und 0,5% der Männer ab 18 Jahren Grundsicherungsleistungen (siehe Schaubild 3).

Noch deutlicher sind die Unterschiede in der Inanspruchnahme der Leistungen der Grundsicherung zwischen Männern und Frauen in der Altersgruppe der ab 65-Jährigen. Hier

Schaubild 3



zeigt sich, dass Frauen mit einer Quote von 2,1% nahezu doppelt so oft Leistungen der Grundsicherung beziehen wie Männer mit einer Quote von 1,2%. Dies ist unter anderem auf ein deutlich geringeres Haushaltsnettoeinkommen der Frauen im Rentenalter zurückzuführen. Die aktuellen Daten aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2003 belegen, dass das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen von allein lebenden Frauen im ersten Halbjahr 2003 in den Altersklassen der ab 65-Jährigen zwischen 19 und 35% unter dem der Männer im gleichen Alter lag. Darüber hinaus geht aus der EVS 2003 hervor, dass die Einkommen aus der gesetzlichen Rentenversicherung bei Frauen deutlich geringer waren als bei Männern. Aufgrund der unterschiedlichen Einkommensverhältnisse sind Frauen häufiger bedürftig als Männer.<sup>4)</sup>

Bei den voll erwerbsgeminderten Grundsicherungsempfängern im Alter von 18 bis unter 65 Jahren ist die unterschiedliche Inanspruchnahme durch Männer und Frauen weniger stark ausgeprägt als bei den älteren Personen. Mit einer Quote von 0,4% war bei den Männern sogar ein geringfügig häufigerer Grundsicherungsbezug festzustellen als bei den Frauen (0,3%). Ein wesentlicher Grund hierfür dürfte die höhere Zahl schwer behinderter Männer in dieser Altersklasse sein. Am Jahresende 2003 standen 1,7 Mill. schwer behinderten Männern im Alter von 18 bis unter 65 Jahren 1,3 Mill. schwer behinderte Frauen gegenüber. Dies entspricht einer Quote von 6,4% bei den Männern gegenüber 5,1% bei den Frauen.<sup>5)</sup>

### Ausländer/-innen im Rentenalter besonders betroffen

Mit 15% hatten die ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger einen relativ geringen Anteil an der Gesamtzahl der Empfänger/-innen von Grundsicherungsleistungen. Betrachtet man jedoch die Ausländerquote unter den Grundsicherungsempfängern, ergibt sich ein anderes Bild: Während 11 von Tausend Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit am Jahresende 2003 Grundsicherungsleistungen erhalten haben, waren es bei den Deutschen nur 6 von Tausend (siehe Schaubild 3). Vor allem bei älteren Ausländerinnen und Ausländern zeigte sich eine vergleichsweise hohe Inanspruchnahme dieser Sozialleistung. Fast 12% der ausländischen Mitbürger/-innen ab 65 Jahren erhielten Grundsicherung. Damit lag die Quote bei ihnen etwa acht Mal höher als bei den Deutschen (1,4%). Gründe dafür könnten vor allem geringere Einkommen der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in ihrer Erwerbszeit sowie kürzere Versicherungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung sein, wodurch die Bedürftigkeit wahrscheinlicher ist als bei den Deutschen.

### Rund 83 000 Rentner/-innen neu im sozialen Sicherungssystem

In der Statistik über die Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wurde unter anderem auch

nach den Gründen gefragt, weshalb die Antragsteller diese neue Sozialleistung in Anspruch nehmen. Mit diesem Erhebungsmerkmal sollten nähere Informationen über die Ursachen der Leistungsgewährung gewonnen werden. Damit verbunden war auch die Fragestellung, wie viele Personen schon vor Einführung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt im Rahmen der Sozialhilfe bekommen haben und bei wie vielen Personen dies nicht der Fall war. So ließ sich am Jahresende 2003 ermitteln, dass 61% der Grundsicherungsempfänger im Rentenalter, die außerhalb von Heimen leben, schon vor ihrem Grundsicherungsbezug Leistungen der Sozialhilfe (laufende Hilfe zum Lebensunterhalt) erhalten haben. Dieser Personenkreis ist von der Sozialhilfe in die Grundsicherung „übergewechselt“. Die übrigen 39% (das waren rund 83 000 Personen in dieser Altersgruppe) hatten vor ihrem Grundsicherungsbezug keine Sozialhilfe in Anspruch genommen. Sie sind entweder erst im Laufe des Jahres 2003 bedürftig geworden und haben deshalb Grundsicherung beantragt oder haben einen bestehenden Anspruch auf Sozialhilfe vor In-Kraft-Treten des GSiG nicht geltend gemacht, weil sie die Heranziehung ihrer unterhaltsverpflichteten Kinder befürchtet haben. In jedem Fall hat das Grundsicherungsgesetz dazu beigetragen, dass weitere 83 000 hilfsbedürftige Rentnerinnen und Rentner im Jahr 2003 eine ihnen zustehende Sozialleistung erhalten haben, um den Lebensunterhalt zu sichern.

### Exkurs: Grundsicherung und Sozialhilfe

Durch das In-Kraft-Treten des GSiG hat sich die Zahl der ab 65-jährigen Sozialhilfeempfänger im Vergleich zum Jahr 2002 nahezu halbiert (Rückgang um 48%). Personen in dieser Altersgruppe erhalten seit dem 1. Januar 2003 bei Bedürftigkeit vorrangig Leistungen nach dem GSiG und fallen somit zum großen Teil aus dem Leistungsbezug der Sozialhilfe heraus. Dadurch ist die Sozialhilfequote dieser Personengruppe zwischen 2002 und 2003 von 1,3% auf 0,7% gesunken. Auch die Zahl der voll erwerbsgeminderten Sozialhilfeempfänger hat sich zwischen den Jahren 2002 und 2003 um 27% verringert. Am Jahresende 2003 wurden in und außerhalb von Einrichtungen insgesamt 104 000 Personen ab 65 Jahren und 39 000 voll erwerbsgeminderte Personen in der Sozialhilfestatistik nachgewiesen, die neben den Grundsicherungsleistungen zusätzlich laufende Hilfe zum Lebensunterhalt im Rahmen der Sozialhilfe erhielten. Für die Tatsache, dass am Jahresende 2003 über 65-Jährige und voll erwerbsgeminderte Personen neben den Leistungen des GSiG weiterhin zusätzlich Sozialhilfe (Hilfe zum Lebensunterhalt) bezogen, gibt es im Wesentlichen zwei Gründe. Zum einen sind dies Personen, die einen erhöhten Bedarf haben, der von den Grundsicherungsleistungen nicht abgedeckt wird und aufstockende Sozialhilfe erforderlich macht (z. B. einen Mehrbedarf wegen kostenintensiver Ernährung). Zum anderen handelt es sich um Grundsicherungsempfänger, die mit Sozialhilfeempfängern – zum Beispiel dem jüngeren Ehegatten – zusammen

4) Eine ähnliche Struktur war am Jahresende 2002 (vor In-Kraft-Treten des GSiG) auch bei der Sozialhilfestatistik zu beobachten: Frauen wiesen in den Altersgruppen ab 65 Jahren eine höhere Sozialhilfequote auf als Männer im vergleichbaren Alter.

5) Statistisches Bundesamt: „Kurzbericht – Statistik der schwerbehinderten Menschen 2003“, erschienen im März 2005. Ein kostenloser Download des Berichts im Excel-Format ist auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de/allg/d/veroe/behinderte.htm>) abrufbar.

**Neue Gesetzeslage seit dem 1. Januar 2005**

Im Rahmen der Arbeitsmarktreform wurde vom Deutschen Bundestag und Bundesrat Ende 2003 das „Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ („Hartz IV“) beschlossen. Kern dieses Gesetzespaketes ist die Einführung des SGB II „Grundsicherung für Arbeitsuchende“, mit dem ab 1. Januar 2005 die bisherige Arbeitslosenhilfe sowie die bisherige Sozialhilfe (Hilfe zum Lebensunterhalt) für erwerbsfähige Hilfeempfänger in einem neuen Leistungsrecht zusammengeführt wurden. Dies machte gleichzeitig eine Neuregelung des Sozialhilferechts erforderlich. Mit dem Gesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch vom 27. Dezember 2003 wurde neben dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) unter anderem auch das Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiG) in das SGB XII eingeordnet. Das SGB XII ist am 1. Januar 2005 in Kraft getreten. Zum gleichen Zeitpunkt wurde das GSiG außer Kraft gesetzt. Die Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie die Inhalte der Statistiken haben sich durch die Einordnung des GSiG ins SGB XII im Wesentlichen nicht verändert, sodass die statistischen Angaben über diesen Leistungsbereich zum Großteil weiterhin vergleichbar sein werden.

in einem Haushalt leben. Für die Angehörigen dieser Haushalte erfolgt für die Sozialhilfe eine gemeinsame Bedarfs- und Anspruchsberechnung.

**Empfängerquoten in den neuen Ländern niedriger**

Regional betrachtet zeigte sich 2003 eine höhere Inanspruchnahme der neuen Sozialleistung im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin): Hier lag die Quote der Grundsicherungsempfänger bei 0,7%, während sie in den neuen Ländern gerundet 0,5% betrug (siehe Tabelle 1). Die niedrigsten Quoten wurden in den ostdeutschen Bundesländern Thüringen (0,4%) und Sachsen (0,5%) festgestellt, die höchsten in den Stadtstaaten Bremen und Hamburg (jeweils 1,0%).

Im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) ließ sich ansatzweise ein Nord-Süd-Gefälle der Empfängerquoten beobachten. Das heißt relativ hohe Quoten im Norden sowie in der Mitte Deutschlands und niedrigere Quoten im Süden. Dieses Nord-Süd-Gefälle der Empfängerquoten war zum Jahresende 2003 ebenfalls in der Sozialhilfestatistik festzustellen.<sup>6)</sup>

**Bedarfsberechnung für Grundsicherungsbezieher**

Die monatlichen Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung werden im Wesentlichen nach Regelsätzen erbracht. Der Regelsatz ist ein Betrag, von dem die laufenden Leistungen für Ernährung, Kleidung, Körperpflege, Hausrat sowie die Bedürfnisse des täglichen Lebens bezahlt werden. Der Haushaltsvorstand (die Person im Haushalt, die die Generalkosten des Haushalts trägt) bzw. eine allein stehende Person erhält den vollen Regelsatz (so genannter „Eckregelsatz“). Dieser lag im Jahr 2003 je nach Bundesland zwischen 282 und 296 Euro. Der verminderte Regelsatz für einen Haushaltsangehörigen, der ebenfalls Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erhielt, schwankte zwischen 226 und 238 Euro je nach Bundesland. Zur pauschalen Abgeltung so genannter „einmaliger Leistungen“ (das sind Geldbeträge, die nicht jeden Monat benötigt werden, wie z. B. zur Reparatur eines Kühlschranks) erhielten die Grundsicherungsempfänger jeden Monat zusätzlich 15% des Eckregelsatzes. Neben dem Regelsatz werden sowohl die angemessenen Kosten für Unterkunft und Heizung als Bedarf anerkannt als auch eventuell anfallende Beiträge für Kranken-/Pflegeversicherung und ein Mehrbedarfszuschlag bei Vorliegen einer Gehbehinderung. Die Gesamtsumme dieser Bedarfspositionen

Tabelle 1: Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung am 31. Dezember 2003 nach Ländern

Land	Insgesamt		Männer	Frauen	Voll erwerbsgemindert 18 bis unter 65 Jahre	65 Jahre und älter
	Anzahl	Empfängerquote <sup>1)</sup>				
Baden-Württemberg .....	50 957	0,59	21 449	29 508	23 793	27 164
Bayern .....	63 577	0,63	25 527	38 050	25 393	38 184
Berlin .....	13 604	0,48	5 811	7 793	5 644	7 960
Brandenburg .....	11 872	0,55	5 553	6 319	7 378	4 494
Bremen .....	5 545	1,00	1 835	3 710	1 598	3 947
Hamburg .....	14 053	0,96	5 786	8 267	4 440	9 613
Hessen .....	36 845	0,74	14 563	22 282	13 675	23 170
Mecklenburg-Vorpommern .....	8 757	0,60	4 058	4 699	5 286	3 471
Niedersachsen .....	44 655	0,69	17 769	26 886	19 840	24 815
Nordrhein-Westfalen .....	106 151	0,73	37 451	68 700	33 385	72 766
Rheinland-Pfalz .....	23 397	0,71	8 859	14 538	9 261	14 136
Saarland .....	5 770	0,66	1 890	3 880	1 719	4 051
Sachsen .....	16 413	0,45	7 634	8 779	10 257	6 156
Sachsen-Anhalt .....	11 706	0,55	5 214	6 492	7 072	4 634
Schleswig-Holstein .....	17 627	0,77	7 079	10 548	7 714	9 913
Thüringen .....	7 902	0,39	3 579	4 323	4 642	3 260
Deutschland ...	438 831	0,65	174 057	264 774	181 097	257 734
Nachrichtlich:						
Früheres Bundesgebiet <sup>2)</sup> .....	368 577	0,70	142 208	226 369	140 818	227 759
Neue Länder .....	56 650	0,49	26 038	30 612	34 635	22 015

1) Anteil der Hilfebezieher an der jeweiligen Bevölkerung in %. – 2) Ohne Berlin.

6) Ausführlich siehe dazu Statistisches Bundesamt (Hrsg.): „Sozialhilfe im Ländervergleich 2003“; der Bericht im PDF-Format steht im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes (<http://www.ec.destatis.de>) als kostenloses Downloadangebot zur Verfügung.

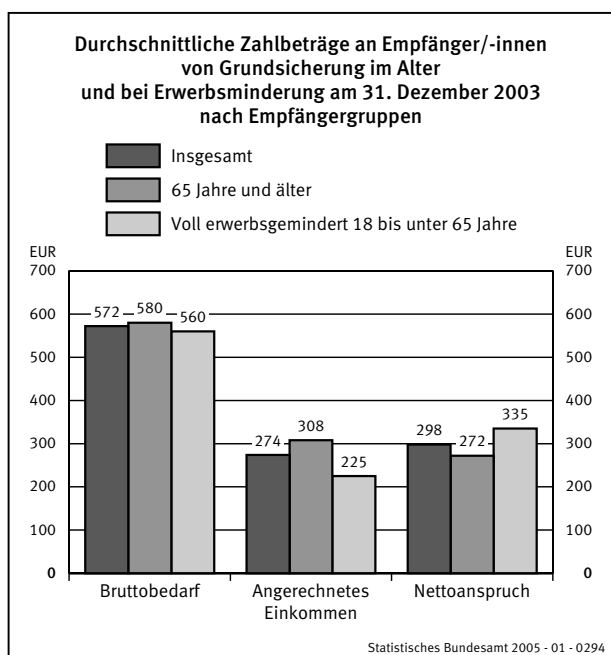
ergibt den Bruttobedarf, also den Betrag, den der jeweilige Antragsteller für seinen Lebensunterhalt monatlich benötigt. Zieht man hiervon das anrechenbare Einkommen des Empfängers ab, erhält man den tatsächlich ausbezahlten Nettoanspruch.

## Monatlicher Auszahlungsbetrag 298 Euro je Empfänger

Im Durchschnitt errechnete sich für einen Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zum Jahresende 2003 ein monatlicher Bruttobedarf von 572

Euro, wovon deutlich mehr als ein Drittel auf die Kosten für Unterkunft und Heizung entfiel (227 Euro). Den größten Anteil am Bruttobedarf hatte der Regelsatz (einschließlich der 15%-Pauschale), welcher mit durchschnittlich 306 Euro in die Bedarfsberechnung einbezogen wurde. Unter Berücksichtigung des angerechneten Einkommens in Höhe von 274 Euro wurden im Schnitt monatlich 298 Euro je Leistungsberechtigten ausgezahlt (Nettoanspruch). Für voll erwerbsgeminderte Personen zwischen 18 und 64 Jahren ergaben sich im Durchschnitt ein monatlicher Bruttobedarf von 560 Euro und ein Nettoanspruch von 335 Euro je Monat, für Personen ab 65 Jahren ein monatlicher Bruttobedarf von 580 Euro und ein Nettoanspruch von 272 Euro je Monat (siehe Schaubild 4).

Schaubild 4



Beim Vergleich der Beträge in den Bundesländern fiel auf, dass in den neuen Bundesländern Bruttobedarf, Unterkunfts- und Heizkosten sowie auch der Nettoanspruch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt lagen.

## 89% der Empfänger mit anrechenbarem Einkommen

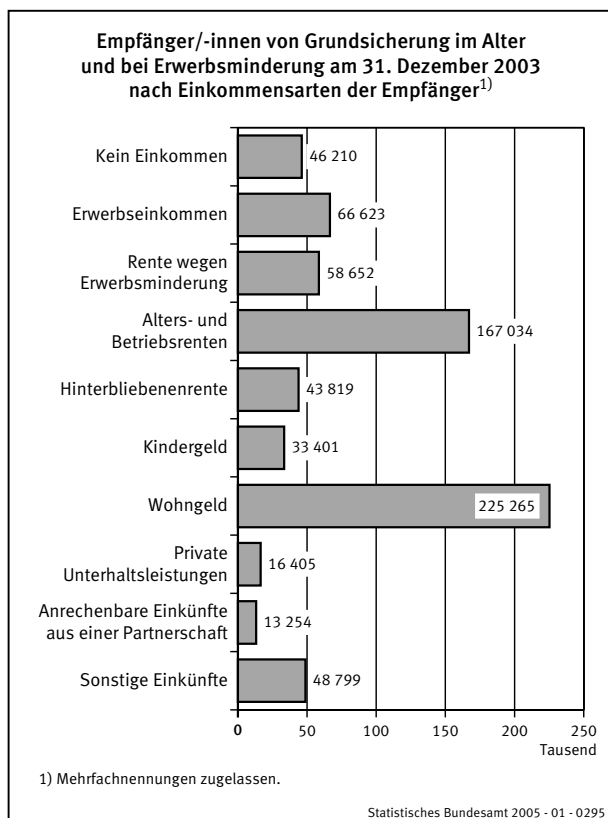
Die Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung bezogen in der überwiegenden Mehrzahl ein oder mehrere Einkommen, die auf die Grundsicherungsleistung angerechnet wurden. Lediglich 11% der Empfänger konnten kein anrechenbares Einkommen vorweisen. Unter den Einkommensarten, die zur Anrechnung führten, hatte das Allgemeine Wohngeld die größte Bedeutung: Über die Hälfte (51%) der Grundsicherungsempfänger haben am Jahresende 2003 als weitere Sozialleistung auch Allgemeines Wohngeld erhalten (etwa 225 000 Personen, siehe Schaubild 5).

Eine weitere bedeutende Rolle spielten die Einkommen aus der gesetzlichen Rentenversicherung sowie Versorgungsbe-

Tabelle 2: Durchschnittliche Zahlbeträge an Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung am 31. Dezember 2003 nach Ländern  
EUR je Monat

Land	Bruttobedarf	Darunter:		Angerechnetes Einkommen	Nettoanspruch
		Regelsatz einschließlich Pauschale von 15%	Anerkannte Aufwendungen für Unterkunft und Heizung		
Baden-Württemberg	574	304	229	247	326
Bayern	567	295	229	259	308
Berlin	598	314	248	298	300
Brandenburg	513	287	193	284	229
Bremen	647	324	286	352	295
Hamburg	667	318	326	341	326
Hessen	620	313	267	273	347
Mecklenburg-Vorpommern	527	290	210	283	245
Niedersachsen	550	308	202	261	289
Nordrhein-Westfalen	583	315	226	284	300
Rheinland-Pfalz	539	308	193	246	294
Saarland	539	320	175	259	281
Sachsen	522	285	206	297	225
Sachsen-Anhalt	520	289	201	300	220
Schleswig-Holstein	576	311	226	262	314
Thüringen	505	288	189	300	205
Deutschland ...	572	306	227	274	298

Schaubild 5



züge und Betriebsrenten. Diese Einkommensarten sind in Schaubild 5 unter „Alters- und Betriebsrenten“ zusammengefasst und wurden bei etwa 167 000 Empfängern (38%) ab 18 Jahren angerechnet. Für die Grundsicherungsempfänger ab 65 Jahren hatte diese Einkommensart allein aufgrund des Alters eine wesentlich stärkere Bedeutung als für die unter 65-Jährigen: 164 000 Empfänger, bei denen Alters- und Betriebsrenten auf die Grundsicherungsleistung angerechnet wurde, waren 65 Jahre und älter. Somit wiesen fast zwei Drittel der Empfänger ab 65 Jahren (64%) diese Einkommensart auf.

## Ausgaben der Grundsicherung

Insgesamt wurden im Jahr 2003 für Leistungen nach dem Grundsicherungsgesetz in Deutschland brutto rund 1,45 Mrd. Euro ausgegeben. Nach Abzug der Einnahmen in Höhe von 97 Mill. Euro, die den Grundsicherungsträgern zum größten Teil aus Erstattungen anderer Sozialleistungsträger zuflossen, verblieben 1,35 Mrd. Euro an reinen Ausgaben (Nettoausgaben). Mit 1,19 Mrd. Euro wurden 91% der Nettoausgaben im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) ausgegeben. Auf die neuen Länder entfielen Nettoausgaben in Höhe von 124 Mill. Euro.

## Ausblick

Nach bisher vorliegenden Informationen aus einigen Statistischen Landesämtern ist es im ersten Jahr nach Einführung des Grundsicherungsgesetzes in den durchführenden Kom-

munen zu einem nicht unerheblichen Rückstand hinsichtlich der Antragsbearbeitung gekommen. Aus diesem Grund ist davon auszugehen, dass sich der Bestand an Grundsicherungsempfängern im Jahr 2004 voraussichtlich weiter aufgebaut hat. Es kann daher – auch angesichts der alternden Bevölkerung – in näherer Zukunft sowohl mit steigenden Empfängerzahlen als auch mit steigenden Ausgabenbeträgen gerechnet werden. [u](#)

Dipl.-Volkswirt Hans Rehm, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

# Öffentliche Finanzen im Jahr 2004

Die vierteljährliche Kassenstatistik bietet die aktuellsten Daten im Bereich der öffentlichen Finanzen und ist eine wichtige Grundlage für wirtschafts-, finanz- und geldpolitische Entscheidungen. Sie ermöglicht ein umfassendes Bild der Finanzen des öffentlichen Gesamthaushalts. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen üben einen bedeutenden Einfluss auf die Entwicklung der öffentlichen Finanzen aus. Zum Jahresbeginn 2004 setzte sich die seit Mitte 2003 zu beobachtende Konjunkturerholung – gemessen an der Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts – fort. Der in den ersten beiden Quartalen des Jahres 2004 verzeichnete Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von +1,6 bzw. +1,9% fiel im dritten Vierteljahr mit +1,2% schwächer aus, stieg jedoch zum Jahresende wieder auf +1,5% an. Insgesamt wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2004 um 1,6% gegenüber dem Vorjahr, in dem es ein leichtes Minus von –0,1% aufwies. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt blieb auch 2004 ernst und beeinflusste sowohl die Einnahmenseite als auch die Ausgabeseite der öffentlichen Haushalte gravierend. Ende des Jahres 2004 wurden fast 4,5 Mill. Arbeitslose registriert. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen betrug 10,8%.

Auf die schwierige Finanzlage reagierten im Jahr 2004 zahlreiche öffentliche Haushalte mit dem Erlass von Haushaltssperren. Zudem verabschiedeten der Bund und mehrere Länder Nachtragshaushalte wegen im Laufe des Jahres zusätzlich entstandener Belastungen.

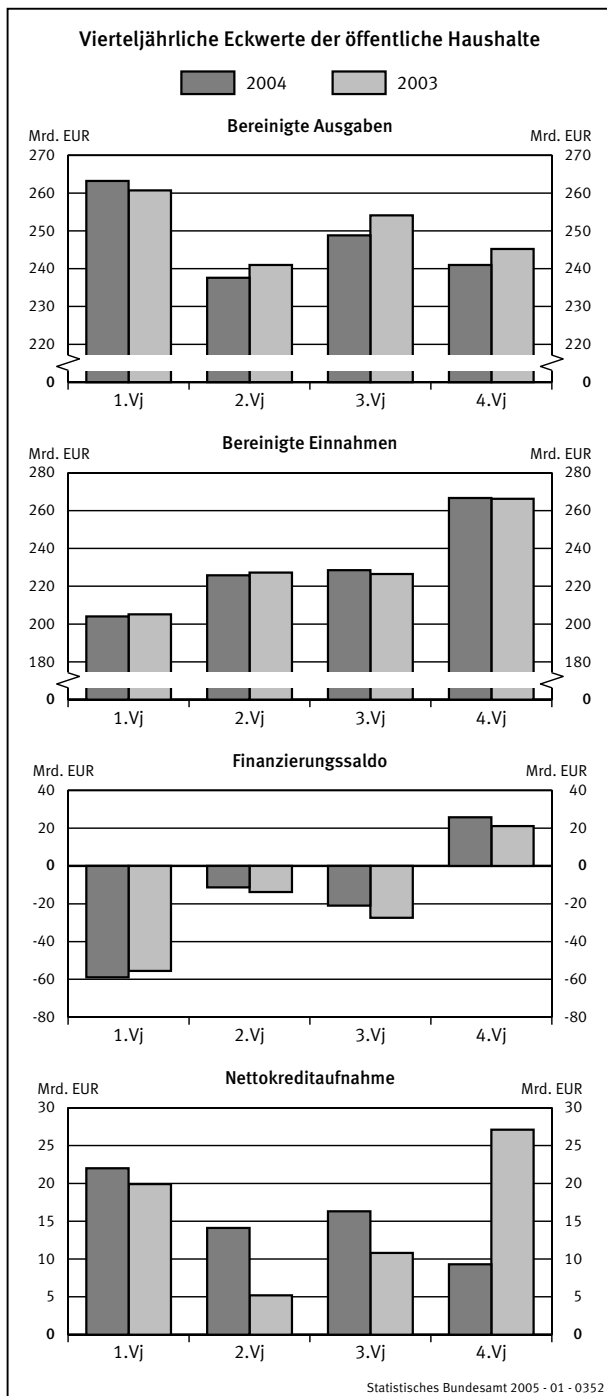
Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte lagen nur im ersten Quartal 2004 um knapp 1,0% über den Ausgaben des entsprechenden Vorjahresquartals. In den Folgequartalen

blieben sie darunter, sodass das Jahresergebnis der öffentlichen Ausgaben von 990,1 Mrd. Euro schließlich um 1,1% unter Vorjahresniveau blieb. Die Einnahmen der öffentlichen Haushalte erreichten im Jahr 2004 mit 924,9 Mrd. Euro fast Vorjahresniveau (–0,1%). In der Betrachtung nach Vierteljahren blieben sie in der ersten Jahreshälfte geringfügig unter den Einnahmen der jeweiligen Vorjahresquartale und lagen in der zweiten Jahreshälfte jeweils geringfügig darüber (siehe das Schaubild).

Der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte in der Abgrenzung der Finanzstatistik (einschl. des Saldos der haushaltstechnischen Verrechnungen) wies im ersten Vierteljahr 2004 – wie im Vorjahr – das größte Defizit auf (59,0 Mrd. Euro), welches sich in den beiden Folgequartalen jedoch deutlich reduzierte und jeweils unter dem Niveau des Vorjahresquartals lag. Der im vierten Quartal erzielte Finanzierungsüberschuss war mit 25,8 Mrd. Euro höher als im vierten Vierteljahr 2003 und trug dazu bei, dass sich das Finanzierungsdefizit im Jahr 2004 gegenüber dem Vorjahr um 10,4 Mrd. Euro auf 65,1 Mrd. Euro verringerte. Die Nettokreditaufnahme der öffentlichen Haushalte, der Saldo aus Schuldenaufnahme und Schuldentilgung, wies in den ersten drei Quartalen gegenüber dem Vorjahr kräftige Zuwächse auf. Durch den starken Rückgang im vierten Vierteljahr 2004 wurden die Zuwächse in den Vorquartalen überkompensiert, sodass die Nettokreditaufnahme der öffentlichen Haushalte im Jahresergebnis um 1,2 Mrd. Euro unter dem Vorjahresergebnis blieb.

Der folgende Bericht gibt einen Überblick über die Entwicklung der Finanzen der einzelnen Ebenen des öffentlichen Gesamthaushalts im Gesamtjahr 2004.





### Vorbemerkung

Die vierteljährliche Kassenstatistik zeigt, welche Einnahmen den öffentlichen Haushalten zugeflossen sind, welche Ausgaben sie damit finanzieren konnten und in welchem Umfang sie darüber hinaus auf Fremdmittel (Verschuldung am Kreditmarkt) oder Rücklagen zur Deckung des Finanzierungssaldos zurückgreifen mussten. Der Finanzierungssaldo in der Abgrenzung der Finanzstatistik entspricht damit im Wesentlichen dem Kassendefizit (oder -überschuss) der öffentlichen Haushalte. Er ist aufgrund methodischer Unterschiede nicht identisch mit dem Finanzierungssaldo des Staates in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

(Staatsdefizit). Die Belastung der öffentlichen Haushalte künftiger Jahre aus aufgenommenen Fremdmitteln ergibt sich aus dem Nachweis des Schuldenstandes in der Kassenstatistik.

Die Kassenstatistik erfasst bei den öffentlichen Haushalten vierteljährlich für das abgelaufene Quartal die Ist-Ausgaben und Ist-Einnahmen in der Gliederung nach Ausgabe- und Einnahmearten, die Bauausgaben nach Aufgabenbereichen und den Schuldenstand am Ende eines jeden Vierteljahres nach den Hauptschuldarten. Die Kassenstatistik gibt damit regelmäßig ein sehr aktuelles und umfassendes Bild des öffentlichen Gesamthaushalts.

Zu den öffentlichen Haushalten gehören der Bund, die deutschen Finanzanteile an der Europäischen Union (EU), die Bundessondervermögen (Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche Einheit“, Bundeseseisenbahnvermögen, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Versorgungsrücklage und Fonds „Aufbauhilfe“), die Länder einschließlich der Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg, die Gemeinden und Gemeindeverbände (ohne kommunale Zweckverbände), die Träger der gesetzlichen Sozialversicherung (Krankenversicherung, Pflegeversicherung, Unfallversicherung, Rentenversicherung, Altershilfe für Landwirte) und die Bundesagentur für Arbeit.

Die finanzstatistischen Daten werden nach den Haushaltssystematiken von Bund und Ländern sowie der Gemeinden/Gv. erfasst. Die Haushaltssystematik des Bundes und der Länder wurde Ende der 1990er-Jahre überarbeitet.

### Öffentlicher Gesamthaushalt

Die *Ausgaben* der öffentlichen Haushalte gingen im Jahr 2004 im Vergleich zum Vorjahr um 1,1% auf 990,1 Mrd. Euro zurück (siehe Tabelle 1). Ursächlich hierfür waren deutlich niedrigere Ausgaben für Sachinvestitionen (-5,2% auf 34,3 Mrd. Euro), für Darlehensgewährungen (-2,7% auf 7,4 Mrd. Euro) sowie niedrigere laufende Sachausgaben (-1,7% auf 217,2 Mrd. Euro), Personalausgaben (-0,4% auf 184,6 Mrd. Euro) und Zinsausgaben (-1,3% auf 65,2 Mrd. Euro). Allein die Ausgaben für Sozialleistungen (+0,5% auf 367,2 Mrd. Euro) waren etwas höher als 2003.

Die *Einnahmen* der öffentlichen Haushalte blieben im Jahr 2004 mit 924,9 Mrd. Euro fast auf Vorjahresniveau (-0,1%). Im Einzelnen entwickelten sie sich unterschiedlich: Während der Bund (-3,2%) und die Bundessondervermögen einschließlich der EU-Anteile (-24,1%) gegenüber dem Vorjahr weniger einnahmen, verzeichneten Länder (+1,7%), Kommunen (+2,8%) und die Sozialversicherung (+0,4%) Mehreinnahmen. Der Grund für die divergierende Einnahmentwicklung lag vor allem in den Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben – der wichtigsten Einnahmequelle der Gebietskörperschaften. Die Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben waren beim Bund rückläufig (-2,3% auf 209,0 Mrd. Euro), nahmen jedoch bei den Ländern (+1,7% auf 164,5 Mrd. Euro) und Gemeinden (+9,4% auf 51,2 Mrd. Euro) zu. Auf der kommunalen Ebene fiel der Anstieg der Gewerbesteuererinnahmen nach Abzug

der an Bund und Länder abzuführenden Gewerbesteuerumlage deutlich höher aus (+ 35,7% auf 20,6 Mrd. Euro), wobei sich hier die Absenkung der Umlage besonders auswirkte. Bei der gesetzlichen Sozialversicherung stiegen die Beitrags-einnahmen, die finanzstatistisch zu den steuerähnlichen Abgaben rechnen, im Berichtszeitraum geringfügig um 0,2% auf 374,2 Mrd. Euro.

Tabelle 1: Ausgaben, Einnahmen und Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts

Ausgaben/Einnahmen	2004	2003	Verände- rung
	Mill. EUR		%
Bereinigte Ausgaben .....	990 104	1 001 066	-1,1
darunter:			
Personalausgaben .....	184 638	185 297	-0,4
Laufender Sachaufwand .....	217 176	220 954	-1,7
Zinsausgaben .....	65 170	66 032	-1,3
Laufende Zuweisungen an öffentlichen Bereich <sup>1)</sup> .....	232 137	234 599	-1,0
Soziale u. ä. Leistungen .....	367 152	365 456	+0,5
Baumaßnahmen .....	25 772	27 321	-5,7
Erwerb von Sachvermögen .....	8 479	8 826	-3,9
Darlehensgewährungen .....	7 395	7 597	-2,7
Bereinigte Einnahmen .....	924 871	925 354	-0,1
darunter:			
Steuern und steuerähnliche Abgaben .....	818 004	816 326	+0,2
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit .....	14 195	19 758	-28,2
Laufende Zuweisungen vom öffentlichen Bereich <sup>1)</sup> .....	225 531	232 994	-3,2
Gebühren u. ä. Entgelte .....	23 351	23 685	-1,4
Veräußerung von Beteiligungen ..	13 328	7 988	+66,9
Finanzierungssaldo <sup>2)</sup> .....	-65 127	-75 552	X
Nettokreditaufnahme .....	61 712	62 907	X
Schuldenaufnahme .....	284 481	288 342	-1,3
Schuldentilgung .....	222 769	225 435	-1,2
Stand der Schulden am 31. Dezember			
Kreditmarktschulden .....	1 387 631	1 318 403	+5,3
Kassenverstärkungskredite <sup>3)</sup> ....	34 947	32 342	+8,1

1) Einschl. Schuldendiensthilfen. – 2) Einschl. Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen. – 3) Zur Überbrückung vorübergehender Liquiditätsengpässe.

Als Differenz zwischen den Einnahmen und Ausgaben errechnet sich in finanzstatistischer Abgrenzung für das Jahr 2004 ein *Finanzierungsdefizit* (einschl. interner Verrechnungen) in Höhe von 65,1 Mrd. Euro, das um 10,4 Mrd. Euro unter dem vergleichbaren Vorjahresergebnis von 75,6 Mrd. Euro lag.

Das Finanzierungsdefizit des Bundes erhöhte sich im Berichtszeitraum um 0,6 auf 39,8 Mrd. Euro. Die Sondervermögen des Bundes wiesen 2004 einen Finanzierungsüberschuss von 1,7 Mrd. Euro auf (Vorjahr: 9,9 Mrd. Euro). Dagegen verringerten die Länder ihr Finanzierungsdefizit binnen Jahresfrist um 6,4 auf 25,2 Mrd. Euro und die Gemeinden/Gv. um 4,7 auf 3,8 Mrd. Euro. Die Sozialversicherung erzielte 2004 einen Finanzierungsüberschuss von 2,1 Mrd. Euro – im Vorjahr wies sie noch ein Finanzierungsdefizit von 6,0 Mrd. Euro aus. Der Grund für die positive Entwicklung lag in einem Überschuss der gesetzlichen Krankenversicherung von 4,0 Mrd. Euro und einem durch Sondereinnahmen aus Beteiligungsveräußerung bedingten Rückgang des Defizits bei der gesetzlichen Rentenversicherung auf 1,4 Mrd. Euro.

Finanziert wurde das Defizit der öffentlichen Haushalte durch eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 61,7 Mrd. Euro, durch Entnahmen aus Rücklagen sowie durch kurzfristige Kassenverstärkungskredite zur Überbrückung vorübergehender Liquiditätsengpässe.

Die *Schulden* der öffentlichen Haushalte erreichten zum Jahresende 2004 einen Stand von 1 387,6 Mrd. Euro. Sie erhöhten sich damit gegenüber dem Vorjahr um 5,3%. Während sich die Kreditmarktschulden bei den Gemeinden/Gv. lediglich geringfügig um 0,3% auf 84,4 Mrd. Euro erhöhten, stiegen sie beim Bund um 5,6% auf 803,0 Mrd. Euro und bei den Ländern um 6,8% auf 443,0 Mrd. Euro.

Neben diesen Schulden hatten die öffentlichen Haushalte am Jahresende 2004 noch 34,9 Mrd. Euro kurzfristige Verbindlichkeiten, die zur Deckung vorübergehender Liquiditätsengpässe aufgenommen worden waren (Kassenverstärkungskredite).

## Bund

Die *Ausgaben* des Bundes beliefen sich im Jahr 2004 auf 273,6 Mrd. Euro (siehe Tabelle 2) und nahmen damit gegenüber dem Vorjahr um 2,5% bzw. 7,1 Mrd. Euro ab. Zurückzuführen ist diese Veränderung hauptsächlich auf Rückgänge bei den Hauptausgabepositionen Personal- und Sachausgaben sowie laufende Zuweisungen. Mit 26,8 Mrd. Euro lagen die Personalausgaben um 1,8% unter dem Vorjahreswert. Neben dem weiterhin durchgeführten Personalabbau im öffentlichen Dienst war das Ende 2003 verabschiedete Bundessonderzahlungsgesetz dafür verantwortlich. Danach wurden Urlaubs- und Weihnachtsgeld der Beamtinnen und Beamten und Versorgungsempfänger/-innen zu einer jährlichen Sonderzahlung zusammengefasst, die jedoch deutlich unter dem Niveau der bisher getrennt gezahlten Urlaubs- und Weihnachtsgelder lag.

Die Sachausgaben beliefen sich 2004 auf 16,9 Mrd. Euro. Sie wiesen denselben prozentualen Rückgang wie die Personalausgaben auf.

Mit 126,8 Mrd. Euro lagen die laufenden Zuweisungen (einschließlich Schuldendiensthilfen) an andere öffentliche Haushalte um 3,5 Mrd. Euro (-2,7%) unter dem Vorjahresniveau, insbesondere, weil der Bund 2004 dem Erblastentilgungsfonds, der die wesentlichen Elemente der finanziellen Erblasten der ehemaligen DDR zusammenfasst, keine Mittel zur Verfügung stellen konnte. Ursächlich dafür war, dass aufgrund wechselkursbedingter Wertberichtigungen der Devisenbestände und niedriger Erlöse aus Finanzanlagen die Gewinnausschüttung der Deutschen Bundesbank im Jahr 2004 nur rund 0,25 Mrd. Euro (2003: 5,4 Mrd. Euro) betrug und daher nicht ausreichend Mittel für Schuldendiensthilfen an den Erblastentilgungsfonds verfügbar waren.

Ausgabensteigerungen gegenüber 2003 verzeichneten dagegen die Aufwendungen für Sozialleistungen (+7,3% auf 25,4 Mrd. Euro), begründet durch die weiterhin ungünstige Lage auf dem Arbeitsmarkt, und die Baumaßnahmen (+3,2% auf 5,5 Mrd. Euro). Die Darlehensgewährung führte der Bund um 10,6% auf 2,4 Mrd. Euro zurück.

Tabelle 2: Ausgaben, Einnahmen und Schulden der staatlichen Haushalte

Ausgaben/Einnahmen	Bund			Sondervermögen des Bundes <sup>1)</sup> und EU-Anteile			Sozialversicherung			Länder		
	2004	2003	Veränderung	2004	2003	Veränderung	2004	2003	Veränderung	2004	2003	Veränderung
	Mill. EUR		%	Mill. EUR		%	Mill. EUR		%	Mill. EUR		%
Bereinigte Ausgaben .....	273 562	280 706	-2,5	34 849	38 196	-8,8	466 134	472 473	-1,3	255 941	258 592	-1,0
darunter:												
Personalausgaben .....	26 758	27 235	-1,8	7 245	7 584	-4,5	12 843	12 936	-0,7	97 332	97 069	+0,3
Laufender Sachaufwand .....	16 878	17 192	-1,8	57	49	+16,3	149 228	152 771	-2,3	21 882	21 811	+0,3
Zinsausgaben .....	36 274	36 875	-1,6	2 873	3 106	-7,5	403	338	+19,2	20 831	20 611	+1,1
Laufende Zuweisungen an öffentlichen Bereich <sup>2)</sup> .....	126 843	130 360	-2,7	947	1 568	-39,6	15 124	14 530	+4,1	51 687	51 063	+1,2
Soziale u. ä. Leistungen .....	25 396	23 667	+7,3	77	89	-13,5	298 462	300 108	-0,5	11 288	11 078	+1,9
Baumaßnahmen .....	5 466	5 298	+3,2	15	79	-81,0	241	215	+12,1	4 653	4 891	-4,9
Erwerb von Sachvermögen .....	1 425	1 398	+1,9	1	2	-50,0	667	686	-2,8	2 076	2 167	-4,2
Darlehensgewährungen .....	2 383	2 665	-10,6	2 480	2 626	-5,6	79	69	+14,5	1 905	1 781	+7,0
Bereinigte Einnahmen .....	233 802	241 532	-3,2	36 520	48 114	-24,1	467 964	466 206	+0,4	230 779	226 962	+1,7
darunter:												
Steuern und steuerähnliche Abgaben .....	208 972	213 948	-2,3	19 183	20 516	-6,5	374 191	373 365	+0,2	164 482	161 740	+1,7
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit .....	1 013	6 117	-83,4	27	28	-3,6	41	22	+86,4	4 522	4 309	+4,9
Laufende Zuweisungen vom öffentlichen Bereich <sup>2)</sup> .....	3 246	2 942	+10,3	8 022	16 514	-51,4	102 238	102 892	-0,6	39 931	40 051	-0,3
Gebühren u. ä. Entgelte .....	1 786	2 260	-21,0	-	-	-	39	63	-38,1	5 422	5 145	+5,4
Veräußerung von Beteiligungen ..	8 636	5 159	+67,4	-	-	-	2 123	-	+100,0	1 156	1 085	+6,5
Finanzierungssaldo <sup>3)</sup> .....	-39 800	-39 231	X	1 671	9 917	X	2 057	-6 029	X	-25 220	-31 669	X
Nettokreditaufnahme .....	39 542	38 648	X	-1 508	-480	X	-	-	-	22 822	23 445	X
Schuldenaufnahme .....	199 582	192 328	+3,8	227	13 358	-98,3	-	-	-	75 882	71 818	+5,7
Schuldentilgung .....	160 040	153 680	+4,1	1 735	13 838	-87,5	-	-	-	53 060	48 373	+9,7
Stand der Schulden am 31. Dezember												
Kreditmarktschulden .....	802 997	760 453	+5,6	57 253	58 829	-2,7	-	-	-	442 973	414 950	+6,8
Kassenverstärkungskredite <sup>4)</sup> .....	9 088	7 244	+25,5	-	124	-100,0	-	-	-	5 700	8 714	-34,6

1) Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche Einheit“, Bundeseseisenbahnvermögen, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, „Versorgungsrücklage des Bundes“, Fonds „Aufbauhilfe“. – 2) Einschl. Schuldendiensthilfen. – 3) Einschl. Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen. – 4) Zur Überbrückung vorübergehender Liquiditätspässe.

Die *Einnahmen* des Bundes betragen 2004 233,8 Mrd. Euro (siehe Tabelle 2). Gegenüber den Einnahmen im Jahr 2003 entspricht das einem prozentualen Rückgang um 3,2%.

Ursächlich für diese Entwicklung waren im Wesentlichen die mit 209,0 Mrd. Euro um 2,3% gegenüber dem Vorjahr geringeren Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben. Zurückzuführen ist diese Einbuße auf die zu Beginn des Jahres 2004 in Kraft getretene Senkung des Einkommensteuertarifs<sup>1)</sup>, die in erster Linie zu Einnahmenminderungen bei der Lohnsteuer (-6,8% auf 52,7 Mrd. Euro), aber auch beim Solidaritätszuschlag (-1,7% auf 10,1 Mrd. Euro) führte, sowie die weiterhin anhaltende schwierige Arbeitsmarktlage.

Maßgeblich für die Abnahme war darüber hinaus, dass die Einnahmen der beiden aufkommensstärksten reinen Bundessteuern, der Tabaksteuer und der Mineralölsteuer auf Kraftstoffe, um je 3,3% auf 13,6 bzw. 41,8 Mrd. Euro zurückgingen. Ursächlich dafür waren Konsumeinschränkungen, hervorgerufen durch die Erhöhung der Tabaksteuer<sup>2)</sup> und den starken Anstieg des Rohölpreises. Insgesamt sanken die Einnahmen aus den Bundessteuern gegenüber 2003 um 2,4% auf 84,6 Mrd. Euro.

Kräftig gesunken gegenüber dem Vorjahr sind die Einnahmen des Bundes aus der Gewerbesteuerumlage, und zwar um 36,6% auf 1,5 Mrd. Euro. Grund dafür war, dass im Zuge der Verhandlungen zur Gemeindefinanzreform 2003, die die Finanzausstattung der Kommunen verbessern sollte, eine Senkung der von den Kommunen an Bund und Länder abzuführenden Umlage aus dem Gewerbesteueraufkommen beschlossen wurde.<sup>3)</sup>

Noch stärker nahmen die Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit ab (-83,4% auf 1,0 Mrd. Euro), weil der Bundesbankgewinn, wie bereits erwähnt, um 5,15 Mrd. Euro auf 0,25 Mrd. Euro zurückging.

Die negative Einnahmensituation des Bundes wurde 2004 zusätzlich dadurch verschärft, dass eingeplante Gebühreneinnahmen aus der Lkw-Maut in Höhe von 2,8 Mrd. Euro aufgrund technischer Probleme des Systems ausblieben.

Die insgesamt gegenüber 2003 schlechtere Einnahmensituation konnte mit dem Verkauf von so genannten Russlandforderungen am Kapitalmarkt abgemildert werden. Hintergrund dieser heutigen Forderungen (rund 14 Mrd. Euro) sind vom Bund vergebene Garantien an deutsche

1) Im Zuge der Einkommensteuerreform wurden der tarifliche Spitzensteuersatz von 48,5 auf 45% und der Eingangssteuersatz von 19,9 auf 16% reduziert.

2) Die Tabaksteuer wurde in zwei Schritten, zum 1. März 2004 und zum 1. Dezember 2004, um je 1,2 Cent je Zigarette erhöht.

3) Siehe Gesetz zur Änderung des Gewerbesteuergesetzes und anderer Gesetze vom 23. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2922).

Exporteure für ihre Ausfuhren in die Russische Föderation. Aufgrund von Zahlungsschwierigkeiten der Russischen Föderation bei der Begleichung der Importverbindlichkeiten wurde im „Pariser Club“<sup>4)</sup> eine Umschuldung vereinbart. Die Folge war, dass die Forderungen der deutschen Exporteure auf den Bund übergingen. Mitte 2004 verkaufte der Bund einen Teil davon in Form so genannter „Credit Linked Notes“ am Kapitalmarkt mit dem Ziel, sein Risiko für den Ausfall der Forderungen an den Markt weiterzugeben. Diese Transaktion erbrachte einen sofortigen Erlös in Höhe von 4,6 Mrd. Euro, der finanzstatistisch unter „Erlöse aus der Veräußerung von Beteiligungen und sonstigem Kapitalvermögen“ (Gruppe 133) nachgewiesen wird.

Für das Jahr 2004 ergibt sich somit aus der Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben (einschl. interner Verrechnungen) finanzstatistisch ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 39,8 Mrd. Euro, 0,6 Mrd. Euro mehr als im Vorjahr. Zu seiner Deckung wurden in erster Linie Kredite aufgenommen. Die Schulden des Bundes lagen Ende 2004 mit 803,0 Mrd. Euro um 5,6% bzw. 42,5 Mrd. Euro über denen des Vorjahres.

### Sondervermögen des Bundes

Die *Ausgaben* der Sondervermögen des Bundes und der EU-Anteile reduzierten sich 2004 gegenüber 2003 um 8,8% auf 34,9 Mrd. Euro (siehe Tabelle 2), wobei die Ausgaben der EU-Anteile um 6,7% auf 19,0 Mrd. Euro und die der Sondervermögen um 11,1% auf 15,9 Mrd. Euro zurückgingen.

Innerhalb der Sondervermögen, von denen es auf Bundesebene insgesamt acht gibt (siehe Vorbemerkung), sind unterschiedliche Tendenzen auf der Ausgabenseite sichtbar. So steigerte der Erblastentilgungsfonds seine Ausgaben gegenüber 2003 um 55,0% auf 0,7 Mrd. Euro, die Ausgaben des Fonds „Aufbauhilfe“, der zur Beseitigung der Schäden infolge des Hochwassers im August 2002 auf Grundlage des Entwurfs des Flutopfersolidaritätsgesetzes mit einem Ausgabevolumen von 7,1 Mrd. Euro eingerichtet wurde, sanken dagegen um 56,0% auf 1,3 Mrd. Euro.

Die *Einnahmen* der Sondervermögen des Bundes (einschl. EU-Anteilen) nahmen gegenüber dem Vorjahr um 24,1% ab und lagen damit bei 36,5 Mrd. Euro.

Der Einnahmerückgang ist unter anderem dadurch zu erklären, dass allein die Einnahmen des Erblastentilgungsfonds 2004 einen Rückgang um 66,1% von 2,5 Mrd. Euro (2003) auf 0,9 Mrd. Euro (2004) aufwiesen. Ursächlich dafür war die bereits angesprochene geringe Gewinnausschüttung der Deutschen Bundesbank und daraus resultierend die ausbleibenden Zuweisungen an den Erblastentilgungsfonds. Hinzu kommt, dass die Mittelzuweisungen der Länder an den Sonderfonds „Aufbauhilfe“ mit dem Jahr 2003 endeten, sodass dieser Fonds im Jahr 2004 nahezu keine Einnahmen mehr hatte (-99,9%).

Während die Sondervermögen im Berichtsjahr 2003 noch einen Überschuss von 9,9 Mrd. Euro aufwiesen, schlossen sie 2004 mit einem *Finanzierungsüberschuss* von nur noch 1,7 Mrd. Euro ab. Für das Jahr 2004 beliefen sich die *Schulden* der Sondervermögen des Bundes auf 57,3 Mrd. Euro, was einem Rückgang gegenüber 2003 um 1,6 Mrd. Euro bzw. 2,7% entspricht.

### Sozialversicherung

Für das Berichtsjahr 2004 summierten sich die *Ausgaben* der gesetzlichen Sozialversicherung auf 466,1 Mrd. Euro (siehe Tabelle 2) und lagen damit um 1,3% unter denen des Vorjahres. Bei den *Einnahmen* konnte ein Zuwachs um 0,4% auf 468,0 Mrd. Euro verzeichnet werden. Dadurch ergab sich für 2004 ein *Finanzierungsüberschuss* (einschl. interner Verrechnungen) in Höhe von 2,1 Mrd. Euro, nachdem die Sozialversicherung 2003 noch mit einem Defizit in Höhe von 6,0 Mrd. Euro abgeschlossen hatte.

In den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung zeigte sich dabei folgendes Bild: Mit einem Wert von 232,2 Mrd. Euro verausgabte die gesetzliche *Rentenversicherung* der Arbeiter und Angestellten im Berichtszeitraum 0,6% mehr als im Vorjahr, in dem der Anstieg der Ausgaben noch 2,5% betragen hatte. Der geringere Zuwachs der Ausgaben ist trotz einer Steigerung des Rentenbestandes um 1,2% unter anderem mit den ausgesetzten turnusmäßigen Rentenanpassungen zum 1. Juli 2004 zu erklären. Hinzu kam, dass der hälftige Anteil der gesetzlichen Rentenversicherung am Pflegeversicherungsbeitrag der Rentner zum 1. April 2004 entfallen ist.

Die Einnahmen der Rentenversicherung erhöhten sich im Jahr 2004 gegenüber 2003 um 1,0% auf 230,7 Mrd. Euro. Ursächlich dafür war der von der Rentenversicherung der Angestellten erzielte Erlös aus der Veräußerung der Beteiligungen an der Gemeinnützigen Aktiengesellschaft für Angestellten-Heimstätten (GAGFAH) in Höhe von 2,1 Mrd. Euro. Der zusätzliche Bundeszuschuss (finanziert durch Einnahmen aus der Ökosteuer), der 2003 noch eine Steigerung um 19,3% aufwies, blieb in diesem Jahr relativ konstant (-0,1% auf 17,3 Mrd. Euro). Aus der Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben ergibt sich bei der gesetzlichen Rentenversicherung für das Berichtsjahr ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 1,4 Mrd. Euro. Das entspricht einer Senkung des Defizits um 45,1%.

Die gesetzliche *Krankenversicherung* konnte ihre Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr um 3,5% auf 138,9 Mrd. Euro senken. So reduzierten sich die Ausgaben für Arznei-, Verband- und Hilfsmittel aus Apotheken um 10,8% auf einen Wert von 20,3 Mrd. Euro, insbesondere wegen der Verpflichtung der Arzneimittelhersteller, den Kassen einen Rabatt von 16% auf verschreibungspflichtige Produkte einzuräumen (diese Regelung lief jedoch Ende 2004 aus). Die Aufwendungen für die ärztliche Behandlung waren eben-

<sup>4)</sup> Der „Pariser Club“ (Mitglieder: die Länder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und andere Gläubigerstaaten) vermittelt seit 1956 zwischen den Gebländern und Staaten, die Schwierigkeiten bei der Rückzahlung von Krediten haben. Das Gremium nimmt in der Regel Umschuldungsaktionen vor, die mit strengen Auflagen versehen sind. Kombiniert werden diese meist mit wirtschaftlichen Sanierungsprogrammen, die der Internationale Währungsfonds (IWF) anordnet.

falls rückläufig (– 5,3% auf 23,0 Mrd. Euro). Die prozentual größte Ausgabenminderung mit 11,4% auf 8,2 Mrd. Euro wies die gesetzliche Krankenversicherung 2004 bei den Heil- und Hilfsmitteln aus.

Ausgabensteigerungen zeigten sich dagegen im Berichtsjahr bei den Leistungen für Krankenhausbehandlungen (+ 1,2% auf 45,9 Mrd. Euro) und Schwangerschaften (+ 8,2% auf 3,0 Mrd. Euro). Die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung werden in der Finanzstatistik als laufender Sachaufwand ausgewiesen. Die Krankengeldzahlungen (finanzstatistisch: Soziale u. ä. Leistungen) lagen 2004 bei 6,4 Mrd. Euro, was einem Rückgang um 8,8% entspricht.

Auf der Einnahmenseite der gesetzlichen Krankenversicherung wurde 2004 insgesamt ein Wert von 142,8 Mrd. Euro ausgewiesen, das sind 1,5% mehr als im Jahr zuvor. Ursächlich dafür waren die Einführung der Praxisgebühr, die höhere Zuzahlung bei Medikamenten sowie die Verdoppelung der Kassenbeiträge auf Betriebsrenten. Daraus ergibt sich für das Jahr 2004 ein Finanzierungsüberschuss von 4,0 Mrd. Euro, während im Vorjahr noch ein Defizit von 2,9 Mrd. Euro ausgewiesen wurde.

Während die Ausgaben der gesetzlichen *Pflegeversicherung* 2004 um 0,7% anstiegen (von 17,5 auf 17,6 Mrd. Euro), blieben die Einnahmen konstant (bei einem Wert von 16,9 Mrd. Euro). Daraus ergibt sich ein Defizit von 0,8 Mrd. Euro (+ 19,1%).

Die *Bundesagentur für Arbeit* wies für den Berichtszeitraum 54,5 Mrd. Euro Ausgaben und damit 4,2% weniger als im Vorjahr aus. Die Zuschüsse für die berufliche Weiterbildung sanken um 29% auf 1,4 Mrd. Euro. Ein ähnlicher prozentualer Ausgabenrückgang (um 27,6% auf 1,2 Mrd. Euro) konnte bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) beobachtet werden. Gestiegen sind dagegen die Ausgaben zur Förderung der Selbstständigkeit (+ 23,6%) sowie die Existenzgründungszuschüsse (+ 265,3%) auf 1,7 Mrd. bzw. 1,0 Mrd. Euro. Für das Arbeitslosengeld wurden 2004 mit 29,1 Mrd. Euro nur geringfügig (+ 0,1%) mehr Mittel als im Jahr zuvor verausgabt.

Die eigenen Einnahmen der Bundesagentur für Arbeit gingen um 0,6% auf 50,3 Mrd. Euro zurück. Daraus ergibt sich zwischen eigenen Ausgaben und eigenen Einnahmen eine Differenz von 4,2 Mrd. Euro (Vorjahr: 6,2 Mrd. Euro). Gemäß § 365 SGB III gleicht der Bund diese Differenz in Form eines Zuschusses aus. Die Bundesagentur für Arbeit weist daher grundsätzlich weder ein Finanzierungsdefizit noch einen Finanzierungsüberschuss aus.

## Länder

Die um die Zahlungen untereinander *bereinigten Ausgaben* der Länder reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr leicht (siehe Tabelle 2). Während 2003 Ausgaben in Höhe von 258,6 Mrd. Euro getätigt wurden, waren es 2004 255,9 Mrd. Euro (früheres Bundesgebiet einschließlich Berlin: 211,5 Mrd. Euro, neue Bundesländer: 51,7 Mrd. Euro). Das entspricht insgesamt einem Rückgang um 2,7 Mrd. Euro bzw. 1,0%.

Ursächlich hierfür war in erster Linie, dass die Länder 2004 mit 0,1 Mrd. Euro 82,4% weniger laufende Zuweisungen an die Sondervermögen leisteten als noch im Jahr 2003, insbesondere weil die Zahlungen der Länder an den Fonds „Aufbauhilfe“ ausliefen.

Die Ausgaben für das Personal wiesen 2004 nur einen geringen Anstieg von 0,3% gegenüber dem Vorjahr auf 97,3 Mrd. Euro auf. Für die Aktivbezüge ergab sich ein leichter Rückgang um 0,4% auf 79,9 Mrd. Euro. Die Versorgungsbezüge stiegen dagegen um 3,5% auf 17,4 Mrd. Euro (früheres Bundesgebiet einschließlich Berlin: + 3,4% auf 17,3 Mrd. Euro, neue Länder: + 20,3% auf 0,2 Mrd. Euro) an.

Mit 230,8 Mrd. Euro lagen die *bereinigten Einnahmen* der Länder insgesamt um 1,7% über den entsprechenden Vorjahreswerten. Während die Länder des früheren Bundesgebietes (einschließlich Berlin) einen Anstieg um 2,3% auf 190,1 Mrd. Euro aufwiesen, reduzierten sich die Einnahmen der neuen Bundesländer geringfügig um 0,1% auf 48,0 Mrd. Euro.

Zurückzuführen ist die positive Gesamtentwicklung unter anderem auf die Einnahmensteigerung im Bereich der Landessteuern um 5,7% auf 19,8 Mrd. Euro. Hier konnte beispielsweise bei der Erbschaftsteuer ein Zuwachs von 27,0% verzeichnet werden. Das entspricht einem Plus von 0,9 auf 4,3 Mrd. Euro im Vergleich zu 2003. Ebenso stiegen die den Ländern zustehenden Einnahmen aus der Kfz-Steuer (+ 5,5% auf 7,7 Mrd. Euro).

Die gegenüber dem Jahr 2003 günstigere Situation der Einnahmen wurde darüber hinaus aufgrund eines Beschlusses der EU-Kommission im Oktober 2004 herbeigeführt. Danach haben einige Landesbanken Beihilferückzahlungen an die Länder in Höhe von insgesamt 4,3 Mrd. Euro zu leisten, wovon ein Teil bereits im Jahr 2004 gezahlt wurde. Mit diesen Rückzahlungen sollen die Wettbewerbsvorteile ausgeglichen werden, die dadurch entstanden, dass den Landesbanken übertragene Landesvermögen zu gering verzinst wurden.

Rückläufig waren dagegen vor allem wegen der Absenkung des Einkommensteuertarifs die Einnahmen aus der Lohnsteuer (– 7,0% auf 52,6 Mrd. Euro), sowie die Einnahmen aus der Gewerbesteuerumlage (– 13,0% auf 4,3 Mrd. Euro). Da der Gewerbesteuerumlagesatz gesenkt wurde, mussten die Kommunen weniger Gewerbesteuer an die Länder (und den Bund) abführen.

Aus der Differenz zwischen den Einnahmen und den Ausgaben (einschl. interner Verrechnungen) errechnet sich ein *Finanzierungsdefizit* in Höhe von 25,2 Mrd. Euro. Verglichen mit 2003 konnte das Defizit um 6,4 Mrd. Euro verringert werden.

Der *Schuldenstand* der Länder insgesamt belief sich im Berichtsjahr auf 443,0 Mrd. Euro. Gegenüber 2003 entspricht das einer Zunahme von 6,8%. Bei den Flächenländern hatten die alten Bundesländer einen Anstieg um 6,5% (von 269,4 Mrd. Euro im Jahr 2003 auf 286,9 Mrd. Euro im Jahr 2004) zu verzeichnen. Der Zuwachs in den Flächenländern der neuen Bundesländer fiel prozentual geringer aus und lag bei 5,7% (von 66,8 auf 70,6 Mrd. Euro). Die größte

Steigerung wiesen im Berichtsjahr mit 8,7% die Schulden der Stadtstaaten aus, deren Schuldenstand sich somit 2004 auf 85,5 Mrd. Euro summierte.

### Kommunale Haushalte

Die *Ausgaben* der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv.) betragen im Jahr 2004 in Deutschland insgesamt 149,2 Mrd. Euro (siehe Tabelle 3) und lagen damit um 0,5% unter dem Vorjahresniveau.

Tabelle 3: Ausgaben, Einnahmen und Schulden der kommunalen Haushalte

Ausgaben/Einnahmen	2004	2003	Veränderung
	Mill. EUR		%
Bereinigte Ausgaben .....	149154	149905	-0,5
darunter:			
Personalausgaben .....	40460	40474	-0,0
Laufender Sachaufwand .....	29130	29130	+0,0
Zinsausgaben .....	4789	5103	-6,2
Laufende Zuweisungen an öffentlichen Bereich <sup>1)</sup> .....	37536	37080	+1,2
Soziale u. ä. Leistungen .....	31928	30514	+4,6
Baumaßnahmen .....	15396	16838	-8,6
Erwerb von Sachvermögen .....	4310	4574	-5,8
Darlehensgewährungen .....	548	457	+19,9
Bereinigte Einnahmen .....	145339	141349	+2,8
darunter:			
Steuern und steuerähnliche Abgaben .....	51176	46757	+9,4
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit .....	8592	9281	-7,4
Laufende Zuweisungen vom öffentlichen Bereich <sup>1)</sup> .....	72094	70595	+2,1
Gebühren u. ä. Entgelte .....	16104	16218	-0,7
Veräußerung von Beteiligungen ..	1413	1744	-19,0
Finanzierungssaldo <sup>2)</sup> .....	-3839	-8540	X
Nettokreditaufnahme .....	856	1294	X
Schuldenaufnahme .....	8790	10838	-18,9
Schuldentilgung .....	7934	9544	-16,9
Stand der Schulden am 31. Dezember			
Kreditmarktschulden .....	84408	84170	+0,3
Kassenverstärkungskredite <sup>3)</sup> ....	20159	16260	+24,0

1) Einschl. Schuldendiensthilfen. – 2) Einschl. Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen. – 3) Zur Überbrückung vorübergehender Liquiditätsengpässe.

Aufgrund spürbarer Zuwächse beim Sozialhilfe- und Jugendhilfeaufwand und einer kräftigen Zunahme bei den Grundsicherungsleistungen stiegen die kommunalen Ausgaben für soziale Leistungen um 4,6% auf 31,9 Mrd. Euro. Dagegen überstiegen sowohl die Personalausgaben mit 40,5 Mrd. Euro als auch die laufenden Sachaufwendungen der Gemeinden in Höhe von 29,1 Mrd. Euro nicht das Niveau des Jahres 2003. Deutlich rückläufig entwickelten sich die kommunalen Zinsausgaben; sie gingen um 6,2% auf 4,8 Mrd. Euro zurück. Noch stärker reduzierten sich erneut die für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung sehr bedeutsamen Sachinvestitionen (-8,0% auf 19,7 Mrd. Euro). Dabei gingen die kommunalen Baumaßnahmen mit -8,6% auf 15,4 Mrd. Euro sogar noch etwas stärker zurück. Der Rückgang fiel sowohl bei den gesamten Sachinvestitionen (-8,2 gegenüber -7,1%) als auch bei den Bauausgaben (-9,2 gegenüber -6,7%) im Westen Deutschlands etwas deutlicher als im Osten aus.

Die kommunalen *Einnahmen* stiegen im Berichtszeitraum um 2,8% auf 145,3 Mrd. Euro (siehe Tabelle 3). Dies lag insbesondere am kräftigen Zuwachs der Steuereinnahmen der Gemeinden um 9,4% auf 51,2 Mrd. Euro. Im Vorjahresvergleich wiesen die Gemeinden des früheren Bundesgebietes ein Steuerwachstum von 9,3% auf, die Kommunen der neuen Länder verzeichneten sogar eine Steigerung um 11,3%. Zum Zuwachs der kommunalen Steuereinnahmen insgesamt trug besonders die Gewerbesteuer bei, deren Aufkommen sich – nach Abzug der Gewerbesteuerumlage – um 35,7% auf 20,6 Mrd. Euro erhöhte. Ursächlich hierfür war die bereits erwähnte Reduzierung des Anteils am Gewerbesteueraufkommen, den die Kommunen an Bund und Länder abzuführen haben (= Gewerbesteuerumlage). Die Grundsteuereinnahmen der Gemeinden legten um 2,8% auf 8,8 Mrd. Euro zu. Geringer als im Vorjahr fielen dagegen die Einnahmen aus dem kommunalen Anteil an der Einkommensteuer mit -6,3% auf 18,6 Mrd. Euro aus.

Die von den Ländern im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs gezahlten Schlüsselzuweisungen lagen um 3,0% höher als im Jahr 2003 und beliefen sich auf 22,1 Mrd. Euro. Auch die investiven Zuweisungen der Länder für ihre Gemeinden fielen mit 7,7 Mrd. Euro noch geringfügig höher aus als im Vorjahr (+0,2%).

Deutlich niedriger als im Vorjahr lagen die kommunalen Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit (-7,4% auf 8,6 Mrd. Euro), ebenso die Veräußerungserlöse aus Beteiligungen (-19,0% auf 1,4 Mrd. Euro). Die kommunalen Gebühreneinnahmen lagen mit 16,1 Mrd. Euro um 0,7% unter dem Betrag des Vorjahres.

Aus der Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen errechnet sich für 2004 ein kommunales *Finanzierungsdefizit* in Höhe von 3,8 Mrd. Euro. Im Vorjahr hatte sich noch ein Fehlbetrag von 8,5 Mrd. Euro ergeben.

Zum Ausgleich des Defizits nahmen die Gemeinden und Gemeindeverbände 0,9 Mrd. Euro an neuen Krediten (nach Abzug der Schuldentilgungen) auf. Darüber hinaus entnahmen sie benötigte Mittel ihren Rücklagen oder beanspruchten kurzfristige Kassenkredite. Der Stand der Schulden, den die Kommunen zur Finanzierung ihrer Haushalte aufgenommen haben, erhöhte sich zum Jahresende 2004 leicht auf 84,4 Mrd. Euro. Kurzfristige Verbindlichkeiten aus Kassenkrediten hatten die Gemeinden/Gemeindeverbände am 31. Dezember 2004 in Höhe von 20,2 Mrd. Euro.

Der Strukturvergleich zwischen den Gemeinden/Gv. der alten und der neuen Bundesländer weist sowohl für die Ausgaben als auch für die Einnahmen noch immer deutliche Unterschiede aus. Nach wie vor liegt der Anteil der öffentlichen Zuweisungen bei den ostdeutschen Kommunen mit 73,6% der gesamten Einnahmen erheblich über dem Vergleichswert der Gemeinden in den westdeutschen Ländern (51,8%). Umgekehrt stand bei den Steuereinnahmen einem Anteil von 38,7% in den westdeutschen Gemeinden lediglich ein Anteil von 18,3% im Osten Deutschlands gegenüber. Auf der Ausgabenseite ergab sich der größte Unterschied bei den Bauinvestitionen, die im Osten mit 15,8% einen deutlich höheren Anteil als im Westen (9,2%) aufwiesen. [lu](#)

Dipl.- Mathematikerin Carola Kühnen

# Die Umgestaltung der Laufenden Wirtschaftsrechnungen ab dem Jahr 2005

*Das System der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte besteht aus zwei Erhebungen, mit denen Informationen über Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte gewonnen werden. Das sind die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), die alle fünf Jahre durchgeführt wird, und die jährliche Erhebung zu den Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR). Mit dem Berichtsjahr 1999 wurden die LWR auf eine neue Grundlage gestellt mit dem Ziel, die beiden Erhebungen methodisch und erhebungstechnisch weitestgehend miteinander zu verzahnen. Die Ergebnisse zeigten, dass auch die neuen LWR noch weiterer methodischer Verbesserungen bedürfen, um laufend qualitativ hochwertige Daten bereitstellen zu können. Mit der Umgestaltung der LWR 2005 werden die Harmonisierung der LWR mit der EVS weiter vorangetrieben sowie die Datenqualität der LWR gesteigert.*

*Darüber hinaus soll der Datenbedarf der amtlichen Preisstatistik hinsichtlich detaillierter Verbrauchsangaben besser abgedeckt werden. Bei der Umgestaltung müssen als zentrale Rahmenbedingungen die bestehenden gesetzlichen Grundlagen berücksichtigt und die Kostenneutralität gewahrt werden. Im folgenden Beitrag werden die wesentlichen methodischen Änderungen vorgestellt.*

## Vorbemerkung

Im Rahmen der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) werden private Haushalte in Deutschland jährlich zu ihren Einnahmen und Ausgaben, ihren Wohnverhältnissen und zur Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern befragt.

Die Teilnahme an der Erhebung ist für die Haushalte freiwillig. Die Daten zur Zusammensetzung der Verbrauchsausgaben eines Haushalts werden in den LWR in sehr differenzierter Form erhoben, um das relative Gewicht der einzelnen Ausgabenkategorien bestimmen zu können. Die LWR bilden damit eine wichtige Datengrundlage für die Ermittlung der Wägungsschemata von Verbraucherpreisindizes. Des Weiteren werden die LWR-Daten in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Messung der Kaufkraftparitäten genutzt. Auch außerhalb der amtlichen Statistik gibt es ein breites Spektrum von Nutzern dieser Daten; sie werden zum Beispiel von Ministerien für die Planung der Wirtschafts- und Sozialpolitik, von Forschungsinstituten für Untersuchungen zu Lebensbedingungen und von Unternehmen für Analysen des Verbrauchsverhaltens privater Haushalte verwandt.

Die Erhebungstatbestände der LWR werden auch in den Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) erfragt. Allerdings basiert die EVS auf einem sehr viel höheren Stichprobenumfang und wird nur alle fünf Jahre durchgeführt. Um die Vergleichbarkeit der Ergebnisse beider Erhebungen sowie die Repräsentativität der LWR zu erhöhen, wurden die LWR ab dem Berichtsjahr 1999 auf eine neue methodische Grundlage gestellt. Erreicht wurde dies durch eine Ausdehnung des Befragtenkreises von drei ausgewählten Haushaltstypen, die nur etwa 5% aller privaten Haushalte repräsentierten, auf alle privaten Haushalte. Haushalte von Selbstständigen und Landwirten durften nach dem Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte<sup>1)</sup> nicht befragt werden. Der Stichprobenumfang wurde

<sup>1)</sup> Vom 11. Januar 1961 (BGBl. III Gliederungs-Nr. 708-6).

von 2 000 Haushalten mit einer Anschreibedauer von einem Jahr auf 6 000 Haushalte mit einer Anschreibedauer von vier Berichtsmonaten erhöht.<sup>2)</sup> Mit der Verkürzung der Befragungsdauer wurde die Belastung der Befragten reduziert. Nach der Neukonzeption der LWR 1999 unterschieden sich die beiden Erhebungen nur noch hinsichtlich Anschreiberrhythmus<sup>3)</sup>, Anschreibetiefe<sup>4)</sup> und Erhebungsumfang<sup>5)</sup>.

Hieraus können unterschiedliche Einflüsse auf die statistischen Ergebnisse resultieren, die eine Vergleichbarkeit noch nicht hinreichend gewährleisten. Deshalb beschlossen die Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder eine weitere Umgestaltung der LWR ab dem Jahr 2005, in der vor allem der Anschreiberrhythmus, die Stichprobe und der Erhebungszeitraum der LWR mit der EVS harmonisiert werden.

## Das Konzept der LWR bis 2004

### Erhebungsablauf

Die Erhebung der LWR in ihrer bisherigen Form ist als rotierendes Quartalspanel konzipiert. Zu Beginn des Berichtsjahres (Stichtag: 1. Januar) wurden insgesamt 6 000 Haushalte schriftlich zu soziodemographischen Merkmalen der Haushaltsmitglieder, zur Wohnsituation und zur Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern befragt („Allgemeine Angaben“). In jedem Berichtsquartal führten die Haushalte einen Monat lang ein „Haushaltsbuch“, in das sie ihre Einnahmen und Ausgaben aufschrieben. Im Berichtsjahr führte also jeder Haushalt viermal einen Monat lang ein Haushaltsbuch, entweder im 1., 2. oder 3. Monat des jeweiligen Berichtsquartals. Am Ende der Erhebung standen demzufolge von 6 000 Haushalten insgesamt 24 000 „Haushaltsbücher“ und 6 000 Hefte „Allgemeine Angaben“ zur Verfügung. In den Haushaltsbüchern wurden zusätzlich Veränderungen gegenüber dem Zeitpunkt der letzten Befragung hinsichtlich soziodemographischer Merkmale der Haushaltsmitglieder, Haushaltszusammensetzung und Wohnverhältnissen erhoben. Auf diese Weise konnten die Angaben hierzu für das gesamte Erhebungsjahr fortgeschrieben werden. In den Haushaltsbüchern wurden die Einnahmen in standardisierter Form für den ganzen Monat zusammengefasst erhoben. Die Ausgaben wurden täglich in freier Form mit einer genauen Bezeichnung der Ausgabenart angeschrieben und mussten bei der Erfassung codiert werden. Als Basis für die Codierung diente die Systematik der Einnahmen und Ausgaben (SEA 98). In den Statistischen Landesämtern wurden die Daten erfasst, signiert und plausibilisiert. Für die Auswertung und Veröffentlichung der Bundesergebnisse war das Statistische Bundesamt verantwortlich.

### Stichprobenauswahl

Die LWR wurden als Quotenstichprobe realisiert, das heißt die Grundgesamtheit wurde anhand der Quotierungs-

merkmale „Bundesland“, „Haushaltstyp“ (fünf Gruppen), „Erwerbstätigkeit des Haupteinkommensbeziehers/der Haupteinkommensbezieherin“ (zwei Gruppen) und „Haushaltsnettoeinkommen“ (fünf Einkommensklassen) in Gruppen gegliedert und für jede Gruppe (Quotierungszelle) wurde die Quote der zu befragenden Haushalte vorgegeben. Die Auswahlgesamtheit umfasste alle privaten Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von weniger als 18 000 Euro, ausgenommen die Haushalte mit selbstständiger Bezugsperson, die nach der Rechtsgrundlage nicht einbezogen werden dürfen.

Der Gesamtstichprobenumfang von 6 000 Haushalten wurde zunächst auf die Gruppen, die sich aus der Kombination der Ausprägungen der Merkmale „Haushaltstyp“ und „Haushaltsnettoeinkommen“ und der regionalen Bereiche „Früheres Bundesgebiet“ und „Neue Länder und Berlin-Ost“ ergeben, verteilt. Die Aufteilung erfolgte nach dem Prinzip der vergleichbaren Präzision für gegliederte Ergebnisse (Exponent 0,3)<sup>6)</sup> mit dem Ziel, für die Stichprobenergebnisse des Aufteilungsmerkmals „Privater Verbrauch“ und korrelierter Merkmale in dieser Untergliederung nach der Höhe des privaten Verbrauchs abgestufte relative Standardfehler zu erhalten. Datenbasis für die Festlegung der Stichprobenumfänge waren die Ergebnisse des aktuell verfügbaren Mikrozensus sowie die Ergebnisse der EVS 1998. Anschließend wurden die resultierenden Stichprobenumfänge jeder Haushaltsgruppe proportional zur entsprechenden Zahl der Mikrozensushaushalte auf die beiden Kategorien des Merkmals „Erwerbstätigkeit des Haupteinkommensbeziehers/der Haupteinkommensbezieherin“ aufgeteilt. Die auf diese Weise ermittelten Stichprobenumfänge wurden im nächsten Schritt auf die einzelnen Bundesländer verteilt, und zwar so, dass die vorgegebenen Länderstichprobenumfänge eingehalten wurden und sich die Verteilung der Stichprobenhaushalte je Quotierungszelle möglichst wenig von der in der Grundgesamtheit unterschied.

Die vorgegebenen Auswahlätze der Länder waren sehr unterschiedlich; sie reichten von 0,01 bis 0,17%. Je Quotierungszelle wurden die Stichprobenumfänge gleichmäßig auf die vier Quartale verteilt.

Falls die erforderliche Zahl teilnahmebereiter Haushalte einer Quotierungszelle nicht erreicht werden konnte, waren Ersatzhaushalte aus benachbarten Quotierungszellen auszuwählen, und zwar nach folgendem Verfahren: Zunächst wurde ein Ersatzhaushalt aus der Quotierungszelle mit demselben Haushaltstyp und derselben Einkommensklasse ausgewählt. Wenn auch aus dieser Quotierungszelle kein Haushalt für die Teilnahme gewonnen werden konnte, so wurden Haushaltstyp und Erwerbstätigkeit beibehalten und die nächstniedrigere bzw. -höhere Einkommensklasse gewählt.

Die Anwerbung der Haushalte wurde von den Statistischen Landesämtern durchgeführt. Die Haushalte wurden über-

2) Die Zahl der Berichtsmonate (24 000) blieb damit unverändert. Zur Neukonzeption der LWR ab 1999 siehe Kaiser, J.: „Die Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen in neu konzipierter Form“ in WiSta 10/2000, S. 773 ff.

3) In der EVS schreiben die Haushalte ihre Einnahmen und Ausgaben in drei aufeinander folgenden Monaten, in den LWR dagegen in einem Monat je Quartal an.

4) In den LWR werden die Ausgaben in einer tieferen Gliederung erfasst.

5) In der EVS werden zusätzlich Angaben zu Grund-, Geld- und Sachvermögen erhoben.

6) Einzelheiten zur Methode siehe Krug, W./Nourney, M./Schmidt, J.: „Wirtschafts- und Sozialstatistik“, 6. Auflage, München 2001, S. 123 ff.



wiegend aus teilnehmenden Haushalten vorangegangener Erhebungen oder anderer amtlicher Statistiken rekrutiert. Falls ein Haushalt während des Erhebungsjahres ausfiel, wurde für diesen ein entsprechender Ersatzhaushalt ausgewählt. Im Falle, dass ein Haushalt nur ein Vierteljahr ausfiel („pausierte“), wurde keine Nachbesetzung durchgeführt.

### Hochrechnung

Die Daten der LWR wurden nach dem Hochrechnungsverfahren „Prinzip des minimalen Informationsverlustes“ ermittelt. Das Verfahren ermöglichte es, die Stichprobenergebnisse an die Randverteilungen mehrerer Merkmale des Mikrozensus gemeinsam anzupassen. Die Hochrechnung erfolgte in zwei Schritten: Zunächst wurde je Quotierungszelle eine freie Hochrechnung mit Mikrozensusdaten durchgeführt, das bedeutet, je Zelle wurden die Hochrechnungsfaktoren mittels des Quotienten „Zahl der im Mikrozensus nachgewiesenen Haushalte geteilt durch die Zahl der teilnehmenden LWR-Haushalte“ gebildet. Im zweiten Schritt wurden die hochgerechneten Ergebnisse an weitere Rahmendaten, die nicht zur Quotierung verwendet wurden, angepasst. Dabei wurden die im ersten Schritt ermittelten Hochrechnungsfaktoren nur so wenig wie unbedingt notwendig geändert, das heißt die Abweichungen der neuen von den im ersten Schritt ermittelten Hochrechnungsfaktoren wurden minimal gehalten.

Die Ergebnisse der Erhebungsteile „Allgemeine Angaben“ und „Haushaltsbücher“ wurden getrennt hochgerechnet, da die Rücklaufquoten dieser beiden Erhebungsteile sehr unterschiedlich waren.

### Das Konzept der LWR ab 2005

Die Erhebung der LWR wird seit Beginn dieses Jahres als Unterstichprobe aus der letzten EVS (zuletzt 2003) realisiert. Die ausgewählten Haushalte bilden bis zur nächsten EVS-Befragung die Stichprobe der LWR. Eine weitere wesentliche Änderung besteht darin, dass in den Erhebungsjahren der EVS die Merkmale der LWR aus der EVS generiert werden. Eine eigenständige LWR-Erhebung entfällt in den Jahren der EVS-Erhebung. Mit jeder neuen EVS steht eine neue Auswahlgrundlage für die LWR zur Verfügung.

Der Anschreiberhythmus der LWR (Monatsanschreibung) wird zukünftig auf den Anschreiberhythmus der EVS (Quartalsanschreibung) umgestellt. Das bedeutet, dass die Haushalte statt vier nur noch drei Monate ihre Einnahmen und Ausgaben anschreiben müssen. Dies führt zu einer Verringerung der Belastung der Befragten bei gleichzeitiger Erhöhung der Datenqualität: Durch den längeren Anschreibezitraum wird die Informationsgrundlage für Plausibilitätsprüfungen und Datenbereinigung wesentlich verbessert. Zugleich bleibt die Zahl der Berichtsmo-nate insgesamt (24 000) je Erhebungsjahr unverändert (siehe Übersicht 1).

Übersicht 1: Monatsanschreibungen der Einnahmen und Ausgaben in den Laufenden Wirtschaftsrechnungen ab 2005

Vierteljahr	Anschreibende Haushalte
Januar bis März .....	2 000
April bis Juni .....	2 000
Juli bis September .....	2 000
Oktober bis Dezember ...	2 000

Die Umgestaltung der LWR führt zu methodischen und technischen Veränderungen bei der

- Stichprobenziehung,
- Gestaltung der Erhebungsunterlagen,
- Erfassung und Plausibilisierung der Angaben,
- Feldarbeit und
- Hochrechnung.

### Umgestaltung der Stichprobenziehung

Die für die LWR anzuwerbenden Haushalte werden aus der letzten Befragung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (erstmalig: EVS 2003) ausgewählt. Die Erhebungsgesamtheit der EVS umfasste alle Privathaushalte am Ort der Hauptwohnung, deren monatliches Haushaltsnettoeinkommen weniger als 18 000 Euro betrug. Für die Bereitstellung der Auswahlgesamtheit der LWR werden Haushalte von Selbstständigen und Landwirten ausgeschlossen, da diese nach der Rechtsgrundlage nicht befragt werden dürfen. Darüber hinaus werden nur Haushalte ausgewählt, die in der EVS ein Haushaltsbuch geführt haben.<sup>7)</sup>

Die Aufteilung der Stichprobenhaushalte auf die Quotierungszellen wird bis auf die Verteilung der Stichprobenhaushalte auf die Bundesländer bei der Umgestaltung nicht geändert. Die Aufteilung auf die Länder erfolgt jetzt proportional, um damit ein besonders präzises Bundesergebnis zu erzielen.

Die Stichprobenziehung der LWR-Haushalte erfolgt in zwei Schritten. Zunächst werden die EVS-Haushalte, die zur Erhebungsgesamtheit der LWR gehören, mit Hilfe der Angaben aus dem Einführungsinterview der EVS den Quotierungszellen zugeordnet. In Abhängigkeit von der Besetzung der Quotierungszellen sowie dem zu erwartenden Rücklauf werden die Auswahlsätze für eine Vorauswahl der anzuwerbenden Haushalte festgelegt. Nach der Anwerbung und Aktualisierung der Quotierungsmerkmale werden im zweiten Schritt die Stichprobenhaushalte zufällig ausgewählt.

In der Übersicht 2 ist die Stichprobenziehung der LWR 2005 dargestellt. Die Ziehung der Substichprobe aus der EVS wird dezentral in den Statistischen Landesämtern durchgeführt. Als Basisdatenbestand für die Ziehung der LWR-Haushalte werden die für die Werbung relevanten Merkmale aus der

<sup>7)</sup> Diese Beschränkung ist notwendig, da eine gebundene Hochrechnung mit Informationen aus der EVS geplant ist. Zudem ist bei Haushalten ohne Haushaltsbuch anzunehmen, dass sie auch bei der Erhebung der LWR ein überdurchschnittliches Abbruchrisiko aufweisen werden.

### Übersicht 2: Stichprobenziehung der Laufenden Wirtschaftsrechnungen 2005

- Filterung der an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 beteiligten Haushalte, die zur Auswahlgesamtheit der Laufenden Wirtschaftsrechnungen gehören
- Festlegung der Auswahlsätze für die Vorauswahl
- Vorauswahl der anzuwerbenden Haushalte (Zufallsauswahl)
- Anwerbung der ausgewählten Haushalte
- Eingabe der Daten aus der Teilnahmeerklärung (Teilnahmebereitschaft, Quotierungsmerkmale)
- Zufallsauswahl der Stichprobenhaushalte
- Prüfung der Besetzung der Quotierungszellen
- Anwerbung von Ersatzhaushalten bei unzureichender Quotierungszellenbesetzung

Adressdatei der EVS sowie die Merkmale (Haushaltstyp, soziale Stellung, Haushaltsnettoeinkommen) zur Bildung der Quotierungszellen bereitgestellt. In das Verwaltungsprogramm der LWR werden nur die EVS-Daten importiert, die zur Auswahlgesamtheit gehören.<sup>8)</sup>

Nach dem Einlesen der EVS-Daten erfolgt eine zufällige Vorauswahl der Haushalte. Die Zahl der anzuwerbenden Haushalte wird mit der Vorgabe der Auswahlsätze je Quotierungszelle von den Statistischen Landesämtern festgelegt. Dabei sind für die Einhaltung der Quotenvorgaben der zu erwartende Rücklauf sowie Veränderungen hinsichtlich der Adressen und der Zugehörigkeit zu den Quotierungszellen zu berücksichtigen. Die nicht ausgewählten Haushalte werden als Reservehaushalte vorgehalten. Nach der Anwerbung der vorausgewählten Haushalte werden die Quotierungsmerkmale aktualisiert. Anschließend erfolgen eine erneute Prüfung der Besetzung der Quotierungszellen und die Auswahl der Stichprobenhaushalte. Bei unzureichender Besetzung ist eine Nachwerbung der in der Vorauswahl gekennzeichneten Reservehaushalte notwendig, erst danach wird – wie oben beschrieben – auf Ersatzhaushalte benachbarter Quotierungszellen ausgewichen.

### Umgestaltung der Erhebungsunterlagen

Durch die Umstellung des Anschreiberhythmus ergeben sich für das Haushaltsbuch der LWR weitreichende Änderungen. Das Haushaltsbuch in den LWR wird zukünftig aus zwei Heften bestehen: In einem Heft werden ausschließlich die Einnahmen, Wohnungsausgaben und Ausgaben, die per Dauerauftrag bzw. Einzugsermächtigung vom Konto abgebucht werden oder die mit einer Kreditaufnahme verbunden sind bzw. bei denen noch Restzahlungen zu leisten sind, erfasst („Haushaltsbuch“). In diesem Heft werden die Dreimonatsanschriften der Haushaltsmitglieder zu Einnahmen, Abzügen und Beiträgen sowie die monatlichen Haushaltseinnahmen, Ausgaben für die Bildung von Geldvermögen und Wohnungsausgaben in einer standardisierten Form spaltenweise nebeneinander dargestellt. Die Belastung der Befragten wird mit dieser Darstellung reduziert, da die Angaben für eine Einnahme- bzw. Ausgabenkategorie für alle Monate nebeneinander einzutragen sind und nicht in verschiedenen Heften. Die Sacheinnahmen, Ausga-

ben per Dauerauftrag bzw. Einzugsermächtigung und Kreditausgaben werden in freier Form angeschrieben. In einem zweiten Heft werden die täglichen Ausgaben der Haushalte ebenfalls in freier Form erfasst („Tägliche Ausgaben“).

### Umgestaltung der Datenerfassung und Plausibilisierung

Mit der Umgestaltung der LWR musste auch das BLAISE-Programm<sup>9)</sup> zur Steuerung der Stichprobenverwaltung einschließlich der Auszahlung der Teilnehmepremien, Datenerfassung, Codierung und Plausibilisierung grundlegend überarbeitet werden.

Die Umgestaltung der Erhebungsunterlagen führte zu wesentlichen Änderungen der Erfassungsmasken. Es werden nun zum Beispiel in einer Erfassungsmaske die Angaben zu einer Einkommensart für alle drei Monate eines Quartals erfasst (drei Eingabefelder nebeneinander). Diese Vorgehensweise erleichtert die manuellen und maschinellen Plausibilitätsprüfungen bei der Erfassung der Daten.

Die beiden Erhebungsteile „Allgemeine Angaben“ und „Haushaltsbuch“ werden dialoggestützt plausibilisiert. Der Erhebungsteil „Tägliche Ausgaben“ wird bei der Erfassung nicht plausibilisiert und daher von den beiden anderen Erhebungsteilen programmtechnisch losgelöst; damit soll eine schnellere Plausibilisierung der Daten ermöglicht werden. Erst nach der Erfassung werden die Daten aus allen Erhebungsteilen zusammengeführt und budgetiert, das heißt für jeden Haushalt werden die Summen der Einnahmen und Ausgaben gegenübergestellt. Die Budgetierung erfolgt quartalsweise und nicht – wie bisher – monatlich, womit der Arbeitsaufwand für diesen Arbeitsgang um zwei Drittel reduziert wird.

Nach der Plausibilisierung und Budgetierung der LWR-Daten werden Zwischensummen und Typisierungsmerkmale gebildet. Dieser Arbeitsschritt wird zukünftig aus folgenden Gründen nach dem Export im Statistischen Bundesamt durchgeführt:

- Als Software für die Plausibilisierung von Daten ist BLAISE für derartige Berechnungen nicht optimal geeignet. Mit der Durchführung im Statistischen Bundesamt können Performancevorteile anderer, geeigneterer Softwareprogramme genutzt werden.
- Manche Fehler in den Daten einzelner Länder lassen sich erst identifizieren, wenn der gesamte Bundesbestand betrachtet wird. Änderungen an den Originaldaten – in den Ländern – können mit dem Wegfall der Typisierungen und Zwischensummen im BLAISE-Programm ohne erneute Budgetierungsläufe schneller realisiert werden.

Die gebildeten Zwischensummen und Typisierungen werden nach der Hochrechnung wieder den Statistischen Landesämtern zur Verfügung gestellt.

8) Weiterhin besteht die Möglichkeit auch Haushalte von der Auswahl auszuschließen, deren Aufzeichnungsqualität in der EVS unzureichend war.

9) Das Programm wird als Verbundprogramm für die Statistischen Landesämter vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen erstellt.

## Umgestaltung der Feldarbeit

Die Haushalte aus dem Erhebungsjahr 2005 werden auch in den Folgejahren bis zur nächsten EVS-Erhebung in den LWR befragt. Sie behalten das zu Beginn gewählte Vierteljahr bei. Auf diese Weise beträgt der Zeitabstand zwischen zwei Quartalsanschreibungen eines LWR-Haushalts maximal neun Monate. Darüber hinaus wird mit der Beibehaltung des Quartals eine bessere Vergleichbarkeit zwischen den Erhebungsjahren ermöglicht.

In jedem Erhebungsjahr wird ein neuer Quotenplan erstellt, mit welchem die Querschnittsrepräsentativität der Stichprobe überprüft wird. Die Haushalte erhalten am Ende eines Erhebungsjahres eine Teilnahmeerklärung für das nächste Erhebungsjahr, in der erneut die Daten zu den Quotierungsmerkmalen erhoben werden. Nach der Aktualisierung der Quotierungsmerkmale wird die Erfüllung der Quotierungsvorgaben geprüft.

Mit der wiederholten Befragung der LWR-Haushalte treten – insbesondere im zweiten Erhebungsjahr – Veränderungen der Stichprobengesamtheit auf, die folgende Ursachen haben können:

1. Der Haushalt ist nicht mehr teilnahmebereit.
2. Der Haushalt ist umgezogen und die neue Adresse kann nicht ermittelt werden.
3. Der Haushalt gehört nicht mehr zur Erhebungsgesamtheit eines Bundeslandes (z. B. weil der Haushalt in eine Anstalt zieht, der Haupteinkommensbezieher selbstständig wird, der Haushalt in ein anderes Bundesland zieht).
4. Der Haushalt teilt sich in mehrere Haushalte auf.
5. Die Zusammensetzung des Haushalts (z. B. infolge von Geburt, Tod, Trennung, Wechsel des Haupteinkommensbeziehers), die Haushaltsnettoeinkommensklasse oder die Erwerbstätigkeit des Haupteinkommensbeziehers hat sich geändert, sodass sich die Zugehörigkeit zur Quotierungszelle ändert.

Für die Behandlung solcher Sonderfälle wird bundesweit ein einheitliches Verfahren angewendet:

Die drei ersten der oben genannten Sonderfälle führen zu Ausfällen. Da die LWR-Daten primär für Querschnittsanalysen zur Verfügung stehen sollen, ist es wichtig, für jeden ausgefallenen Haushalt einen teilnahmebereiten Ersatzhaushalt zu finden. Der Ersatzhaushalt wird auch aus der letzten EVS-Befragung ausgewählt und muss zu Beginn des Erhebungsjahres dieselben Quotierungsmerkmale aufweisen wie der ausgefallene Haushalt. Falls ein Haushalt während des Erhebungsjahres oder im folgenden Erhebungsjahr in ein anderes Bundesland zieht, wird die Befragung vom neuen Bundesland weitergeführt.

Bei der Teilung der Haushalte (vierter Sonderfall) werden alle Haushalte weiterverfolgt, soweit die neuen Adressen bekannt sind. Auch beim Wechsel der Quotierungszellen-

zugehörigkeit (fünfter Sonderfall) ist eine Weiterverfolgung angestrebt.

## Umgestaltung der Hochrechnung


Mit der Ziehung einer Substichprobe aus der EVS sollen Informationen aus der EVS für die Hochrechnung der LWR genutzt werden (z. B. mittels einer gebundenen Hochrechnung). Bei der gebundenen Hochrechnung werden die Daten unter Bezugnahme auf zusätzlich vorhandene Informationen (z. B. Einkommensdaten aus der EVS) hochgerechnet. Je enger die Korrelation zwischen den Erhebungsmerkmalen der LWR und dem Bezugsmerkmal aus der EVS ist, desto präziser sind die Stichprobenschätzungen. Dabei sind Entwicklungen des verwendeten Bezugsmerkmals zu berücksichtigen. Ein geeignetes Hochrechnungsverfahren ist noch zu entwickeln.

## Fazit

Die Informationsgrundlage für Plausibilitätsprüfungen und Auswertungen wird durch die Umstellung des Anschreiberrhythmus der LWR wesentlich verbessert. Zugleich verringert sich dadurch die Belastung der Befragten. Auch werden mit der Umstellung auf einen zusammenhängenden Berichtszeitraum organisatorische und technische Abläufe optimiert, was zu einer Entlastung der Mitarbeiter/-innen in den statistischen Ämtern führt. Der Aufwand für die Kontaktaufnahme mit den Haushalten wird reduziert.

Obwohl die Anzahl der Haushaltsbücher gegenüber den bisherigen LWR unverändert bleibt, erhöht sich die Vergleichbarkeit der LWR-Ergebnisse mit denen der EVS: Es werden ab 2005 mehr Haushalte befragt, die zudem bereits an der EVS 2003 teilgenommen haben. Damit ergibt sich erstmals die Möglichkeit, die EVS-Daten für die Hochrechnung der LWR-Ergebnisse zu nutzen.

Dies führt zu einer Steigerung der Genauigkeit der Ergebnisse. Auch sind mit der neuen Stichprobenaufteilung Präzisionsgewinne zu erwarten.

Aus der Sicht der Datennutzer (siehe Vorbemerkung) führt das neue Konzept nicht nur zu einer Verbesserung der Datenqualität, sondern auch zu neuen Analysemöglichkeiten. 

Dipl.-Kauffrau Gudrun Eckert

## Preise im März 2005

Im März 2005 stiegen die Preise im Vorjahresvergleich auf allen im Rahmen dieses Beitrages betrachteten Wirtschaftsstufen. Im Vergleich zum März 2004 erhöhten sich die industriellen Erzeugerpreise um 4,2% (Februar 2005 gegenüber Februar 2004: ebenfalls + 4,2%), die Großhandelsverkaufspreise um 3,3% (Februar 2005: + 3,8%). Die Einzelhandelspreise lagen um 0,4% (Februar 2005: + 0,4%) und der Index der Verbraucherpreise um 1,8% über dem Niveau des Vorjahresmonats (Februar 2005: + 1,8%).

Im Vormonatsvergleich stiegen die industriellen Erzeugerpreise um 0,6% und die Großhandelsverkaufspreise um 0,8%. Für die Einzelhandelspreise ist im Vergleich zum Februar 2005 ein Anstieg von 0,4% zu verzeichnen, die Verbraucherpreise lagen um 0,3% über dem Niveau des Vormonats.

Die anhaltenden Preissteigerungen bei Stahl sorgten auch im März für einen weiteren Anstieg der Erzeugerpreise. Daneben wirkten sich die Mineralölprodukte wie bereits in den vergangenen Monaten preistreibend auf die Erzeuger- und auf die Verbraucherpreise aus. Die Erzeugerpreise für Mineralölprodukte lagen im März 2005 um 15,0% über dem Niveau des Vorjahres. Ohne Mineralölerzeugnisse ist der Index der Erzeugerpreise nur um 3,7% gestiegen. Die Verbraucherpreise für Heizöl und Kraftstoffe erhöhten sich im gleichen Zeitraum um 11,1%. Ohne diese Produkte ist der Verbraucherpreisindex nur um 1,4% gestiegen.

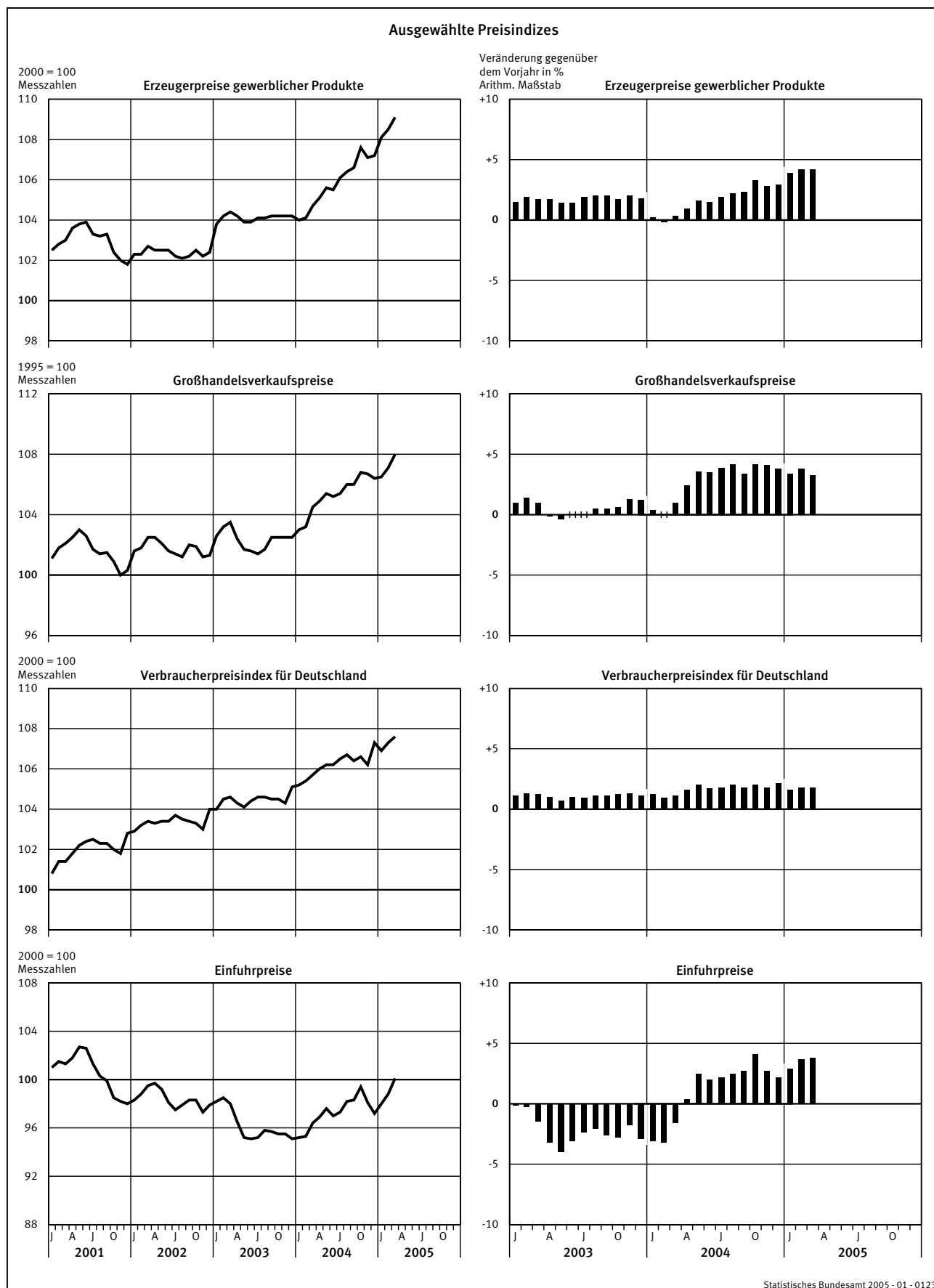
Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte lag im März 2005 um 4,2% höher als im März 2004. Im Februar 2005 hatte die Jahresveränderungsrate ebenfalls bei + 4,2% und im Januar 2005 bei + 3,9% gelegen. Im Ver-

gleich zum Vormonat ist der Index im März 2005 um 0,6% gestiegen.

Für den Anstieg der Erzeugerpreise sorgte vor allem die erneute Verteuerung von Energie (+ 10,0% zum Vorjahres- bzw. + 2,0% zum Vormonat), die in erster Linie auf stark gestiegene Weltmarktpreise für Rohöl zurückzuführen ist. Im Zuge dessen verteuerten sich Mineralölerzeugnisse im März 2005 um 15,0% gegenüber dem Vorjahres- bzw. um + 6,6% gegenüber dem Vormonat. Im Einzelnen ergaben sich folgende Preissteigerungen: Kraftstoffe + 10,4 bzw. + 5,0% (darunter Benzin: + 4,9 bzw. + 2,6%, Diesel: + 17,5 bzw. + 7,9%), leichtes Heizöl + 41,3 bzw. + 14,9%, schweres Heizöl + 27,0 bzw. + 13,8%, Flüssiggas + 29,6 bzw. + 8,4%. Ohne Mineralölerzeugnisse betrug die Jahresteuerrate des Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte 3,7%.

	Veränderungen März 2005 gegenüber	
	Februar 2005	März 2004
	%	
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
insgesamt .....	+0,6	+4,2
ohne Mineralölerzeugnisse .....	+0,3	+3,7
Mineralölerzeugnisse .....	+6,6	+15,0
Index der Großhandelsverkaufspreise		
insgesamt .....	+0,8	+3,3
Index der Einzelhandelspreise .....	+0,4	+0,4
Verbraucherpreisindex		
insgesamt .....	+0,3	+1,8
ohne Heizöl und Kraftstoffe .....	+0,1	+1,4
Heizöl und Kraftstoffe .....	+5,4	+11,1
ohne Saisonwaren .....	+0,2	+1,5
Saisonwaren .....	+4,4	+10,9

Schaubild 1



Ausgewählte Preisindizes

Jahr Monat	Erzeuger- preise gewerblicher Produkte <sup>1)</sup>	Großhandels- verkaufs- preise <sup>1)</sup>	Einzel- handels- preise <sup>2)</sup>	Verbraucher- preis- index
2000 = 100				
2000 D .....	100,0	100,0	100,0	100,0
2001 D .....	103,0	101,6	101,1	102,0
2002 D .....	102,4	101,8	101,8	103,4
2003 D .....	104,1	102,3	102,0	104,5
2004 D .....	105,8	105,3	102,3	106,2
2004 Febr. ...	104,1	103,2	102,1	105,4
März ..	104,7	104,5	102,5	105,7
April ...	105,1	104,9	102,5	106,0
Mai ....	105,6	105,4	102,7	106,2
Juni ....	105,5	105,2	102,6	106,2
Juli ....	106,1	105,4	102,4	106,5
Aug. ...	106,4	106,0	102,2	106,7
Sept. ...	106,6	106,0	102,1	106,4
Okt. ...	107,6	106,8	102,3	106,6
Nov. ...	107,1	106,7	102,1	106,2
Dez. ...	107,2	106,4	102,4	107,3
2005 Jan. ...	108,1	106,5	102,3	106,9
Febr. ...	108,5	107,1	102,5	107,3
März ..	109,1	108,0	102,9	107,6
Veränderungen gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %				
2004 Febr. ...	+ 0,1	+ 0,2	- 0,1	+ 0,2
März ..	+ 0,6	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,3
April ...	+ 0,4	+ 0,4	-	+ 0,3
Mai ....	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,2
Juni ....	- 0,1	- 0,2	- 0,1	-
Juli ....	+ 0,6	+ 0,2	- 0,2	+ 0,3
Aug. ...	+ 0,3	+ 0,6	- 0,2	+ 0,2
Sept. ...	+ 0,2	-	- 0,1	- 0,3
Okt. ...	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,2
Nov. ...	- 0,5	- 0,1	- 0,2	- 0,4
Dez. ...	+ 0,1	- 0,3	+ 0,3	+ 1,0
2005 Jan. ...	+ 0,8	+ 0,1	- 0,1	- 0,4
Febr. ...	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,4
März ..	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,3
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %				
2000 D .....	+ 3,1	+ 4,9	+ 0,1	+ 1,4
2001 D .....	+ 3,0	+ 1,6	+ 1,1	+ 2,0
2002 D .....	- 0,6	+ 0,2	+ 0,7	+ 1,4
2003 D .....	+ 1,7	+ 0,5	+ 0,2	+ 1,1
2004 D .....	+ 1,6	+ 2,9	+ 0,3	+ 1,6
2004 Febr. ...	- 0,1	-	- 0,1	+ 0,9
März ..	+ 0,3	+ 1,0	+ 0,2	+ 1,1
April ...	+ 0,9	+ 2,4	+ 0,4	+ 1,6
Mai ....	+ 1,6	+ 3,6	+ 0,7	+ 2,0
Juni ....	+ 1,5	+ 3,5	+ 0,5	+ 1,7
Juli ....	+ 1,9	+ 3,9	+ 0,5	+ 1,8
Aug. ...	+ 2,2	+ 4,2	+ 0,5	+ 2,0
Sept. ...	+ 2,3	+ 3,4	+ 0,1	+ 1,8
Okt. ...	+ 3,3	+ 4,2	+ 0,2	+ 2,0
Nov. ...	+ 2,8	+ 4,1	-	+ 1,8
Dez. ...	+ 2,9	+ 3,8	+ 0,3	+ 2,1
2005 Jan. ...	+ 3,9	+ 3,4	+ 0,1	+ 1,6
Febr. ...	+ 4,2	+ 3,8	+ 0,4	+ 1,8
März ..	+ 4,2	+ 3,3	+ 0,4	+ 1,8

1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Einschl. Umsatzsteuer; einschl. Kraftfahrzeughandel und Tankstellen.

Auch für alle anderen Energiearten mussten die Abnehmer im März 2005 mehr bezahlen als im Vorjahr. Der Preisanstieg betrug bei Kohle 22,2%, bei Erdöl aus inländischer Förderung 48,0%, bei Strom 3,7%, bei Erdgas 13,4%, bei Fernwärme 5,3% und bei Wasser 2,9%. Ohne Energie stiegen die Erzeugerpreise gegenüber dem Vorjahresmonat um 2,6% an.

Die Preissteigerungen bei Walzstahl setzten sich auch im März 2005 fort. Gegenüber dem Vormonat war ein Anstieg

um 0,7% und gegenüber dem Vorjahr um 34,1% zu verzeichnen. Im März waren insbesondere folgende Stahlsorten teurer als vor Jahresfrist: Warmbreitband + 48,3%, kaltgewalztes Blech + 45,4% und schwere Profile + 43,1%.

Weitere überdurchschnittliche Preiserhöhungen im Jahresvergleich gab es im März 2005 bei folgenden Gütern: Draht (+ 32,3%), Behälter aus Eisen oder Stahl (+ 31,6%), Polyethylen (+ 23,7%), Rohre aus Eisen oder Stahl (+ 23,2%), PVC (+ 18,8%), synthetischer Kautschuk (+ 14,9%), organische Grundstoffe und Chemikalien (+ 13,2%), anorganische Grundstoffe und Chemikalien (+ 12,7%), Tabakerzeugnisse (+ 11,3%), Rindfleisch (+ 10,3%), Stahl- und Leichtmetallbaukonstruktionen (+ 9,5%), Dampfkessel (+ 9,3%), Spanplatten (+ 8,9%), metallische Sekundärrohstoffe (+ 8,3%), Eisengießereierzeugnisse (+ 7,3%), Maschinen für die Metallerzeugung (+ 6,2%), Stahlgießereierzeugnisse (+ 6,1%), Zeitungsdruckpapier (+ 5,4%) sowie Kaffee (+ 5,3%).

Billiger als vor Jahresfrist waren im März 2005 unter anderem: elektronische Bauelemente (- 20,0%, darunter elektronisch integrierte Schaltungen - 32,9%), Futtermittel für Nutztiere (- 15,4%), Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen (- 13,6%), nachrichtentechnische Geräte und Einrichtungen (- 10,1%) sowie pflanzliche und tierische Öle und Fette (- 8,2%).

Der *Index der Großhandelsverkaufspreise* lag im März 2005 um 3,3% über dem Vorjahresstand. Im Februar 2005 und im Januar 2005 hatten die Jahresveränderungsraten + 3,8 bzw. + 3,4% betragen. Gegenüber Februar 2005 erhöhte sich der Großhandelspreisindex um 0,8%.

Besonders stark stiegen gegenüber März 2004 unter anderem die Preise im Großhandel mit Erzen, Eisen, Stahl, Nicht-Eisen-Metallen und Halbzeug (+ 23,1% nach + 27,5 bzw. + 29,9% im Februar und Januar 2005). Auch beim Großhandel mit festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen wurden die Waren – wie auch schon in den Vormonaten – im Vorjahresvergleich teurer verkauft (+ 13,1 nach + 12,3% im Vormonat). Tabakwaren waren auf Großhandelsebene im März 2005 ebenfalls teurer (+ 17,3% nach + 21,2 bzw. + 22,0% im Februar und Januar 2005). Dagegen ermäßigten sich im Vorjahresvergleich die Preise im Großhandel mit Getreide, Saaten und Futtermitteln um 22,8%, mit Büromaschinen um 13,0% sowie mit pharmazeutischen Erzeugnissen und medizinischen Hilfsmitteln um 4,8%.

	Veränderungen März 2005 gegenüber	
	Februar 2005	März 2004
	%	
Großhandel mit		
landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren .....	+ 4,9	- 9,1
Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ....	+ 0,2	+ 4,4
Gebrauchs- und Verbrauchsgütern .....	-	- 1,1
Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und Reststoffen .....	+ 1,9	+ 11,3
Maschinen und Zubehör .....	- 1,0	- 5,2
Sonstiger Großhandel .....	+ 0,7	+ 0,6

Im Vormonatsvergleich stiegen im März 2005 die Preise im Großhandel mit Kaffee, Tee, Kakao und Gewürzen (+ 5,9%) und mit festen Brennstoffen und Mineralölserzeugnissen (+ 5,0 nach + 1,5% im Februar 2005) besonders stark. Dagegen gingen die Preise im Großhandel mit Obst und Gemüse binnen Monatsfrist leicht zurück (- 0,6%).

Für die gewerblichen Erzeugerpreise sowie für die Großhandelsverkaufspreise ergaben sich in Deutschland folgende größere Veränderungen gegenüber dem Vormonat bzw. dem entsprechenden Vorjahresmonat:

	Veränderungen März 2005 gegenüber	
	Februar 2005	März 2004
	%	
<b>Erzeugerpreise gewerblicher Produkte</b>		
Warmbreitband .....	-	+48,3
Rohöl (Inlandsförderung) .....	+13,4	+48,0
Kaltgewalztes Blech .....	-1,3	+45,4
Schwere Profile .....	+0,3	+43,1
Leichtes Heizöl .....	+14,9	+41,3
Draht .....	-0,5	+32,3
Behälter aus Eisen oder Stahl .....	+2,1	+31,6
Flüssiggas .....	+8,4	+29,6
Schweres Heizöl .....	+13,8	+27,0
Polyethylen .....	+0,9	+23,7
Rohre aus Eisen oder Stahl .....	+0,4	+23,2
Kohle .....	+1,9	+22,2
PVC .....	-0,7	+18,8
Dieselmotoren .....	+7,9	+17,5
Synthetischer Kautschuk .....	+0,8	+14,9
Erdgas .....	+0,8	+13,4
Organische Grundstoffe und Chemikalien .....	+1,2	+13,2
Anorganische Grundstoffe und Chemikalien .....	-0,2	+12,7
Tabakerzeugnisse .....	-	+11,3
Rindfleisch .....	+4,1	+10,3
Stahl- und Leichtmetallbankkonstruktionen .....	+0,8	+9,5
Dampfkessel .....	-0,4	+9,3
Spanplatten .....	+0,9	+8,9
Metallische Sekundärrohstoffe .....	-3,0	+8,3
Eisengießereierzeugnisse .....	+0,7	+7,3
Maschinen für die Metallherzeugung .....	-	+6,2
Stahlgießereierzeugnisse .....	+0,2	+6,1
Zeitungsdruckpapier .....	-0,1	+5,4
Fernwärme .....	+0,1	+5,3
Kaffee .....	+0,9	+5,3
Pflanzliche und tierische Öle und Fette .....	+1,9	-8,2
Nachrichtentechnische Geräte und Einrichtungen .....	-1,1	-10,1
Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen .....	-4,5	-13,6
Futtermittel für Nutztiere .....	+0,3	-15,4
Elektronische Bauelemente .....	-3,7	-20,0
<b>Großhandelsverkaufspreise</b>		
<b>Großhandel mit:</b>		
Erzen, Eisen, Stahl, NE-Metallen und Halbzeug .....	+0,1	+23,1
Tabakwaren .....	+0,3	+17,3
Festen Brennstoffen und Mineralölserzeugnissen .....	+5,0	+13,1
Pharmazeutischen Erzeugnissen und medizinischen Hilfsmitteln .....	-	-4,8
Büromaschinen .....	-2,4	-13,0
Getreide, Saaten und Futtermitteln .....	+1,2	-22,8

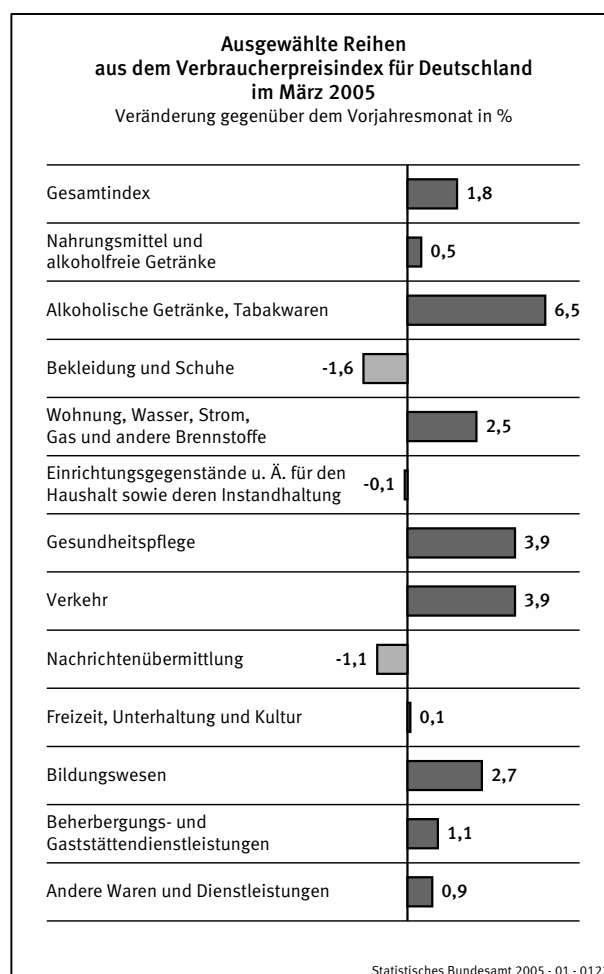
Der *Index der Einzelhandelspreise* erhöhte sich im März 2005 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 0,4%. Im Februar 2005 lag die Jahresveränderungsrate ebenfalls bei + 0,4%, im Januar 2005 bei + 0,1%. Im Vergleich zum Vormonat stiegen die Einzelhandelspreise um 0,4%.

Der *Verbraucherpreisindex für Deutschland* ist im März 2005 gegenüber März 2004 um 1,8% gestiegen. Im Februar lag die Jahresveränderungsrate ebenfalls bei + 1,8%, im Januar 2005 hatte sie + 1,6% betragen. Im Vergleich zum Februar 2005 erhöhte sich der Index um 0,3%.

Mineralölprodukte wirkten sich im März 2005 – nun im zwölften Monat in Folge – preistreibend auf die Jahresveränderungsrate aus. Die Preise für leichtes Heizöl haben sich gegenüber dem Vorjahr um 36,8% erhöht. Auch die anderen für Privathaushalte relevanten Energieträger verteuerten sich überdurchschnittlich. So lagen die Preise für Strom (+ 4,1%), Gas (+ 7,5%) und Zentralheizung, Fernwärme (+ 8,1%) deutlich höher als ein Jahr zuvor. Kraftstoffe kosteten im März 2005 6,2% mehr als im März 2004 (darunter Dieselmotoren: + 15,6%). Auch im kurzfristigen Vergleich stiegen die Preise für Heizöl (+ 13,0% zum Vormonat) und Kraftstoffe (+ 3,6%) deutlich an.

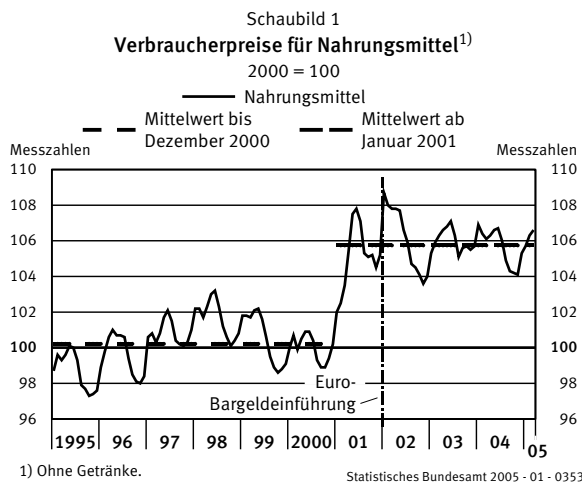
Die Ursachen für die Teuerung gegenüber dem Vorjahr sind neben dem Preisanstieg der oben genannten Mineralölprodukte vor allem staatliche Maßnahmen, wie etwa die weitere Erhöhung der Tabaksteuer im Dezember 2004. Tabakwaren (+ 10,7%) und die Kfz-Steuer (+ 19,7%) verteuerten sich erheblich gegenüber dem Vorjahr. In der Jahresveränderungsrate vom März 2005 wirken sich weiterhin noch die

Schaubild 2

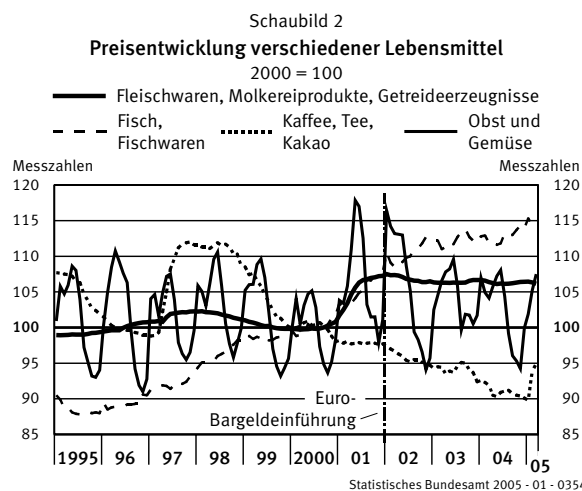


### Lebensmittelpreise in Deutschland

Die Entwicklung der Nahrungsmittelpreise in den letzten zehn Jahren zeigt Schaubild 1. Bei den Verbraucherpreisen für Nahrungsmittel gab es Anfang 2001 – ein Jahr vor der Euro-Bargeldeinführung – einen deutlichen Preisanstieg. Die Lebensmittel wurden damals innerhalb nur eines Jahres um gut 5% teurer. In den Jahren davor und danach haben sich die Nahrungsmittelpreise im Trend vergleichsweise wenig verändert. Vergleicht man die Lebensmittelpreise im ersten Quartal 2005 mit den entsprechenden Preisen von Anfang 1995, so fand in diesen zehn Jahren eine Preissteigerung um 7% statt.



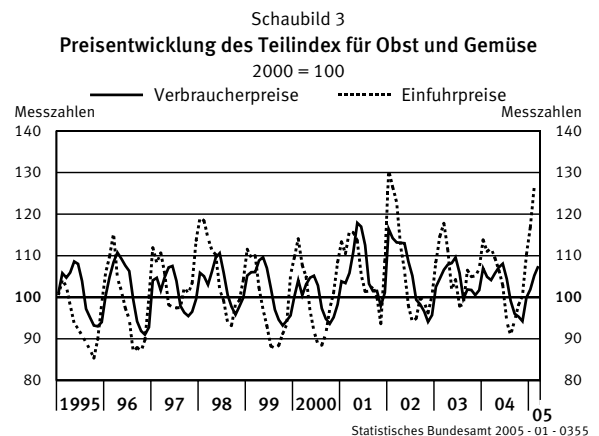
Bei den verschiedenen Arten von Lebensmitteln gab es sehr unterschiedliche Preisentwicklungen. Am deutlichsten ist der Preissprung des Jahres 2001 bei den Fleischwaren und bei Molkereiprodukten zu beobachten. Wichtige Gründe für die Verteuerung im Jahr 2001 waren die BSE-Krise sowie die Maul- und Klauenseuche. Außerdem ging 2001 ein heftiger Preiskampf im Lebensmitteleinzelhandel zu Ende und die Einzelhändler konnten wieder höhere Preise durchsetzen. Bei Getreiderzeugnissen wie Brot und Nudeln haben die Preise im Jahr 2001 ebenfalls deutlich angezogen und auch bei den Preisen für Obst und Gemüse waren die Auswirkungen spürbar.



Bei Fisch und Fischwaren zeigt der Preistrend schon seit vielen Jahren kontinuierlich nach oben. In den ersten drei Monaten des Jahres 2005 waren Fischwaren fast 28% teurer als im ersten Quartal 1995. Die Verteuerung ist auch eine Folge der stetig zunehmenden Nachfrage, die nicht zuletzt auf das Image von Fisch als gesundem Lebensmittel zurückzuführen sein dürfte.

Bei Obst und Gemüse ist ein deutliches Saisonmuster zu erkennen. Die Preise steigen vorwiegend im Dezember und Januar stark an und erreichen ihren Höhepunkt etwa im Mai/Juni. Bis zum Herbst sinken die Obst- und Gemüsepreise wieder, wobei die stärksten Preisrückgänge meistens im Hochsommer auftreten. In der langfristigen Betrachtung ist hier jedoch wenig Bewegung in den Preisen zu beobachten. Obst und Gemüse war im ersten Quartal 2005 nur um 1% teurer als zehn Jahre zuvor.

Obst und Gemüse wird zu einem erheblichen Anteil importiert – der Anteil der Importe am gesamten privaten Verbrauch in Deutschland beträgt bei diesen Produkten etwa 50%. Die Entwicklung der Verbraucherpreise für Obst und Gemüse hängt daher stark von der Einfuhrpreisentwicklung ab. In Schaubild 3 ist neben dem Verbraucherpreisindex auch der Einfuhrpreisindex für Obst und Gemüse dargestellt.



Betrachtet man nur das Gemüse, so werden fast 80% der Einfuhren von den drei Ländern Spanien, Italien und Niederlande geliefert. In den Monaten Oktober bis März kommen die Einfuhren zu einem großen Teil aus Spanien, während die Gemüseimporte aus den Niederlanden von April bis September an erster Stelle stehen.

#### Einfuhr von Gemüse Tonnen

	Oktober 2003 bis März 2004	April 2004 bis September 2004
Spanien	503 022	591 302
Niederlande	379 360	330 008
Italien	171 454	124 571
...	...	...
Insgesamt	1 355 074	1 367 795

Bei einzelnen Produkten und in einzelnen Monaten kann der Einfuhranteil bestimmter Länder sehr hoch liegen. Treten dann Missernten auf, so können die Ausfälle manchmal kaum durch andere Lieferquellen ersetzt werden. Zum Beispiel gab es Anfang 2005 in Südeuropa eine Kältewelle, die in Spanien zu großen Ernteaussfällen geführt hat. In Deutschland mussten die Verbraucher dann im Februar 2005 für Tomaten 43% mehr bezahlen als im Februar 2004. Kopfsalat war im März 2005 sogar 80% teurer als ein Jahr zuvor.

Bei Getränken sind die Preise in den letzten zehn Jahren leicht gesunken. Im ersten Quartal 2005 waren alkoholfreie Getränke um 1,5% billiger als Anfang 1995. Entgegen dem allgemeinen Trend ist der Kaffeepreis in den letzten Monaten deutlich gestiegen. Die Preise für Bohnenkaffee waren seit Ende der 1990er-Jahre durchgehend gefallen und steigen seit Februar 2005 spürbar an. Hier zeigen sich die Auswirkungen eines Auftriebs der Einfuhrpreise. Der Import von Rohkaffee war im Jahr 2004 um 9% teurer als im Vorjahr.



ergänzenden Maßnahmen der Gesundheitsreform vom April und Juli 2004 (Ausnahmeliste rezeptfreier Medikamente, neue Heilmittelrichtlinien) aus: Die Gesundheitspflege verteuerte sich gegenüber März 2004 um 3,9%.

Die Nahrungsmittelpreise erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,5%. Vor allem Gemüse (+ 4,5%, darunter Kopfsalat: + 80,2%), Obst (+ 1,7%) sowie Fische und Fischwaren (+ 1,9%) verteuerten sich gegenüber März 2004. Günstiger wurden Molkereiprodukte und Eier (- 1,6%). Zum Vormonat Februar 2005 stiegen die Nahrungsmittelpreise ebenfalls geringfügig (+ 0,3%). Gemüse trug mit einer Teuerung von 3,2% zu dieser Preisentwicklung bei (darunter Wirsing: + 32,5%, Blumenkohl: + 29,0%, Lauch: + 24,1%).

Die seit Herbst 1998 kontinuierlich gesunkenen Preise für Bohnenkaffee steigen seit kurzem wieder. Im März 2005 verteuerte sich Bohnenkaffee im Vergleich zum Vorjahresmonat um 5,4% und zum Vormonat um 1,6%.

Verbraucherfreundlich gestaltete sich die Preisentwicklung im März 2005 für Informationsverarbeitungsgeräte und für Telefon- und Telefaxgeräte (jeweils - 11,1% gegenüber März 2004). Günstiger als im Vorjahr waren weiterhin Geräte und Ausrüstungen für Sport und Camping (- 3,9%). So mussten die Verbraucher für Inline-Skates (- 8,7%), Tennisschläger (- 5,9%) und Lederfußbälle (- 2,5%) weniger zahlen als ein Jahr zuvor.

Verbraucherpreisindex für Deutschland  
auf Basis 2000 = 100

	Veränderungen März 2005 gegenüber	
	Februar 2005	März 2004
	%	
Gesamtindex .....	+0,3	+1,8
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke ....	+0,3	+0,5
Alkoholische Getränke, Tabakwaren .....	-0,1	+6,5
Bekleidung und Schuhe .....	+1,5	-1,6
Wohnung, Wasser, Strom, Gas usw. ....	+0,4	+2,5
Einrichtungsgegenstände, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt u. Ä. ....	-0,1	-0,1
Gesundheitspflege .....	-	+3,9
Verkehr .....	+1,1	+3,9
Nachrichtenübermittlung .....	-	-1,1
Freizeit, Unterhaltung und Kultur .....	-0,4	+0,1
Bildungswesen .....	+0,2	+2,7
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen .....	-0,6	+1,1
Andere Waren und Dienstleistungen .....	+0,1	+0,9

Der für europäische Zwecke berechnete *harmonisierte Verbraucherpreisindex* für Deutschland hat sich im März 2005 gegenüber März 2004 um 1,7% erhöht. Im Februar hatte die Jahresänderungsrate bei 1,8%, im Januar bei 1,6% gelegen. Im Vergleich zum Vormonat stieg der Index um 0,4%. [\[U\]](#)

Dr. Josef Schürle

# Automatisierte Zusammenführung von Daten – Das Modell von Fellegi und Sunter

Josef Schürle wurde im Jahr 2004 für seine an der Universität Tübingen entstandene Dissertation „Record Linkage – Zusammenführung von Daten auf Basis des Modells von Fellegi und Sunter“ ein Förderpreis des Statistischen Bundesamtes in der Kategorie „Dissertationen“ des Gerhard-Fürst-Preises zuerkannt. Anknüpfend an die in den vergangenen beiden Ausgaben dieser Zeitschrift präsentierten Beiträge der Gerhard-Fürst-Preisträger von Gaudecker und Schürmann erläutert Josef Schürle im Folgenden die Inhalte seiner ausgezeichneten Arbeit.

## 1 Einleitung

Die automatisierte Zusammenführung von Daten aus unterschiedlichen Datenquellen gewinnt zunehmend an Bedeutung. Ziel ist es, Elemente zu identifizieren, welche in den verschiedenen Datensätzen gemeinsam enthalten sind. Dabei sind die potenziellen Anwendungsgebiete vielfältig. So kann man einerseits daran interessiert sein, verschiedene Datenbestände zu einem zusammenzufassen, um die weitere Verwaltung zu vereinfachen. Oder aber man möchte durch die Zusammenführung von Daten zusätzliche Informationen gewinnen. Beispielsweise können im Bereich der Medizin durch die Zusammenführung von alten mit neuen Daten Erkenntnisse über die Ursachen und die Entwicklung einzelner Krankheiten gewonnen werden. Eine primärstatistische Erhebung ist hier aus der Natur der Sache heraus vielfach nicht möglich. Im Bereich der deutschen amtlichen

Statistik ist die Datenzusammenführung derzeit innerhalb der Mehrfachfallprüfung im Rahmen des Zensusstests von Bedeutung.<sup>1)</sup>

Für die automatisierte Zusammenführung von Daten existiert eine Vielzahl so genannter Ad-hoc-Ansätze. Ein einfaches Beispiel wäre, zwei Einheiten dann als identisch einzustufen, wenn sie bezüglich vier von fünf Vergleichsmerkmalen übereinstimmen. Aber auch ausgefeiltere Methoden sind im Einsatz. Derartige Methoden funktionieren im Einzelfall durchaus sehr gut, besitzen allerdings einige grundsätzliche Nachteile. Neben der Subjektivität der Ansätze ist vor allem ein Problem, dass diese wesentlich von den vorliegenden Daten abhängen. Eine allgemeine Beurteilung wird dadurch von vornherein ausgeschlossen. Insbesondere fällt auch eine Abschätzung der mit den Verfahren verbundenen Fehlerhäufigkeiten schwer.

Im Gegensatz dazu bietet das im Jahr 1969 von Ivan P. Fellegi und Alan B. Sunter vorgestellte Modell einen Ansatz, alle die genannten Nachteile zu eliminieren.<sup>2)</sup> Das auf Wahrscheinlichkeitstheoretischen Überlegungen beruhende Modell wurde und wird insbesondere in den Vereinigten Staaten und in Kanada vielfältig eingesetzt.<sup>3)</sup> Im Weiteren wird das Modell in seiner ursprünglichen Form und eine Deutung im Sinne der klassischen Testtheorie skizziert. Anschließend werden zwei Ansätze zur Parameterschätzung dargestellt und die Ergebnisse einer Simulationsstudie diskutiert.

1) Siehe Lauer, T./Braun, R.: „Der Zensusstest 2001 – Eine Zwischenbilanz aus ablauftechnischer und organisatorischer Sicht“, Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 9/2002, S. 434 ff.

2) Siehe Fellegi, I. P./Sunter, A. B.: „A Theory for Record Linkage“, Journal of the American Statistical Association, Band 64, 1969, S. 1183 ff.

3) Siehe Kilss, B./Alvey, W. (Hrsg.): „Record Linkage Techniques – 1985“, Proceedings of the Workshop on Exact Matching Methodologies in Arlington, Virginia 1985 ([http://www.fcsm.gov/working-papers/RLT\\_1985.html](http://www.fcsm.gov/working-papers/RLT_1985.html)). Alvey, W./Jamerson, B. (Hrsg.): „Record Linkage Techniques – 1997“, Proceedings of an International Workshop and Exposition in Arlington, Virginia 1997 ([http://www.fcsm.gov/working-papers/RLT\\_1997.html](http://www.fcsm.gov/working-papers/RLT_1997.html)).

## 2 Das Modell von Fellegi und Sunter und seine Interpretation im Sinne der klassischen Testtheorie

Im Rahmen des Modells von Fellegi und Sunter wird die Menge aller aus zwei Datensätzen  $A$  und  $B$  zu bildenden Paare mit  $A \times B$  bezeichnet und diese wiederum in die Mengen  $M := \{(a,b) \in A \times B | a = b\}$  und  $U := \{(a,b) \in A \times B | a \neq b\}$  zerlegt. Hierbei handelt es sich also um die Mengen aller aus identischen bzw. nicht-identischen Elementen gebildeten Paare. Ziel ist es, diese Mengen möglichst zuverlässig maschinell zu identifizieren. Hierfür werden drei mögliche Entscheidungen vorgegeben, nämlich die Zuordnung zu  $M$  (Entscheidung  $E_1$ ), die Zuordnung zu  $U$  (Entscheidung  $E_2$ ) und als neutrale Entscheidung die Nicht-Zuordenbarkeit (Entscheidung  $E_3$ ). Nicht zugeordnete Elemente müssen nachträglich manuell ausgewertet werden. Jedes Paar aus  $A \times B$  wird individuell betrachtet und die in beiden Datensätzen gemeinsam enthaltenen Merkmale werden verglichen. Als Ergebnis dieses Vergleichs werden jedem Paar für die drei möglichen Entscheidungen Wahrscheinlichkeiten zugeordnet und anschließend wird mittels eines Zufallsexperiments eine Entscheidung getroffen. Die Zuordnungsvorschrift, nach welcher die Wahrscheinlichkeiten vorgegeben werden, wird als (zufällige) Entscheidungsfunktion bezeichnet.

Das Optimalitätskriterium von Fellegi und Sunter orientiert sich an der Reduktion des nachträglichen Aufwandes, wobei die dabei resultierenden Fehler in vorgegebenen Grenzen gehalten werden sollen. Somit lautet der Optimierungsansatz für die zu wählende Entscheidungsfunktion:

$$\min P(E_2)$$

unter den Nebenbedingungen:  $P(E_1|U) \leq \mu$  und  $P(E_3|M) \leq \lambda$ .

Auf Basis dieses Ansatzes ist es möglich, unter vergleichsweise schwachen Annahmen eine optimale Entscheidungsregel abzuleiten. Für die Festlegung von  $\mu$  und  $\lambda$  sind noch so genannte Zulässigkeitsbedingungen zu beachten, die sicherstellen, dass die Entscheidungsfunktion wohl definiert ist.

Der Ansatz lässt sich in den Rahmen der klassischen Testtheorie nach Neyman und Pearson einbetten. Dazu werden die beiden einfachen Hypothesen

$$H_0 : (a,b) \in M \text{ und } H_1 : (a,b) \in U$$

aufgestellt. Für die Tests  $H_0$  gegen  $H_1$  bzw.  $H_1$  gegen  $H_0$  lassen sich gemäß dem Lemma von Neyman und Pearson<sup>4)</sup> jeweils beste Tests angeben. Sofern sich die kritischen Regionen und Randomisierungsbereiche der beiden Tests nicht überschneiden, führen diese bei unabhängiger Anwendung zu widerspruchsfreien Ergebnissen. Genau diesen Zweck erfüllen die bereits oben erwähnten Zulässigkeitsbedingungen. Durch geeignete Kombination der beiden Tests erhält

man als Ergebnis die optimale Entscheidungsfunktion von Fellegi und Sunter.

Bei näherer Betrachtung stellt man fest, dass sich die Menge der zulässigen Signifikanzniveaus noch vergrößern lässt. Die besten Tests sind so konstruiert, dass die Randomisierungsbereiche jeweils einelementig sind. Addieren sich die Randomisierungswahrscheinlichkeiten zu einer Zahl kleiner oder gleich eins, so können auch noch  $\mu$ - und  $\lambda$ -Werte zugelassen werden, für welche die Randomisierungsbereiche identisch sind. Sei  $t_\lambda$  der konstruierte beste Test für  $H_0$  gegen  $H_1$  und  $t_\mu$  der Test für  $H_1$  gegen  $H_0$ , so lässt sich zeigen<sup>5)</sup>, dass die Festlegung

$$(P(E_1), P(E_2), P(E_3)) := (t_\mu, 1 - t_\mu - t_\lambda, t_\lambda)$$

eine optimale Wahl im Sinne des von Fellegi und Sunter verfolgten Optimierungsansatzes ist, wobei die Menge der zulässigen  $\mu$ - und  $\lambda$ -Werte im Vergleich zur ursprünglichen Darstellung vergrößert ist.

Der Ansatz lässt sich anschaulich deuten. Die Wahrscheinlichkeitstheorie wird dazu verwendet, den Informationsgehalt der verglichenen Merkmale zu messen. Reicht dieser aus, so führt dies zu einer der beiden Entscheidungen  $E_1$  oder  $E_3$ . Ist der Informationsgehalt nicht ausreichend, so erhält man die Entscheidung  $E_2$ . Hierbei sind durchaus Parallelen zur menschlichen Logik zu erkennen. Je mehr Informationen zur Verfügung stehen und je besser diese sind, desto eher ist eine Entscheidung in die eine oder andere Richtung möglich. Da die Obergrenzen für die Fehlerwahrscheinlichkeiten in jedem Fall fixiert sind, führt ein zusätzlicher Informationsgehalt in den Merkmalen – unter sonst gleichen Voraussetzungen – zu einer geringeren Anzahl von  $E_2$ -Entscheidungen. Folglich spielen die vorhandenen Merkmale für die Qualität der Ergebnisse eine entscheidende Rolle, allerdings weniger für die Fehlerwahrscheinlichkeiten, sondern vielmehr für die Anzahl der resultierenden  $E_2$ -Entscheidungen.

## 3 Zwei Ansätze zur Schätzung der Modellparameter

Für die Konstruktion der Tests werden die Verteilungen der Vergleichsergebnisse unter  $H_0$  und  $H_1$  benötigt. Ein weit verbreiteter Ansatz besteht in der Maximum-Likelihood-(ML-) Schätzung unter Verwendung des so genannten EM-Algorithmus<sup>6)</sup>. Hierbei handelt es sich um ein numerisches Verfahren, bei welchem ausgehend von einem vorzugebenden Startwert eine Parameter-Folge erzeugt wird, für welche die jeweiligen Funktionswerte der Likelihood-Funktion monoton gegen den Funktionswert eines stationären Punktes konvergieren. Die Voraussetzungen hierfür sind vergleichsweise schwach.<sup>7)</sup>

4) Siehe Pruscha, H.: „Vorlesungen über Mathematische Statistik“, Stuttgart, Leipzig, Wiesbaden 2000, S. 222 ff.

5) Siehe Schürle, J.: „Record Linkage – Zusammenführung von Daten auf Basis des Modells von Fellegi und Sunter“, Frankfurt 2004, S. 34 f.

6) Siehe Dempster, A. P./Laird N. M./Rubin, D. B.: „Maximum Likelihood from Incomplete Data via the EM Algorithm“, Journal of the Royal Statistical Society, Series B, Band 39, 1977, S. 1 ff.

7) Siehe Wu, C. F. J.: „On the Convergence Properties of the EM Algorithm“, Annals of Statistics, Band 11, 1983, S. 95 ff.

Zunächst einmal muss spezifiziert werden, wie der Vergleich der vorhandenen Merkmale erfolgen soll. Bei den im Weiteren betrachteten Verfahren werden jeweils einfache „stimmt überein“/„stimmt nicht überein“-Vergleiche durchgeführt, was durchaus üblich ist. Dies kann zum einen dadurch erweitert werden, dass gewisse Verfahren, zum Beispiel phonetische Verfahren, vorgeschaltet werden, oder aber dadurch, dass die resultierenden Schätzwerte auf Basis einer so genannten Häufigkeitsadjustierung verallgemeinert werden.<sup>8)</sup>

Im Wesentlichen unterscheiden sich die EM-basierten Schätzverfahren in der Spezifikation der Likelihood-Funktion und folglich in den zugrunde liegenden Annahmen. Treffen die Annahmen nicht zu, so sind die resultierenden Schätzwerte zwar ML-Schätzer im Sinne der verwendeten Funktion, es können aber bedeutende Verzerrungen im Vergleich zu realen Gegebenheiten auftreten. Hiervon wird die Qualität der Ergebnisse natürlich erheblich beeinflusst.

Eine weit verbreitete Spezifikation beruht auf der Annahme der bedingten Unabhängigkeit.<sup>9)</sup> Dabei wird unterstellt, dass die Vergleichsergebnisse für die einzelnen betrachteten Merkmale unter  $H_0$  bzw.  $H_1$  unabhängig voneinander sind. Dies kann zum Teil bezweifelt werden. So führt unter  $H_1$  beispielsweise die Übereinstimmung bezüglich des Vornamens zu einer hohen Wahrscheinlichkeit der Übereinstimmung bezüglich des Geschlechts. Betrachtet man die Merkmale als unabhängig, so wird jede Übereinstimmung für sich gewertet und die Bedeutung somit überschätzt.

Ein alternativer Ansatz besteht darin, sämtliche Abhängigkeiten explizit zu modellieren.<sup>10)</sup> Dies führt dazu, dass diesbezüglich keine fehlerhaften Annahmen in die Modellierung eingehen, bringt aber einen anderen wesentlichen Nachteil mit sich. Aufgrund der starren Spezifikation der Likelihood-Funktion durchläuft der EM-Algorithmus nur eine Iteration bis zum Ergebnis. Es wird auf Basis der durch den Startwert implizierten Aufteilung in die Mengen  $M$  und  $U$  ein ML-Schätzer bestimmt. Folglich setzt diese Methode voraus, dass der verwendete Startwert eine möglichst zuverlässige Aufteilung liefert. Zur Bestimmung dessen kann ein vereinfachender Ansatz gewählt werden.<sup>11)</sup> Dazu muss man sich vor Augen führen, dass die wesentliche Schwierigkeit darin liegt, die Wahrscheinlichkeiten der Übereinstimmung der Merkmale unter  $H_1$  zu bestimmen. Diese hängen von den betrachteten Merkmalen und von der vorliegenden Stichprobe ab. So liegt beispielsweise die Übereinstimmung bezüglich des Geschlechts bei unterschiedlichen Personen in der Nähe von 50%, im Falle des Vornamens liegt die Wahrscheinlichkeit deutlich niedriger. Wählt man Stichproben, die im Extremfall nur aus Männern bestehen, so liegt die Wahrscheinlichkeit innerhalb der Stichproben bei 100%. Im Gegensatz dazu stimmen die Merkmale bei ein und derselben Person mit einer Wahrscheinlichkeit nahe

100% überein. Natürlich hängt dies auch von dem Merkmal und den verwendeten Stichproben ab – ein Vorname wird seltener geändert als die Adresse und ein größerer zeitlicher Abstand zwischen den Erhebungszeitpunkten der einzelnen Stichproben führt zu größeren Veränderungen – die grundsätzlichen Zusammenhänge sind aber leichter abzuschätzen. Wird beispielsweise das Merkmal Name betrachtet, so kann der Anteil der Namensänderungen in dem betrachteten Zeitraum als Grundlage genommen werden und – nach einer Korrektur für Erhebungs- bzw. Angabefehler – als Startwert vorgegeben werden. Schätzt man noch den Anteil der Menge  $M$  an der Menge  $A \times B$  – was im Sinne einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung in jedem Fall erfolgen sollte – so lassen sich die Wahrscheinlichkeiten unter  $H_1$  auf Basis der Informationen in den Daten und unter Verwendung der Unabhängigkeitsannahme schätzen. Dies ist insoweit gerechtfertigt, als dass für den konstruierten EM-basierten Ansatz nicht der Startwert selbst, sondern die daraus resultierende Aufteilung in  $M$  und  $U$  wesentlich ist.<sup>12)</sup>

## 4 Ergebnisse einer Simulationsstudie

Zur praktischen Erprobung der Schätzverfahren im Zusammenhang mit dem Modell von Fellegi und Sunter wurde eine ausführliche Simulationsstudie durchgeführt. Die Grundlage bildeten Telefondaten von Berlin, wobei nach einem Bereinigungsprozess 895 192 Personendatensätze zur Verfügung standen. Diese wurden eindeutig indiziert und dieser Index wurde in jedem Schritt mitgeführt, was eine vollständige Analyse der realisierten Ergebnisse ermöglichte. In Tabelle 1 sind die verwendeten Merkmale und die gewählten Merkmalskombinationen abgebildet.

Tabelle 1: Verwendete Merkmale und gewählte Merkmalskombinationen

Merkmale	Merkmalskombinationen
Name .....	V1 = Name
Vorname .....	V2 = V1 + Vorname
Straße .....	V3 = V2 + Straße
Hausnummer .....	V4 = V3 + Hausnummer
Postleitzahl .....	V5 = V4 + Postleitzahl
Ortsteil .....	V6 = V5 + Ortsteil
Anrede .....	V7 = V6 + Anrede

Es wurde unter verschiedenen Szenarien simuliert, wobei jeweils 250 Stichprobenpaare im Umfang von je 1 000 Einheiten je Stichprobe nach einem vorgegebenen Schema zufällig ausgewählt wurden. Zusätzlich wurden zufällige Fehler erzeugt. Analysiert wurden die Auswirkungen der Qualität und Quantität der Merkmale, des gewählten Startwertes, der Signifikanzniveaus und der Stichproben, einschließlich der vorhandenen Fehler, im Hinblick auf die rea-

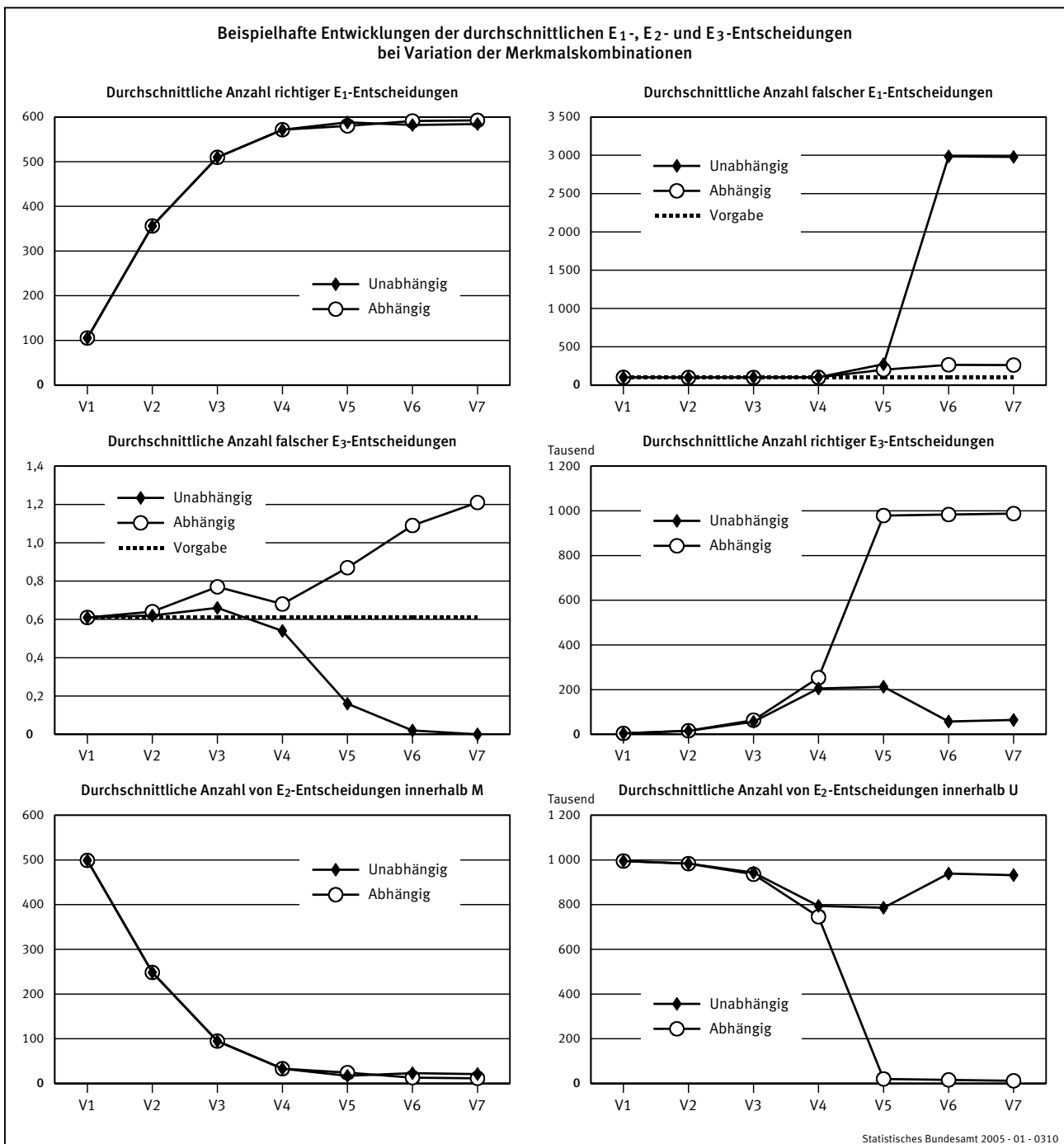
8) Siehe Fußnote 5, S. 102 ff.; Winkler, W. E.: "Frequency-Based Matching in Fellegi-Sunter Model of Record Linkage", Technical Report RR 00/06, U.S. Bureau of the Census, Statistical Research Division (<http://www.census.gov/srd/www/byyear.html>); Yancey, W. E.: "Frequency-Dependent Probability Measures for Record Linkage", Technical Report RR 00/07, U.S. Bureau of the Census, Statistical Research Division (<http://www.census.gov/srd/www/byyear.html>).

9) Siehe Winkler, W. E.: "Advanced Methods for Record Linkage", Technical Report RR 94/05, U.S. Bureau of the Census, Statistical Research Division (<http://www.census.gov/srd/www/byyear.html>).

10) Siehe Schürle, J.: "A Method for Consideration of Conditional Dependencies in the Fellegi and Sunter Model of Record Linkage", zur Publikation angenommen in Statistical Papers, 2003.

11) Siehe Fußnote 5, S. 99 ff.

12) Siehe Fußnote 5, S. 91 ff.



lisierten Ergebnisse. Einige wesentliche Erkenntnisse werden im Folgenden dargestellt.

Zunächst einmal zeigt sich, dass sich der Informationsgehalt einzelner Merkmale – wie zu erwarten – in den realisierten Ergebnissen auswirkt. So liefert der Name mehr Informationen als beispielsweise die Postleitzahl und führt somit auch zu besseren Resultaten. Wie bereits diskutiert, spiegeln sich die besseren Ergebnisse aber nicht in den realisierten Fehlerzahlen wider – diese sind ja über die Konstruktion des Modells fixiert –, sondern in einer deutlichen Reduktion der Anzahl der  $E_2$ -Entscheidungen. Dies zeigt wieder den Charakter der Informationsmessung, den dieses

Modell besitzt. Ebenso zeigt sich in der Tendenz, dass der  $E_2$ -Bereich umso kleiner wird, je mehr Merkmale herangezogen werden. Allerdings gilt diese Aussage nicht generell, wie die beispielhaft im Schaubild dargestellten Ergebnisse verdeutlichen. Darin sind für ein Szenario die durchschnittlichen Anzahlen der richtigen und falschen  $E_1$ - und  $E_3$ -Entscheidungen, sowie die durchschnittlichen Anzahlen der realisierten  $E_2$ -Entscheidungen in Abhängigkeit von der verwendeten Merkmalskombination dargestellt. Gezeigt werden Ergebnisse unter Annahme von bedingter Unabhängigkeit („unabhängig“) und bei expliziter Modellierung der Abhängigkeiten („abhängig“).

Tabelle 2: Bei Paaren aus der Menge  $U$  durchschnittlich beobachteter Anteil der Übereinstimmung bezüglich einer Variablen bei Übereinstimmung bzw. Nicht-Übereinstimmung bezüglich einer anderen Variablen

Gegenstand der Nachweisung	Merkmale	Anteil der Übereinstimmung bezüglich der Variablen				
		Vorname	Straße	Postleitzahl	Ortsteil	Anrede
Übereinstimmung bezüglich der Variablen	Vorname	1	0,0005	0,0088	0,0221	<b>0,7419</b>
	Straße	0,0039	1	<b>0,4160</b>	<b>0,4715</b>	0,4193
	Postleitzahl	0,0036	<b>0,0201</b>	1	<b>0,3571</b>	0,4190
	Ortsteil	0,0035	<b>0,0087</b>	<b>0,1364</b>	1	0,4201
	Anrede	<b>0,0062</b>	0,0004	0,0085	0,0222	1
Nicht-Übereinstimmung bezüglich der Variablen	Vorname	0	0,0004	0,0085	0,0222	<b>0,4186</b>
	Straße	0,0035	0	<b>0,0083</b>	<b>0,0220</b>	0,4197
	Postleitzahl	0,0035	<b>0,0002</b>	0	<b>0,0193</b>	0,4197
	Ortsteil	0,0035	<b>0,0002</b>	<b>0,0056</b>	0	0,4197
	Anrede	<b>0,0016</b>	0,0004	0,0085	0,0222	0

Die Ursache für die schlechten Ergebnisse ab der Merkmalskombination  $V_5$  unter der Unabhängigkeitsannahme sind bedingte Abhängigkeiten, die tatsächlich in den Daten vorhanden sind. In Tabelle 2 sind relative Anteile der Übereinstimmung innerhalb der Daten bezüglich einiger Variablen unter der Voraussetzung, dass bezüglich einer anderen Variablen Übereinstimmung besteht, beispielhaft dargestellt. Hierbei wurde eine Beschränkung auf die Menge  $U$  vorgenommen, da es ja nicht auf Abhängigkeiten an sich, sondern auf bedingte Abhängigkeiten ankommt. Es zeigt sich, dass die Variablen Vorname und Anrede<sup>13)</sup> sowie Straße, Postleitzahl und Ortsteil zum Teil starke Abhängigkeiten aufweisen. Dies ist sicherlich nicht verwunderlich und wird durch die Daten nochmals belegt. Als Ergebnis führt die in diesem Fall falsche Unabhängigkeitsannahme zu starken Verzerrungen und damit zu zum Teil unbrauchbaren Resultaten. Bei expliziter Modellierung der Abhängigkeiten fallen diese deutlich weniger ins Gewicht. Die vorhandenen Informationen können dazu genutzt werden, die Anzahl der  $E_2$ -Entscheidungen nochmals zu reduzieren und somit das Resultat weiter zu verbessern.

Wie angemerkt, besteht die Problematik bei der Modellierung aller Abhängigkeiten in der Bedeutung des Startwerts. Aus diesem Grund wurde die Sensitivität der Qualität der Ergebnisse bezüglich Variationen des Startwerts untersucht. Es zeigt sich, dass die grundsätzliche Entwicklung der Ergebnisse bei unterschiedlichen Startwerten erhalten bleibt. Zusätzliche Informationen in den Daten führen zu einer Verbesserung der Ergebnisse und zu einer monotonen Reduktion des  $E_2$ -Bereichs. Allerdings verändern sich die absoluten Zahlen und folglich auch die realisierten Fehlerhäufigkeiten, wenn auch zum Teil nicht wesentlich. Die Untersuchungen zeigen aber auch, dass durch eine konservative Wahl des Startwerts – das heißt der Informationsgehalt der Merkmale wird bei der Vorgabe eher unter- denn überschätzt – eine Unterschreitung der vorgegebenen Fehlerhäufigkeiten erfolgt. Somit bleibt das Ergebnis weiterhin unter Kontrolle.

Eine weitere Erkenntnis lautet, dass eine größere Anzahl von Fehlern in den Daten zu einer Erhöhung der Anzahl der  $E_2$ -Entscheidungen führt. Durch die Fehler wird der Informationsgehalt der Merkmale tendenziell reduziert, was sich in dem beobachtbaren Phänomen äußert. Auch hierbei handelt es sich wiederum um ein zu erwartendes Ergebnis.

## 5 Fazit

Gegenüber herkömmlichen Ad-hoc-Verfahren besitzt der Ansatz von Fellegi und Sunter wesentliche Vorteile. Zunächst einmal ist hier die große Flexibilität der Methode zu nennen. Sie stellt nur geringe Anforderungen an die vorhandenen Daten und setzt keine spezielle Datensituation voraus. Eventuell in den Daten enthaltene Fehler werden implizit berücksichtigt. Die gewählte Entscheidungsfunktion hängt ausgehend von dem gewählten Kriterium nicht von subjektiven Gegebenheiten ab und ist bezüglich dieses Kriteriums optimal. Des Weiteren ermöglicht der Ansatz eine Fehlerkontrolle, da die tolerierbaren Fehlergrenzen unmittelbar in das Modell eingehen. Dem stehen allerdings höhere Anforderungen für den Anwender bzw. Entwickler gegenüber. Eine wesentliche Schwierigkeit besteht darin, die benötigten Verteilungen zu schätzen.

Insgesamt zeigen die betrachteten Verfahren zur Parameterschätzung unter idealen Bedingungen sehr gute Ergebnisse. Geht man von bedingter Unabhängigkeit aus, so führen vorhandene Abhängigkeiten hingegen zu Verzerrungen und somit zu zum Teil unbrauchbaren Resultaten. Modelliert man alle Abhängigkeiten explizit, so ist ein starker Einfluss des Startwerts die Folge. Allerdings zeigt sich, dass – unter Verwendung einer speziellen Prozedur zur Bestimmung des Startwerts – Informationen in den Daten in der richtigen Art und Weise verarbeitet und in bessere Ergebnisse umgesetzt werden. Geht man bei der Bestimmung des Startwerts nach diesem speziellen Verfahren und konservativ vor, so ist auch eine Einhaltung der Fehlerwahrscheinlichkeiten gewährleistet, das heißt die Ergebnisse bleiben weiterhin unter Kontrolle.

Die Untersuchungen verdeutlichen, dass das Modell von Fellegi und Sunter sowohl bezüglich seiner theoretischen Eigenschaften als auch bezüglich seiner praktischen Resultate sehr gut zur automatisierten Zusammenführung von Daten geeignet ist. Die größte Hürde für eine flächendeckende Anwendung besteht sicherlich darin, eine standardisierte Software zu entwickeln, die den Anforderungen eines Großteils der potenziellen Nutzer entspricht. Mit diesem Werkzeug wäre dann der wesentliche Nachteil – der große Aufwand – entscheidend reduziert. [\[1\]](#)

13) Als mögliche Anrede kommen hierbei Herr und Frau in Betracht. Insofern kann das Merkmal mit dem Geschlecht gleichgesetzt werden.

# ÜBERSICHT

## über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

	Heft	Seite
<b>Allgemeines, Methoden, Klassifikationen</b>		
Strategie- und Programmplanung .....	3	191
Modernisierung der Fehlerbeseitigung .....	4	293
Erwerbslosigkeit nach dem Labour-Force-Konzept – Arbeitslosigkeit nach dem Sozialgesetzbuch: Gemeinsamkeiten und Unterschiede .....	4	303
Ein Scientific-Use-File der Kostenstrukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe .....	2	91
Ein Scientific-Use-File der Einzelhandelsstatistik 1999 .....	3	197
Ein Scientific-Use-File der Umsatzsteuerstatistik 2000 .....	3	201
Die Umgestaltung der Laufenden Wirtschaftsrechnungen ab dem Jahr 2005 .....	4	395
Online-Fragebogen in der amtlichen Sozialstatistik .....	3	242
Dezentrale hedonische Indizes in der Preisstatistik .....	3	249
Gesamtwirtschaftlicher Rohstoffeinsatz im Rahmen der Materialflussrechnungen .....	3	253
<b>Bevölkerung</b>		
Von der „traditionellen Familie“ zu „neuen Lebensformen“ .....	1	25
Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement .....	4	311
Zeitaufwand der Bevölkerung in Deutschland für kulturelle Aktivitäten .....	4	318
Ergebnisse des Mikrozensus 2004 .....	4	327
Ehescheidungen 2003 .....	2	97
<b>Erwerbstätigkeit</b>		
Erwerbslosigkeit nach dem Labour-Force-Konzept – Arbeitslosigkeit nach dem Sozialgesetzbuch: Gemeinsamkeiten und Unterschiede .....	4	303
Ergebnisse des Mikrozensus 2004 .....	4	327
<b>Unternehmen und Arbeitsstätten</b>		
Konjunkturerhebung in bestimmten Dienstleistungsbereichen .....	2	118

	Heft	Seite
noch: Unternehmen und Arbeitsstätten		
Insolvenzen 2004 .....	4	338
<b>Produzierendes Gewerbe</b>		
Ein Scientific-Use-File der Kostenstrukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe .....	2	91
Unternehmensstrukturen im Verarbeitenden Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1	41
Strukturentwicklung des Baugewerbes und Bedeutung kleinerer Unternehmen .....	2	109
<b>Bautätigkeit und Wohnungen</b>		
Wohngeld in Deutschland 2003 .....	2	135
<b>Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus</b>		
Ein Scientific-Use-File der Einzelhandelsstatistik 1999 .....	3	197
Entwicklung im Einzelhandel im Jahr 2004 .....	3	211
Entwicklung im Gastgewerbe im Jahr 2004: Abgeschwächter Umsatzrückgang .....	4	347
Inlandstourismus 2004: Mehr Gäste bei stagnierenden Übernachtungszahlen .....	4	354
<b>Verkehr</b>		
Gewerblicher Luftverkehr 2004 .....	4	365
<b>Geld und Kredit, Dienstleistungen</b>		
Konjunkturerhebung in bestimmten Dienstleistungsbereichen .....	2	118
<b>Bildung und Kultur</b>		
Bachelor und Master: Aktuelle Entwicklungen an deutschen Hochschulen .....	4	372
Zeitaufwand der Bevölkerung in Deutschland für kulturelle Aktivitäten .....	4	318
Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement .....	4	311
<b>Gesundheitswesen</b>		
Behinderung und Einkommen .....	2	128
Gesundheitspersonal 2003 .....	3	218
<b>Sozialleistungen</b>		
Behinderung und Einkommen .....	2	128
Ergebnisse der Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsstatistik 2003 .....	3	225
Erste Ergebnisse der Statistiken über die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung .....	4	382
Wohngeld in Deutschland 2003 .....	2	135
<b>Finanzen und Steuern</b>		
Ein Scientific-Use-File der Umsatzsteuerstatistik 2000 .....	3	201
Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes am 1. Januar 2004 .....	1	48
Öffentliche Finanzen im Jahr 2004 .....	4	388
<b>Wirtschaftsrechnungen, Zeitbudgeterhebungen</b>		
Die Umgestaltung der Laufenden Wirtschaftsrechnungen ab dem Jahr 2005 .....	4	395
Online-Fragebogen in der amtlichen Sozialstatistik .....	3	242
Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte .....	2	143
Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement .....	4	311
Zeitaufwand der Bevölkerung in Deutschland für kulturelle Aktivitäten .....	4	318
<b>Preise</b>		
Dezentrale hedonische Indizes in der Preisstatistik .....	3	249



	Heft	Seite
noch: Preise		
Preisentwicklung im Jahr 2004 .....	1	64
Preise im Januar 2005 .....	2	158
Preise im Februar 2005 .....	3	265
Preise im März 2005 .....	4	400
<b>Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen</b>		
Bruttoinlandsprodukt 2004 .....	1	13
<b>Umwelt</b>		
Gesamtwirtschaftlicher Rohstoffeinsatz im Rahmen der Materialflussrechnungen .....	3	253
Pilotstudie zur abfallstatistischen Erfassung von organischen Reststoffen .....	1	58
<b>Gastbeiträge</b>		
Der Nutzen von Statistiken aus der Sicht eines Unternehmens .....	1	75
Ein Scientific-Use-File der Kostenstrukturerhebung im Verarbeitenden Gewerbe .....	2	91
Regionale Mortalitätsunterschiede in Baden-Württemberg .....	2	164
Ein Scientific-Use-File der Umsatzsteuerstatistik 2000 .....	3	201
Online-Fragebogen in der amtlichen Sozialstatistik .....	3	242
Zeitliche und räumliche Analyse longitudinaler Infektionsdaten aus Nordrhein-Westfalen für 2001 und 2002 .....	3	271
Erwerbslosigkeit nach dem Labour-Force-Konzept – Arbeitslosigkeit nach dem Sozialgesetzbuch: Gemeinsamkeiten und Unterschiede .....	4	303
Automatisierte Zusammenführung von Daten – Das Modell von Fellegi und Sunter .....	4	406

Neuerscheinungen<sup>1)</sup> vom 19. März 2005 bis 22. April 2005

● Zusammenfassende Veröffentlichungen		EUR [D]	Fachserie 17: Preise		EUR [D]
Wirtschaft und Statistik, März 2005	.....	13,75	Reihe 2	Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise), Februar 2005	7,50
Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft, Dezember und Jahr 2004	.....	18,70	Reihe 4	Baupreisindizes, Februar 2005 (Eilbericht)	1,75
Ausgewählte Zahlen zur Energiewirtschaft, Oktober 2004	.....	8,70	Reihe 4	Februar 2005	7,50
● Fachserien			Reihe 7	Verbraucherpreisindizes für Deutschland, Februar 2005	10,80
Fachserie 3: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei			Reihe 7	März 2005 (Eilbericht)	3,-
Reihe 1	Ausgewählte Zahlen der Agrarstrukturerhebung 2003	15,-	Reihe 7	März 2005	10,80
Fachserie 4: Produzierendes Gewerbe			● Elektronische Veröffentlichungen		
Reihe 3.1	Produktion im Produzierenden Gewerbe, 4. Vierteljahr 2004	18,70	Außenhandel nach Waren und Ländern, Januar 2005 (CD-ROM) ...		
Reihe 4.1.1	Beschäftigung und Umsatz der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden, November 2004	14,-	● Bund/Länder-Veröffentlichungen		
Fachserie 7: Außenhandel			Museumsbericht 2004		
Reihe 3	Außenhandel nach Ländern und Warengruppen (Spezialhandel), 2. Halbjahr und Jahr 2004 (Vorläufige Ergebnisse)	22,15	17,80		

**Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes**

Nahezu das gesamte Angebot an Standardveröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes steht im Statistik-Shop online zur Verfügung oder kann online bestellt werden:

[www.destatis.de/shop](http://www.destatis.de/shop)

Alle aktuellen **Fachserien**, deren Neuerscheinungen bislang an dieser Stelle aufgeführt waren, werden in elektronischer Form als PDF- oder Excel-Dateien zum **kostenfreien** Download im Statistik-Shop bereitgestellt.

**Veröffentlichungskalender für Pressemitteilungen**

Das Statistische Bundesamt gibt die Veröffentlichungstermine wichtiger wirtschaftsstatistischer Pressemitteilungen in einem Jahresveröffentlichungskalender, der wöchentlich präzisiert wird, bekannt.

Der Kalender kann unter der Internetadresse <http://www.destatis.de/presse/deutsch/cal.htm> abgerufen werden.

<sup>1)</sup> Zu beziehen durch den Buchhandel oder über den Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage, Part of the Elsevier Group, Postfach 4343, 72774 Reutlingen, Telefon + 49 (0) 7071/93 53 50, Telefax + 49 (0) 7071/93 53 35, E-Mail: [destatis@s-f-g.com](mailto:destatis@s-f-g.com). Preise verstehen sich ausschließlich Versandkosten.